

Botschaftsrat I. Klasse Pauls, Athen, an das Auswärtige Amt

VS-vertraulich

3. März 1961¹

Betr.: Entwicklungshilfe und deutsch-griechische Beziehungen

Bezug: Ohne

1 Anlage

Der griechische Wunsch, einen hohen Betrag deutscher Entwicklungshilfe für das Acheloos- und das Megalopolis-Projekt zu erhalten², noch ehe die 200 Mio.-DM-Anleihe³ verwandt ist, veranlaßt zu einer Betrachtung des Standes der deutsch-griechischen Beziehungen. Sie befinden sich seit Monaten im Schatten des Merten-Falles⁴, und die im Zusammenhang damit bevorstehenden Prozesse – drei in Deutschland und drei in Griechenland⁵ – werden auf Monate hinaus durch die Publizität, die sie finden, immer wieder dafür sorgen, daß dieser Zustand noch länger anhält und die Dinge noch nicht so bald in die rechten Proportionen zurückgebracht werden können. Wenn Ministerpräsident Karamanlis, der mit drastischen Bemerkungen über seine Minister nicht kleinlich umgeht, neulich einem prominenten Politiker, der ihn besorgt auf den Schaden ansprach, den die

¹ Hat Staatssekretär Carstens vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister von Brentano verfügte.

Hat Brentano vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundespräsident Lübke verfügte.

Hat Lübke am 24. April 1961 vorgelegen.

² Botschaftsrat I. Klasse Pauls, Athen, gab am 25. Februar 1961 die Frage des griechischen Koordinationsministers Protopapadakis weiter, wann der „von der Bundesregierung vorgesehene Entwicklungsfonds“ verfügbar sei. Protopapadakis habe den Besuch hochrangiger Vertreter der Bank von Griechenland sowie der Wirtschaft angekündigt, die den griechischen Botschafter Ypsilanti bei Gesprächen mit der Bundesregierung „über den Bau eines Staudamms im Acheloos-Projekt durch die Firma Siemens“ und über das Braunkohle-Kraftwerk in Megalopolis sowie eine Finanzierung dieser Projekte aus dem Entwicklungsfonds unterstützen sollten. Vgl. den Drahtbericht Nr. 77; B 60-III A 5, Bd. 413.

³ Während eines Besuchs vom 10. bis 13. November 1958 in der Bundesrepublik erzielte Ministerpräsident Karamanlis mit Bundeskanzler Adenauer „ein grundsätzliches Einverständnis über die Gewährung einer Anleihe in Höhe von 200 Mio. DM mit einer Laufzeit von 20 Jahren an Griechenland“. Vgl. die Aufzeichnung des Referats 412 vom 5. Dezember 1958; B 60 (Referat 410), Bd. 237. Neben der Anleihe enthielt das am 27. November 1958 unterzeichnete Abkommen auch Zusagen zu „Anschlußfinanzierungen in Höhe von 100 Mill[ionen] DM für langfristige Investitionsgüterlieferungen, die den Umfang von ca. 400 Mill. DM zur Verwirklichung bestimmter Projekte erreichen dürften“. Vgl. BULLETIN 1958, S. 2196.

⁴ Zu den im September 1960 verbreiteten Äußerungen des Berliner Rechtsanwalts Merten über Mitglieder der griechischen Regierung vgl. Dok. 11, Anm. 9.

⁵ Botschafter Seelos, Athen, berichtete am 30. September 1960, daß der griechische Innenminister Makris Strafanzeige gegen die Tageszeitung „Hamburger Echo“ wegen Verleumdung gestellt habe. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 249; B 7 (Referat 990), Bd. 59.

Am 13. Dezember 1960 informierte Seelos über ein Schreiben des Ministers im Amt des griechischen Ministerpräsidenten, Tsatsos, an die Zeitung „Eleftheria“, in dem mitgeteilt worden sei, daß Makris am 10. November und der Staatssekretär im griechischen Verteidigungsministerium, Themelis, am 28. November 1960 Rechtshilfeersuchen an das Auswärtige Amt wegen ihrer Verleumdungsklagen gegen das „Hamburger Echo“ gerichtet hätten. Am Vortag habe zudem die griechische Botschaft in Bonn um Rechtshilfe in dem Verfahren ersucht, das der Berliner Rechtsanwalt Merten gegen Frau Makris angestrengt habe, die er des Meineids im Athener Prozeß gegen ihn beschuldige. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 333; B 83 (Referat 503), Bd. 137.

Merten-Affäre dem deutsch-griechischen Verhältnis zufüge, antwortete, an der Verschlechterung sei nicht diese Affäre, sondern die Unfähigkeit seiner Minister schuld, so ist das nur sehr begrenzt richtig. Tatsächlich ist es der Merten-Fall, der hier die Atmosphäre trübt.⁶ Daß es so weit kommen konnte, liegt allerdings daran, daß Mertens politischer Amoklauf auf eine psychologisch für so etwas günstige Situation traf. Darüber ist bereits ausführlich berichtet worden.

Die innenpolitische Lage

Daß Athen sich mehr als ein Jahr vor dem Ende der gegenwärtigen Legislaturperiode der Kammer in einer Art Vorwahlfieber befindet⁷, ist symptomatisch für die innenpolitische Lage. Die Gerüchte, Vermutungen und Diskussionen um die verschiedenen Modifikationen des neuen Wahlgesetzes⁸ laufen alle darauf hinaus, daß die Regierung beabsichtige, ein Gesetz durchzubringen, das ihr, selbst bei einer noch größeren Stimmenminderheit als 1958⁹, eine sichere Majorität an Sitzen verschaffe, falls sich die bürgerlichen Oppositionsparteien nicht schon bei der Beratung des Wahlgesetzes zur Zusammenarbeit bereitfinden. So ist für eine ständige innenpolitische Erhitzung gesorgt. Die Polarisierung auf ERE¹⁰ und EDA¹¹ und das Unvermögen, die bürgerliche Mitte wirklich zu sammeln, führen zu einer gewissen Resignation der zwar antikommunistischen, aber auch nicht mit Karamanlis einverstandenen Schichten.

Einer der beunruhigendsten Aspekte der griechischen Innenpolitik ist die Einstellung weiter Kreise zum Kommunismus. Man sollte annehmen, daß in einem Land, das durch Kommunismus und Bürgerkrieg so schwer gelitten hat, Anhänger und Gegner des Kommunismus sich klar scheiden. Erstaunlicherweise ist das nicht so, sondern es gibt breite Schichten, die man nicht direkt als fellow-

⁶ Am 25. Januar 1961 teilte Botschafter Seelos, Athen, mit, die „Angelegenheit Merten“ sei erneut Thema der griechischen Presse. Hintergrund sei ein Schreiben des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Hase an die Tageszeitung „Hamburger Echo“, in dem der Zeitung bescheinigt werde, ihre „journalistische Aufgabe mit der gebotenen Vorsicht und Ernsthaftigkeit erfüllt“ zu haben. Vgl. den Drahtbericht Nr. 24; B 7 (Referat 990), Bd. 59.

Am selben Tag berichtete Seelos, der griechische Außenminister Averoff-Tossizza habe ihm erklärt, daß das Schreiben von Hase „praktisch die griechische Regierung desavouiere [...] und in beleidigender Weise unterstelle, daß die von der griechischen Regierung gemachten Angaben nicht den Tatsachen entsprechen könnten“. In der griechischen Regierung „herrsche eine solche Stimmung, daß sie alle auf die deutschen Millionen und die deutsche Unterstützung verzichten wollten, wenn man die Regierung in solcher Weise angreife“. Sie werde zudem im Parlament erklären müssen, daß sie Merten unter Druck der Bundesregierung vorzeitig freigelassen habe. Vgl. den Drahtbericht Nr. 25; VS-Bd. 5961 (990/L 4); B 150, Aktenkopien 1961.

⁷ Botschafter Seelos, Athen, berichtete am 2. Dezember 1960, daß Ministerpräsident Karamanlis ursprünglich im Herbst 1961 Wahlen ausschreiben lassen wollte, wobei die Legislaturperiode der Kammer im Frühjahr 1962 ende. Nun werde jedoch „für möglich gehalten, daß er [...] schon im Frühjahr wählen läßt“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 1603; B 26 (Referat 206), Bd. 123.

⁸ Botschafter Seelos, Athen, informierte am 6. Juli 1960 über die amtliche Bestätigung, „daß der Regierungschef Innenminister Makris beauftragt hat, ein neues Wahlgesetz vorzubereiten“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 861; B 26 (Referat 206), Bd. 123.

⁹ Bei den Wahlen zum griechischen Parlament am 11. Mai 1958 erhielt die von Konstantin Karamanlis geführte National-Radikale Union (ERE) 41,2% der Stimmen und errang damit eine Mehrheit von 172 der insgesamt 300 Sitze. Auf die Union der Demokratischen Linken (EDA) entfielen 24% der Stimmen bzw. 79 Sitze, auf die Liberale Partei 21% bzw. 36 Sitze. Weitere im Parlament vertretene Parteien waren der „Markezinis-Block: 9 Sitze; Volksparteiliche Union: 4 Sitze“. Vgl. die Aufzeichnung über Griechenland vom 20. Juni 1961; B 26 (Referat 206), Bd. 125.

¹⁰ Ethniki Rizospastiki Enosis.

¹¹ Eniea Dimokratiki Aristera.

travellers bezeichnen kann, die aber die kommunistische Gefahr verharmlosen. Außer der ERE gibt es kaum eine politische Gruppe, die nicht bei örtlichen Wahlen mit der EDA zu irgendeinem Zeitpunkt zusammengearbeitet hat. Das Verbot der kommunistischen Partei und das Fehlen einer sozialdemokratischen hat es der EDA, die zweifellos rein kommunistisch vom Ausland her gesteuert wird, ermöglicht, sich immer wieder eine Art linkssozialistischen und nicht rein-kommunistischen Anschein zu geben, der manche politische Verwirrung anrichtet.

Die wirtschaftliche Lage

Die Regierung kann auf unbestreitbare wirtschaftliche Erfolge hinweisen. Aber gemessen an den eingesetzten Mitteln gehen die positiven Auswirkungen nicht weit genug. Der Lebensstandard der breiten Masse ist nicht in einer dem gestiegenen Sozialprodukt angemessenen Weise gehoben worden. Die Arbeitslosigkeit ist weniger durch Produktionssteigerung im Lande als durch den Export von Arbeitskräften gemildert worden. Es ist kaum Wesentliches geschehen, um die an frühkapitalistische Zustände erinnernden arbeitsrechtlichen Verhältnisse so zu reformieren, daß im Ausland ausgebildete Techniker und Facharbeiter nicht einen ausländischen Arbeitsplatz einem griechischen vorziehen. Die wirklich spürbaren Besserungen konzentrieren sich auf Athen, Piräus und Saloniki. Die Lage der Landbevölkerung, des ärmsten Teiles des griechischen Volkes, hat sich noch kaum geändert. Die Gründe für diese unbefriedigende Situation reichen weit in die griechische Geschichte zurück, und Karamanlis, dessen Tatkraft unbestreitbar ist, kann dafür nicht verantwortlich gemacht werden, sondern mehr die Indolenz der in Wirtschaft und Verwaltung führenden griechischen Kreise. Aber da Karamanlis schon bald sechs Jahre die Regierung führt und die Griechen heute, wie vor zweieinhalbtausend Jahren, stets einen Sündenbock brauchen, liegt es nahe, ihn für allfälliges Versagen verantwortlich zu machen. Hinzu kommt, daß er sich durch die Schroffheit seines Wesens viele Feinde gemacht hat.

Einstellung zu Deutschland

Nach dem Kriege konnte Griechenland nicht wie andere besetzt gewesene Länder einen politischen Säuberungsprozeß durchlaufen, sondern stürzte in einen jahrelangen Bürgerkrieg, der seine Grundlagen noch mehr zerrüttete, als die vorhergehende Besetzung es vermocht hatte. Während dieser Zeit und in den ersten Jahren des Aufbaus halfen ihm nur die Vereinigten Staaten. England war in Griechenland zunächst ausgeschieden – später in den Zypern-Konflikt verwickelt¹² –, Frankreich mit sich selbst beschäftigt. In dieser Situation erschien Deutschland wieder in Griechenland, und zwar als neben den Vereinigten Staaten einziger Helfer am griechischen Wiederaufbau. Das überdeckte zunächst vieles Gewesene. Später begannen auch die anderen westeuropäischen Länder, sich

¹² In der britischen Kronkolonie Zypern kam es seit Mitte der 1950er Jahre verstärkt zu Unruhen im Zuge der zyprischen Unabhängigkeitsbestrebungen. Auf Konferenzen vom 5. bis 11. Februar 1959 und 17. bis 19. Februar 1959 in London wurde Einigung über den künftigen Status von Zypern erzielt. In einem Memorandum vom 19. Februar 1959 nahmen Großbritannien, Griechenland und die Türkei die ausgearbeitete Verfassung für eine unabhängige Republik Zypern, den Garantievertrag über die Unabhängigkeit Zyperns und den Bündnisvertrag zwischen Zypern, Griechenland und der Türkei an. Außerdem war ein Annex zum Fortbestand der britischen Militärbasen auf Zypern vorgesehen. Für den Wortlaut vgl. DOCUMENTS ON INTERNATIONAL AFFAIRS 1959, S. 541–552.

wieder in Griechenland zu interessieren, und das Gefühl, außer auf Amerika nur auf Deutschland angewiesen zu sein, wich. Hinzu kam, daß die fortgesetzte kommunistische Hetze gegen Deutschland sich mit dem zunehmenden innenpolitischen Kampf gegen die von Karamanlis geführte Rechte, die das NATO-Bündnis und die enge Zusammenarbeit mit Deutschland trägt, überdeckte. In diese Situation trafen die verschiedenen Phasen der Merten-Affäre und gewannen eine Größenordnung, die ihr, gemessen an der tatsächlichen Substanz der deutsch-griechischen Beziehungen, überhaupt nicht zukommt. Es ist eine tragische Ironie, daß kein in Griechenland z. Zt. in Frage kommender Staatsmann so eindeutig antikommunistisch, antisowjetisch und pro-NATO ist wie Karamanlis, das heißt, mehr in unserem Sinne sein kann als er, und daß für diesen Mann und seine Regierung die von Deutschland herrührende Merten-Affäre bestimmend geworden ist für seine Einstellung zu uns und auch für das Klima der Kooperation von Regierung zu Regierung aus Motiven, die, welche auch immer sie sein mögen, schwer zu ergründen sind. Die Handhabung des Merten-Falles durch die Regierung seit Herbst vorigen Jahres trägt ihr auch unter ihren Anhängern viel scharfe Kritik ein.

Es ist möglich, daß die deutsch-griechischen Beziehungen, solange Karamanlis und Averoff am Ruder sind, nicht wieder ganz ungetrübt sein werden, aber trotzdem müssen wir um der Stabilität Griechenlands als eines Gliedes der westlichen Allianz willen wünschen, daß die Basis ihrer Regierungstätigkeit stabil bleibt und bei Neuwahlen voll wiederbestätigt wird.

Wir sehen die deutsch-griechischen Beziehungen als ein Teilstück der westlichen Allianz und nicht als ein bilateral bestimmtes politisches Element. Das hat zu tun mit der dominierenden Bedeutung, die die Stärke der Allianz für uns hat, und auch mit der über den staatlichen Nationalismus hinausführenden geistigen Entwicklung der vergangenen zehn Jahre. Griechenland hat aus der Not des Bürgerkrieges, um überleben zu können, die Renaissance eines glühenden Nationalismus entwickeln müssen, der heute noch überall spürbar ist, zu einer Zeit also, in der Mitteleuropa sich von dieser Geisteshaltung abwendet. Das erklärt auch manche bei den Assoziierungsverhandlungen¹³ auftretenden Verständigungsschwierigkeiten. Das Gefühl, daß die Größe der Vergangenheit in einem schmerzlichen Gegensatz zu dem gegenwärtigen Stand der politischen, kulturellen und zivilisatorischen Bedeutung steht, und die daher rührenden Komplexe erschweren es den Griechen zusätzlich, sich in einen größeren Zusammenhang eingeordnet zu sehen und auch bilaterale Beziehungen, wie die deutsch-griechischen, in diesem zu betrachten. So eine Art „unbewältigter Gegenwart“.

Diese geistige Situation in Verbindung mit dem Merten-Fall hat in den letzten Monaten dazu geführt, daß, wo immer die griechische Öffentlichkeit einen Grund zu sehen glaubte, an uns Anstoß nehmen zu können, sie dies mit einer wahren Leidenschaft und mitunter in lächerlicher Weise getan hat. Das wird in dieser übersteigerten Form vorübergehen, und wir ertragen es am besten, wenn wir es übersehen, ohne zu reagieren. Aber im Interesse der Solidität unserer Beziehungen ist es doch nötig, den Griechen zu verdeutlichen, daß sie uns nicht, wann

¹³ Zu den Verhandlungen zwischen der EWG und Griechenland über eine Assoziierung vgl. Dok. 31, Anm. 4.

immer es ihnen paßt, als willkommene Prügelknaben benutzen können, um uns kurz darauf zu neuer Zahlung aufzufordern. Äußerungen von Averoff selbst zeigen, wie verbreitet diese Einstellung ist.

Entwicklungshilfe

Im Interesse der Stärkung der NATO und um die innere Situation Griechenlands so zu stabilisieren, daß es ein zuverlässiges Mitglied der Allianz bleibt, müssen wir ihm bei seiner Entwicklung helfen. Da das Interesse der deutschen Industrie und Finanz an Investitionen in Griechenland gering ist und auch keine Anzeichen vorhanden sind, daß es in absehbarer Zeit stärker wird, kann diese Hilfe nur durch die Bundesregierung selbst geleistet werden.

Es wird gut sein, die Vorbereitung dieser neuen Phase der Griechenland-Hilfe nicht zu übereilen. Sie sollte nicht nur technisch-finanziell, sondern auch psychologisch geplant werden. Dazu gehört, daß die Griechen sich bewußt werden, daß Entwicklungshilfe auch vom Nehmenden eine geistige Bereitschaft zur wechselseitigen und positiven Zusammenarbeit verlangt und auch Rücksichtnahme auf die berechtigten Interessen des Gebenden. An dieser Einstellung fehlt es, mit Ausnahme bei den Streitkräften, noch sehr. Die sehr dem Augenblick zugewandten Griechen behandeln gerne, wenn ihre Wünsche erfüllt sind, die Anliegen des Partners mit einer Rücksichtslosigkeit, die den Blick für den Zusammenhang der wechselseitigen Interessen allzu sehr vermissen läßt. Das kann an einer Reihe von Beispielen erhärtet werden (s. Anlage).

Damit unser hier investiertes Kapital in rechter Weise Nutzen trägt, muß uns auch mehr als bisher daran liegen, daß die „innere Entwicklungshilfe“, die die Griechen selbst zu leisten haben, mit der vom Ausland kommenden Anstrengung Schritt hält. Dazu gehört auch ein stärkeres Engagement des griechischen Auslandskapitals in der Entwicklung des Heimatlandes. Die Griechen neigen zu sehr dazu, die Entwicklung ihres Landes als ein Problem des vom Ausland zu beschaffenden Kapitals zu betrachten, und sehen sie nicht genug als eine geistige, organisatorische und technische Aufgabe, die nur von ihnen selbst bewältigt werden kann und für die sie sich verantwortlich zu fühlen haben, indem sie in ihrer sozialen Ordnung, z. B. auf dem Gebiete des Arbeitsrechts, der praktischen Zusammenarbeit der Sozialpartner u. ä., die Reformen einleiten, ohne die eine sich modernisierende Wirtschaft nicht auskommt.

Besonderer Wert sollte auch auf die Einrichtung von Ausbildungswerkstätten und technischen Lehranstalten im Lande gelegt werden. Denn die im Ausland ausgebildeten Kräfte kehren zu oft wegen der unbefriedigenden Verhältnisse nicht nach hier zurück und gehen so dem griechischen Aufbau verloren.

Neben der Arbeitslosigkeit ist die sog. Unterbeschäftigung eines der großen Probleme des Landes. Es ist aber nicht nur ein Problem der mangelnden Arbeit, sondern zu einem Teil auch ein solches der mangelnden Bereitschaft zur Arbeit. Solange die griechische Öffentlichkeit nicht erkennt, daß in ihrer noch nicht genutzten Arbeitskraft ein ungleich höherer Wert steckt als in all dem importierten Auslandskapital, wird der Erfolg der Entwicklungsarbeit, gemessen am Einsatz der Mittel, unbefriedigend bleiben.

Pauls

[Anlage]

Von griechischer Seite zu vertretende Störungen in den wechselseitigen Beziehungen

A. Politik

- 1) Die wiederholten Versprechungen über die Rückgabe der beschlagnahmten kleinen deutschen Vermögen wurden nicht eingehalten.¹⁴
- 2) Die Zusage der Ratifizierung des Kriegsgräbergesetzes¹⁵ nicht eingehalten.
- 3) Die ultimative Forderung der Räumung des deutschen Konsulats Saloniki im November v. J.¹⁶
- 4) Im Gegensatz zu anderen ausländischen Zeitungen in Athen wurde die deutsche Zeitung „Athener Kurier“¹⁷ nicht vom griechischen Presseamt unterstützt.

¹⁴ Vortragender Legationsrat I. Klasse Gnodtke legte am 29. März 1960 dar, daß in Griechenland deutsches Vermögen im Wert von ca. 15 bis 20 Mio. DM beschlagnahmt worden sei. Ministerpräsident Karamanlis habe bei seinem Besuch vom 10. bis 13. November 1958 in der Bundesrepublik zugesagt, „die Vermögensfrage einer wohlwollenden Prüfung zu unterziehen, um sie einer angemessenen Regelung zuzuführen“, und diese Zusage gegenüber Bundesminister Erhard im August 1959 wiederholt. Mit der beigefügten Verbalnote vom 11. März 1960 habe die griechische Regierung ihre Lösungsvorschläge zur Freigabe von Kleinvermögen übermittelt. Die Bundesregierung könne diesen zustimmen, „sofern sichergestellt ist, daß die Freigabe auch die Liquidationserlöse deutscher Vermögen mit umfaßt“. Vgl. B 26 (Referat 206), Bd. 133.

Am 10. März 1961 stellte Vortragender Legationsrat I. Klasse Wollenweber fest, daß offenbar im griechischen Parlament ein Gesetz zur Vermögensfreigabe eingebracht werden solle, „sobald der Wiedergutmachungsvertrag in Athen ratifiziert sei“. Allerdings bestehe in der Bundesrepublik die Sorge, daß die griechische Regierung beabsichtige, „nur eine Freigabe der sehr geringen, noch nicht liquidierten Vermögenswerte“ durchzuführen. Vgl. B 26 (Referat 206), Bd. 133.

¹⁵ Am 26. Juli 1958 wurde ein Abkommen zwischen der Bundesrepublik und Griechenland über die deutschen Kriegsgräber paraphiert. Danach sollten die etwa 15 000 in Griechenland gefallen deutschen Soldaten, die auf verschiedenen und zum Teil zerstörten Friedhöfen bestattet waren, in besondere Kriegsgräberstätten umgebettet werden. Für das Abkommen vgl. B 92 (Referat 602), Bd. 70. Botschafter Seelos, Athen, teilte am 4. November 1960 mit, daß das im Februar 1960 eingebrachte Gesetz über die Errichtung ausländischer Kriegsgräberstätten „vom griechischen Parlament noch nicht angenommen“ sei und er regelmäßig im griechischen Außenministerium darauf gedrängt habe, „daß durch die Verabschiedung des Gesetzes die Voraussetzung für die Ratifikation des Kriegsgräberabkommens geschaffen wird“. Es sei zu befürchten, „daß es durch die auf die Wiederbelebung des Falles Merten zurückgehende allgemeine Verschlechterung der Atmosphäre“ zu weiteren Verzögerungen kommen werde. Vgl. den Schriftbericht Nr. 1427; B 90 (Referat IV 3), Bd. 298. Das Kriegsgräberabkommen wurde am 26. September 1963 unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1965, Teil II, S. 1600–1602.

¹⁶ Die Stadtverwaltung in Saloniki begann 1958 mit Planungen für die Anlage einer Uferpromenade, für die Grundstücke enteignet werden mußten. Betroffen davon war auch das Konsulat der Bundesrepublik. Am 3. November 1960 teilte Botschafter Seelos, Athen, mit, daß eine Note übergeben worden sei, in der die Botschaft aufgefordert werde, „Räumung des Konsulatsgebäudes und Umzug des Konsulats in vorläufige Unterkunft innerhalb von zwei Monaten, gerechnet ab 31. Oktober, vorzusehen. Alle Kosten der provisorischen Unterbringung sollen von der Bundesregierung getragen werden.“ Dies widerspreche bisherigen „mündlichen Verhandlungen, daß das Konsulat bis zum baldigen Neubau des Konsulatsgebäudes auf dem Grundstreifen verbleiben sollte, [...] steht aber im Einklang mit der Verschlechterung der Atmosphäre seit Wiederbelebung des Merten-Falles.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 300; B 26 (Referat 206), Bd. 124.

¹⁷ Botschafter Seelos, Athen, informierte am 5. April 1960 über den Plan der griechischen Journalistin Lorandou, ab Mai 1960 die deutschsprachige Tageszeitung „Athener Kurier“ herauszugeben. Die Finanzierung sei „nicht nur durch eigene Mittel, sondern vor allem auch durch amtliche griechische Zuschüsse gesichert“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 471; B 26 (Referat 206), Bd. 133.

Die Zeitung wurde in der Folgezeit vom Presse- und Informationsamt finanziell unterstützt. Am 8. Dezember 1960 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse von Schmoller, daß die Zuwendungen in bisheriger Höhe „beim besten Willen“ nicht mehr möglich seien. Vgl. B 26 (Referat 206), Bd. 123.

5) Mangelnde Bereitschaft der griechischen Behörden, die Arbeit der deutschen Schulen auf der Grundlage des Kulturabkommens¹⁸ zu erleichtern.¹⁹

6) Äußerste Zurückhaltung der griechischen Regierungsmitglieder gegenüber der Gründung der deutsch-griechischen Gesellschaft²⁰, nachdem zunächst der stellvertretende Ministerpräsident Kanellopoulos als Präsident vorgesehen war.

7) Unnötig scharfe Zurückweisung von Presse-Veröffentlichungen über deutsche Militärhilfe für Griechenland durch den Außenminister.²¹

8) Während die griechische Regierung anderen Regierungen für ihre Hilfe bei den Assoziierungsverhandlungen öffentlich wiederholt gedankt hat, Averoff gegenüber Italien und Frankreich sogar in einer Kammerrede, hat man den besonders wirksamen Beistand, den die Bundesregierung geleistet hat, öffentlich verschwiegen und nur in vertraulichen Gesprächen berührt.

B. Wirtschaft

1) Mangelnde Bereitschaft zum Abschluß des Kapital-Investierungsvertrages²² mit Deutschland seit dem Paris-Besuch von Ministerpräsident Karamanlis²³ im Juli 1960.²⁴

2) Nichtunterrichtung oder Befragung der deutschen Seite vor Vergabe des Aluminium-Projektes entgegen vorher gegebener Zusagen.²⁵

¹⁸ Für den Wortlaut des Kulturabkommens vom 17. Mai 1956 zwischen der Bundesrepublik und dem Königreich Griechenland und der dazugehörigen Briefwechsel vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 502–506.

¹⁹ Mit Blick auf die Tagung des deutsch-griechischen gemischten Kulturausschusses vom 23. bis 25. Januar 1961 in Bonn berichtete Botschafter Seelos, Athen, am 30. Dezember 1960, daß an den deutschen Schulen in Griechenland von der vorgeschriebenen Zahl griechischsprachiger Unterrichtsstunden abgewichen werden müsse, um den deutschsprachigen Anteil am Unterricht ausreichend zur Geltung zu bringen. Dies sei früher „amtlicherseits geduldet worden“; inzwischen verlange die griechische Aufsichtsbehörde jedoch „die Erfüllung der vollen Stundenzahlen in der griechischen Unterrichtssprache“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 1737; B 26 (Referat 206), Bd. 129.

²⁰ Legationsrat I. Klasse Schmidt-Schlegel vermerkte am 10. Mai 1959, daß Botschafter Seelos, Athen, ihm während eines Besuchs in Griechenland am 30. März 1959 gesagt habe: „Um unter den griechischen Intellektuellen die Idee eines engen deutsch-griechischen Kulturaustausches stärker zu pflegen, wird in Kürze die deutsch-griechische Gesellschaft in Athen gegründet werden.“ Der Gründungsakt sei um zwei Monate verschoben worden, da der als Präsident auf deutscher Seite vorgesehene baden-württembergische Ministerpräsident Kiesinger „zur Zeit nicht abkömmlich“ sei. Vgl. B 26 (Referat 206), Bd. 127.

²¹ Zu den Äußerungen des griechischen Außenministers Averoff-Tossizza vgl. Dok. 55, Anm. 10.

²² Ein Investitionsschutzabkommen zwischen der Bundesrepublik und Griechenland stand im Mittelpunkt der Wirtschaftsverhandlungen vom 4. bis 16. April 1960 in Athen. Nach anfänglichen Schwierigkeiten erklärte sich die griechische Regierung bereit, über einen Entwurf der Bundesregierung zu verhandeln. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 92 des Ministerialdirektors Reinhardt, Bundesministerium für Wirtschaft, z. Z. Athen, vom 7. April 1960; B 60 (Referat 410), Bd. 237.

²³ Ministerpräsident Karamanlis hielt sich am 11./12. Juli 1960 in Frankreich auf. Vgl. dazu DDF 1960, II, S. 63–77.

²⁴ Das Abkommen zwischen der Bundesrepublik und dem Königreich Griechenland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen wurde am 27. März 1961 in Athen unterzeichnet. Für den Wortlaut einschließlich der Briefwechsel vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 217–226.

²⁵ Botschaftsrat I. Klasse Kutscher, Paris, teilte am 20. Juli 1960 mit, daß während französisch-griechischer Wirtschaftsverhandlungen vom 21. bis 28. Juni 1960 eine Vereinbarung unterzeichnet worden sei, „wonach die führenden französischen Aluminiumkonzerne Pechiney und Ugine zusammen mit der Niarchosgruppe an einem noch nicht fixierten Standort in Griechenland ein Aluminiumwerk und eine Tonerdefabrik errichten wollen“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 922; B 60 (Referat 410), Bd. 237.

3) Versuch, die Bundesregierung bei der Verwendung der zweiten Tranche der 200 Mio.-DM-Anleihe vor vollendete Tatsachen zu stellen. Nichtunterrichtung der griechischen Öffentlichkeit über die deutsche Beteiligung an großen Vorhaben der Infrastruktur.²⁶

B 130, Bd. 2147 A (I A 4)

70

Runderlaß des Bundesministers von Brentano

993-80.00-508/61 VS-NfD

3. März 1961¹

Betr.: Fall Eichmann;

hier: Politische Öffentlichkeitsarbeit im Ausland

Der Eichmann-Prozeß² wird all jenen Kräften im Ausland Auftrieb geben, die Deutschland und der Bundesrepublik mit Mißtrauen oder Mißgunst gegenüberstehen. Die Greueltaten, die während des nationalsozialistischen Regimes von Deutschen veranlaßt oder ausgeführt worden sind, werden auch auf der irrationalen Ebene noch vorhandene anti-deutsche Komplexe verstärken. Eine Schädigung des Ansehens der Bundesrepublik ist zu befürchten.

Daß alte Ressentiments gegen Deutschland durch den Prozeß neu belebt werden, kann auch die wirksamste Öffentlichkeitsarbeit nicht verhindern. Es muß aber eine ihrer Hauptaufgaben in den kommenden Wochen und Monaten sein, die allzu negativen Auswirkungen des Prozesses abzuwehren oder zumindest abzuschwächen.

²⁶ Nach Wirtschaftsverhandlungen in Athen vom 16. bis 27. März 1961 wurde mitgeteilt, „daß auch der zweite Teil der deutschen Anleihe für den weiteren Ausbau des griechischen Straßennetzes in zweckmäßiger Weise vorgesehen“ sei. Es habe Übereinstimmung bestanden, daß dadurch „zu einem für die griechische Volkswirtschaft sehr wesentlichen Schwerpunktprogramm ein wertvoller Beitrag geleistet“ werde. Vgl. BULLETIN 1961, S. 593.

¹ Vervielfältigtes Exemplar.

Hat Ministerialdirigent Northe am 20. März 1961 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 708 verfügte.

Hat Generalkonsul I. Klasse a. D. Voigt vorgelegen.

Ergänzend wies Legationsrat I. Klasse Ahrens die Auslandsvertretungen am 4. März 1961 an, den Runderlaß „und seine Anlagen nach Eingang hinsichtlich seiner Aufbewahrung wie einen ‚VS-vertraulich‘ klassifizierten Vorgang zu behandeln. Außerdem ist dafür Sorge zu tragen, daß die im Bezugserlaß angekündigte ‚Informationsmappe‘ Außenstehenden nicht als Ganzes zur Kenntnis gelangt.“ Vgl. VS-Bd. 2307 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1961.

Der Runderlaß wurde auch der amerikanischen, britischen und französischen Botschaft übergeben. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Werz vom 21. März 1961; B 130, Bd. 3907 A (993).

² Am 11. April 1961 wurde in Jerusalem der Prozeß gegen den früheren SS-Obersturmbannführer und Leiter des „Referats für Judenangelegenheiten“ im Reichssicherheitshauptamt, Eichmann, eröffnet, der 1960 vom israelischen Geheimdienst aus Argentinien entführt worden war.

Der Ostblock und insbesondere die Sowjetische Besatzungszone werden nichts unversucht lassen, den Prozeß gegen Eichmann als einen Prozeß gegen die Bundesrepublik darzustellen und entsprechend propagandistisch auszuwerten. Die Abwehr dieser Hetze und die Bloßstellung der anti-israelischen Haltung der kommunistisch gelenkten Staaten wird daher eine der wichtigsten Aufgaben der politischen Öffentlichkeitsarbeit sein. Wir dürfen hierbei jedoch nicht bei der Replik stehenbleiben, sondern müssen im Ausland klarmachen, daß das Deutschland von heute, vertreten durch die Bundesrepublik, nicht mehr das Deutschland Hitlers ist. Ich bitte besonders dafür Sorge zu tragen, daß die beachtliche Reihe unserer positiven Handlungen (Wiedergutmachung, Verfolgung von NS-Verbrechen, Aufklärung der Bevölkerung und besonders der Jugend über das „Dritte Reich“, Hilfe für Israel usw.) in einer die Öffentlichkeit des Auslandes beeindruckenden Weise bekanntgemacht wird. Hierbei können wir auf den Wandel in der Haltung der deutschen Bevölkerung hinweisen, den sie u. a. durch ihre Reaktion auf die Hakenkreuzschmierereien³, ihre Teilnahme bei der Aufklärung von NS-Verbrechen und ihr Interesse anlässlich öffentlicher Diskussionen und dokumentarischen Darstellungen in Presse, Film und Fernsehen über die Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft bewiesen hat.

Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung hat Unterlagen für die Öffentlichkeitsarbeit der Auslandsvertretungen im Zusammenhang mit dem Prozeß in einer Informationsmappe zusammengestellt. Sie wird den Vertretungen in Kürze zugehen.⁴ Ihr Inhalt ist soweit als möglich und unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse zu verwerten. Ich weise die Missionen ferner auf die Sendungen des Informationsfunks der Bundesregierung und die verschiedenen Ausgaben des Bulletins hin, die entsprechendes Material bringen werden.

Erhebliche Bedeutung für das Urteil des Auslandes kommt der Reaktion der deutschen Presse und Öffentlichkeit zu. Die Vertretungen werden daher laufend über diese Reaktion unterrichtet werden.

Das Auswärtige Amt und das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung können, sofern es die Vertretungen wünschen, in der Zeit des Prozesses auch

³ In der Weihnachtsnacht 1959 wurden in Köln die Synagoge sowie das Denkmal für die Opfer des Nationalsozialismus mit Hakenkreuzen und antisemitischen Parolen beschmiert. In den folgenden Wochen kam es zu ähnlichen Vorfällen in weiteren Städten im Bundesgebiet, aber auch in anderen europäischen Staaten. Vgl. dazu den Artikel „Empörung über Schändung der Kölner Synagoge“; GENERAL-ANZEIGER vom 28. Dezember 1959, S. 1. Vgl. dazu ferner den Artikel „Die Hakenkreuzepidemie in Europa“; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe vom 7. Januar 1960, Bl. 2.

Am 20. Januar 1960 teilte Staatssekretär van Scherpenberg den Auslandsvertretungen mit, daß bis 14. Januar 1960 im Bundesgebiet und in Berlin (West) 93 Personen wegen „Schmier- und Störaktionen“ ermittelt worden seien, davon 17 Kinder unter 14 Jahren, 37 Jugendliche unter 21 Jahren und 22 Personen aus der Altersgruppe 21 bis 30 Jahre. 80 Täter seien „bisher weder rechts- noch linksradikal in Erscheinung“ getreten. Vgl. B 5 (Referat L 2), Bd. 16.

⁴ In einer Hausbesprechung mit den Staatssekretären van Scherpenberg und Carstens „über die im Zusammenhang mit dem am 11. April in Jerusalem beginnenden Eichmann-Prozeß zu treffenden Maßnahmen“ wurde beschlossen, daß aus dem „umfangreichen Material“, das dem Runderlaß zur Öffentlichkeitsarbeit beigelegt werde, „eine Zusammenfassung im Umfang von etwa 10–12 Seiten hergestellt wird. Das Konzentrat soll außer in englisch und französisch in einige weitere wichtige Sprachen übersetzt werden.“ Der Runderlaß solle außerdem „der amerikanischen, französischen und britischen Botschaft samt dem Hintergrundmaterial zugeleitet“ werden. Vgl. die Aufzeichnung von Carstens vom 4. März 1961; VS-Bd. 5571 (V 4); B 150, Aktenkopien 1961.

Für die Informationsmappe vgl. B 7 (Referat 990), Bd. 10 A.

Vortragsredner zur Verfügung stellen. Entsprechende detaillierte Wünsche bitte ich in Berichtsform zu äußern.

Ich bitte ferner, bei Veröffentlichungen und Gesprächen besonders folgende Punkte in überzeugender Weise darzustellen:

- 1) Die Bundesregierung ist daran interessiert, daß die schweren Verbrechen, die Eichmann begangen hat, aufgeklärt und geahndet werden.
- 2) Die Bundesregierung hat in den vergangenen elf Jahren nicht nur gesetzgeberisch alles getan, um das Unrecht der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zu sühnen und im Rahmen des Möglichen wiedergutzumachen, sondern sie hat auch in der staatsbürgerlichen Arbeit und bei der Erziehung ihrer Jugend geeignete Maßnahmen ergriffen. Die Bevölkerung wird umfassend über das Geschehen der Vergangenheit unterrichtet (vgl. hierzu Informationsmappe, RE vom 10. März 1960 – 991-80.38/1 VS-NfD⁵ – und Anhang zum Weißbuch über antisemitische Vorfälle⁶ – fremdsprachige Fassungen).
- 3) Im Hinblick auf die verleumderische Kampagne gegen die Bundesrepublik durch den Ostblock ist besonders auf folgende Tatsachen hinzuweisen:
 - a) Die Verbrechen der nationalsozialistischen Gewalthaber gehen das ganze deutsche Volk an. Jede Propaganda aus der sowjetischen Besatzungszone, die diese Tatsache leugnet, ist um so verabscheuungswürdiger, weil die sowjetische Besatzungszone keinerlei Wiedergutmachung angeboten oder geleistet hat. (Der Jüdische Weltkongreß in Stockholm hat im August 1959 mit Bedauern festgestellt, „daß die sogenannte ‚DDR‘ nicht die mindeste Neigung bekunde, materielle Wiedergutmachung für die nationalsozialistischen Verfolgungen zu leisten.“⁷)
 - b) Die Machthaber der sowjetisch besetzten Zone setzen die Diktatur Hitlers mit den Methoden des Totalitarismus und zum Teil denselben Personen fort.
 - c) Die SBZ betreibt eine heftige anti-israelische Propaganda (vgl. Erklärung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Rau in Kairo vom 29.1.1961: „Israel ist ein Agent der imperialistischen Länder.“⁸).

Im Gegensatz dazu hat die Politik der Bundesregierung das Vertrauen auch der israelischen Regierung gefunden (u. a. dokumentiert durch das Zusammentreffen des israelischen Ministerpräsidenten mit dem Herrn Bundeskanzler in New

⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse Brand teilte den Auslandsvertretungen mit: „In den meisten Ländern der freien Welt hat seit Kriegsende kein Ereignis in Deutschland die Öffentlichkeit so stark beschäftigt wie die Welle antisemitischer Vorfälle.“ Diese hätten „dem Ansehen der Bundesrepublik erheblich geschadet“. Neben Material zu den Reaktionen im Ausland übermittelte Brand u. a. Informationen über die Hintergründe der Vorfälle, zur „nationalsozialistischen Vergangenheit von Beamten in Regierung, Verwaltung und Justiz“ und „positive Gesichtspunkte zur Lage der Demokratie in der Bundesrepublik“ sowie zur „Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts durch die Bundesrepublik“. Vgl. B 5 (Referat L 2), Bd. 15.

⁶ Am 17. Februar 1960 wurde dem Bundestag das Weißbuch der Bundesregierung „Die antisemitischen und nazistischen Vorfälle in der Zeit vom 25. Dezember 1959 bis zum 28. Januar 1960“ vorgelegt. Für das Weißbuch vgl. B 5 (Referat L 2), Bd. 17.

⁷ Zu der Resolution des vierten Jüdischen Weltkongresses vom 2. bis 12. August 1959 in Stockholm vgl. den Artikel „Vorwürfe der Juden gegen die Zone“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 13. August 1959, S. 3.

⁸ Der Stellvertretende Ministerpräsident der DDR, Rau, besuchte vom 25. bis 31. Januar 1961 die VAR. Zu seiner Äußerung über Israel vgl. den Artikel „Zweites Gespräch Nasser – Rau“, NEUES DEUTSCHLAND vom 31. Januar 1961, S. 1.

York im Jahre 1960⁹ und durch die freundliche Aufnahme des Herrn Altbundespräsidenten Professor Heuss bei seinem Besuch in Israel¹⁰).

4) Der deutsche Widerstand gegen Hitler und sein Regime wurde in mehreren erfolglosen Attentatsversuchen dokumentiert. Ein Heer von Geheimpolizisten mußte ständig zur Überwachung des eigenen Volkes eingesetzt werden. Seit 1933 wurden die politischen Gegner Hitlers systematisch verfolgt und verhaftet. Sie waren die ersten Insassen der berüchtigten Konzentrationslager, in denen viele Tausende auch nicht-jüdischer deutscher Häftlinge umgebracht wurden.

Ich bitte die Herren Missionschefs, der politischen Öffentlichkeitsarbeit in den kommenden Wochen und Monaten im Hinblick auf den Eichmann-Prozeß ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen, und ich erwarte, daß sich alle Angehörigen der Auslandsvertretungen für die Erfüllung dieser politischen Aufgabe, die nicht allein durch die Pressereferate bewältigt werden kann, mit Umsicht und Energie einsetzen, um das in jahrelanger und geduldiger Arbeit wiedergewonnene deutsche Ansehen in der Welt zu erhalten.¹¹

gez. Brentano

VS-Bd. 2307 (I B 4)

71

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Duckwitz

710-84.00-92.14-244/61 geheim

4. März 1961¹

Betr.: Errichtung einer Munitionsfabrik in Kambodscha

Bei dem von der Botschaft Saigon erwähnten Projekt² handelt es sich nicht um eine Waffenfabrik zur Herstellung von Granatwerfern, sondern um eine Munitionsfabrik, die in Kambodscha errichtet werden soll. Die Kapazität soll 64000 Schuß pro Tag für je 6 Kaliber betragen. Um den Auftrag bemühen sich,

⁹ Bundeskanzler Adenauer und Ministerpräsident Gurion führten am 14. März 1960 ein Gespräch im Waldorf-Astoria-Hotel in New York. Vgl. dazu Dok. 133, Anm. 1.

¹⁰ Der ehemalige Bundespräsident Heuss traf am 4. Mai 1960 zu einem zweiwöchigen Besuch in Israel ein.

¹¹ Mit Privatdienstschreiben vom 17. März 1961 an Generalkonsul I. Klasse a. D. Voigt äußerte Botschafter Weber, Kairo, die Vermutung, daß diesem der Runderlaß vor Abgang nicht vorgelegen habe, da er „anderenfalls doch sicher einige Hinweise auf die besondere Einstellung der arabischen Länder zu diesem Problem“ gegeben hätte: „Ich glaube mich darin mit Ihnen einig zu wissen, daß alle Argumente des Erlasses, die etwa in den westeuropäischen Ländern und Nordamerika durchaus am Platze sein mögen, hier mit Sicherheit den gegenteiligen Effekt auslösen, wenn man nach den Buchstaben des Erlasses vorgeht.“ Vgl. VS-Bd. 2307 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1961.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bassler konzipiert.

² Am 2. März 1961 berichtete Botschafter Freiherr von Wendland, Saigon: „Erfahre streng vertraulich von Herrn Pathe, hiesigem Vertreter Illies, Hamburg, Siemens und MAN [...], daß er im Auftrage der Firma J. Meissner, Köln-Bayenthal, Planungsbüro, kurz vor Abschluß eines Auftrages im Werte von 40 Millionen DM, zahlbar aus eigenen Devisen Kambodschas, steht, die Granatwerfer herstellen soll. Angeblich findet dieser Auftrag Zustimmung deutscher Regierungsstellen, da er auf amerikanischen

gemeinsam vertreten durch die Firma Illies & Co., Hamburg, die Firmen Meissner, Köln, MAN-Siemens und Manurhin, Frankreich. Ihr an die kambodschanische Regierung demnächst abzugebendes Angebot wird auf DM 36 Millionen lauten.

In Konkurrenz zu dem deutsch-französischen Angebot soll ein tschechisches Angebot mit einer Kreditgewährung von zehn Jahren zu einem Zinssatz von 1 1/2 % vorliegen. Gleichzeitig sollen sich die Tschechen bereit erklärt haben, für den Betrieb der Fabrik 150 Techniker zu stellen.

Dem Projekt kommt eine erhebliche politische Bedeutung zu. Die amerikanische Regierung legt, wie die Botschaft Washington am 27.1. (FS Nr. 179) berichtet, allergrößten Wert darauf, daß die Fabrik nicht von einem Ostblockstaat errichtet wird. Sie hat gebeten, daß die Bemühungen der Firma Illies nachdrücklich unterstützt werden, damit verhindert wird, daß der Ostblock durch die Tschechen in einem Produktionszweig, der wegen seiner Verbindung zur Wehrmacht eine besonders politische Bedeutung hat, Fuß fassen kann.

Ebenso wie die USA haben auch wir, abgesehen vom kommerziellen, ein dringendes politisches Interesse, daß der Auftrag an die deutsch-französische Gruppe geht. In den seit fast einem Jahr laufenden deutsch-kambodschanischen Besprechungen über die Frage der Aufnahme diplomatischer bzw. konsularischer Beziehungen³ hat sich ergeben, daß die Kambodschaner unter Umständen bereit wären, die Errichtung einer ostzonalen Vertretung in Phnom Penh abzulehnen, falls die Wirtschaftsbeziehungen zur Bundesrepublik sich so günstig gestalten, daß sie sich für Kambodscha als vorteilhafter erweisen als eine Zusammenarbeit mit der Ostzone.

An dem zur Erörterung stehenden Objekt könnten ohne größeren Aufwand den Kambodschanern die Vorzüge der Zusammenarbeit mit der Bundesregierung so eindrucksvoll bewiesen werden, daß erwartet werden kann, daß Prinz Sihanouk sich den ostzonalen Wünschen, in Phnom Penh eine Vertretung zu eröffnen, weiter verschließt⁴. Aus dieser Überlegung haben sowohl das Auswärtige Amt

Fortsetzung Fußnote von Seite 318

Wunsch zurückgehe, um den Tschechen bei der Errichtung einer Munitionsfabrik zuvorzukommen.“ Wendland meldete Bedenken gegen das Projekt an, „da dieses, abgesehen von der ernstlichen Verstimmung, die in Vietnam und vermutlich auch in Thailand darüber entstehen wird, ein besonders gängiges Thema der kommunistischen Propaganda gegen die Bundesrepublik bilden würde“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 5; VS-Bd. 4987 (417/418); B 150, Aktenkopien 1961.

³ Gesandter a. D. Boltze, z. Z. Paris, berichtete am 13. September 1960: „Son Sann mitteilte mir im Auftrag Prinz Sihanouks, daß Kambodscha für Anfang nächsten Jahres Aufnahme konsularischer Beziehungen mit Bundesrepublik vorschläge. Mit Rücksicht auf freundschaftliches Verhältnis zu uns richte kambodschanische Regierung dieses Angebot an erster Stelle an uns. Falls Pankow, was bisher nicht der Fall war, gleichfalls konsularische Beziehungen wünsche, könne sich Kambodscha dem nicht entziehen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 877; B 12 (Referat 710), Bd. 1553.

Ministerialdirigent Northe vermerkte am 5. Oktober 1960, diese Erklärung des Gouverneurs der kambodschanischen Nationalbank und ehemaligen Außenministers habe der Berater der Société Financière de Cambodge in Paris, Dauphin-Meunier, am 14. September 1960 „dahin kommentiert, daß die kambodschanische Regierung versuchen werde, die Errichtung einer konsularischen Vertretung der SBZ in Phnom Penh zu verhindern und Pankow die Errichtung einer Handelsvertretung nahe-zulegen.“ Vgl. B 12 (Referat 710), Bd. 1553.

⁴ Am 20. Februar 1961 teilte Botschafter Bidder, Bangkok, mit, Staatschef Prinz Sihanouk habe gegenüber der Wochenzeitung „Die Zeit“ geäußert, „daß SBZ beabsichtigt, in Kürze Wirtschaftsmission in Kambodscha zu errichten. Sihanouk zeigte sich enttäuscht über Behandlung Beziehungen zu Kambodscha durch Bundesrepublik. Sein Vorschlag, in Phnom Penh Generalkonsulat zu eröffnen, sei bisher nicht beantwortet worden. Er könne gewünschte Garantie über Nicht-Anerkennung SBZ nicht geben

wie das Bundeswirtschaftsministerium das Projekt für förderungswürdig erklärt. Es handelt sich bei dem Projekt um eine ähnliche, aber kleinere Anlage, wie sie kürzlich von der Firma Fritz Werner, Berlin-Lichterfelde, für Indonesien geliefert worden ist.⁵

Die von der Botschaft Saigon erhobenen Bedenken können nicht als stichhaltig angesehen werden. Die Lieferung der Munitionsfabrik durch uns dürfte kaum zu einem Propagandathema gegen die Bundesrepublik gemacht werden können, da allgemein bekannt ist, daß auch die Tschechen mit allen Mitteln bemüht sind, den Auftrag zu erhalten. Weiter ist nicht ersichtlich, warum die Durchführung des Auftrages durch uns in Vietnam oder Thailand Verstimmung auslösen sollte. Im Gegenteil sollte angenommen werden, daß die Bedrohung beider Länder sich erhöht, falls es dem Ostblock gelingen sollte, seinen Einfluß in Kambodscha zu erhöhen. Es sollte angenommen werden, daß die Botschaft Saigon in der Lage ist, etwaige Besorgnisse der vietnamesischen Regierung zu zerstreuen und klarzumachen, daß – wie das State Department zu Recht feststellt – es im Interesse der westlichen Welt liegt, wenn der Auftrag von deutschen Firmen durchgeführt wird.⁶

Hiermit über Abteilung 4⁷ Abteilung 3⁸ und Herrn Staatssekretär II⁹ Herrn Minister weisungsgemäß vorgelegt.

Duckwitz

VS-Bd. 2328 (I B 5)

Fortsetzung Fußnote von Seite 319

und wiederholte Politik Kambodschas, keine diplomatischen Beziehungen zu geteilten Staaten aufzunehmen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 28; B 12 (Referat 710), Bd. 1553.

Ministerialdirektor Duckwitz informierte die Botschaft in Bangkok am 22. Februar 1961 über weitere Gespräche des Gesandten a. D. Boltze: „Da im Falle Eröffnung BRD-Generalkonsulats kambodschanische Regierung sich nicht in der Lage glaubte, sich ähnlichem SBZ-Antrag zu entziehen, stimmten beide Teile überein, daß es am besten sei, augenblicklichen Zustand nicht zu verändern, d. h. von Errichtung irgendwelcher Vertretungen Abstand zu nehmen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 31; B 12 (Referat 710), Bd. 1553.

⁵ Legationsrat I. Klasse Hebach legte am 2. Februar 1961 dar: „Die Firma Fritz Werner Fertigung GmbH, Geisenheim, hat beim Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft die Erteilung von Lieferungs-genehmigungen zur Ausfuhr folgender Anlagen nach Indonesien beantragt: 1) Anlage zur Herstellung von Pistolen, Maschinenpistolen 9 mm und automatischen Gewehren mit kompletter Schießstand-ausrüstung – Wert rd. 22 Mio. DM; 2) Anlage zur Herstellung von Munition Kal[iber] 50 – Wert DM 2,7 Mio. Der Käufer ist das Verteidigungsministerium der Republik Indonesien in Djakarta.“ Vgl. B 57 (Referat III A 4), Bd. 68.

Ministerialdirektor Jansen vermerkte am 3. Februar 1961, daß er den niederländischen Botschafts-rat Fack über die „in den nächsten Tagen“ beginnende Durchführung des bereits 1959 zustande ge-kommenen Auftrags unterrichtet habe. Vgl. B 57 (Referat III A 4), Bd. 68.

⁶ Vortragender Legationsrat I. Klasse Bassler informierte am 9. Juni 1961 über ein Gespräch mit dem amerikanischen Botschaftssekretär Davis, der Sorge darüber geäußert habe, daß die kambodschanische Regierung doch geneigt sein könnte, das tschechische Angebot zur Errichtung der Munitions-fabrik anzunehmen. Er, Bassler, habe daraufhin mitgeteilt, daß die Firma C. Illies & Co. in Genf mit einer kambodschanischen Delegation gesprochen und diese Interesse signalisiert habe, da das deutsche Angebot „um 50 % preisgünstiger als das tschechische liege“. Vgl. VS-Bd. 4987 (417/418); B 150, Akten-kopien 1961.

⁷ Hat Ministerialdirektor Harkort am 7. März 1961 vorgelegen.

⁸ Hat Ministerialdirektor von Etdorf am 9. März 1961 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Werz und Referat 301 verfügte.

Hat Werz am 9. März 1961 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Sahm am 13. März 1961 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „(Zuständig wäre 406 mit 301).“

⁹ Hat Staatssekretär Carstens vorgelegen.

Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Harriman

115-27.A/61 geheim

6. März 1961¹

Die Unterredung, die der Herr Bundeskanzler in Anwesenheit des Herrn Bundesministers des Auswärtigen und des amerikanischen Botschafters Dowling am 6. März 1961 um 11.00 Uhr begonnen hatte², wurde gegen 11.30 Uhr unter Hinzuziehung von Herr Staatssekretär Professor Carstens und Herrn LR I Dr. Osterheld fortgesetzt.

Botschafter *Harriman* stellte noch einmal die Frage nach den Gesprächsthemen für die Begegnung des Herrn Bundeskanzlers mit dem amerikanischen Präsidenten.³

Der Herr *Bundeskanzler* nannte zuerst die NATO. Was die Entwicklungshilfe angehe, so hoffe er, daß bis zu seinem Besuch Fortschritte in dieser Angelegenheit erzielt worden seien. Von Herrn Hallstein habe er gehört, ohne zu wissen, ob dies richtig sei oder nicht, daß in den Vereinigten Staaten daran gedacht werde, daß dieses oder jenes wohlhabende Land jeweils eine Gruppe von Entwicklungsländern zur Betreuung übernehme.

Botschafter *Harriman* sagte, davon sei ihm nichts bekannt, und er halte dies auch nicht für wahrscheinlich. Es müsse hier ein Mißverständnis vorliegen. Er erwähnte Frankreich, das verständlicherweise den unterentwickelten Ländern besonders helfe, die ehemals französische Kolonien gewesen seien. Diese Haltung werde von den Vereinigten Staaten respektiert, und die amerikanische Regierung wolle sich nicht einmischen. Wenn mehr Unterstützung benötigt würde, als Frankreich zu geben in der Lage sei, werde die amerikanische Regierung gerne sich daran beteiligen und die französischen Maßnahmen ergänzen. Das gleiche gelte beispielsweise für Großbritannien, das, um einen Fall herauszugreifen, Nigeria besonders unterstütze. Was Indien angehe, so

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscher Weber am 9. März 1961 gefertigt. Hat Legationsrat I. Klasse Osterheld, Bundeskanzleramt, am 9. März 1961 vorgelegen.

Hat Bundeskanzler Adenauer vorgelegen.

² Der amerikanische Sonderbotschafter Harriman hielt sich vom 5. bis 8. März 1961 in der Bundesrepublik und in Berlin (West) auf. Themen des ersten Teils des Gesprächs mit Bundeskanzler Adenauer am 6. März 1961 waren eine Stärkung der NATO und die Haltung des Staatspräsidenten de Gaulle dazu. Für die Gesprächsaufzeichnung vgl. Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand III/25. Für das Gespräch am 7. März 1961 vgl. Dok. 74.

Zu den Unterredungen vgl. auch FRUS 1961–1963, Western Europe; Berlin, Microfiche Supplement, Dok. 56.

Harriman führte am 6. März 1961 außerdem Gespräche mit Bundespräsident Lübke sowie mit den Bundesministern Erhard und Strauß. Für das Gespräch mit Lübke vgl. B 32 (Referat 305), Bd. 135. Zu den Gesprächen mit Erhard und Strauß vgl. Dok. 74, Anm. 40, bzw. Dok. 79, Anm. 8.

³ Am 1. März 1961 überbrachte der amerikanische Botschafter Dowling Bundeskanzler Adenauer eine Einladung des Präsidenten Kennedy zu einem Besuch am 12./13. April 1961 in Washington. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand III/59.

Für die Gespräche zwischen Adenauer und Kennedy am 12./13. April 1961 vgl. Dok. 105, Dok. 107 und Dok. 108.

erwarte⁴ die amerikanische Regierung⁵, daß sich alle in Frage kommenden Länder zu einer Zusammenarbeit entschlossen, nicht zuletzt auch deshalb, daß⁶ die Inder einen Anhaltspunkt dafür bekämen, mit welcher Unterstützung sie insgesamt rechnen könnten.⁷

Der Herr *Bundeskanzler* betonte, daß die Entwicklungshilfe keine Maßnahme der Wohltätigkeit sei, sondern eine eminent politische Angelegenheit im Kampf gegen den Kommunismus darstelle. Gegenwärtig herrsche große Unklarheit. Ein Land gebe hier etwas, ein anderes Land gebe dort etwas, andere Entwicklungsländer erhielten überhaupt nichts. Es sei unerlässlich, daß auf diesem Gebiet Ordnung geschaffen werde.

Botschafter *Harriman* sagte, er habe Weisung, dem Herrn Bundeskanzler mitzuteilen, daß Präsident Kennedy der nächsten Sitzung der DAG, die Ende März in London stattfinden werde⁸, sehr große Bedeutung beimesse. Von amerikanischer Seite werde der wirtschaftliche Staatssekretär im Außenministerium, Herr Ball, an der Sitzung teilnehmen. Herr Ball hoffe, vor dieser Tagung nach Bonn kommen zu können.⁹ Die amerikanische Regierung gehe davon aus, daß sich später die OECD mit dieser Angelegenheit befassen werde und daß der Wirtschaftsausschuß der OECD diese Frage kontinuierlich behandeln werde in dem Bemühen, die Maßnahmen aller Industriestaaten, einschließlich Japans, aufeinander abzustimmen. Die amerikanische Regierung sei der Auffassung, daß die OECD das maßgebende Gremium sein sollte.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, die Koordination sei außerordentlich wichtig.

Botschafter *Harriman* wies darauf hin, daß sich in manchen wichtigen Fragen die Haltung der neuen Regierung von der der Regierung Eisenhowers wesentlich unterscheide. Das gelte nicht nur für die NATO, sondern auch für die langfristige Planung der Entwicklungshilfe. Diese sei ein wichtiger Faktor im kalten Krieg und dürfe nicht nur unter militärischen oder wirtschaftlichen Gesichtspunkten gesehen werden. Sollten auf der DAG-Tagung Fragen offen bleiben, so könnte der Herr Bundeskanzler auch darüber mit Präsident Kennedy sprechen. Der Botschafter fragte sodann nach den für das Jahr 1961 zur Verfügung gestellten Mitteln und insbesondere nach dem Betrag, der im Haushalt vorgesehen sei.¹⁰

⁴ Dieses Wort wurde von Legationsrat I. Klasse Osterheld, Bundeskanzleramt, handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „habe“.

⁵ An dieser Stelle wurde von Legationsrat I. Klasse Osterheld, Bundeskanzleramt, gestrichen: „erwartet“.

⁶ So in der Vorlage.

⁷ Der Sonderbeauftragte der indischen Regierung für Wirtschaftsfragen, Braj K. Nehru, sprach am 8. Februar 1961 in Washington mit dem Staatssekretär für Wirtschaftsfragen im amerikanischen Außenministerium, Ball, über die Notwendigkeit substantieller Auslandshilfe für den am 1. April 1961 beginnenden dritten indischen Fünfjahresplan. Mit Blick auf das Treffen des Indien-Konsortiums vom 25. bis 27. April 1961 in London bat er die amerikanische Regierung um Einwirkung auf die europäischen Teilnehmer, feste Zusagen zur Finanzhilfe an Indien abzugeben. Vgl. dazu FRUS 1961–1963, XIX, Dok. 3, S. 3–5.

⁸ Die Tagung der Development Assistance Group (DAG) fand vom 27. bis 30. März 1961 statt. Vgl. dazu FRUS 1961–1963, IX, Dok. 101 und Dok. 102, S. 220–231.

Zum amerikanischen Wunsch nach möglichst hochrangiger Vertretung auf dieser Tagung vgl. Dok. 55, besonders Anm. 17.

⁹ Der Staatssekretär für Wirtschaftsfragen im amerikanischen Außenministerium, Ball, hielt sich vom 19. bis 22. März 1961 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 80, Anm. 7.

¹⁰ Zu einer möglichen Kürzung des Haushaltsansatzes für Entwicklungshilfe vgl. Dok. 35.

Am 24. Februar 1961 vermerkte Staatssekretär Carstens, daß er in der Kabinettsitzung am selben Tag gemeinsam mit den Bundesministern Erhard und Schröder sowie Bundesbankpräsident Blessing

Der Herr *Bundesminister des Auswärtigen* erläuterte, wie sich die Gesamtsumme zusammensetzt.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß man sich mit dem Haushalt auch besser einrichten könne, wenn einmal ein internationales Programm vorliege.

Botschafter *Harriman* sagte, die Regierung Eisenhower habe sich ständig Krisen gegenübergesehen und nichts getan, um etwas Positives aufzubauen, um auf diese Weise die Krisen von vornherein zu vermindern. Aus seiner Reise durch Afrika¹¹ habe er den Eindruck gewonnen, daß sich die Länder mit guten und stabilen demokratischen Regierungen im westlichen Sinne vernachlässigt gefühlt hätten, wogegen diejenigen Länder, in denen eine kommunistische Krise drohe, vom Westen unterstützt würden. In den westlich orientierten Ländern stehe die Opposition meist weit links, und wenn es den demokratischen Regierungen dieser Länder nicht gelinge, sich durchzusetzen, drohe die Gefahr einer Radikalisierung. Dann kämen solche Leute wie Fidel Castro an die Macht, dessen Programm in bestimmten Kreisen auch außerhalb seines Landes viele Anhänger gefunden habe.

Der Herr *Bundeskanzler* erinnerte daran, daß die amerikanische Regierung anfänglich Fidel Castro vertraut habe.

Botschafter *Harriman* erwiderte, daß er die Gefahr sehr früh erkannt habe, und verwies dabei auf die Unruhen, die sich 1948 während einer interamerikanischen Konferenz in Bogotá ereignet hatten.¹² Die Regierung Truman sei sich des

Fortsetzung Fußnote von Seite 322

dem vom Bundesministerium der Finanzen vorgesehenen Verfahren widersprochen habe: „Es sei unmöglich, vor der Weltöffentlichkeit gleichzeitig bekanntzugeben, daß unser Steuermehraufkommen 2,4 Milliarden DM betragen würde, daß wir aber andererseits nicht bereit seien, die früher in Aussicht genommene Einsetzung von 500 Millionen DM in den Haushalt aufrechtzuerhalten.“ Vgl. B 2 (Büro Staatssekretär), Bd. 284.

Am 1. März 1961 einigten sich die beteiligten Ressorts auf eine „Bindungsermächtigung in Höhe von 500 Mio. DM für Zwecke der Entwicklungshilfe“, die es der Bundesregierung ermögliche, „im Haushaltsjahr 1961 Verpflichtungen zu Lasten späterer Haushaltsjahre in dieser Höhe einzugehen“ und so im laufenden Jahr „Entwicklungsprojekte in einer Höhe bis zu 4 Milliarden DM zu übernehmen“. Vgl. die Aufzeichnung von Carstens vom selben Tag; B 2 (Büro Staatssekretär), Bd. 284.

- ¹¹ Botschafter Schroeder, Conakry, berichtete am 5. September 1960, daß der „frühere amerikanische lend-lease-Administrator, Botschafter in Moskau und Gouverneur des Staates New York, Averell Harriman [...] im Auftrage des demokratischen Präsidentschaftskandidaten Kennedy“ derzeit eine Informationsreise durch Afrika unternehme und sich in deren Rahmen vom 27. bis 29. August 1960 in Guinea aufgehalten habe: „Die Reise war als ‚fact finding mission‘ bezeichnet worden; Herr Harriman sage jedoch, daß er sie mehr als ‚opinion finding mission‘ auffasse, da über die facts ja genügend bekannt sei.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 587; B 32 (Referat 305), Bd. 115.

Harriman besuchte anschließend Ghana, hielt sich vom 4. bis 7. September 1960 in Nigeria auf und reiste dann in die Republik Kongo (Brazzaville). Vgl. dazu den Schriftbericht des Konsuls I. Klasse Reichel, Lagos, vom 12. September 1960; B 32 (Referat 305), Bd. 115.

Am 15. September 1960 informierte Legationssekretär Türk, Monrovia, Harriman habe „auch für wenige Stunden Liberia besucht“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 204; B 32 (Referat 305), Bd. 115.

- ¹² Vom 30. März bis 2. Mai 1948 tagte in Bogotá die Konferenz der Amerikanischen Staaten. Am 9. April 1948 berichtete der amerikanische Botschafter in Bogotá, Beaulac, über die Ermordung des Vorsitzenden der kolumbianischen Liberalen Partei, Gaitán, und die darauf folgenden Unruhen: „Mob seized and killed assassin, dragged corpse to front Presidential Palace, then hanged it on public street. Mob invaded Capitolio, seat of Pan-American conference, ransacking building and attempting set fire at least one wing.“ Außerdem sei es zu Plünderungen und einem Bombenanschlag auf ein Bürogebäude gekommen, in dessen siebter Etage die amerikanische Delegation ihren Sitz habe. Vgl. FRUS 1948, IX, S. 39.

Die Konferenz beschloß in den folgenden Tagen, dennoch ihre Tätigkeit fortzusetzen, und verabschiedete u. a. die Satzung der Organisation der Amerikanischen Staaten. Für den Wortlaut der Satzung sowie weiterer Konferenzdokumente vgl. EUROPA-ARCHIV 1956, S. 8695–8704.

Ernstes der Lage durchaus bewußt gewesen. Sie sei damals jedoch mit der Durchführung des Marshall-Plans¹³ befaßt gewesen, dann sei der Krieg in Korea ausgebrochen¹⁴, und schließlich hätten die Republikaner die Wahlen 1952 gewonnen.¹⁵ In den vergangenen acht Jahren sei auf diesem Gebiet nichts geschehen.

In der Organisation der Amerikanischen Staaten seien zwar nur Staaten des amerikanischen Kontinentes vertreten, doch würden es die Vereinigten Staaten begrüßen, wenn sich beispielsweise Deutschland oder Großbritannien, die mit Südamerika gute Handelsbeziehungen hätten, an einer finanziellen Unterstützung beteiligen würden. Die deutschen Handelsbeziehungen mit Südamerika machten diese Länder vielleicht eher geneigt, Unterstützung und Kredite von Deutschland anzunehmen. Damit würde gleichzeitig der deutsche Handel ausgedehnt werden.

Im Westen müsse man erkennen, daß es nicht nur um wirtschaftliche Dinge gehe. Die sozialen Bedingungen müßten ebenfalls verbessert werden. Der Marshall-Plan habe ausschließlich dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas gegolten, da in den europäischen Ländern die soziale Gesetzgebung schon lange in Kraft gewesen sei. In den Ländern, um die es jetzt gehe, sei die Lage aber anders. Es nütze wenig, diese Länder mit modernen Produktionsverfahren vertraut zu machen, besonders auf landwirtschaftlichem Gebiet, wenn nicht gleichzeitig soziale Reformen durchgeführt würden.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, angesichts der Größe der Aufgabe, der Zahl der Beteiligten und der Beträge, um die es ginge, sei eine sorgfältige Planung und Koordinierung unerlässlich.

Botschafter *Harriman* bemerkte, daß der Präsident für diese Überlegung sehr aufgeschlossen sein werde. Die amerikanische Regierung betrachte Deutschland als einen wichtigen Partner bei der Durchführung dieses Programmes, das ursprünglich als Punkt-Vier-Programm¹⁶ eingeleitet worden sei, dem aber der Erfolg versagt geblieben sei.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, die Bundesregierung sei hierzu bereit.

Botschafter *Harriman* sagte, die deutschen Botschafter in Afrika seien sehr gut über die Lage in Afrika informiert gewesen. Die Bundesrepublik habe in diesen

¹³ Zum European Recovery Program (Marshall-Plan) vgl. Dok. 35, Anm. 3.

¹⁴ Am 25. Juni 1950 überschritten Truppen der Demokratischen Volksrepublik Korea (Nordkorea) die Demarkationslinie zur Republik Korea (Südkorea) und eroberten am 28. Juni 1950 die südkoreanische Hauptstadt Seoul. Nachdem Präsident Truman am 27. Juni 1950 die Unterstützung der südkoreanischen Truppen angekündigt und der UNO-Sicherheitsrat in Abwesenheit des sowjetischen Botschafters Malik Hilfeleistungen gebilligt hatte, griffen amerikanische Verbände in die Kampfhandlungen ein. Am 7. Juli 1950 wurden die von den USA und weiteren Staaten gebildeten UNO-Truppen amerikanischem Oberbefehl unterstellt. Vgl. dazu die Resolutionen Nr. 83 vom 27. Juni und Nr. 84 vom 7. Juli 1950; UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. 2, S. 85 f.

¹⁵ Aus den amerikanischen Präsidentschaftswahlen am 4. November 1952 ging der Kandidat der Republikanischen Partei, Eisenhower, als Sieger hervor.

¹⁶ Am 20. Januar 1949 führte Präsident Truman in seiner Inaugurationsrede aus: „In the coming years, our program for peace and freedom will emphasize four major courses of action. First, we will continue to give unfaltering support to the United Nations and related agencies [...]. Second, we will continue our programs for world economic recovery. [...] Third, we will strengthen freedom-loving nations against the dangers of aggression [...]. Fourth, we must embark on a bold new program for making the benefits of our scientific advances and industrial progress available for the improvement and growth of underdeveloped areas.“ Vgl. PUBLIC PAPERS, TRUMAN 1949, S. 114.

Ländern den Vorteil, daß sie nicht mit dem Makel des Kolonialismus behaftet sei.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, Macmillan habe ihm gesagt, Deutschland sei aus zwei Gründen in einer glücklichen Lage: Es habe keine Kolonien, und es gehöre nicht den Vereinten Nationen an.

Botschafter *Harriman* sagte, die neue Regierung unterstütze die Vereinten Nationen. Für die großen Staaten seien sie nicht so wichtig. Für die mittleren und kleinen Staaten seien sie von großer Bedeutung, und wenn man sich um die Mitarbeit gerade dieser Staaten bemühe, sei es wichtig, daß die Arbeit der Vereinten Nationen zu Ergebnissen führe.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, wenn die Voraussetzungen anders wären, würde auch Deutschland den Vereinten Nationen angehören.

Er brachte das Gespräch sodann auf die Sowjetunion und erwähnte das ihm im Februar von Botschafter Smirnow überreichte lange Memorandum¹⁷, das im Ton höflicher als frühere Botschaften gewesen sei, in der Sache aber schärfer. Dies gelte auch für Berlin. Er wisse nicht, ob dies überall klar erkannt worden sei. Die deutsche Presse habe es nicht immer erkannt. Früher habe Chruschtschow angedeutet, daß die Frage der Zone liegenbleiben könne, wenn Berlin eine freie Stadt werde.¹⁸ Jetzt aber wolle er beide Fragen gleichzeitig lösen.

Nach Auffassung der Bundesregierung sei die wichtigste Frage die kontrollierte Abrüstung. Selbst wenn die Berlinfrage und das Problem der Zone gelöst wären, würden die Spannung und der Druck, die heute wegen der Rüstung auf der Welt lasteten, nicht beseitigt werden. Deshalb glaube er, daß es wichtig sei, mit der Abrüstung zumindest einmal anzufangen. Wenn eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung erst begonnen habe, werde das zu einer allgemeinen Entspannung führen, und dann dürften sich die Fragen der Zone und Berlins leichter lösen lassen.

Botschafter *Harriman* sagte, auch darüber sollte der Herr Bundeskanzler mit Präsident Kennedy sprechen, ebenso wie über seine Beurteilung des chinesisch-russischen Verhältnisses. Vertraulich könne er mitteilen, daß Botschafter Thompson Weisung bekommen habe, Chruschtschow zu einem Gespräch aufzusuchen.¹⁹ Die amerikanische Regierung gehe davon aus, daß sich viele Fragen besser in einer ruhigen Atmosphäre und auf diplomatischem Wege erörtern ließen als auf großen internationalen Konferenzen. Botschafter Thompson solle eine Reihe von Fragen ansprechen und solle sich Chruschtschows Äußerungen zu

¹⁷ Zum sowjetischen Memorandum vom 17. Februar 1961 vgl. Dok. 54, besonders Anm. 7.

¹⁸ Zu den sowjetischen Vorschlägen für eine „Freie Stadt“ Berlin (West) vgl. Dok. 2, Anm. 3 und 5.

¹⁹ Botschafter Grewe, Washington, gab am 24. Februar 1961 die Information aus dem amerikanischen Außenministerium weiter, daß der amerikanische Botschafter in Moskau, Thompson, mit einem Schreiben des Präsidenten Kennedy an Ministerpräsident Chruschtschow und „mit dem Auftrag nach Moskau zurückgekehrt sei, Chruschtschow eingehend über die Ansichten der neuen amerikanischen Regierung zu wichtigen weltpolitischen Fragen zu unterrichten. Thompson habe nicht den Auftrag, über bestimmte Fragen zu verhandeln“. Vielmehr gehe es darum, in Fragen beiderseitigen Interesses „die vorhandenen diplomatischen Kanäle mehr als bisher zu benutzen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 390; B 130, Bd. 3859 A (305).

Zu den Weisungen vom 27. und 28. Februar 1961 an Thompson vgl. FRUS 1961–1963, V, Dok. 38, S. 87f., und FRUS 1961–1963, XIV, Dok. 7, S. 16–18.

Zum Gespräch zwischen Thompson und Chruschtschow am 9. März 1961 in Nowosibirsk vgl. Dok. 83.

allen Fragen, die dieser anschneide, anhören. Man hoffe, so zu einer klaren Vorstellung über Chruschtschows Absichten zu gelangen. Präsident Kennedy gebe sich keinen Illusionen hin. Er bezweifle, ob Chruschtschow überhaupt an einer langfristigen Regelung irgendwelcher Fragen liege. Er verwies dabei auf die Chruschtschow-Reden vom letzten November und vom Januar.²⁰ Der Präsident halte es aber für möglich, in der Laos-Frage²¹ zu einer Verständigung zu gelangen. Man habe Grund zu der Annahme, daß Chruschtschow ein Erfolg der Rot-Chinesen in Süd-Ost-Asien im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht gelegen komme. Die Vereinigten Staaten würden aber nichts tun, was eine kommunistische Infiltration von Laos ermöglichen würde. Man hoffe vielmehr, zu einer gewissen Stabilisierung, zumindest vorübergehend, gelangen zu können. Der Präsident wolle auch eindeutig zu erkennen geben, daß sich die Vereinigten Staaten um eine Lösung bemühten, damit Chruschtschows Propaganda nicht sagen könne, eine Einigung scheitere an den Vereinigten Staaten.

Im Zusammenhang mit der Abrüstung erwähnte Botschafter Harriman, daß am 18. März die Gespräche über die Einstellung der Versuchsexplosionen wieder aufgenommen würden.²² McCloy, ein alter Freund des Herrn Bundeskanzlers, sei gegenwärtig damit befaßt, die amerikanische Haltung zu erarbeiten. Die republikanische Regierung sei sich in dieser Frage selbst nie ganz einig gewesen. Man werde die Ergebnisse der Arbeiten McCloy's mit den wichtigsten Verbündeten erörtern, um zu einer Abstimmung darüber zu gelangen, über welche Fragen Verhandlungen aufgenommen werden könnten. Botschafter Thompson werde Chruschtschow auch sagen, daß die amerikanische Regierung Anfang Sommer möglicherweise zu Verhandlungen über die Abrüstung bereit sein werde. Sollte sich herausstellen, daß die Sowjets ein ernsthaftes Interesse an solchen Gesprächen hätten, so sollten Wege gefunden werden, um sie in ruhiger und vertraulicher Atmosphäre zu führen. Obgleich er zu dieser Äußerung nicht ermächtigt sei, wolle er doch darauf hinweisen, daß an die Möglichkeit zweiseitiger Gespräche zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion nach vorheriger Konsultation Großbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik gedacht werden müsse.²³

Der Herr *Bundeskanzler* fragte Herrn Harriman, ob er auch der Auffassung sei, daß Chruschtschow keinen Krieg wolle.

Botschafter *Harriman* teilte diese Auffassung, bemerkte jedoch, daß Chruschtschows Taktik darin bestehe, bis an den Rand eines Krieges zu gehen.

²⁰ Vgl. dazu das Interview des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow mit der sowjetischen Tageszeitung „Pravda“ vom November 1960; SOWJETUNION HEUTE 5 (1960), Beilage zu Heft 34, S. 1 f.

Am 6. Januar 1961 formulierte Chruschtschow vor einer Versammlung von Parteiorganisationen der KPdSU in Moskau das Ziel, „die aggressiven imperialistischen Kreise [...] Schritt für Schritt zur Raison zu bringen und sie zu zwingen, der realen Lage Rechnung zu tragen“. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1961, D 140.

²¹ Zur Situation in Laos vgl. Dok. 61, Anm. 32.

²² Die Teststopp-Verhandlungen zwischen Großbritannien, der UdSSR und den USA in Genf wurden am 21. März 1961 wiederaufgenommen.

²³ Mit Schreiben vom 22. Februar 1961, das der amerikanische Botschafter in Moskau, Thompson, am 9. März 1961 in Nowosibirsk übergab, schlug Präsident Kennedy Ministerpräsident Chruschtschow ein baldiges persönliches Treffen zu einem informellen Meinungsaustausch vor. Für den Wortlaut vgl. FRUS 1961–1963, VI, Dok. 7, S. 5 f.

Der Herr *Bundeskanzler* vertrat die Auffassung, daß die Sowjets vor den Chinesen größere Furcht als vor den Amerikanern hätten.

Der *Botschafter* sagte, nach sowjetischer Auffassung sei die amerikanische Gesellschaft dekadent. Er betonte, daß eine Erörterung über diesen Fragenkomplex mit Präsident Kennedy sehr nützlich wäre.

Der Herr *Bundeskanzler* stimmte dem zu und sagte, das sei die entscheidende politische Frage. Was das jüngste sowjetische Memorandum angehe, so werde sich die Bundesregierung mit einer Antwort nicht beeilen.²⁴

Botschafter *Dowling* stellte die Frage, ob die Sowjets mit dem Memorandum den Versuch unternommen hätten, zu zweiseitigen deutsch-sowjetischen Verhandlungen zu gelangen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, dies sei vielleicht der Fall. Er erinnerte an die Unterredung, die er im Herbst 1955 zusammen mit dem Herrn Bundesminister des Auswärtigen mit Chruschtschow und Bulganin geführt habe und in der Chruschtschow seiner Sorge über die Entwicklung hinsichtlich Chinas lebhaften Ausdruck verliehen habe.²⁵

Botschafter *Harriman* vertrat die Auffassung, daß es Chruschtschow darauf ankomme, Erfolge aufweisen zu können, um seine Rolle als Führer des kommunistischen Lagers zu stärken. Solche Erfolge wären auf dem Gebiet der Abrüstung denkbar. Bei diesem Thema handele es sich um eine Angelegenheit, deren Lösung von beiden Seiten gewünscht werde.

Die Meinungen der Berater des Präsidenten seien nicht ganz übereinstimmend. Einige seiner Berater hätten die Hoffnung, daß sich Chruschtschow bereitfinden könnte, die Berlinfrage zurückzustellen. Er selbst glaube vielmehr, daß er versuchen werde, einen Erfolg aufzuweisen, und daß er dabei auch an Berlin denken dürfte. Deshalb müßten die Vereinigten Staaten ihre Position in Berlin unter allen Umständen halten. De Gaulle sei dabei ein guter Verbündeter.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er teile die Auffassung von Herrn Harriman. Er erinnerte sodann an den Besuch von Mikojan²⁶, der seiner Frage, wie das sowjetisch-chinesische Verhältnis in zehn oder zwanzig Jahren sein werde, ausgewichen sei.

Botschafter *Harriman* bemerkte, daß sich die Frage stelle, welchem Druck und welchem Einfluß Chruschtschow ausgesetzt sei. Er habe Grund zu der Annahme, daß nicht nur die Chinesen, sondern auch einige seiner eigenen Leute von ihm

²⁴ Botschafter Grewe, Washington, informierte am 10. März 1961 über eine erste Erörterung des sowjetischen Memorandums vom 17. Februar 1961 in der Washingtoner Arbeitsgruppe „Deutschland einschließlich Berlins“. Sowohl der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Kohler, als auch der britische Gesandte Lord Hood und der französische Botschafter Alphand hätten betont, „daß vor der Erteilung einer Antwort durch die Bundesregierung eine Konsultation der Drei Mächte wünschenswert sei“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 526; VS-Bd. 2952 (700); B 150, Aktenkopien 1961.

Zum Gespräch vom 8. März 1961 vgl. auch FRUS 1961–1963, Western Europe; Berlin, Microfiche Supplement, Dok. 55.

²⁵ Zum Besuch des Bundeskanzlers Adenauer vom 8. bis 14. September 1955 in der UdSSR und zum Gespräch mit dem Ersten Sekretär des ZK der KPdSU, Chruschtschow, über die Volksrepublik China vgl. Dok. 13, Anm. 5.

²⁶ Der sowjetische Erste Stellvertretende Ministerpräsident Mikojan besuchte vom 25. bis 28. April 1958 die Bundesrepublik. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Adenauer am 26. April 1958 vgl. B 130, Bd. 8505 A (Ministerbüro). Vgl. dazu auch ADENAUER, Erinnerungen 1955–1959, S. 381–395.

eine aggressivere Haltung forderten. Er wolle damit nicht sagen, daß Chruschtschow nicht in einer starken Position sei, doch müsse man davon ausgehen, daß sich seine weitere Politik eher aggressiver als kompromißbereiter zeigen werde.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß Chruschtschow im Gegensatz zu Stalin keine eigene Geheimpolizei habe. Er hänge deshalb in stärkerem Maße von den Strömungen innerhalb der Partei ab. Er habe nun versucht, sich auf die Landwirtschaft zu konzentrieren, um auf diesem Gebiet Erfolge aufweisen zu können. Dabei habe er einen Fehlschlag erlitten, und nun mache er andere dafür verantwortlich.²⁷ Er müsse immer die Gunst der Partei suchen. Chruschtschow sei ein großer Schauspieler, der den Erfolg suche, weil er davon lebe. Was Berlin angehe, so werde er die Schraube einmal anziehen, ein andermal etwas lockern, und so die Angelegenheit für seine propagandistischen Zwecke ausnutzen. Er glaube nicht, daß die Sowjetunion wegen Berlin einen Streit mit den Vereinigten Staaten anfangen werde.

Botschafter *Harriman* sagte, aus dieser Überlegung heraus sollte über die Abrüstung und andere Themen gesprochen werden, um das Berlin-Thema möglichst lange im Hintergrund zu halten. Er betonte, daß die Vereinigten Staaten keine Konzessionen in der Berlinfrage machen würden und daß der Präsident in dieser Frage eine sehr feste Haltung einnehme.

Bei seinen Gesprächen in London²⁸ habe er Weisung gehabt vorzuschlagen, daß die vier beteiligten Mächte ihre feste Entschlossenheit in der Berlinfrage erklären sollten. Vor einiger Zeit habe der Eindruck geherrscht, als ob die Bundesregierung und de Gaulle in der Berlinfrage fest seien, Macmillan zu einer gewissen Kompromißbereitschaft neige und die Vereinigten Staaten zwischen diesen beiden Möglichkeiten stünden. Wegen seiner unerwarteten Reise nach Marokko²⁹ sei er aber nicht dazu gekommen, mit Macmillan darüber zu sprechen.

Der Herr *Bundeskanzler* erinnerte an ein Gespräch, das zwischen Eisenhower, Macmillan, de Gaulle und ihm im Mai 1960 vor der gescheiterten Gipfelkonferenz stattgefunden habe.³⁰ Eisenhower habe damals vorgeschlagen, Berlin für die Dauer von zwei Jahren zu einer freien Stadt zu machen. Diesem Vorschlag habe er sich widersetzt. Darauf habe Eisenhower eine Frist von zehn Jahren angeregt. Er habe geantwortet³¹, darüber könnte man vielleicht nachdenken, weil sich in

²⁷ Am 17. Januar 1961 gab Botschafter Blankenhorn, Paris, eine Einschätzung des französischen Außenministeriums weiter, daß die „gegenwärtige Tagung des kommunistischen Zentralkomitees in Moskau [...] ein schweres Fiasko der sowjetischen Landwirtschaftspolitik erkennen“ lasse. In der Diskussion habe Ministerpräsident Chruschtschow, der „sich auf dem Gebiet der Landwirtschaft stets für besonders sachverständig gehalten und die sowjetische Agrarpolitik auch persönlich stark beeinflusst habe“, mit scharfen Angriffen gezeigt, daß er die „Flucht nach vorn nehmen wolle und daher Sündenböcke benötige“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 54; B 41 (Referat II A 4), Bd. 33.

²⁸ Der amerikanische Sonderbotschafter Harriman hielt sich vom 26. bis 28. Februar 1961 in Großbritannien auf.

²⁹ Der amerikanische Sonderbotschafter Harriman nahm als Vertreter des Präsidenten Kennedy am 28. Februar 1961 an den Trauerfeierlichkeiten für König Mohammed V. in Rabat teil.

³⁰ Zu dem Gespräch am 15. Mai 1960 in Paris vgl. DDF 1960, I, S. 648–653. Vgl. dazu außerdem DBPO III/VI, Dok. 199.

Zum Scheitern der geplanten Gipfelkonferenz der Vier Mächte vgl. Dok. 61, Anm. 29.

³¹ Dieses Wort wurde von Legationsrat I. Klasse Osterheld, Bundeskanzleramt, handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „gesagt“.

dieser Zeit die Entwicklung ändern könnte. Daraufhin habe der Präsident seinen Vorschlag zurückgezogen. Macmillan habe dann gefragt, wie der Status von Berlin eigentlich sei. Er selbst habe auf die internationalen Vereinbarungen hingewiesen, in denen der Status festgelegt worden sei.³² Schließlich habe aber de Gaulle der Unterhaltung ein Ende gesetzt, indem er gesagt habe, man dürfe keine Konzessionen machen.

Botschafter *Harriman* sagte vertraulich, er habe den Eindruck, daß Eisenhower in Camp David Chruschtschow ein gewisses Entgegenkommen gezeigt habe.³³ Er habe Grund zu der Annahme, daß diese Vermutung richtig sei. In der Öffentlichkeit habe Eisenhower dann erklärt, es habe Übereinstimmung darüber geherrscht, daß die Situation in Berlin anormal sei.³⁴ Damit habe Eisenhower das Wort der Russen benutzt, und die Russen gingen, wie er aus eigener Erfahrung wisse, davon aus, daß jemand, der ihre eigene Ausdrucksweise benutze, auch mit ihrer Interpretation übereinstimme. Herter und Dillon³⁵ hätten dann eine andere Sprache benutzt, was Chruschtschow wiederum zu seiner bekannten Rede in Baku³⁶ veranlaßt habe.

Der Herr *Bundesminister des Auswärtigen* ging noch einmal auf die Pariser Konferenz vom Mai 1960 und die Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers ein. Er sagte, kurz vor dieser Sitzung hätten die Sowjets einen neuen Vorschlag unterbreitet³⁷, den Präsident Eisenhower, der erst eine Stunde vor Beginn der Sitzung in Paris eingetroffen sei, vielleicht noch nicht in allen Einzelheiten gekannt habe. Es habe auch bereits eine Analyse der neuen Vorschläge vorgelegen, die das State Department ausgearbeitet habe. Diese Analyse sei Eisenhower aber nicht bekannt gewesen. Daraus habe sich eine gewisse Unklarheit in den Gesprächen ergeben. Wenn er sich richtig erinnere, habe Eisenhower bei seinem Vorschlag nicht an den Status einer freien Stadt, sondern an die Dauer einer Interimslösung gedacht.³⁸

³² Zu den Vereinbarungen der Vier Mächte über Berlin vgl. Dok. 23, Anm. 28.

³³ Ministerpräsident Chruschtschow hielt sich vom 15. bis 27. September 1959 in den USA auf und traf – nach einem ersten Gespräch am 15. September in Washington – am 26./27. September 1959 mit Präsident Eisenhower in Camp David zusammen. Vgl. dazu FRUS 1958–1960, IX, Dok. 13–16, S. 35–52. Vgl. dazu ferner FRUS 1958–1960, X/1, Dok. 109, S. 392–402, Dok. 111, S. 409 f., Dok. 129–131, S. 459–469, und Dok. 133 sowie Dok. 134, S. 477–483. Vgl. dazu außerdem FRUS 1958–1960, XIX, Dok. 301, S. 595–598.

³⁴ Am 28. September 1959 antwortete Präsident Eisenhower auf einer Pressekonferenz in Washington auf die Frage nach einer zeitlichen Begrenzung von Verhandlungen über Berlin sowie der Besatzungs- und Zugangsrechte, daß es eine solche Begrenzung nicht geben könne. Berlin befinde sich in einer „abnormal situation“. Vgl. PUBLIC PAPERS, EISENHOWER 1959, S. 698. Für den deutschen Wortlaut vgl. DzD IV/3, S. 288.

³⁵ Der Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Dillon, bezeichnete am 20. April 1960 in New York die DDR als „eine der größten Fiktionen in einem riesigen Netz phantastischer kommunistischer Mythologie“. Zur Forderung des Ministerpräsidenten Chruschtschow nach Abzug der Truppen der Drei Mächte aus Berlin (West) stellte er die Frage, ob denn die UdSSR bereit sei, „ihre Streitkräfte aus Ostdeutschland und den osteuropäischen Ländern abzuziehen, denen sie aufgezungen sind“, und „den Ostdeutschen die Selbstbestimmung zu gewähren“. Vgl. DzD IV/4, S. 775 f.

³⁶ Am 25. April 1960 äußerte sich Ministerpräsident Chruschtschow in Baku zu der Rede des Staatssekretärs im amerikanischen Außenministerium vom 20. April 1960. Die Ausführungen von Dillon strömten „geradezu den Geist des ‚kalten Krieges‘ aus“. Vgl. DzD IV/4, S. 828.

³⁷ Zum sowjetischen Vorschlag vom 9. Mai 1960 für eine Interimslösung für Berlin vgl. Dok. 23, Anm. 26.

³⁸ Im Anschluß an die Unterredung mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Harriman teilte Staatssekretär Carstens Bundeskanzler Adenauer mit, daß er die von ihm selbst gefertigte Aufzeichnung über das Gespräch am 15. Mai 1960 in Paris noch einmal nachgelesen habe: „Danach haben Sie

Botschafter *Harriman* sagte, Präsident Kennedy sei zwar fest in seiner Haltung, aber keineswegs starr. Sollte sich herausstellen, daß gegen unwichtige Gegenleistungen bessere Zusicherungen hinsichtlich des Zugangs nach Berlin erlangt werden könnten, so werde man natürlich alles tun, um die Situation Berlins zu verbessern. Es wäre sicher nützlich, wenn der Herr Bundeskanzler mit dem Präsidenten auch Fragen der Taktik in der Berlinfrage erörtern könnte. Man hoffe zwar, die Angelegenheit so lange wie möglich hinausschieben zu können, doch müsse man sich Gedanken darüber machen, über welche Punkte gesprochen werden könnte. Eine permanente Lösung sei erst mit der Wiedervereinigung möglich. In der Zwischenzeit sei die Anwesenheit der Alliierten in Berlin unerlässlich, da sonst eine große Gefahr entstehen würde. Man dürfe die jetzige Position nicht aufgeben und müsse die alliierten Streitkräfte zumindest in ihrer jetzigen Stärke dort belassen.

Der Herr *Bundeskanzler* stimmte dem zu und sagte, Chruschtschow brauche etwas, worüber er sprechen könnte, und durch ein Gespräch über die Abrüstung könnte die Berlinfrage hinausgeschoben werden. Deshalb sollte alles getan werden, um zu Abrüstungsgesprächen zu gelangen. Was Berlin angehe, so müsse man in der Sache festbleiben. Er betonte ebenfalls, daß ohne die Wiedervereinigung eine endgültige Berlinlösung nicht möglich sei.

Botschafter *Harriman* sagte, daß McCloy sicher auch mit dem Herrn Bundeskanzler über seine neue Tätigkeit sprechen werde.³⁹ Er könne dem Herrn Bundeskanzler versichern, daß in dieser Frage nicht an besondere Abrüstungsmaßnahmen für Deutschland gedacht werde. Die Deutschland berührenden Maßnahmen sollten Bestandteil der Regelung sein, an die auch für andere Teile der Welt gedacht sei.

Der Herr *Bundeskanzler* sprach sodann über das Verhältnis zu Polen. Trotz der kommunistischen Herrschaft sei Polen ein Land, das auf westlichem Boden stehe. Dies sei zurückzuführen auf das nationale Denken der Polen und auf den Einfluß der katholischen Religion. Er halte es deshalb für unmöglich, daß Polen ganz in dem kommunistischen Machtbereich aufgehe. Deshalb sei es die Aufgabe einer jeden deutschen Regierung, wann immer sich die Gelegenheit dazu biete, sich mit Polen gut zu stellen. Polen habe im letzten Krieg stark gelitten. Zunächst sei zwischen Hitler und Stalin der Pakt über die Teilung Polens abgeschlossen worden⁴⁰, und dann hätte das Land während des Krieges großen Schaden

Fortsetzung Fußnote von Seite 329

zunächst den deutschen Standpunkt grundsätzlich dargelegt. Präsident de Gaulle hat Ihnen zugestimmt. Präsident Eisenhower hat an Sie die Frage gerichtet, was Sie über die letzten sowjetischen Berlin-Vorschläge dächten. Sie haben darauf geantwortet, man gewinne eine Frist von zwei Jahren, aber am Ende der Frist müsse man wieder verhandeln; inzwischen hätte Chruschtschow eine große Scheibe von der Wurst abgeschnitten. [...] Auf Ihre dringende Warnung vor dem sowjetischen Vorschlag stellte Präsident Eisenhower die Frage, was geschehen würde, wenn für Berlin in zehn Jahren keine Lösung gefunden sei. Könnten die Kommunisten die Stadt abwürgen? Als Sie darauf entgegneten, daß zwischen einer Frist von zwei Jahren und einer 10jährigen Frist ein großer Unterschied bestehe, erklärte Präsident Eisenhower, ihm komme es nicht auf die 10-Jahresfrist an, sondern er stelle die Frage, ob die Sowjets die Stadt abwürgen könnten.“ Vgl. das Schreiben vom 6. März 1961; B 130, Bd. 8464 A (Ministerbüro).

³⁹ Bundeskanzler Adenauer traf am 12. April 1961 in Washington mit dem Berater des amerikanischen Präsidenten für Abrüstung und Rüstungskontrolle, McCloy, zusammen. Vgl. Dok. 106.

⁴⁰ In einem geheimen Zusatzprotokoll zum Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939 steckten das Deutsche Reich und die UdSSR ihre Interessensphären ab und einigten sich dabei auf eine Teilung Polens entlang einer Linie, die durch die Flüsse Pissa, Narew, Weichsel und San bestimmt wurde. Weitere

genommen. Er habe verschiedentlich versucht, den Polen zu zeigen, daß die Bundesregierung ein gutes Verhältnis herstellen wolle. So habe er u. a. versucht, über das Deutsche Rote Kreuz dem polnischen Roten Kreuz ein Krankenhaus oder sonstige medizinische Einrichtungen anbieten zu lassen. Das polnische Rote Kreuz habe dies aber abgelehnt.⁴¹ Dann sei Herr Beitz, der mit dem polnischen Ministerpräsidenten⁴² befreundet sei, nach Warschau gefahren. Herr Beitz habe ihm (Bundeskanzler) gegenüber behauptet, der polnische Ministerpräsident habe ihm gesagt, Polen wünsche ausgedehntere Handelsbeziehungen und den Abschluß eines Kulturabkommens. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen sei nicht nötig, und die Frage der Oder-Neiße-Linie könne ausgeklammert werden.⁴³

Zur Oder-Neiße-Linie sagte der Herr Bundeskanzler, daß die Regelung der Ostgrenze einem Friedensvertrag vorbehalten werden müsse. Dazu könne man keine Erklärungen abgeben.

Der Herr *Bundesminister des Auswärtigen* erwähnte das Kopenhagener Gespräch⁴⁴, wies aber gleichzeitig auf die negative Haltung der polnischen Seite hin.

Der Herr *Bundeskanzler* vertrat die Auffassung, daß die Angelegenheit von den Russen gestoppt worden sei. Auch die Zone sehe es nicht gern, wenn zwischen der Bundesrepublik und Polen bessere Beziehungen zustande kämen.

Botschafter *Harriman* sprach von den psychologischen Schwierigkeiten und sagte, die Grenzfrage sollte gelöst werden, sobald sich eine praktisch durchführbare Regelung ermöglichen lasse.

Zur Lage im Kongo⁴⁵ führte Botschafter Harriman aus, daß die Vereinigten Staaten sich der UNO bedienen wollten. Sie betrachteten Kasavubu als den rechtmäßigen Regierungschef und sähen in Gizenga nur eine Marionette Chruschtschows. Chruschtschow bemühe sich, im Kongo Fuß zu fassen und dort einen

Fortsetzung Fußnote von Seite 330

Gebietsveränderungen wurden im Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939 vorgenommen. Vgl. dazu ADAP, D, VII, Dok. 228 und Dok. 229, sowie ADAP, D, VIII, Dok. 157 und Dok. 159.

⁴¹ Im Sommer 1960 bot Bundeskanzler Adenauer „in taktisch vorsichtiger Form durch das Deutsche Rote Kreuz“ dem Polnischen Roten Kreuz das „Geschenk eines Krankenhauses für Kriegsoffer in Warschau im Wert von 20 Millionen DM“ an. Vortragender Legationsrat I. Klasse Starke vermerkte am 26. Februar 1962: „Ungeachtet der verständnisvollen Befürwortung durch das Internationale Rote Kreuz wurde dieses Angebot am 3. Dezember 1960 in Warschau dankend abgelehnt“. Vgl. VS-Bd. 3933 (II 5); B 150, Aktenkopien 1962.

⁴² Józef Cyrankiewicz.

⁴³ Zu den Reisen des Bevollmächtigten der Firma Fried. Krupp, Beitz, vom 6. bis 13. Dezember 1960 und am 22./23. Januar 1961 nach Polen vgl. Dok. 18, Anm. 2, und Dok. 26.

⁴⁴ Zu den Gesprächen des Botschafters Berger, Kopenhagen, mit seinem polnischen Amtskollegen Dobrowolski am 30. Januar und 4. Februar 1961 vgl. Dok. 53, Anm. 15.

⁴⁵ Zur Situation in der Republik Kongo (Léopoldville) vgl. Dok. 44.

Botschafter Munzel, Léopoldville, berichtete am 22. Februar 1961, über „starke Reaktionen gegen jüngste UNO-Sicherheitsratsbeschlüsse“. Der Präsident von Katanga, Tschombé, scheine „durchaus gewillt, es auf Gewaltprobe mit UNO ankommen zu lassen. Gegenwärtige militärische Stärke UNO läßt Durchführung Sicherheitsratsbeschlüsse vorläufig als unreal erscheinen. [...] Da Furcht vor Schutzherrschaft UNO allgemein, erscheint Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß Kongolesen trotz aller Gegensätze in gemeinsame Front gegen UNO gedrängt werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 69; B 34 (Referat 307), Bd. 252.

Am 23. Februar 1961 teilte Munzel mit, daß auch Ministerpräsident Iléo die Beschlüsse des UNO-Sicherheitsrats als „Eingriff in innerkongolesische Angelegenheiten“ und Verletzung der Souveränität bezeichnet habe: „Kongolesische Regierung würde Versuch Durchsetzung als Kriegserklärung UNO gegen Kongo werten und sich mit allen Mitteln dagegen verteidigen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 70; B 34 (Referat 307), Bd. 252.

Keil nach Afrika hineinzutreiben. Wenn die Vereinten Nationen in ihren Bemühungen nicht erfolgreich seien, werde man andere Maßnahmen treffen müssen, um zu verhindern, daß sich Chruschtschow im Kongo festsetze. In diesem Zusammenhang müßten die Bemühungen gesehen werden zur Schaffung einer afrikanischen Gruppe, die die wahren Interessen Afrikas vertrete. Dadurch könnte auch ein Gegengewicht zur Casablanca-Gruppe⁴⁶ geschaffen werden, die von Nasser und Chruschtschow unterstützt werde.

Der Herr *Bundeskanzler* wies auf die Bedeutung Afrikas hin und sagte, wenn sich die Sowjets in Afrika festsetzten, wäre Europa verloren.

Die Unterredung endete um 13.00 Uhr.

Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand III/25

73

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Klarenaar

413-110/61 geheim

6. März 1961

Betr.: Langfristiges Wirtschaftsabkommen mit Polen

Bezug: Verfügung von Herrn D4¹ vom 2. März 1961

Wie sich aus der beiliegenden Aufzeichnung des Herrn StS I vom 6. Februar d. J.² ergibt, hat der ständige polnische Delegationsleiter für die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen, Herr Struś, in einer mit MD Stalmann am 31.1.1961 geführten Besprechung erneut den Wunsch für den Abschluß eines langfristigen Warenabkommens geäußert. Wie weiterhin aus dem beiliegenden Schreiben von MD Stalmann vom 6. Februar d. J.³ und der darin enthaltenen Wiedergabe einer Erklärung des polnischen Handelsrats Dylewski hervorgeht, ist offenbar gelegentlich eines Gedankenaustausches über die deutsch-polnischen Beziehungen zwischen den Botschaftern der beiden Staaten in Kopenhagen⁴ die Möglichkeit des Abschlusses eines langfristigen Warenabkommens berührt worden, wobei in diesem Falle die Anregung hierfür anscheinend von deutscher Seite

⁴⁶ Zur Casablanca-Gruppe vgl. Dok. 44, Anm. 12.

¹ Günther Harkort.

² Dem Vorgang beigelegt. Staatssekretär van Scherpenberg resümierte ein Gespräch mit Ministerialdirektor Stalmann, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, am 6. Februar 1961, in dem Stalmann über eine Unterredung mit dem Abteilungsleiter im polnischen Außenhandelsministerium, Struś, am 31. Januar 1961 am Rande der Grünen Woche in Berlin (West) berichtete. Struś habe „seinen schon mehrfach vorgebrachten Wunsch erneuert, ein langfristiges Wirtschaftsabkommen mit der Bundesrepublik zu verhandeln“, und sich dabei ausdrücklich auf Weisungen des polnischen Außenhandelsministers Trąpczyński berufen. Vgl. VS-Bd. 5028 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1961.

³ Dem Vorgang beigelegt. Für das Schreiben des Ministerialdirektors Stalmann, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vgl. VS-Bd. 5028 (III A 6).

⁴ Zu den Gesprächen des Botschafters Berger, Kopenhagen, mit seinem polnischen Amtskollegen Dobrowolski am 30. Januar und 4. Februar 1961 vgl. Dok. 53, Anm. 15.

ausgegangen ist. MD Stalman sieht gegen den polnischen Wunsch keine Bedenken, während von seiten des Ministers Schwarz starke Widerstände gegen ein solches Abkommen mit Polen bestehen und es aus diesem Grunde zu einem früheren Zeitpunkt zu solchen Verhandlungen nicht gekommen ist (s. Aufzeichnung von StS I, S. 2, letzter Abs.).

Was den Abschluß eines langfristigen, wohl auf drei Jahre berechneten Warenabkommens mit Polen anbetrifft, so nimmt Referat 413 folgendermaßen Stellung:

1) Von seiten der Wirtschaft besteht an einem solchen Abschluß kein sonderliches Interesse.

2) Gegen den Abschluß eines solchen Abkommens spricht, daß die Bundesrepublik zur Verwirklichung des zum Jahresende 1965 auslaufenden polnischen Entwicklungsplanes⁵ wesentlich beitragen und mittelbar auch die Integration des Ostblocks auf wirtschaftlichem Gebiet fördern würde.

3) Mit dem Abschluß eines langfristigen Warenabkommens würde die Bundesrepublik dem daran sehr interessierten Polen eine große Wohltat zuwenden, ohne daß sie hiervon entsprechende Vorteile hätte; sie würde ein solches Abkommen also praktisch verschenken.

4) Die Bundesrepublik würde sich der Möglichkeit berauben, den Abschluß eines solchen Abkommens der polnischen Seite anbieten zu können, wenn es später zu Verhandlungen über alle möglichen im Zusammenhang mit dem verlorenen Krieg stehenden Forderungen beider Staaten kommt. Bekanntlich ist die Tilgung der privaten Schulden des früheren Deutschen Reiches im Verhältnis zu Polen nicht im Londoner Schuldenabkommen vom 27.2.1953⁶ vorgesehen, da Polen kein Vertragspartner dieses Abkommens ist. Reparationsforderungen jeglicher Art aber würden z. Zt. unter Hinweis auf Artikel 5 des Londoner Schuldenabkommens mit der Begründung abgelehnt, daß ihre Bezahlung einen Bruch der in dem Londoner Schuldenabkommen eingegangenen Verpflichtungen bedeute. Wie wertvoll im übrigen ein langfristiges Abkommen der anderen Seite sein kann, hat der seinerzeit sehr dringlich vorgebrachte diesbezügliche Wunsch der sowjetischen Regierung gezeigt.⁷

5) Der Abschluß eines langfristigen Abkommens würde den Bestrebungen der EWG auf dem agrarpolitischen Sektor entgegenstehen.⁸ Von den Vertretern

⁵ Der III. Parteitag der PVAP beschloß am 10. März 1959 einen im Oktober 1958 im Entwurf vorgelegten Siebenjahresplan für die Jahre 1959 bis 1965. Am 21./22. Juni 1960 setzte das V. Plenum des ZK der PVAP neue Schwerpunkte für einen Fünfjahresplan 1961 bis 1965. Vortragender Legationsrat I. Klasse Klarenaar vermerkte am 26. September 1960, der Plan sehe verstärkte Investitionen in der Industrie vor „bei betonter Förderung der Schwerindustrie und innerhalb dieser wiederum des Maschinenbaus und der chemischen Industrie. Der revidierte Entwurf sieht bis 1965 erhebliche Produktionssteigerungen u. a. für Rohstahl, Walzgut, Elektroenergie und Schwefelsäure vor.“ Dabei sollten 71,3 % der Investitionen auf die Produktionsgüterindustrie und lediglich 28,7 % auf die Konsumgüterindustrie entfallen. Heraufgesetzt worden seien auch die Investitionen für die Landwirtschaft. Vgl. B 12 (Referat 705), Bd. 605 C.

⁶ Für den Wortlaut des Abkommens vom 27. Februar 1953 über deutsche Auslandsschulden (Londoner Schuldenabkommen) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1953, Teil II, S. 333–485.

⁷ Zum Zusammenhang zwischen dem Abschluß eines Handels- und Warenabkommens mit der UdSSR und der Repatriierung von Personen deutscher Volkszugehörigkeit vgl. Dok. 2, Anm. 15.

⁸ Zur gemeinsamen Agrarpolitik der EWG vgl. Dok. 21 und Dok. 38. Ministerialdirektor Jansen vermerkte am 15. März 1961, er habe in einer Besprechung über ein langfristiges Handelsabkommen mit Polen darauf hingewiesen, „daß man bei Erörterung dieser Frage vor den EWG-Instanzen sehr stark herausstellen sollte, daß wir uns zu einem solchen Handelsvertrag

des BML ist gelegentlich die Ansicht vertreten worden, die Intensivierung der wirtschaftlichen oder kulturellen Beziehungen zu den Ostblockstaaten, vor allem zu Polen, habe einen günstigen Einfluß auf das politische Klima zwischen beiden Staaten und helfe die Ressentiments der Polen gegen die Bundesrepublik beseitigen. Dieser Auffassung vermag ich nicht zuzustimmen. Die Wirkung wird vielmehr die sein, daß die führenden kommunistischen Kreise in Polen die damit verbundenen Vorteile in ihre Tasche stecken, ohne hierdurch ihre Einstellung gegenüber der Bundesrepublik beeinflussen zu lassen, die das kommunistische System ablehnenden Bevölkerungskreise jedoch an der Haltung des Westens, die sie als eine Hilfestellung dem kommunistischen System gegenüber ansehen, irre werden.

Im übrigen darf zu den polnischen Vorschlägen auf Seite 2/3 des Schreibens von MD Stalman vom 6. Februar d. J. folgendermaßen Stellung genommen werden:

1) Austausch Fleischkonserven gegen Getreide

Bei den Vorratskonserven handelt es sich um Nahrungsmittelvorräte der Stadt Berlin, die alle zwei oder drei Jahre gegen frische Fleischkonserven umgetauscht werden müssen. Nach polnischer Behauptung sollen die ihnen gelieferten Vorratsfleischkonserven manchmal verdorben gewesen sein, so daß sie Verluste erlitten hätten. Möglicherweise haben diese Mängel die Polen auf den Vorschlag eines Austausches von polnischen Fleischkonserven gegen deutsches Getreide kommen lassen. Was diesen Vorschlag selbst anbetrifft, so ist zu befürchten, daß die Polen, wie bereits bei deutschen Roggenlieferungen in den Jahren 1955–57, die aus dem Export der polnischen Fleischkonserven herrührenden Mittel nicht zur Bezahlung des Getreides, sondern anderer für sie interessanter Güter verwenden werden. Darauf deutet die polnische Bitte, das Getreide auf Kredit zu liefern. Eine solche Kreditgewährung widerspricht jedoch unserer handelspolitischen Linie gegenüber dem Ostblock.⁹ Im übrigen darf auf den von Staatssekretär Sonnemann in seinem Schreiben vom 15. Februar d. J. niedergelegten Gesichtspunkt¹⁰ zusätzlich verwiesen werden.

2) Kohle-Koksaustauschgeschäft auf der Basis der Lohnveredelung

Über ein zollfreies Kohlenkontingent in Höhe von 384000 t sind Polen weitere zollpflichtige Lieferungen eingeräumt worden, die an die Abnahme von deutschem Hüttenkoks im Verhältnis 2:1 gebunden sind. Der polnische Vorschlag, die Steinkohle nach Verarbeitung in Koks unter Zollrückvergütung nach Polen zurückzuliefern, ist praktisch nicht durchführbar, weil die polnische Steinkohle allgemein sich für eine Verkokung nicht eignet und außerdem mit einem solchen Verfahren unwirtschaftliche Transportwege verbunden wären (Verkokung nur im Ruhr- und im Saargebiet). Die polnische Seite denkt mit ihrem Vorschlag wohl an eine verstärkte Erhöhung der Ausfuhr von Steinkohle.

Fortsetzung Fußnote von Seite 333

in allererster Linie aus außenpolitischen Erwägungen entschließen“. Angesichts der „bekannten Sonderstellung, die Polen immer noch im Ostblock einnimmt“, werde dies bei den EWG-Partnern voraussichtlich auf Verständnis stoßen. Vgl. VS-Bd. 2123 (I A 2); B 150, Aktenkopien 1961.

⁹ Legationsrat I. Klasse Adt legte am 4. Februar 1959 dar: „Gegenüber Ostblockstaaten sind alle Kreditkonditionen im Rahmen von Kontrakten genehmigungspflichtig, und zwar muß [...] gegenüber den Satellitenstaaten Zahlung Kasse gegen Dokumente oder durch Akkreditiv vereinbart sein“. Vgl. VS-Bd. 4981 (413); B 150, Aktenkopien 1959.

¹⁰ Für das Schreiben des Staatssekretärs Sonnemann, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, an Staatssekretär van Scherpenberg vgl. VS-Bd. 5028 (III A 6).

3) Einfuhr von Dieseldienststoff

Bisher ist Polen kein Kontingent für Dieseldienststoff eingeräumt worden, so daß sich Polen mit dem von ihm gewünschten Kontingent von 100 000 t eine erste, wenn auch zunächst nur geringe Zusage für diese Position verschaffen will. Da dieses Erdölzeugnis für uns ein neuralgisches Produkt ist, sollte der polnische Wunsch zunächst von der Fachabteilung des Bundeswirtschaftsministeriums geprüft werden. Es darf in diesem Zusammenhang bemerkt werden, daß ein anderes neuralgisches Erdölprodukt, nämlich leichtes Heizöl, wofür ein Kontingent in Höhe von 700 000 DM vereinbart worden war, im Gesamtwerte von 7,7 Mio. DM für das Jahr 1960 und für 1961 bereits für 2,2 Mio. DM ausgeschrieben worden ist.¹¹

Hiermit Herrn D4¹² mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

Klarenaar

VS-Bd. 5028 (III A 6)

¹¹ Nach einer Besprechung am 15. März 1961 bei Staatssekretär van Scherpenberg notierte Ministerialdirektor Harkort am 27. März 1961: „Obschon nach dem jetzigen Stande Erwartungen, die zeitweilig an den Abschluß eines langfristigen Handelsabkommens als Teil eines weitergehenden Arrangements geknüpft wurden, sich kaum erfüllen werden; obschon der Abschluß eines langfristigen Abkommens (es war von drei Jahren die Rede) unter diesen Umständen eine Vorleistung darstellt und wir später diese Konzession dann nicht mehr in die Waagschale werfen können; obschon gewisse nicht leicht zu nehmende Bedenken bestehen, daß unser schon nicht einfacher Stand in der EWG wegen unserer langfristigen bilateralen Verträge (insbesondere solche[r] mit vorwiegend agrarpolitischen Inhalt) weiter erschwert und ein neues Präjudiz geschaffen wird, das uns die Abwehr schwedischer, österreichischer usw. Wünsche nicht erleichtert, entschied der Herr Staatssekretär aus rein außenpolitischen Gründen, auch im Hinblick auf die bekannte Einstellung Kennedys gegenüber Polen, daß entsprechend den Vorschlägen Dr. Stalmanns das Auswärtige Amt dem Abschluß eines langfristigen Abkommens zustimmt.“ Vgl. VS-Bd. 5028 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1961.

¹² Hat Ministerialdirektor Harkort am 8. März 1961 vorgelegen
Harkort leitete die Aufzeichnung am 8. März 1961 an Staatssekretär van Scherpenberg und führte dazu aus: „Es darf insbesondere auf unsere Situation in der EWG hingewiesen werden. Wir sind nicht ganz ohne Grund in den Verdacht geraten, der Gemeinsamen Agrarpolitik lauwarm gegenüberzustehen. Jeder langfristige Vertrag mit stark agrarwirtschaftlichem Gehalt verstärkt dieses Mißtrauen und erschwert unsere Stellung im Comité Spécial, im Rat und bei der Kommission. Das BML wird immer geneigt sein, diese Bedenken kleinzuschreiben; es verfolgt konsequent die Politik, den Spielraum für die Gemeinsame Agrarpolitik durch langfristige Verträge einzuengen.“
Hat van Scherpenberg am 15. März 1961 vorgelegen, der handschriftlich für Harkort vermerkte: „Ergebnis heutiger Bespr[echung] mit Stalman, D 2, D 4, D 7: 1) Beginn d. langfristigen Verhandlungsprozesses An[fa]ng Mai; 2) vorher nochmals Fühlungnahme Stalman mit AA wegen etwaiger politischer Instruktionen; 3) Konsultation mit EWG; 4) vor d. Wahlen keine weiteren langfristigen Agrarverträge (Schweden, Österreich).“
Hat Ministerialdirigent Sachs am 26. März 1961 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Zunächst MD Harkort n[ach] R[ückkehr.“ Vgl. VS-Bd. 5028 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1961.

Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Harriman

115-28.A/61 geheim

7. März 1961¹

Der Herr Bundeskanzler empfing am 7. März 1961 um 11 Uhr den amerikanischen Sonderbotschafter Herrn Harriman zu einer zweiten Unterredung², an der der Herr Bundesminister des Auswärtigen und der amerikanische Botschafter Herr Dowling teilnahmen.

Botschafter *Harriman* überreichte zunächst dem Herrn Bundeskanzler sein Buch über die Sowjetunion, das die Eindrücke wiedergibt, die er auf seiner Reise 1959 gewonnen hat.³ Es sei ihm vor allem darum gegangen, festzustellen, welche Änderungen seit Stalin eingetreten seien und ob die sowjetische Regierung die Sowjetunion immer noch als den Ausgangspunkt für die Weltrevolution betrachte. Er sei zu der Schlußfolgerung gelangt, daß dies nach wie vor der Fall sei, wenn sich Chruschtschow auch anderer Methoden bediene als Stalin.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, Chruschtschow sei in erster Linie russischer Nationalist und betrachte sich als Nachfolger der Zaren. Er erwähnte ein in Deutschland erschienenenes Buch, in dem der Autor aufgrund der russischen Geschichte nachweise, daß kein anderes Land so viele Kriege geführt und sich so ausgedehnt habe wie Rußland.⁴ Ein anderes Buch unter dem Titel „Der verheimlichte Bismarck“⁵ erwähne, daß die russische Gefahr Bismarck schlaflose Nächte bereitet habe.

Botschafter *Harriman* bemerkte, während seiner Tätigkeit in Moskau sei er gelegentlich mit einem entfernten Verwandten Tolstojs, einem Historiker, zusammengetroffen, der ihm gesagt habe, um den Kreml zu verstehen, müsse man auf die Zeit Iwans des Schrecklichen und Peters des Großen zurückgehen.⁶

Botschafter Harriman brachte sodann das Gespräch auf die nukleare Ausrüstung der NATO. Die Vorschläge, die von Staatssekretär Herter⁷ und General Norstad⁸ gemacht worden seien, würden gegenwärtig geprüft. Er fragte den Herrn Bundeskanzler nach seinen Ansichten.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, er habe, ehe die amerikanischen Vorschläge gemacht worden seien, über diese Frage ein langes Gespräch mit General Norstad und Herrn Spaak geführt, das eine volle Übereinstimmung ergeben habe. Norstad

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscher Weber am 10. März 1961 gefertigt.

² Zum Gespräch am 6. März 1961 vgl. Dok. 72.

³ Vgl. Averell HARRIMAN, *Peace with Russia?* New York 1959.

⁴ Vgl. dazu Dieter FRIEDE, *Das russische Perpetuum mobile*, Würzburg 1959, S. 219–223.

⁵ Vgl. Dieter FRIEDE, *Der verheimlichte Bismarck*, Würzburg 1960.

⁶ Alexej Nikolajewitsch Tolstoj war Schriftsteller und Autor des historischen Romans „Peter der Große“ und des Dramas „Iwan der Schreckliche“. Zu den Kontakten zwischen W. Averell Harriman und Tolstoj während seines Aufenthalts von 1943 bis 1946 als amerikanischer Botschafter in Moskau vgl. HARRIMAN, *Special Envoy*, S. 299 f.

⁷ Zum Vorschlag des amerikanischen Außenministers Herter vom 16. Dezember 1960 vgl. Dok. 1, Anm. 7.

⁸ Zu den Vorschlägen des Oberbefehlshabers der NATO-Streitkräfte in Europa (SACEUR), Norstad, vgl. Dok. 24, Anm. 10.

habe damals gehofft, er könne Eisenhower dazu bewegen, diesen Vorschlag sofort zu machen. Offenbar habe sich Norstad aber bei Eisenhower oder der Administration nicht durchsetzen können.⁹

Botschafter *Harriman* glaubte, daß Eisenhower vielleicht Auswirkungen auf die Wahlen¹⁰ befürchtet habe.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er habe dies vorgeschlagen, weil er gehofft habe, damit einen gewissen Einfluß auf General de Gaulle ausüben zu können, damit er mit seinem Vorhaben, eine eigene Atombombe zu entwickeln¹¹, nicht weitermache. Damals sei eine gute Gelegenheit gewesen, da Verhandlungen mit de Gaulle unmittelbar bevorstanden hätten.¹² Da die Vorschläge aber nicht gemacht worden seien, hätte er sich ihrer auch nicht bedienen können.

Je länger de Gaulle bei einer Ansicht bleibe, desto hartnäckiger werde er und desto geringer würden die Aussichten, daß er sie aufgebe. Dies sei einmal auf seinen Charakter zurückzuführen, zum anderen auf die Befürchtung, daß er dann sein Ansehen in der französischen Öffentlichkeit verlieren könne.

Botschafter *Harriman* fragte, ob der Herr Bundeskanzler darüber mit de Gaulle gesprochen habe. Er habe Grund zu der Annahme, daß Eisenhower vertraulich mit de Gaulle über diese Vorschläge gesprochen, aber nichts damit erreicht habe. Er selbst habe auch die Engländer gefragt, ob sie mitmachen würden, wenn die NATO als kollektive Gruppe mit diesen Waffen ausgerüstet würde und wenn die Franzosen sich bereit erklärten, ihre eigenen Pläne nicht mehr selbständig weiterzuverfolgen.¹³ Die britische Antwort sei gewesen, daß man dafür nicht viel übrig habe, die Frage unter diesen Umständen aber prüfen würde. Wahrscheinlich würde sich die britische Regierung dann einem starken Druck in der Öffentlichkeit ausgesetzt sehen. Man gehe auch davon aus, daß der gemäßigte Flügel der Labour Party eine positive Haltung einnehmen würde. Er glaube aber nicht, daß de Gaulle seine Pläne ändere.

Er fragte den Herrn Bundeskanzler, ob er in Washington berichten könne, daß der Herr Bundeskanzler den Vorschlägen Norstads zustimme, obschon die Einzelheiten noch ausgearbeitet werden müßten.

Der Herr *Bundeskanzler* bejahte diese Frage und sagte, die Vorschläge seien lebenswichtig für die NATO. Die NATO würde nicht halten, wenn diese Vorschläge nicht verwirklicht würden.

Er müsse natürlich akzeptieren, wenn Botschafter *Harriman* sage, er habe Grund zu der Vermutung, daß Eisenhower mit de Gaulle darüber gesprochen habe, doch erscheine ihm das unwahrscheinlich.

⁹ Zum Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa (SACEUR), Norstad, am 9. September 1960 im Haus des niederländischen NATO-Botschafters Stikker in Menaggio und zur Unterrichtung des Präsidenten Eisenhower am 12. September 1960 vgl. Dok. 56, Anm. 39.

¹⁰ Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen fanden am 8. November 1960 statt.

¹¹ Zum Aufbau einer französischen Atomstreitmacht, der „force de frappe“, vgl. Dok. 1, Anm. 8.

¹² Zur Absage der für den 5. Dezember 1960 in Paris geplanten Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 31, Anm. 15.

¹³ Der amerikanische Sonderbotschafter Harriman hielt sich vom 26. bis 28. Februar 1961 in Großbritannien auf.

Botschafter *Harriman* erklärte, er habe es von einem Teilnehmer an der Unterredung gehört. Er wisse also so gut wie sicher, daß Eisenhower freimütig und unumwunden von Soldat zu Soldat mit de Gaulle darüber gesprochen habe.

Er selbst habe deshalb diese Frage bei de Gaulle nicht angeschnitten.¹⁴ Er glaube, sie sollte Präsident Kennedy vorbehalten bleiben. Man sollte aber an einen Ersatzplan denken. Eisenhower habe versucht, de Gaulle davon abzubringen, daß er seine eigenen Pläne weiterverfolge. Das Gespräch habe stattgefunden, bevor General Norstad seine Vorschläge gemacht habe.¹⁵

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er wolle noch einiges über Frankreich sagen, was er nicht sehr gerne sage, aber doch für unerlässlich halte, um Botschafter *Harriman* ein umfassendes Bild der Lage zu geben. Frankreich habe im Mutterland 450 000 Soldaten unter den Waffen und ebenso viele Truppen in Algerien. Dies sei natürlich eine große Belastung. Die im Mutterland stationierten Streitkräfte seien völlig vernachlässigt. Dies habe ihm auch Reynaud bestätigt, als er hier gewesen sei.¹⁶ Reynaud habe den Auftrag gehabt, die in Deutschland stationierten Truppen zu inspizieren und sich über ihren Zustand zu vergewissern. Sein Urteil habe den Ansichten der deutschen Generäle voll und ganz entsprochen. Die konventionelle Ausrüstung dieser Truppen sei so, daß sie für einen Einsatz überhaupt nicht gebraucht werden könnten.

Wenn die Algerienfrage gelöst würde und damit die französischen Streitkräfte zurückgezogen werden könnten, würde eine wesentliche finanzielle Entlastung eintreten. Es stelle sich dann die Frage, ob de Gaulle dieses freiwerdende Geld für die konventionelle Ausrüstung oder für seine atomaren Pläne ausgeben werde. Dies sei eine sehr ernsthafte Frage. Gegenwärtig befänden sich in der Bundesrepublik 1 1/2 französische Divisionen, die aber in einem so schlechten Zustand seien, daß man sie im Falle eines Konflikts nicht gebrauchen könnte. General Norstad werde das in einem vertraulichen Gespräch dem Sonderbotschafter sicher bestätigen.

Wenn die Entscheidung falle, wäre es gut, wenn de Gaulle mit diesen beiden Möglichkeiten konfrontiert würde.

Er selbst stimme mit den Überlegungen überein, die in den Vereinigten Staaten angestellt würden und zum Ziele hätten, die konventionelle Ausrüstung der Streitkräfte zu intensivieren und zu verbessern. Die nuklearen Waffen würden dann über die NATO kommen. Die Frage müßte aber von den Vereinigten Staaten an de Gaulle gerichtet werden, und zwar in einer Weise, die seine Gefühle

¹⁴ Der amerikanische Sonderbotschafter *Harriman* hielt sich vom 1. bis 5. März 1961 in Frankreich auf. Zu den Gesprächen mit Ministerpräsident Debré am 3. März sowie mit Staatspräsident de Gaulle und dem französischen Außenminister Couve de Murville am 4. März 1961 vgl. DDF 1961, I, S. 285–303.

¹⁵ Staatspräsident de Gaulle traf während eines Besuchs in den USA vom 22. bis 29. April 1960 mehrfach mit Präsident Eisenhower in Washington und Camp David zusammen. Vgl. dazu DDF 1960, I, S. 513–525. Vgl. dazu ferner FRUS 1958–1960, VII/2, Dok. 167–170, S. 343–359.

¹⁶ Im Gespräch mit dem amerikanischen Sonderbotschafter *Harriman* am 6. März 1961 berichtete Bundeskanzler Adenauer über die Unterredung mit dem ehemaligen französischen Ministerpräsidenten: „Im Herbst des vergangenen Jahres habe ihn dann Reynaud im Auftrage de Gaulles aufgesucht. Zwischen Reynaud und ihm habe völlige Übereinstimmung geherrscht, auch darin, daß die Politik de Gaulles, was die Vernachlässigung der NATO und die Experimente mit einer Atombombe angehe, nicht richtig sei.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand III/25.

nicht verletze, aber doch zu einer befriedigenden Antwort führe. Der entscheidende Zeitpunkt sei gekommen, sobald die Algerienfrage gelöst sei. Die Mehrheit der französischen Kammer sei mit de Gaulles Plänen auch nicht einverstanden.¹⁷

Botschafter *Harriman* wiederholte noch einmal, daß die Briten unter Umständen bereit seien, die Frage zu prüfen, daß sie aber noch keine feste Zusage gegeben hätten.

Er fragte, ob der Herr Bundeskanzler glaube, daß de Gaulle seine eigene Atom-bombe haben wolle, weil er befürchte, daß auf die Vereinigten Staaten kein Verlaß sei.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, bei der Beantwortung dieser Frage müsse man etwas weiter ausholen. In Europa habe man gewußt, daß Wahlen in den Vereinigten Staaten bevorstünden. Man sei sich auch darüber im klaren, daß das Schicksal Europas auf lange Zeit hinaus davon abhängig sei, was der neue Präsident in dieser Frage denke. Kennedy sei nun in Europa ziemlich unbekannt gewesen. Man habe Fulbright, Johnson und Harriman gekannt, nicht aber Kennedy. Er wolle ganz offen sagen, daß es ein schreckliches Gefühl sei, auf der einen Seite die Russen zu haben und auf der anderen zu wissen, daß das Schicksal der Europäer von dem neu zu wählenden Präsidenten abhängt. Ein weiterer Faktor komme hinzu. Eisenhower als ehemaliger NATO-Befehlshaber¹⁸ habe an der NATO ein persönliches Interesse gehabt. Demgegenüber habe das State Department einschließlich Dulles die NATO als etwas von zweitrangiger Bedeutung angesehen. Niemand habe nun sagen können, wie sich die Dinge weiter entwickeln würden. Es sei also eine sehr ernste Zeit gewesen. De Gaulle habe nun schon bei früherer Gelegenheit mit ihm offen über die Amerikaner, Engländer und die Deutschen gesprochen und ihm dabei seine Sorge dargelegt, daß auf lange Frist doch etwas mit der Verbindung zwischen Amerika und Europa schiefgehen könne. Diese Befürchtung dürfte ihn neben anderen Gründen auf diesen Weg gebracht haben. Nach der Lösung der Algerienfrage sei aber die Zeit für eine Entscheidung gekommen. Er könne sich nicht vorstellen, daß ein General – de Gaulle fühle sich immer noch als General –, der seine Armee liebe, diese

¹⁷ Zur Haltung der französischen Nationalversammlung zum „Force-de-frappe-Gesetzesprojekt der Regierung“ teilte Botschafter Blankenhorn, Paris, am 20. Oktober 1960 mit, daß Ministerpräsident Debré am Morgen „unter schärfsten Protesten der Opposition abrupt die seit zwei Tagen andauernde Debatte“ beendet habe, indem er die Gesetzesvorlage mit der Vertrauensfrage verbunden habe: „Der Regierung blieb kein anderer Ausweg, wenn sie keine schwere Niederlage erleiden wollte: Seit Dienstag stand fest, daß sie sich bei einer Abstimmung nur auf die UNR, d. h. eine Minderheit verlassen konnte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1022; B 24 (Referat 204), Bd. 383.

Nachdem mit dem Scheitern eines Mißtrauensantrags gegen die Regierung am 24. Oktober 1960 der Gesetzentwurf in erster Lesung von der Nationalversammlung angenommen worden war, berichtete Blankenhorn am 10. November 1960: „Der Senat nahm gestern mit 186 gegen 83 Stimmen eine ‚motion préjudicielle‘ an, durch die Weiterbehandlung des ‚Force-de-frappe‘-Projekts der Regierung unterbunden wird.“ Die Regierung müsse nun den parlamentarischen Vermittlungsausschuß anrufen: „Falls dieser, wie zu erwarten ist, Projekt gleichfalls ablehnt oder den Sinn des Gesetzes durch Zusätze verändert, muß Nationalversammlung erneut beraten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1097; B 24 (Referat 204), Bd. 383.

Nach erneuten Abstimmungen in der Nationalversammlung am 22. November und 6. Dezember 1960 informierte Blankenhorn am 7. Dezember 1960, der Gesetzentwurf sei nunmehr „formell angenommen, indem auch dritter Mißtrauensantrag der Opposition [...] nicht die erforderliche Stimmenzahl (277) erhielt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1182; B 24 (Referat 204), Bd. 383.

¹⁸ Dwight D. Eisenhower war 1951/52 der erste Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa.

zu einem Gespött werden lassen könne. Dies sei nur dann denkbar, wenn er keine andere Möglichkeit habe.

Botschafter *Harriman* sagte, de Gaulle tue heute genau das, was er in den dreißiger Jahren der damaligen französischen Regierung zum Vorwurf gemacht habe.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er vermute, daß er die eigenen Atombombenpläne nur deshalb durchführen wolle, um den Nationalstolz der Franzosen zu kitzeln, weil er wisse, daß er Algerien aufgeben müsse. De Gaulle sei ein außerordentlich geschickter Regisseur.

Botschafter *Harriman* bemerkte, de Gaulle wolle sich vollständig von Afrika lösen und müsse deshalb sicher dem Stolz der Franzosen neuen Auftrieb geben. Für die bevorstehenden Verhandlungen mit den Algeriern habe er keine Bedingungen gestellt, und er sei bereit zu verhandeln, wie es die Algerier wünschten. Er habe ihm gesagt, es liege nun an den Algeriern, ob die Verhandlungen aufgenommen würden oder nicht.¹⁹

Er wisse allerdings nicht, ob die Leute in de Gaulles nächster Umgebung in gleicher Weise dächten. Dies sei noch ein Unsicherheitsfaktor.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, Debré stimme in dieser Frage nicht mit de Gaulle überein.

Botschafter *Harriman* sage, Herr Joxe sei aber de Gaulles Auffassung. Er fragte den Herrn Bundeskanzler sodann, ob er selbst wegen des Verhältnisses zwischen den Vereinigten Staaten und Europa beunruhigt gewesen sei.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er selbst sei nicht beunruhigt gewesen. Die Europäer seien eine merkwürdige Gesellschaft. Statt daß sie im Gespräch mit Amerikanern versuchten, den Amerikanern zu erklären, daß sie sich selbst in Europa verteidigten, sprächen sie von einer amerikanischen Verpflichtung, Europa und die Europäer zu verteidigen.

Botschafter *Harriman* bat den Herrn Bundeskanzler, seine Meinung offen zu sagen, denn die Frage des psychologischen Verhältnisses sei für das Vertrauen unter Verbündeten sehr wichtig.

¹⁹ Botschafter Freiherr von Braun notierte am 16. März 1961, ein algerisches Mitglied der marokkanischen Botschaft habe ihn darüber informiert, daß am 20. März 1961 algerisch-französische Verhandlungen „an der französisch-schweizerischen Grenze beginnen. Joxe und Außenminister Kassim seien Delegationsführer. Man sei in den geheimen Vorverhandlungen über wesentliche Punkte einig geworden, nämlich: Gewährung der Unabhängigkeit, Europäer-Statut und manches andere. Offen seien im wesentlichen zwei Punkte, und zwar 1) Mers-el-Kébir, für das Frankreich den Status quo, ähnlich wie in Bizerta, aufrechterhalten möchte, für das Algerien aber einen bail, ähnlich wie Gibraltar, anstrebe, und 2) als wichtigstes die Sahara.“ Für diese fordere die algerische Seite „die Anerkennung der algerischen Souveränität, um danach über die Gewährung von Ausbeutungsrechten zu sprechen“, während die französische Regierung diese Rechte einem internationalen Konsortium übertragen wolle. Vgl. VS-Bd. 5972 (Protokoll); B 150, Aktenkopien 1961.

Am 5. April 1961 berichtete Botschafter Blankenhorn, Paris, über „die Weigerung des FLN, am 7. April nach Evian zu gehen“, wo die Verhandlungen mit der französischen Regierung aufgenommen werden sollten. Offenbar hätten sich bei Besuchen von FLN-Vertretern in Kairo und Moskau die Gastgeber gegen Verhandlungen ausgesprochen. Andererseits habe der amerikanische Botschafter in Tunis, Walmsley, am 3. April 1961 eine Besprechung mit zwei Vertretern des Gouvernement Provisoire de la République Algérienne (GPRA) gehabt. Damit könne es „nicht zweifelhaft sein, daß eine spektakuläre Intervention der Vereinigten Staaten in dem Algerienkonflikt vorliegt. [...] Praktisch ist mit der letzten Entwicklung, besonders der in dieser Woche, der Algerienkonflikt, – wenn auch außerhalb der UN – in zunehmendem Maße internationalisiert worden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 321; B 24 (Referat 204), Bd. 376.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, Herr Harriman sei selbst erfahren genug in der Außenpolitik, um zu wissen, daß jede außenpolitische Entscheidung durch den Nutzen, den ein Land daraus ziehe, bestimmt werde, und nicht durch moralische Überlegungen. Darüber habe er einmal ausführlich mit Professor Kissinger gesprochen. Er selbst sei davon überzeugt, daß die Vereinigten Staaten in Europa nicht nur ihr Prestige, sondern auch wirtschaftliche und politische Interessen zu verteidigen hätten. Deshalb sei er nie beunruhigt gewesen. Wenn man aber von einer moralischen Verpflichtung der Vereinigten Staaten ausgehe, dann sei dies dumm, und es könnten auch Zweifel entstehen. Was er sage, habe nichts mit Herrn Kennedy zu tun. De Gaulle habe ihm seine Befürchtungen wegen der Amerikaner bereits vor zwei Jahren dargelegt²⁰, und damals sei er auf Eisenhower sehr geladen gewesen. Der Herr Bundeskanzler führte als Grund der Verstimmung das amerikanische Verhalten anläßlich einer Abstimmung in den Vereinten Nationen über die Algerienfrage²¹ an. Eisenhower sei dann nach Bonn gekommen²², und de Gaulle habe darum gebeten, daß er (Bundeskanzler) mit dem Präsidenten über die französischen Sorgen wegen des möglichen Ausgangs der Abstimmung in der Vollversammlung spreche. Das habe er auch getan, und Eisenhower habe zugesagt, daß die Vereinigten Staaten im Sinne der französischen Wünsche abstimmen würden. Er habe daraufhin mit Zustimmung Eisenhowers de Gaulle noch telefonisch davon unterrichten lassen, aber als es zur Abstimmung gekommen sei, habe sich der amerikanische Delegierte²³ doch nicht an die Zusage gehalten.²⁴ De Gaulle habe von jeher befürchtet, daß die Vereinigten Staaten labil seien.

Botschafter *Harriman* sagte, daß die Haltung Präsident Kennedys eher der von Präsident Roosevelt entspreche. Wenn es nach Roosevelt gegangen wäre, wären die Franzosen nicht nach Indochina zurückgekommen, sondern das Land wäre

²⁰ Bundeskanzler Adenauer führte am 2. Dezember 1959 in Paris ein Gespräch mit dem französischen Staatspräsidenten, in dem sich de Gaulle „sehr bitter über die amerikanische Politik“ äußerte. Vgl. ADENAUER, *Erinnerungen 1959–1963*, S. 20. Zu dem Gespräch vgl. auch DDF 1959, II, S. 656–665.

²¹ Birma übermittelte dem UNO-Sicherheitsrat am 10. Juli 1959 im Namen von 21 afrikanischen und asiatischen Staaten ein Aide-mémoire, in dem auf die Lage in Algerien als Bedrohung des Friedens und der internationalen Sicherheit hingewiesen wurde. Den französischen Streitkräften in Algerien wurden Verstöße gegen das Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über die Behandlung von Kriegsgefangenen vorgeworfen und schließlich die Mißachtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker hervorgehoben. Für den Wortlaut vgl. UN SECURITY COUNCIL, OFFICIAL RECORDS, 14th year, Supplement for July, August and September 1959, S. 1–3.
Mit Schreiben vom 13. Juli 1959 erklärte Frankreich die UNO als nicht zuständig für die Algerien-Frage, da es sich um eine Angelegenheit der französischen nationalen Souveränität handle. Für den Wortlaut vgl. UN SECURITY COUNCIL, OFFICIAL RECORDS, 14th year, Supplement for July, August and September 1959, S. 3.

²² Präsident Eisenhower hielt sich am 26./27. August 1959 in der Bundesrepublik auf und führte am 27. August 1959 Gespräche mit Bundeskanzler Adenauer. Vgl. dazu FRUS 1958–1960, IX, Dok. 5, S. 10–13, und Dok. 8, S. 19–25.

²³ Henry Cabot Lodge.

²⁴ Am 12. Dezember 1959 wurde in der UNO-Generalversammlung über eine von Pakistan eingebrachte Resolution abgestimmt, in der das Selbstbestimmungsrecht des algerischen Volkes bekräftigt wurde und Gespräche zu einer friedlichen Lösung des Algerienkonflikts auf dieser Grundlage gefordert wurden. Die Resolution fand mit 39 Zustimmungen, 22 Gegenstimmen und 20 Enthaltungen jedoch nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Vgl. dazu UN GENERAL ASSEMBLY, 14TH SESSION, PLENARY MEETINGS, S. 731–747. Für den Wortlaut der Resolution vgl. UN GENERAL ASSEMBLY, 14TH SESSION, ANNEXES, Agenda item 59, S. 5.

Zur Debatte in der UNO-Generalversammlung und zur Stimmenthaltung der USA vgl. auch DDF 1959, II, S. 714–718 und S. 798–800.

unter die Treuhandschaft der Vereinten Nationen gestellt worden.²⁵ Roosevelt habe sich während des Krieges auch immer wieder bei Churchill für die Unabhängigkeit Indiens eingesetzt. Kennedy werde bestimmt nicht rücksichtslos vorgehen, aber in der Frage des Kolonialismus einen festen Standpunkt einnehmen. Er werde gewiß nicht versuchen, in den betreffenden Gebieten Rebellionen zu unterstützen, doch werde er für einen geregelten Rückzug der Kolonialmächte aus den Kolonialgebieten eintreten.

Er befürchte, daß es in dieser Frage mit Portugal Schwierigkeiten geben könnte. Die Portugiesen behaupteten, in ihren Kolonialgebieten sei alles in Ordnung, und es handle sich dabei nicht um Kolonien, sondern um Provinzen des Mutterlandes.²⁶ Er könne nicht sagen, wie sich die weitere Entwicklung vollziehen werde. Er habe bereits 1949 mit Salazar darüber gesprochen.²⁷ Dieser hätte damals so wenig Verständnis gezeigt wie heute. Nunmehr habe der portugiesische Botschafter in der NATO²⁸ die Sache aufgegriffen und verlange, daß sich die NATO hinter Portugal stelle. Die Vereinigten Staaten könnten Portugal dabei nicht unterstützen.

Er persönlich mache Eisenhower und Dulles den Vorwurf, daß sie in der Kolonialfrage keine konsequente Haltung eingenommen hätten. Einmal habe ein warmer Wind geblasen, das nächste Mal ein kalter. Wenn die Regierung Eisenhower eine feste Haltung eingenommen hätte, wäre diese, wenn auch nicht mit Begeisterung, akzeptiert worden. Im Falle Portugals könnten sich wegen der Azoren Schwierigkeiten ergeben. Diese seien ein wichtiger militärischer Stützpunkt.²⁹ Er könne sich aber nicht vorstellen, daß Präsident Kennedy seine klare Haltung, die er bisher eingenommen habe, nun aufgebe. Die Vereinigten Staaten wünschten freundschaftliche Beziehungen mit Portugal und seien auch bereit, Portugal finanziell und anderweitig zu unterstützen, doch sei es ihm unvorstellbar, wie die Vereinigten Staaten die portugiesischen Ansichten in der Kolonialfrage teilen könnten.

Der Herr *Bundeskanzler* verwies in diesem Zusammenhang auf den begeisterten Empfang, der der britischen Königin in Indien bereitet worden sei.³⁰ Daraus spreche sehr viel über die Haltung der Inder.

Botschafter *Harriman* bemerkte, daß während der Kriegsjahre Indien sehr viel Sympathie für die Vereinigten Staaten gehabt und dort auch viel Verständnis und Unterstützung für seinen Freiheitskampf gefunden habe. Das indische Wohl-

²⁵ Vgl. dazu die Ausführungen des Präsidenten Roosevelt auf einer Pressekonferenz am 23. Februar 1945 an Bord der „U.S.S. Quincy“; PUBLIC PAPERS, ROOSEVELT 1944–45, S. 562 f.

²⁶ In der mit Gesetz Nr. 2048 vom 11. Juni 1951 geänderten portugiesischen Verfassung wurde in Artikel 134 ausgeführt: „The Overseas Territories of Portugal [...] shall be known as ‚provinces‘.“ Artikel 135 bezeichnete die Übersee-Gebiete als „an integral part of the Portuguese State.“ Vgl. CONSTITUTIONS OF NATIONS, Second Edition, Bd. III, S. 228.

²⁷ Der Sonderbeauftragte der amerikanischen Regierung in Europa für den Marshall-Plan, Harriman, führte am 25. November 1949 ein Gespräch mit Ministerpräsident Salazar in Lissabon. Vgl. dazu FRUS 1949, IV, S. 715–719.

²⁸ Antonio de Faria.

²⁹ Aufgrund des Abkommens vom 5. Januar 1951 mit Portugal über gegenseitige Verteidigungshilfe nutzten die USA die Azoren als Stützpunkt für die Luftwaffe. Für den Wortlaut des Abkommens vgl. TIAS, Nr. 2187.

³⁰ Königin Elizabeth II. besuchte Indien vom 21. Januar bis 1. Februar 1961 und hielt sich vom 16. Februar bis 2. März 1961 erneut in Indien auf.

wollen sei dann aber verspielt worden, weil Dulles erklärt habe, daß es sich bei Goa um portugiesisches Territorium handle.³¹

Was die afrikanischen Führer angehe, mit denen er jetzt zusammengetroffen sei³², so seien diese loyale Freunde de Gaulles, die Frankreich für die Unabhängigkeit Dank wüßten und mit de Gaulle zusammenarbeiten wollten. Keiner dieser afrikanischen Führer sei aber bereit, gegen Algerien zu stimmen, weil er sonst sein Amt sofort verlieren würde.

Der Sonderbotschafter ging noch einmal auf die portugiesische Haltung ein und sagte, wenn die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik Portugal in der Kolonialfrage unterstützten, würde damit Chruschtschow eine Chance gegeben, wie er sie sonst in einer ganzen Generation nicht geboten bekäme.

Der Herr *Bundesminister des Auswärtigen* erwähnte die Frage von Niederländisch-West-Neuguinea.³³

Botschafter *Harriman* sagte, in diesem Falle sei die Lage anders, da man nicht anerkannt habe, daß Indonesien einen Anspruch auf dieses Gebiet besitze. Außerdem hätten sich die Niederländer bereit erklärt, das Gebiet der Treuhandschaft der Vereinten Nationen zu unterstellen.³⁴ Das Gebiet selbst sei für die Niederländer auch nicht gewinnbringend. Die Niederländer hätten sich auch verpflichtet, den Bewohnern dieses Gebietes bei ihrer weiteren Entwicklung zu helfen.

Die Schwierigkeiten mit Portugal könnten einen schlechten Einfluß auf die NATO, auf Afrika und Asien haben.

Der Herr *Bundeskanzler* sprach sodann von der Entwicklung und der Zukunft der UNO, die durch die Zulassung so vieler neuer farbiger Staaten bestimmt sei.³⁵

Botschafter *Harriman* sprach die Überzeugung aus, daß es bei einer engen Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich in Afrika immer möglich sein wird, eine gute und sichere Mehrheit zu erlangen.

³¹ Nach dem Besuch des portugiesischen Außenministers da Cunha vom 30. November bis 2. Dezember 1955 äußerte der amerikanische Außenminister Dulles auf einer Pressekonferenz auf die Frage, ob die amerikanische Regierung Goa als portugiesisches Territorium betrachte: „As far as I know, all the world regards it as a Portuguese province. It has been Portuguese, I think, for about 400 years.“ Auf die Nachfrage, ob er von „province“ oder „colony“ spreche, bekräftigte Dulles, bei Goa handele es sich um eine portugiesische Provinz. Vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 33 (1955), S. 1007.

³² Zur Reise durch mehrere afrikanische Staaten, die W. Averell Harriman im Auftrag des Kandidaten der Demokratischen Partei für die amerikanischen Präsidentschaftswahlen, Kennedy, im August/September 1961 unternahm, vgl. Dok. 72, Anm. 11.

³³ Zum Westneuguinea-Konflikt vgl. Dok. 9, Anm. 9.

³⁴ Botschafter Löns, Den Haag, berichtete am 11. Januar 1961 über die „vor Jahresfrist noch undenkbbare Schwenkung der niederländischen Politik in bezug auf Neu-Guinea [...], die darin besteht, daß die Regierung von dem starren Standpunkt, Neu-Guinea sei ein ausschließlich inneres Problem, das die Niederlande allein angehe, abwich und selbst eine Internationalisierung der Frage in begrenztem Umfange vorschlug“. Der niederländische Außenminister Luns habe nämlich am 5. Oktober 1960 der UNO-Generalversammlung vorgeschlagen, „die von den Niederlanden in Neu-Guinea verfolgte Politik des Selbstbestimmungsrechts der Papuas der dauernden Aufsicht und dem Urteil der Vereinten Nationen zu unterwerfen.“ Das Angebot sei mit Schreiben vom 4. Januar 1961 an das UNO-Generalsekretariat wiederholt worden. Vgl. den Schriftbericht; B 12 (Referat 710), Bd. 1614.

³⁵ Am 21. September 1960 wurden die afrikanischen Staaten Dahome, Elfenbeinküste, Gabun, Kamerun, die Republiken Kongo (Brazzaville und Léopoldville), Madagaskar, Niger, Obervolta, Somaliland, Togo, Tschad und die Zentralafrikanische Republik in die UNO aufgenommen. Am 28. September 1960 folgten die Republiken Mali und Senegal.

Daß so viele Staaten zugelassen worden seien, habe sich de Gaulle selbst zuzuschreiben. Er habe darauf bestanden, diese Länder einzeln zuzulassen. Hätte er eine Föderation verlangt, so wäre dies sicher möglich gewesen. Jetzt seien aber Staaten in den Vereinten Nationen, die, wie z.B. Gabun, nur 400 000 Einwohner hätten. Wenn die Probleme richtig angepackt würden, halte er es für möglich, daß drei Viertel der afrikanischen Staaten mit dem Westen stimmen würden und nicht mit Nasser und Chruschtschow. Er nehme davon natürlich solche Leute wie Nkrumah und Sékou Touré aus.

De Gaulle halte die Vereinten Nationen für ein totes Instrument. Diese Auffassung teilten die Vereinigten Staaten nicht. Die mittelgroßen und kleinen Staaten realisierten immer mehr, daß für sie die Vereinten Nationen ein Bollwerk gegen eine Aggression seitens Chinas oder der Sowjetunion seien.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, daß auf der bereits erwähnten Viererkonferenz de Gaulle einen Überblick über die Entwicklung der Vereinten Nationen bis 1963 gegeben habe. Die Zahlen, die er dabei angeführt habe, seien Eisenhower nicht bekannt gewesen. Er habe nur gesagt, wenn die Entwicklung so verlaufe, müßte man die entscheidenden Fragen nur im Sicherheitsrat behandeln.

Botschafter *Harriman* erklärte, der Präsident habe ihn nach Afrika geschickt, um das amerikanische Interesse an Afrika zu demonstrieren und festzustellen, wie die Lage dort sei. Afrika sei von der Regierung Eisenhower vernachlässigt worden. So hätten z.B. die Vereinigten Staaten zu acht Unabhängigkeitsfeiern in Afrika keine Botschafter entsandt.

Er habe auf seiner Reise auch einige deutsche Botschafter getroffen, die sehr gut über die Lage unterrichtet gewesen seien. Deutschland habe in Afrika großen Einfluß. Die Schlußfolgerungen, zu denen er gekommen sei, beruhten zum Teil auch auf dem, was er von den deutschen Botschaftern in Afrika erfahren habe.

Die Vorstellung de Gaulles, daß die NATO die Welt regieren könne, sei ein Mythos. Ein Dreier-Direktorium innerhalb der NATO³⁶ sei erst recht ausgeschlossen. In Afrika sei die NATO höchst unpopulär, da sie von der russischen Propaganda als ein Instrument der Aggression dargestellt werde. Herr Harriman versicherte dem Herrn Bundeskanzler, daß sich Präsident Kennedy auf ein Dreier-Direktorium nicht einlassen werde.

Er werde alles tun, um bei de Gaulle das Gefühl zu stärken, daß er persönlich als Freund und Verbündeter respektiert werde und daß man in Frankreich einen wichtigen Partner sehe. Man sei bereit, ihn zu konsultieren und diese Konsultation auch bis zur untersten Ebene über alle Fragen von gegenseitigem Interesse durchzuführen.

Der Präsident sei bereit, de Gaulle mehr als die Hälfte des Weges entgegenzukommen, er sei bereit, seinen Eigenheiten Rechnung zu tragen und ihn zu konsultieren. Die Regierung Eisenhower habe die Konsultation vernachlässigt, und Dulles, der ständig im Flugzeug herumgereist sei und das State Department mit sich im Kopf herumgetragen habe, habe sich bei seiner Arbeit nie der bestehenden Organisationen bedient.

³⁶ Zum Vorschlag des Ministerpräsidenten de Gaulle vom 17. September 1958 für ein „Dreier-Direktorium“ vgl. Dok. 60, Anm. 9.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte mit Nachdruck, daß die Bundesregierung einem Dreier-Direktorium nie zustimmen könnte, da dies das Ende der NATO wäre.

Der Herr Bundeskanzler erwähnte sodann den Iran, die Türkei und Griechenland.

Botschafter *Harriman* sagte, er werde, was noch vertraulich sei, demnächst nach Teheran fliegen.³⁷ Er sei mit dem Schah³⁸ persönlich gut bekannt. Der Schah träume davon, aus dem Iran eine Militärmacht zu machen. Er müßte zunächst aber einmal die interne Situation festigen und die Korruption beseitigen. Mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln wäre es möglich, das Land wirtschaftlich und industriell zu entwickeln. In amerikanischen Regierungskreisen sei man zum Teil etwas besorgt wegen der Opposition, die von der alten Mossadegh-Gruppe herkomme. Man könnte in Persien keine schlagkräftige Armee aufbauen, da die Perser im Gegensatz zu den Türken nicht bereit seien, zu kämpfen.

Der Herr *Bundesminister des Auswärtigen* sagte, zur Zeit halte sich eine deutsche Delegation in Persien auf.³⁹ Die Situation sei nicht einfach, doch müsse man sich an der industriellen und landwirtschaftlichen Entwicklung beteiligen. Die Korruption sei ein ernsthaftes Problem und führe oft dazu, daß von den Investitionen nicht viel übrig bleibe.

Botschafter *Harriman* sagte, er habe darüber auch mit Professor Erhard gesprochen.⁴⁰ Wegen der Türkei sei man nicht beunruhigt. Die Türken hätten sich mit ihrem Militärhaushalt vielleicht etwas übernommen, und es wäre besser, wenn sie weniger Divisionen aufstellten, diese aber besser ausrüsteten. Die umfangreichen militärischen Ausgaben hätten bisher eine intensivere wirtschaftliche Entwicklung verhindert und die ständige Inflation zur Folge gehabt. Politisch sei man aber wegen der Lage unbesorgt.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er habe vom türkischen Botschafter gehört⁴¹, daß die Sowjets versuchten, sich an die jüngeren Offiziere heranzumachen, und der Türkei allerlei Versprechungen machten, wenn sie sich auf die Seite der Sowjets schlage. Je länger die Unruhe und Konfusion anhielten, desto schlechter sei es. Der Prozeß müßte auch einmal zu Ende kommen.⁴² Er habe gehört, daß

³⁷ Der amerikanische Sonderbotschafter Harriman hielt sich vom 12. bis 15. März 1961 im Iran auf.

³⁸ Mohammed Reza Pahlavi.

³⁹ Vom 10. Februar bis 28. Februar 1961 verhandelte eine Delegation aus der Bundesrepublik mit der iranischen Regierung über ein Abkommen zum Schutz und zur gegenseitigen Förderung von Kapitalanlagen. Gleichzeitig hielt sich eine Wirtschaftsdelegation im Iran auf, die Möglichkeiten und Voraussetzungen für Investitionen im Iran prüfen sollte. Vgl. dazu BULLETIN 1961, S. 476 und S. 543.

⁴⁰ Der amerikanische Sonderbotschafter Harriman führte am 6. März 1961 ein Gespräch mit Bundesminister Erhard. Legationsrat I. Klasse Hoffmann teilte am 7. März 1961 dazu mit, es sei, ebenso wie das vorangehende Gespräch mit Bundesminister Etzel, Fragen der Entwicklungshilfe gewidmet gewesen. Erhard habe ausgeführt, daß in der Entwicklungshilfepolitik insofern eine neue Wendung eingetreten sei, „als bisher Kredite gewährt worden seien, die nicht unbedingt als Entwicklungshilfe, sondern auch als Förderung des deutschen Außenhandels betrachtet werden konnten. Jetzt würde nicht mehr von den Gesichtspunkten der deutschen Außenwirtschaft, sondern von den Bedürfnissen der Entwicklungsländer ausgegangen.“ So könnten Mittel auch „für die nicht unmittelbar wirtschaftlichen Zwecke“ bereitgestellt werden. Vgl. VS-Bd. 3090 (II 6); B 150, Aktenkopien 1961.

⁴¹ Bundeskanzler Adenauer sprach am 30. Januar 1961 mit dem türkischen Botschafter Iksel. Für die Gesprächsaufzeichnung vgl. Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand III/59.

⁴² Am 14. Oktober 1960 wurde in Yassıada ein unmittelbar nach dem Putsch vom 27. Mai 1960 angekündigter Prozeß gegen Mitglieder der Regierung des gestürzten Ministerpräsidenten Menderes, hohe Regierungsbeamte und ehemalige Abgeordnete der Demokratischen Partei eröffnet. Botschafter von

die Bevölkerung zum Teil größere Sympathien für das alte Regime habe als für das gegenwärtige. Sein Rat wäre, daß die permanente Revolution und die Prozesse abgeschlossen werden sollten.

Botschafter *Harriman* wies darauf hin, daß der neue türkische Außenminister⁴³, den er von früher her kenne, ein überzeugter Anti-Kommunist sei. Er sei es gewesen, der im Oktober 1945 als türkischer Botschafter in Moskau seiner Regierung empfohlen habe, den Anspruch Stalins auf die türkischen Ostprovinzen und Stützpunkte an den Dardanellen zurückzuweisen. Unter den damaligen Umständen sei das eine sehr mutige Haltung gewesen.

Botschafter *Harriman* betonte, daß die Zusammenarbeit in der NATO und auf wirtschaftlichem Gebiet nichts nütze, wenn man nicht auch gleichzeitig ideologisch zusammenarbeite und sich dabei besonders der Gewerkschaften und Jugendbewegungen annehme, um der Ausbreitung der kommunistischen Propaganda und Infiltration entgegenzuwirken.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er wolle das Interesse Herrn *Harrimans* auch für Griechenland wecken, da dieses Land in Europa am meisten zurückgeblieben sei. Bei den letzten Wahlen⁴⁴ hätten die Kommunisten 23 % der Stimmen erhalten.

Der Herr *Bundesminister des Auswärtigen* warnte vor der dortigen intellektuellen Opposition, die sogar einen Pakt mit dem Teufel schließen würde, um an die Macht zu kommen.

Botschafter *Harriman* erwähnte, daß der griechische⁴⁵ Ministerpräsident im Anschluß an den Besuch des Herrn Bundeskanzlers⁴⁶ nach Washington kommen werde.⁴⁷ Die Schwierigkeiten bestünden in der geologischen Beschaffenheit des Landes, das über zu wenig fruchtbaren Boden verfüge. Es sei richtig, Griechenland besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Der Marshall-Plan⁴⁸ sei dort nicht erfolgreich gewesen. Er stimme mit dem Herrn Bundeskanzler überein, daß man trotz der Bedeutung, die Asien, Afrika und Südamerika zukomme, solche Länder wie Griechenland, die Türkei und Italien nicht vergessen dürfe.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, Griechenland, die Türkei, der Iran und Pakistan seien außerordentlich wichtige Länder, und man müsse darauf achten, daß dort keine Lücke entstehe, durch die die Kommunisten eindringen könnten.

Herr *Harriman* vertrat die Auffassung, daß Dulles die militärischen Aspekte überbewertet und die politische und wirtschaftliche Seite unterschätzt habe. Was Pakistan angehe, so müsse Ayub Khan unterstützt werden, da es ihm, im Gegensatz zu Nehru, darum gehe, den privatwirtschaftlichen Sektor möglichst stark auszubauen. Wenn ihm dies gelinge, würde ein Vorbild für andere Länder

Fortsetzung Fußnote von Seite 345

Broich-Oppert, Ankara, berichtete am 14. Februar 1961, daß etwa 400 Personen „im Hauptverfahren wegen Verfassungsbruchs“ angeklagt seien; in Nebenverfahren stünden außerdem mehrere Personen wegen Korruption und Amtsmissbrauch sowie anderer Delikte vor dem Gericht. Vgl. den Schriftbericht; B 26 (Referat 206), Bd. 95.

⁴³ Selim Rauf Sarper.

⁴⁴ Zu den Wahlen zum griechischen Parlament vom 11. Mai 1958 vgl. Dok. 69, Anm. 9.

⁴⁵ Korrigiert aus: „türkische“.

⁴⁶ Zum Besuch des Bundeskanzlers Adenauer vom 11. bis 17. April 1961 in den USA vgl. Dok. 105–108.

⁴⁷ Ministerpräsident Karamanlis hielt sich vom 17. bis 20. April 1961 in den USA auf. Vgl. dazu FRUS 1961–1963, XVI, Dok. 311 und Dok. 312, S. 605–612.

⁴⁸ Zum European Recovery Program (Marshall-Plan) vgl. Dok. 35, Anm. 3.

geschaffen werden. Er habe deshalb Herrn Erhard auch gebeten, über diese Frage mit Staatssekretär Ball zu sprechen.⁴⁹

Der Herr *Bundesminister des Auswärtigen* wies darauf hin, daß die Voraussetzungen in Pakistan gut seien und die bisherigen Erfahrungen weitere Maßnahmen rechtfertigten.

Die Unterredung endete gegen 12.30 Uhr.

Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand III/25

75

Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Etzdorf

302-82.30/5-304/61 geheim

7. März 1961¹

Betr.: Neubearbeitung des westlichen Friedensplans vom 14. Mai 1959²

Der Gedanke, den westlichen Friedensplan vom 14. Mai 1959 zu überarbeiten und in eine für die breite Öffentlichkeit verständlichere und attraktivere Form zu gießen, ist bereits mehrfach erörtert worden.³

So verlockend dieser Gedanke ist, so schwierig dürfte sich die Verwirklichung gestalten. Die zugegebenermaßen komplizierte Form des Plans ist doch nicht willkürlich entstanden, sondern das natürliche Ergebnis äußerst langwieriger Arbeiten mit dem Ziel, nicht nur die sehr komplizierte Materie zu formen, sondern vor allem auch die divergierenden Meinungen der vier Beteiligten unter einen Hut zu bringen sowie die Interessen der übrigen NATO-Verbündeten zu berücksichtigen.

I. Diese Vorbemerkung betrifft in erster Linie den Sicherheitsteil des Friedensplans, und zwar sowohl hinsichtlich seiner Zusammensetzung aus Elementen der allgemeinen Abrüstung und der Europäischen Sicherheit wie auch in sei-

⁴⁹ Der Staatssekretär für Wirtschaftsfragen im amerikanischen Außenministerium, Ball, hielt sich vom 19. bis 22. März 1961 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 80, Anm. 7.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat Balken konzipiert.

In einer Begleitaufzeichnung vom 7. März 1961 führte Balken aus, Legationsrat I. Klasse Forster habe ihm mitgeteilt, daß in Besprechungen mit Staatssekretär Carstens beschlossen worden sei, die Washingtoner Arbeitsgruppe „Deutschland einschließlich Berlins“ mit der Beantwortung des sowjetischen Memorandums vom 17. Februar 1961 zu befassen, um sowjetischen Versuchen, die Bundesregierung in bilaterale Gespräche zu ziehen, entgegenzuwirken. In der Arbeitsgruppe solle dafür „u. a. eine Neufassung des westlichen Friedensplans vom 14. Mai 1959 zur Diskussion gestellt werden. Diese Neufassung sollte die schon bei früheren Gelegenheiten erwogene ‚Volksausgabe‘ sein, die für die breite Öffentlichkeit leichter verständlich wäre.“ Auf die Bitte von Forster, die Bearbeitung des Sicherheitsteils des Plans zu übernehmen, habe er geantwortet, daß dieser Teil „das Kernstück des ganzen Planes“ sei und eine Neufassung Probleme aufwerfe, die „an die Grundsätze unserer Außenpolitik rührten“. Balken bat, „wegen der grundsätzlichen Bedeutung der Frage, die anliegende Aufzeichnung zu genehmigen und dem Herrn Staatssekretär vorzulegen“. Vgl. B 130, Bd. 4074 A (302/II 8).

² Zum westlichen Friedensplan (Herter-Plan) vom 14. Mai 1959 vgl. Dok. 23, Anm. 4.

³ Vgl. dazu die Ergebnisse der Besprechung über die Deutschland- und Berlin-Frage am 20. Januar 1961 im Seehotel in Maria Laach; Dok. 23.

nem sehr sorgfältig abgestuften Verhältnis zu dem eigentlich politischen Teil (Wiedervereinigung).

Die Verbindung von Vorschlägen zur allgemeinen Abrüstung (Verminderung der Personalstärken und deren Ausrüstung) mit Vorschlägen zur Einrichtung eines europäischen Sicherheitssystems (Zonen begrenzter Rüstung mit Inspektion und Kontrolle in zu vereinbarenden Gebieten) ging auf ausdrücklichen Wunsch der Bundesregierung zurück.

Der Herr Bundeskanzler hatte bereits in der Kabinettsitzung vom 19. Dezember 1958 erklärt: „Ein Sicherheitssystem in Europa ohne eine allgemeine Abrüstung könne es im Hinblick auf den Stand der Raketenwaffen nicht geben. ... Jedenfalls müsse Wert darauf gelegt werden, immer zu betonen, daß ein europäisches Sicherheitssystem nur im Rahmen einer allgemeinen, kontrollierten Abrüstung verwirklicht werden könnte.“ (Kurzprotokoll 991-85.10/3.48-13/58 geh.)⁴ In einer Aufzeichnung Dg 30-302-82.01-86/59 geh. vom 28.1.1959 ist festgehalten, daß der Herr Bundeskanzler diese Weisung in einer Sitzung des Bundesverteidigungsrates vom 27.1.1959 wiederholt hat.⁵

Die Frage der Verbindung von Abrüstung und Europäischer Sicherheit im Friedensplan ist bereits im Frühjahr 1960 in der Vier-Mächte-Arbeitsgruppe in Washington erneut angeschnitten worden. Im Hinblick auf den damals fertiggestellten westlichen Abrüstungsplan⁶, der keinerlei Verbindung mehr zu politischen Fragen enthielt, hatte der britische Vertreter die Frage aufgeworfen, ob man nicht den westlichen Friedensplan den veränderten Umständen, wie sie durch die Vorlage des westlichen Abrüstungsplans entstanden waren, anpassen müßte.

Wir haben uns damals gegen eine Veränderung des Friedensplans gewandt. Unser Botschafter in Washington⁷ erhielt eine Weisung des Herrn Staatssekretärs II, der damals Leiter der Arbeitsgruppe ABC⁸ war, in der unsere Bedenken hinsichtlich der Trennung von Abrüstung und Europäischer Sicherheit aufgeführt wurden (Drahterlaß Plurex Nr. 465 geh. vom 31. März 1960⁹):

„Durch Herausnahme der Abrüstungselemente bliebe lediglich ein Torso, der in seinem Sicherheitsteil dem im Jahre 1955 vorgeschlagenen Zusicherungsvertrag

⁴ Für das Kurzprotokoll vom 20. Dezember 1958 über die 48. Kabinettsitzung vom Vortag vgl. VS-Bd. 5887 (L 1).

Vgl. auch KABINETTSPROTOKOLLE 1958, S. 436.

⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse Graf von Baudissin informierte am 28. Januar 1959 über die Sitzung des Bundesverteidigungsrates vom Vortag und legte dar, daß Bundeskanzler Adenauer insbesondere daran gelegen sei, „den Amerikanern rechtzeitig klarzumachen, daß man im Zeitalter der weitreichenden Raketen, der U-Boote mit weitem Aktionsradius und der vollständigen Integration der Satelliten-Staaten in den Ost-Block von einer (isolierten) Europäischen Sicherheit nicht mehr reden könne, daß vielmehr in Europa die Sicherheit Amerikas verteidigt werde“. Vgl. VS-Bd. 3995 (302/II 8); B 150, Aktenkopien 1959.

⁶ Für den Wortlaut des von Frankreich, Großbritannien, Italien, Kanada und den USA als Mitgliedern der Zehn-Mächte-Abrüstungskommission vorgelegten Abrüstungsplans vom 16. März 1960 vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1960, S. 68–71. Für den deutschen Wortlaut vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. II, S. 9–12.

⁷ Wilhelm Grewe.

⁸ Arbeitsgruppe Carstens.

⁹ Für den am 28. März 1960 konzipierten Drahterlaß des Ministerialdirektors Carstens an die Botschaft in Washington vgl. B 130, Bd. 4074 A (302/II 8).

entspräche, wobei jedoch die damalige Komponente auf der Wiedervereinigungsseite (Eden-Plan¹⁰) erheblich verwässert wäre. (1955 freie Wahlen am Anfang.) Eine neue Formulierung der Abrüstungsteile des Friedensplans wäre unmöglich, da diese alle bereits im westlichen Abrüstungsplan vom 15. März enthalten sind und nunmehr gesondert behandelt werden. Außerdem würde dies bedeuten, daß man bei jeder Veränderung des Abrüstungsplans im Zuge der Verhandlungen auch den Sicherheitsteil des Friedensplans jedes Mal neu formulieren müßte.“

Wenn wir also jetzt von uns aus eine Neuformulierung des Friedensplans anstreben, so müßten wir darauf gefaßt sein, daß unsere Verbündeten nicht bereit wären, das seinerzeit in der Präambel des Friedensplans enthaltene Junktim zwischen Abrüstung und Europäischer Sicherheit aufrechtzuerhalten. Dies um so mehr, als sich die Abrüstungsdiskussion inzwischen mehr und mehr von den damals vorherrschenden Vorstellungen entfernt hat. Wir würden also, wenn wir von uns aus dieses Thema anrühren, unsere Verbündeten geradezu anregen, sich mit Teillösungen zu beschäftigen, die ausschließlich auf Mitteleuropa zugeschnitten sind.¹¹

II. Darin liegt hiesigen Erachtens die eigentliche Gefahr, die wir mit unserer Anregung zur Überarbeitung des Friedensplans heraufbeschwören würden. Wenn wir uns darauf beschränken, lediglich die auf eine mitteleuropäische Sonderregelung zielenden Vorschläge des Sicherheitsteils zu erneuern, so würden wir damit, wie die Vergangenheit zeigt, eine erneute Diskussion um Disengagement aller Variationen geradezu provozieren.

Da sowieso keine Aussicht besteht, daß die sowjetische Regierung sich zu einer ernsthaften Erörterung der Wiedervereinigungsvorschläge bereit fände, würde man es ihr erleichtern, ihre bekannten oder neue Vorschläge zur Europäischen Sicherheit ohne vorhergehende oder gleichzeitige politische Lösung vorzubringen.

Darüber hinaus aber liefen wir Gefahr, daß in den Reihen unserer Verbündeten selbst eine ähnliche Diskussion erneut entstünde. Der Gedanke eines militärischen Sonderstatus für Mitteleuropa hat z. B. in England, nicht nur in Oppositionskreisen, immer lebhaftes Interesse und Unterstützung gefunden.¹²

In dieser Frage, die das deutsch-britische Verhältnis in der Vergangenheit immer wieder belastet hat, ist seit Herbst 1959 eine gewisse Beruhigung eingetreten. Damals versicherte Premierminister Macmillan dem Herrn Bundes-

¹⁰ Der britische Außenminister Eden legte am 29. Januar 1954 auf der Berliner Außenministerkonferenz der Vier Mächte einen Plan zur Wiedervereinigung Deutschlands in fünf Stufen vor: „I. Freie Wahlen in ganz Deutschland. II. Einberufung einer aus diesen Wahlen hervorgehenden Nationalversammlung. III. Ausarbeitung einer Verfassung und Vorbereitung der Friedensvertragsverhandlungen. IV. Annahme der Verfassung und Bildung einer gesamtdeutschen Regierung, die für die Aushandlung des Friedensvertrages zuständig ist. V. Unterzeichnung und Inkrafttreten des Friedensvertrages.“ Vgl. VIERERKONFERENZ, S. 58.

Dieser Vorschlag wurde von den Drei Mächten am 27. Oktober 1955 auf der Genfer Außenministerkonferenz der Vier Mächte erneut vorgelegt, gekoppelt mit einem Zusicherungsvertrag für besondere Sicherheitsgarantien im Falle einer Wiedervereinigung Deutschlands. Für den Wortlaut vgl. Dzd III/1, S. 492–497.

¹¹ Dieser Satz wurde von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Aber doch nur zusammen mit der Wiedervereinigung.“

¹² Dieser Satz wurde von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Diese Gefahr ist geringer geworden.“

kanzler bei einem Gespräch in Chequers¹³: „Der einzige Vorschlag, der alle vier westlichen Staaten binde, sei der Plan vom 14. Mai 1959 (Friedensplan). Das Papier vom 14. Mai sei maßgebend (holds the field). Nach diesem Papier hinge alles von der Wiedervereinigung Deutschlands ab. Wir könnten das Papier ändern, aber bis es geändert werde, verpflichte er sich, sich an dieses Papier zu halten.“ (Aufzeichnung Prof. Carstens¹⁴)

Der letzte Satz dieser Erklärung deutet an, welches Risiko wir laufen, wenn wir von uns aus eine Abänderung des Friedensplans vorschlagen.

Außerdem aber würden wir mit unserer Anregung auch in den Vereinigten Staaten jenen Kreisen Auftrieb geben, die mit dem Gedanken an europäische Sicherheitslösungen ohne gleichzeitige politische Veränderungen spielen. Darauf ist in der Aufzeichnung 302-82.01-265/61 VS-vertr. vom 22.2.1961 „Amerikanische Abrüstungspolitik – Eindrücke von einer Informationsreise nach New York und Washington“ bereits hingewiesen worden.¹⁵

III. Es erscheint daher hiesigen Erachtens notwendig, die Entscheidung, von uns aus eine Neuformulierung des Friedensplans vorzuschlagen, noch einmal eingehend zu überprüfen. Dabei sollte vor allem auch folgendes Problem untersucht werden:

Die bisherigen westlichen Vorschläge haben den Nachteil, daß sie zwei Fragenbereiche völlig unterschiedlicher Natur miteinander zu verbinden trachten.

1) Die politische Frage der Wiedervereinigung Deutschlands, die auf absehbare Zeit wegen der bekannten sowjetischen Haltung nicht lösbar zu sein scheint. Dabei tritt erschwerend hinzu, daß die Unlösbarkeit dieser Frage für die Weltöffentlichkeit offensichtlich ist.

2) Die militärpolitische Frage der Europäischen Sicherheit, von der ein großer Teil der Öffentlichkeit annimmt, daß sie unabhängig von der ersten Frage gelöst werden kann.¹⁶

¹³ Bundeskanzler Adenauer führte vom 17. bis 19. November 1959 Gespräche mit Premierminister Macmillan in Chequers.

¹⁴ Vgl. die von Ministerialdirektor Carstens am 25. November 1959 vorgelegte Aufzeichnung über das Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Premierminister Macmillan am 19. November 1959 vormittags in Chequers; B 130, Bd. 4759 A (304).

¹⁵ Aus seinen Besprechungen vom 12. bis 18. Februar 1961 in den USA berichtete Legationsrat Balken, es sei nicht auszuschließen, daß im Verlaufe des Jahres „die Frage Inspektionszone gegen Überraschungsangriffe oder einer irgendwie gearteten Zone begrenzter Rüstungen in Mitteleuropa“ von amerikanischer Seite zur Diskussion gestellt würde, auch wenn die Ansichten in der amerikanischen Regierung dazu „erheblich auseinander“ gingen. Der Bogen reiche „von scharfer Ablehnung durch Männer wie Acheson und Paul Nitze bis zu starkem Interesse bei Professor Wiesner“. Letzterer habe erklärt, er könne „nicht einsehen, warum eine Zone irgendwie gearteten Umfangs und Charakters in Mitteleuropa nicht günstige Möglichkeiten eröffnen könnte“. Gegenargumente hätten ihn nicht überzeugt: „So hielte er beispielsweise das Argument, daß ein in Mitteleuropa geschaffenes militärisches Vakuum gewaltsame Einflüsse von außen geradezu anziehen würde, keineswegs für stichhaltig. [...] Zu dem weiteren Argument, daß durch die Einrichtung einer solchen Zone die Teilung Deutschlands verewigt würde, könnte er lediglich feststellen, daß in den letzten fünfzehn Jahren nichts geschehen sei, um diesen Prozeß aufzuhalten. Er hielte es jedenfalls für möglich, daß im Verlauf weiterer fünfzehn Jahre, wenn eine solche Zone einmal bestände, die Chancen für eine Annäherung der beiden deutschen Staaten und für eine Wiedervereinigung größer wären als jetzt.“ Vgl. die am 23. Februar 1961 von Ministerialdirektor von Eetzdorf an Staatssekretär Carstens und Bundesminister von Brentano weitergeleitete Aufzeichnung; VS-Bd. 3997 (302/II 8); B 150, Aktenkopien 1961.

¹⁶ Die Wörter „Europäischen Sicherheit“, „großer Teil der Öffentlichkeit“ und „gelöst werden kann“ wurden von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

Eine ständige Verkoppelung dieser beiden Fragen bringt uns immer wieder in die ungünstige Lage, daß wir uns gegen die Absicht zur Wehr setzen müssen, die zweite Frage ohne die erste zu lösen.

IV. Eine Neubearbeitung des Friedensplans erscheint aus den oben angeführten Gründen ausgeschlossen¹⁷.

Darüber hinaus wäre aber auch zu prüfen, ob es zum gegenwärtigen Zeitpunkt überhaupt angebracht ist, die Arbeitsgruppe in Washington mit diesem Themenkreis zu befassen. Wir laufen dabei das Risiko, eine Erörterung der Grundprinzipien unserer bisherigen Außenpolitik auszulösen.

Wir sollten daher überlegen, ob es nicht zweckmäßiger wäre, das sowjetische Memorandum – selbstverständlich mit vorheriger Unterrichtung unserer Verbündeten – unsererseits zu beantworten¹⁸ und dabei auf die Zuständigkeit der Vier Mächte für die Lösung der darin angeschnittenen Fragen zu verweisen, unter Aufrechterhaltung unseres Anspruchs, dabei beteiligt zu werden.¹⁹

Hiermit dem Herrn Staatssekretär II n. R.²⁰ vorgelegt.

Etdzorf

B 130, Bd. 4074 A (302/II 8)

¹⁷ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

¹⁸ Zum sowjetischen Memorandum vom 17. Februar 1961 vgl. Dok. 54, besonders Anm. 7.

Zur Befassung der Washingtoner Arbeitsgruppe „Deutschland einschließlich Berlins“ mit dem Memorandum vgl. Dok. 56, Anm. 44, und Dok. 72, Anm. 24.

¹⁹ Am 28. März 1961 vermerkte Legationsrat I. Klasse Balken, daß er am selben Tag mit Legationsrat I. Klasse Reinkemeyer folgende Lösung überlegt habe: Der Wiedervereinigungsteil des westlichen Friedensplans (Herter-Plans) vom 14. Mai 1959 solle wie beabsichtigt in überarbeiteter Form an die Washingtoner Arbeitsgruppe „Deutschland einschließlich Berlins“ gesandt werden, jedoch nicht für die Beantwortung des sowjetischen Memorandums vom 17. Februar 1961, sondern zur „Vorbereitung einer evtl. Vier-Mächte-Außenministerkonferenz in diesem Sommer. Der ‚Sicherheitsteil‘ des Friedensplanes, der aus Elementen der Abrüstung und der Europäischen Sicherheit besteht, sollte nicht im einzelnen neu formuliert werden. Beide Fragen – Abrüstung und Europäische Sicherheit – sollten jedoch weiterhin mit dem neuen Plan verbunden bleiben dadurch, daß man eine Generalklausel anfügt, die die Bereitschaft der Westmächte ausdrückt, über diese Fragen im Zusammenhang und evtl. gleichzeitig mit der Sowjetunion zu verhandeln. Das Problem der Neuformulierung würde so umgangen, aber „an der Verbindung von Wiedervereinigung, Sicherheit und Abrüstung“ festgehalten. Vgl. B 130, Bd. 4074 A (302/II 8).

²⁰ Der Passus „II n[ach] R[ückkehr]“ wurde von Legationsrat I. Klasse Reinkemeyer handschriftlich eingefügt. Dazu vermerkte er handschriftlich: „(Auf Bitte v. Herrn D 7)“. Hat Staatssekretär Carstens am 24. März 1961 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] D 3 n. R., H. D 7 i[n] V[er]tretung m[it] d[er] B[itte] um gemeinsame R[ück]sprache.“ Hat Reinkemeyer am 29. März 1961 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Besprechung hat am 29. März 1961 stattgefunden.“

76

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen**200-80.00-128/61 geheim****8. März 1961**

Betr.: Tagung der von den sechs Regierungschefs auf ihrer Konferenz am 10. Februar 1961 in Paris¹ eingesetzten Studienkommission

In der Anlage wird der Entwurf einer Instruktion für den deutschen Delegierten in der oben näher bezeichneten Studienkommission vorgelegt.

Der Entwurf wurde mit Staatssekretär Carstens eingehend besprochen und von ihm gebilligt.²

Die Tagung der Studienkommission wird am 16. und 17. März 1961 in Paris stattfinden.³

Für die deutsche Delegation wird folgende Zusammensetzung vorgeschlagen:

MD Dr. Jansen als Leiter der Delegation

Botschafter Professor Ophüls als Berater

VLR I Groepper, LR Lang, Herr Kusterer als Dolmetscher.

Hiermit dem Herrn Minister⁴ mit der Bitte, dem Entwurf der Instruktion sowie der Zusammensetzung der Delegation zuzustimmen, vorgelegt.

Jansen

[Anlage]

7. März 1961

Instruktion für den deutschen Delegierten in der von der Regierungschefkonferenz am 10. Februar 1961 eingesetzten Studienkommission.

I. 1) Die Staats- bzw. Regierungschefs der sechs Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften haben auf ihrer am 10. Februar 1961 abgehaltenen Konferenz über Mittel und Wege beraten, um zu einer engeren politischen

¹ Zur Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG-Mitgliedstaaten am 10./11. Februar 1961 in Paris vgl. Dok. 47.

² Staatssekretär Carstens vermerkte am 28. Februar 1961 für Abteilung 2: „Der Herr Minister hat darum gebeten, ihm vor Beginn der Gespräche der von der Regierungschefkonferenz in Paris eingesetzten Kommission die der deutschen Delegation zu erteilenden Weisungen vorzulegen.“ Carstens bat um einen Entwurf bis 4. März 1961. Vgl. B 130, Bd. 2216 (I A 1).

Für den Entwurf vom 4. März 1961, der am selben Tag in einer Besprechung bei Carstens erörtert wurde, vgl. B 130, Bd. 2216 (I A 1).

³ Über die erste Sitzung der Studienkommission unter der Leitung des französischen Botschafters in Kopenhagen, Fouchet, am 16./17. März 1961 in Paris berichtete Ministerialdirektor Jansen am 19. März 1961, kennzeichnend sei „die völlig negative Haltung der Niederländer“ gewesen, während die übrigen Delegationen den französischen Vorschlägen für eine Zusammenarbeit auf politischem und kulturellem Gebiet grundsätzlich zugestimmt hätten. Weitere Sitzungen seien für den 24./25. März sowie den 6./7. April 1961 in Paris anberaumt; außerdem sei eine Unterkommission für die Vorbereitung eines Berichts über die Europäische Universität eingesetzt worden. Vgl. B 130, Bd. 2216 (I A 1). Vgl. außerdem den Runderlaß Nr. 866 von Jansen vom 20. März 1961; B 130, Bd. 2216 (I A 1).

⁴ Hat Bundesminister von Brentano am 13. März 1961 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Einverstanden.“

Zusammenarbeit zu gelangen. Sie haben beschlossen, eine Kommission aus Vertretern der sechs Regierungen damit zu beauftragen, bei der nächsten Tagung⁵ konkrete Vorschläge zu unterbreiten, „die die Zusammenkünfte der Staats- bzw. Regierungschefs und der Außenminister sowie jede andere Zusammenkunft betreffen, die wünschenswert erscheint“⁶. Die Kommission soll ferner die anderen Probleme der europäischen Zusammenarbeit prüfen, insbesondere diejenigen, die im Zusammenhang mit der Entwicklung der Gemeinschaften stehen.

2) Nach einem Drahtbericht der Botschaft Paris⁷ werden die französischen Vertreter in der Kommission voraussichtlich folgende Probleme zur Erörterung stellen:

- 1) die regelmäßigen Konsultationskonferenzen der Regierungschefs;
- 2) die regelmäßigen Konsultationsbesprechungen der Außenminister;
- 3) die regelmäßigen Konsultationsbesprechungen der Kultusminister;
- 4) das politische Sekretariat;
- 5) das niederländische Petitum (Beteiligung Großbritanniens an den außenpolitischen Konsultationen der Regierungschefs);
- 6) die Fusion der Exekutiven der drei Europäischen Gemeinschaften⁸;
- 7) unmittelbare Wahlen für ein Europäisches Parlament⁹.

II. Ich habe keine Bedenken dagegen, daß die vorstehend aufgeführten Einzelpunkte von der Studienkommission behandelt werden.

Einem etwaigen Einwand, daß die Punkte 6) und 7) Angelegenheiten der Gemeinschaften betreffen und deshalb einer Beratung durch die sechs Regierungen entzogen seien, wird mit dem Hinweis darauf zu begegnen sein, daß es hier nicht darum geht, einen einzelnen Vertrag abzuändern, sondern ein aus drei Verträgen bestehendes Vertragswerk¹⁰ durch eine übergeordnete politische Entscheidung in bestimmter Richtung umzugestalten. Die Kompetenz für eine solche Entscheidung liegt bei den Regierungen und nicht bei den Organen der Europäischen Gemeinschaften. Um einen ähnlichen Fall hat es sich bei der

⁵ Die nächste Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG-Mitgliedstaaten war für den 19. Mai 1961 geplant, wurde jedoch auf den 18. Juli 1961 verschoben. Vgl. dazu Dok. 143.

⁶ Vgl. das Communiqué; EUROPA-ARCHIV 1961, D 129.

⁷ Botschafter Blankenhorn, Paris, informierte am 14. Februar 1961 über die Themen, die die französische Delegation voraussichtlich in der Studienkommission erörtern wolle. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 152; B 21 (Referat 201), Bd. 373.

⁸ Zu einer Fusion der Exekutiven der europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 56, Anm. 32.

⁹ Das Europäische Parlament legte am 17. Mai 1960 den Entwurf eines Abkommens über allgemeine und direkte Wahlen zum Europäischen Parlament vor, der dem EWG-Ministerrat am 20. Juni 1960 übergeben wurde. Darin wurde ein Verfahren für eine Übergangszeit vorgeschlagen, die mit der Legislaturperiode enden sollte, in der die im EWG-Vertrag vom 25. März 1957 vorgesehene dritte Stufe der Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes ablief. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1960, D 164–169.

¹⁰ Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. April 1951 über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS-Vertrag) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1952, Teil II, S. 447–504. Für den Wortlaut der Verträge vom 25. März 1957 über die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) bzw. über die Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 753–1155.

Schaffung Gemeinsamer Organe für die Europäischen Gemeinschaften gehandelt (Versammlung, Gerichtshof, Wirtschafts- und Sozialausschuß). Auch hier wurde die Entscheidung von den Regierungen getroffen, und zwar im Wege eines besonderen Abkommens außerhalb des Rahmens der Verträge.¹¹ Daß eine sinnvolle Weiterentwicklung der Gemeinschaften (Fusion der Exekutiven, Veranstaltung von Wahlen zu einem Europäischen Parlament) vor allem auch ein Anliegen der Regierungen darstellt, hat sich im übrigen mit besonderer Deutlichkeit auf der Konferenz am 10. Februar in Paris gezeigt, auf der die sechs Staats- bzw. Regierungschefs ihr Interesse an einer Stärkung der bestehenden Institutionen bekundeten.

III. Bei Erörterung der oben aufgeführten einzelnen Beratungspunkte in der Studienkommission bitte ich, grundsätzlich von Folgendem auszugehen:

A. Allgemeine Überlegungen

Angesichts der gegenwärtigen weltpolitischen Situation müssen die europäischen Regierungen eine neue Anstrengung unternehmen, um zu einer engeren Zusammenarbeit auch auf politischem Gebiet zu kommen. Der Rat der EWG kann die großen politischen Probleme nicht diskutieren. Der Vertrag über die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ist zwar in der Überzeugung von der Notwendigkeit einer politischen Einigung Europas entstanden und enthält in seiner Präambel das Bekenntnis der Mitgliedstaaten, „die Grundlagen für einen immer engeren Zusammenschluß der europäischen Völker zu schaffen“. Eine Ausdehnung der europäischen Zusammenarbeit auf andere Gebiete bedarf jedoch ungeachtet der Auswirkungen, die eine fortschreitende wirtschaftliche Integration auch auf sonstige Bereiche des Zusammenlebens der Mitgliedstaaten haben wird, neuer Impulse und einer neuen, von europäischem Bewußtsein erfüllten Initiative. Wir müssen deshalb alle Bemühungen unterstützen, die dazu dienen, die Einigung Europas zu fördern. Dadurch darf freilich die Erhaltung und der Ausbau des bereits Bestehenden – der drei Europäischen Gemeinschaften und ihrer Organe – nicht in Frage gestellt werden. Soweit sich Möglichkeiten bieten, die Arbeit der Europäischen Gemeinschaften in Zukunft noch wirksamer zu gestalten, können wir ihnen daher entsprechend der bisher von uns verfolgten Politik nur zustimmen.

B. Stellungnahme zu den Einzelfragen

Von diesem Leitgedanken ausgehend, bitte ich, in der Studienkommission zu den oben angeführten einzelnen Beratungspunkten folgende Haltung einzunehmen:

Zu 1) Regelmäßige Konsultationskonferenzen der Regierungschefs

Der Gedanke, die politische Zusammenarbeit der sechs Mitgliedstaaten durch regelmäßige Zusammenkünfte der Regierungschefs zu intensivieren und zu vertiefen, wird von der Bundesregierung befürwortet. Er bedeutet in Verbindung mit dem Bestehenden und auf der Grundlage der sich bereits erfolgreich vollziehenden wirtschaftlichen Einigung einen wesentlichen Schritt auf dem Wege zu dem von uns als unerlässlich angesehenen Zusammenschluß der europäischen

¹¹ Für den Wortlaut des Abkommens vom 25. März 1957 über gemeinsame Organe für die europäischen Gemeinschaften vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 1156–1165.

Völker, der allein es Europa ermöglichen wird, in Zukunft zu bestehen und seinen Einfluß in der Weltpolitik zur Geltung zu bringen.

Es ist anzunehmen, daß die Niederländer in Übereinstimmung mit der Haltung ihres Außenministers¹² auf der Regierungschefkonferenz am 10. Februar sich auch in der Studienkommission dem Vorschlage, periodisch stattfindende Regierungschefkonferenzen festzulegen, zunächst widersetzen und dafür wiederum folgende Argumente vorbringen werden:

a) Die Regierungschefkonferenzen entbehrten des übernationalen Charakters und seien deshalb mit dem durch die Verträge beschrittenen Weg der Integration nicht vereinbar;

b) sie seien in der jetzt in Aussicht genommenen intergouvernementalen Form nur bei sofortiger Hinzuziehung Großbritanniens sinnvoll, weil sie andernfalls die aus dem Bestehen zweier Wirtschaftsgruppen in Europa ohnehin schon resultierenden Gegensätze auch noch auf das politische Gebiet übertragen würden.

Es wird daher dem niederländischen Delegierten vor Augen geführt werden müssen, daß beide Argumente nicht begründet sind:

Zu a) Eine Zustimmung aller Mitgliedstaaten zur Schaffung übernationaler Institutionen auch auf politischem Gebiet kann heute nicht erreicht werden. Offensichtlich ist die Zeit hierfür noch nicht reif. Unter diesen Umständen kommt vorerst nur die Möglichkeit einer verstärkten politischen Zusammenarbeit in Betracht, wie sie durch die vorgeschlagenen Regierungschefkonferenzen angestrebt wird. Hierdurch wird die Aussicht, zu einem späteren Zeitpunkt einmal auch im politischen Bereich eine dem Gedanken der Integration entsprechende Lösung zu erreichen, nicht versperrt; im Gegenteil, man wird sagen können, daß die jetzt in Aussicht genommene verstärkte Zusammenarbeit sehr wohl die Vorstufe für eine spätere bundesstaatliche Ordnung des Zusammenlebens der sechs Staaten sein kann und nach unserer Vorstellung auch sein muß.

Es spricht im übrigen vieles dafür, daß die Niederlande den Einwand, die Regierungschefkonferenzen entsprächen nicht dem Gedanken der Integration, nur als Vorwand benutzen, um eine letztlich negative Einstellung gegenüber einer verstärkten politischen Zusammenarbeit ohne sofortige Hinzuziehung Großbritanniens (vgl. zu b) nicht offen zum Ausdruck bringen zu müssen. Sie befürchten anscheinend, daß sie bei dieser vorgeschlagenen verstärkten politischen Zusammenarbeit ohne Großbritannien als kleines Land zu sehr in eine Abhängigkeit von den „Großen“ (Frankreich und Bundesrepublik) geraten könnten. Es wird deshalb wesentlich darauf ankommen, sie davon zu überzeugen, daß eine derartige Gefahr für sie nicht besteht und daß weder Frankreich noch die Bundesrepublik eine Hegemonie im Rahmen der Sechs anstreben. Man wird in diesem Zusammenhang auch auf die Haltung beider Länder im Rate der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft hinweisen können, wo gerade die Belange der Beneluxstaaten stets weitgehende Berücksichtigung erfahren haben.

Zu b) Es ist von uns – das gleiche dürfte für die übrigen vier Regierungen gelten, die sich dem niederländischen Einwand gegenübergestellt sehen – keineswegs

¹² Zur Haltung des niederländischen Außenministers Luns zu den Ergebnissen der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG-Mitgliedstaaten am 10./11. Februar 1961 in Paris vgl. Dok. 49.

daran gedacht, Großbritannien von einer politischen Konsultation mit den Sechs auszuschließen. Es ist lediglich nicht möglich, Großbritannien speziell in die geplante Konsultation der sechs Regierungschefs (wie auch etwa ihrer Außenminister) einzubeziehen, solange sich keine positive Lösung für die Klärung seines Verhältnisses zu den drei Europäischen Gemeinschaften abzeichnet. In Betracht käme stattdessen aber schon jetzt eine politische Konsultation der Sechs und Großbritanniens im Rahmen der WEU. Mit einer solchen Lösung ist auch Großbritannien einverstanden, wie sich aus der Erklärung des britischen Europa-Ministers Heath vor dem Ministerrat der Westeuropäischen Union am 27. Februar 1961 in Paris¹³ ergibt (... the WEU-Council ... could provide the forum for any necessary discussion of broad European problems¹⁴). Allerdings hat Mr. Heath in dieser sehr gewundenen Erklärung gleichzeitig den Wunsch Großbritanniens durchblicken lassen, auch an künftigen Regierungschefkonferenzen der Sechs beteiligt zu sein, soweit dort Probleme besprochen werden sollten, an denen Großbritannien unmittelbar interessiert ist. Er hat dabei Probleme wie etwa die Ost-West-Beziehungen, politische Zukunft Europas, Sicherheit und Abrüstung, und Beziehungen zu anderen Kontinenten genannt. Diesem weitergehenden Wunsch Großbritanniens kann, wie oben hervorgehoben, zur Zeit nicht entsprochen werden. In jedem Falle dürften aber die politischen Konsultationen mit Großbritannien im Rahmen der WEU die Möglichkeit schaffen, auch mit Großbritannien schon heute zu einer engeren politischen Zusammenarbeit zu gelangen.

Bei dieser Sachlage können die Niederländer ihren Widerstand gegen die von den übrigen Mitgliedstaaten gewünschten periodischen Regierungschefkonferenzen ernstlich nicht mehr mit der mangelnden Teilnahme Großbritanniens an diesen Konferenzen rechtfertigen. Vielmehr würde ein weiteres Verharren der Niederländer auf ihrem bisherigen Standpunkt nur den Schluß zulassen, daß sie eine Erstreckung der Zusammenarbeit der Sechs auch auf den politischen Bereich wie sonstige von den Gemeinschaftsverträgen nicht erfaßte Gebiete in Wahrheit nicht wünschen.

Es muß damit gerechnet werden, daß der niederländische Vertreter in der Studienkommission auf Grund strenger Weisung seiner Regierung gehalten ist, an dem von Außenminister Luns auf der Regierungschefkonferenz eingenommenen ablehnenden Standpunkt starr festzuhalten. In diesem Falle dürfte das wirksamste Mittel, die Niederländer letztlich doch zu einem Einlenken zu bewegen, darin bestehen, daß man der ablehnenden niederländischen Haltung die Entschlossenheit der übrigen fünf Staaten gegenüberstellt, nicht von ihrem Standpunkt abzugehen. Es spricht vieles dafür, daß die Niederländer es kaum dazu kommen lassen werden, in eine derartige Isolierung gegenüber den anderen Fünf zu geraten. Sollte sich eine Einigung nicht erzielen lassen, so erscheint es zweckmäßig, die Beratungen über diejenigen Punkte, die mit einer verstärkten politischen Zusammenarbeit zusammenhängen, unter dem ausdrücklichen (ohne hin selbstverständlichen) Vorbehalt der niederländischen Zustimmung auf der nächsten Regierungschefkonferenz am 19. Mai d.J. in Bonn¹⁵ weiterzuführen.

¹³ Zur WEU-Ministerratstagung vgl. Dok. 64.

¹⁴ Vgl. DOCUMENTS ON INTERNATIONAL AFFAIRS 1961, S. 168.

¹⁵ Die Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG-Mitgliedstaaten fand am 18. Juli 1961 statt. Vgl. dazu Dok. 222.

Auf diese Weise könnte die Studiengruppe auch zu diesen Fragen den Regierungschefs konkrete Einzelvorschläge unterbreiten.

Zu 2) Die regelmäßigen Konsultationsbesprechungen der Außenminister

Diese Konsultation besteht bereits heute, und sie hat sich durchaus bewährt. Sie sollte deshalb auch in Zukunft fortgesetzt werden. Es bliebe demnächst zu klären, ob vielleicht nach Festlegung periodischer Zusammenkünfte der Regierungschefs, an denen die Außenminister ja ebenfalls teilnehmen, die Zahl der außenpolitischen Konsultationen der Außenminister vermindert werden könnte. Von uns aus sollten wir diesen Gedanken jedoch nicht anschneiden.

Zu 3) Die regelmäßigen Konsultationsbesprechungen der Kultusminister

Die Vorschläge Präsident de Gaulles über neue Formen der europäischen Zusammenarbeit¹⁶ sehen auf kulturellem Gebiet die Bildung einer Regierungskommission für kulturelle Angelegenheiten vor. In diese Regierungskommission würden nach französischer Vorstellung auch hier die zuständigen Minister zu entsenden sein.

Für die Bundesrepublik ergibt sich hierbei die Besonderheit, daß der Bund innerstaatlich keine eigene Kompetenz auf dem Gebiet der Kultur besitzt, diese vielmehr bei den Ländern liegt. Andererseits ist aber für die Auslands-Kulturarbeit bei uns der Bundesaußenminister zuständig. Mit Rücksicht auf diese Zuständigkeitsverteilung könnte der Bundesaußenminister, falls er an den Konferenzen der Kultusminister der Sechs teilnähme, an Beschlüssen, die im innerstaatlichen deutschen Bereich Wirksamkeit äußern würden, sich nur mit Zustimmung der elf Kultusminister der Länder beteiligen, und zwar müßte diese Zustimmung jeweils vor einem Beschluß herbeigeführt werden.

Die Bundesregierung steht einer Zusammenarbeit der Sechs auf kulturellem Gebiet grundsätzlich positiv gegenüber. Wir sollten dies auch klar zum Ausdruck bringen. Dabei bitte ich jedoch darauf hinzuweisen, daß diese Zusammenarbeit für die Bundesregierung eng mit dem Projekt der Errichtung einer Europäischen Universität¹⁷ verknüpft ist. Die Bundesregierung sieht darin einen bedeutsamen Beitrag für die Förderung des europäischen Einigungsgedankens. Einer Zusammenarbeit im kulturellen Bereich kann die Bundesregierung daher nur zustimmen, wenn nunmehr auch für die Verwirklichung des Projekts der Europäischen Universität eine konkrete Lösung unter Einschluß eines entsprechenden Zeitplans gefunden wird. Wegen der näheren Einzelheiten verweise ich auf Abschnitt IV dieser Instruktion.

Von obigem Vorbehalt (Europäische Universität) abgesehen, bitte ich auf die Notwendigkeit hinzuweisen, daß mit Rücksicht auf unsere verfassungsrechtliche Zuständigkeitsregelung noch ein Weg gefunden werden muß, auf welche Weise sich unsere Beteiligung an einer Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet am zweckmäßigsten verwirklichen läßt. Konkreten Einzelvorschlägen gegenüber können wir uns daher zunächst nur rezeptiv verhalten.

Zu 4) Politisches Sekretariat

Die Schaffung eines ständigen politischen Sekretariats entspricht einem schon

¹⁶ Zu den Vorschlägen des Staatspräsidenten de Gaulle vom 29./30. Juli 1960 vgl. Dok. 31, Anm. 15.

¹⁷ Zum Projekt einer Europäischen Universität vgl. Dok. 31, besonders Anm. 17.

seit längerer Zeit bestehenden französischen Wunsche.¹⁸ Es ist andererseits damit zu rechnen, daß dieser Gedanke auf entschiedenen Widerstand der niederländischen Regierung stoßen wird. Für die Niederländer werden hierbei – in noch verstärkter Form! – die gleichen Erwägungen maßgebend sein, aus denen sie sich bereits auf der Regierungschefkonferenz am 10. Februar gegen eine periodische Festlegung von Regierungschefkonferenzen ausgesprochen haben (vgl. zu 1).

Soweit es sich um die Stellungnahme der Bundesregierung handelt, bitte ich, die folgenden Überlegungen als maßgebende Richtlinien zu beachten:

a) Wir haben uns in der Vergangenheit mit dem französischen Wunsch der Schaffung eines politischen Sekretariats nicht befreunden können, da für ein solches keine Notwendigkeit bestand, das Sekretariat zudem nach französischer Vorstellung seinen Sitz in Paris erhalten sollte; damit wäre ein französisches Übergewicht gegenüber den übrigen Mitgliedstaaten geschaffen worden, das dem Gemeinschaftsgedanken abträglich gewesen wäre.

b) An dieser unserer Einstellung hat sich auch heute grundsätzlich noch nichts geändert. Soweit es sich um die Vorbereitung der Außenministertreffen und gegebenenfalls künftiger Regierungschefkonferenzen handelt, würde eine Regierungskommission der Sechs, nach Art der jetzt eingesetzten Kommission, durchaus in der Lage sein, die entsprechenden Arbeiten zu übernehmen. Ein Bedürfnis für die Errichtung eines besonderen politischen Sekretariats dürfte daher auch heute noch nicht bestehen.

Wenn wir dem Gedanken eines politischen Sekretariats überhaupt nähertreten sollten, so würde dies im übrigen in jedem Fall voraussetzen, daß auch die Franzosen – deren Wunsch wir ja damit entgegenkommen würden – ihrerseits zu entsprechenden Zugeständnissen im communautairen Bereich bereit wären. Darüber, welcher Natur diese Zugeständnisse etwa sein könnten, braucht angesichts des mehr hypothetischen Charakters dieser Frage heute noch nichts gesagt zu werden. Man könnte in solchem Fall evtl. jedoch an die von uns und den Ministern der anderen Mitgliedstaaten dringend gewünschte Zusammenlegung der Exekutiven, ferner auch an Abhaltung der Wahlen zu einem Europäischen Parlament denken.

Aus dem obigen Grunde bedürfen auch Unterfragen, wie die der Zusammensetzung¹⁹, der genauen Funktionen, des Sitzes und einer etwaigen Verbindung des Sekretariats mit dem Brüsseler Sekretariat der EWG und EAG, keiner Erörterung in dieser Instruktion.

¹⁸ Am 20. Januar 1961 resümierte Legationsrat I. Klasse Scheske Informationen „von unterrichteter französischer Seite“. Staatspräsident de Gaulle „verfolge mit Festigkeit die Idee der politischen Zusammenfassung der Sechs. Wenn die anderen ihm im Grundsatz zustimmen, würde er in Einzelfragen Zugeständnisse machen. Einige man sich auf ein politisches Generalsekretariat, sei es notwendig, hierfür eine profilierte Persönlichkeit zu gewinnen, der ein Stab von qualifizierten Beamten beizugeben sei. Der Generalsekretär müsse mit den Außenministern gleichrangig verkehren können, um die gemeinschaftlichen Lösungen voranzutreiben. Den technischen Apparat könne das Sekretariat der Räte stellen. Als Kompensation werde de Gaulle vermutlich bereit sein, in den Fragen der Fusion der Exekutiven und der direkten Wahlen zum Europäischen Parlament nachzugeben. Die bisherige Ablehnung der Fusion sei taktisch bedingt gewesen. Die Niederländer würden den Fusionsvorschlag erneut zur Sprache bringen.“ Vgl. B 130, Bd. 2097 (I A 1).

¹⁹ Korrigiert aus: „wie die Zusammensetzung“.

c) Abschließend wird über die Sekretariatsfrage, die immerhin einem besonderen Anliegen der französischen Delegation entspricht, naturgemäß erst entschieden werden können, wenn die Sechs sich über die periodische Festlegung der Regierungschefkonferenzen und deren Aufgaben einig geworden sind und auch die notwendige Klärung über die Zusammenkünfte der Fachminister und deren einzelnen Aufgaben geschaffen haben.

Zu 5) Niederländisches Petition

Es handelt sich hier um den niederländischen Wunsch einer sofortigen Beteiligung Großbritanniens an der politischen Konsultation der Regierungschefs. Das Notwendige hierzu ist bereits zu Punkt 1) in der Weisung gesagt, auf die ich verweise.

Zu 6) Fusion der Exekutiven der drei Europäischen Gemeinschaften

Eine Zusammenfassung der Exekutiven der drei Europäischen Gemeinschaften würde unzweifelhaft wesentlich dazu beitragen, das bisher im Rahmen der Europäischen Integration Geschaffene weiter auszubauen und zu festigen. Eine abschließende Weisung zu diesem Punkt ist jedoch heute noch nicht möglich, weil sich der Bundesminister für Wirtschaft²⁰ bisher noch nicht mit dem Fusionsvorschlag einverstanden erklärt hat.²¹ Ich behalte mir daher ergänzende Weisung zu diesem Punkt bis zur Entscheidung der Frage durch den Herrn Bundeskanzler oder das Bundeskabinett vor.

Für den Fall einer positiven Entscheidung wird angesichts des bisherigen beharrlichen Widerstandes Frankreichs gegen den Vorschlag²² zu eruieren sein, ob man französischerseits gegebenenfalls bereit wäre, einer Fusion der Exekutiven zuzustimmen, falls auch die übrigen fünf Mitgliedstaaten ihrerseits zu Zugeständnissen im Sinne eines weiteren Eingehens auf die französischen Wünsche bereit wären. Dabei könnten wir uns damit einverstanden erklären, daß die Zusammenlegung der Exekutiven nicht sofort erfolgt, sondern erst für einen späteren, allerdings genau zu bestimmenden Zeitpunkt fest vereinbart wird. Als Termin käme hierfür etwa der 1. Januar 1964 in Betracht. In diesem Falle könnte das Mandat der Kommission der EWG und der EAG sowie der Hohen Behörde um eine weitere Amtsperiode verlängert werden. Wir würden uns damit auch ein taktisches Manövriertfeld personalpolitischer Art erhalten.

²⁰ Ludwig Erhard.

²¹ Staatssekretär Carstens vermerkte am 11. November 1960, daß Staatssekretär Müller-Armack, Bundesministerium für Wirtschaft, ihm telefonisch mitgeteilt habe, „daß in seinem Hause Bedenken gegen die Zusammenlegung der europäischen Exekutivorgane bestünden. Solange die materiellen Befugnisse nicht aneinander angeglichen würden, könne durch die personelle Vereinigung mehr Schaden als Nutzen angerichtet werden.“ Möglicherweise werde dadurch auch die Stellung der EWG-Kommission erschwert. Dazu vermerkte Staatssekretär van Scherpenberg handschriftlich: „Auch Herr Westrick sprach sich kürzlich (10.11.) sehr nachdrücklich gegen die Fusion aus, vor allem unter dem Gesichtspunkt, daß dadurch die erforderliche gemeinsame Energiepolitik verzögert werden kann.“ Vgl. B 2 (Büro Staatssekretär), Bd. 73.

²² Legationsrat I. Klasse Scheske legte am 26. Januar 1961 dar, daß die belgische, italienische und niederländische Regierung für eine Fusion der Exekutiven der europäischen Gemeinschaften seien, während die luxemburgische sich negativ geäußert habe, „wohl aus der Besorgnis, daß im Zuge der Fusion Luxemburg als Sitz der Hohen Behörde aufgegeben werden könnte“. Auf französischer Seite werde befürchtet, „eine vereinigte Kommission könnte mehr an supranationaler Macht gewinnen“. Vgl. B 20-200, Bd. 502.

Zu 7) Unmittelbare Wahlen zu einer Europäischen Parlamentarischen Versammlung

Die Abhaltung solcher Wahlen liegt in der Linie der Integrationspolitik der Bundesregierung und wird deshalb von ihr befürwortet.²³ Die Bundesregierung ist auch im Prinzip mit dem von den Räten der Gemeinschaften ausgearbeiteten Abkommen²⁴ einverstanden, sie behält sich jedoch eine Prüfung der einzelnen Bestimmungen noch vor.

Die zunächst unbedingt ablehnende Stellungnahme Frankreichs in dieser Frage²⁵ scheint sich in der letzten Zeit etwas gewandelt zu haben. Gegebenenfalls müßte auch hier versucht werden, bei den Franzosen zu sondieren, welche Gegenkonzessionen sie eventuell bei einem Einverständnis auch zu diesem Punkt von den anderen Staaten erwarten würden.

Grundsätzlich ist zu bemerken, daß wir auch in diesem Falle, ähnlich wie bei der Frage der Zusammenlegung der Exekutiven, nicht auf eine sofortige Verwirklichung der Wahlvorhaben drängen würden. Es würde uns genügen, wenn die Wahlen erst für einen späteren Zeitpunkt in Aussicht genommen werden. Dieser Zeitpunkt müßte jedoch auch hier eindeutig festgelegt werden. Man könnte insoweit daran denken, festzulegen, daß die Wahlen spätestens bis Ende 1963 durchgeführt sein müssen. Einer entsprechenden Entschließung der Konferenz der Europäischen Bewegung in Luxemburg im November 1960²⁶ haben auch die französischen Abgeordneten Peyrefitte und de la Malène zugestimmt.

IV. Projekt der Europäischen Universität

Voraussichtlich wird eine der wichtigsten und vordringlichsten Aufgaben der vorgesehenen Kultusministerkonferenz sein, die bisher im Rahmen der EWG und EAG behandelten Projekte

Europäische Universität,

Europäisierung bestehender nationaler Hochschulinstitute und Gründung neuer europäischer Institute,

Zusammenarbeit im Hochschulwesen zwecks Harmonisierung der Studienprogramme und Förderung des Austausches von Dozenten und Studenten

wieder aufzugreifen und einer baldigen Realisierung zuzuführen.

²³ Vortragender Legationsrat I. Klasse Voigt vermerkte am 2. Dezember 1960, direkte Wahlen zum Europäischen Parlament seien „durch die Bestimmungen der Gemeinschaftsverträge [...] den Parlamentariern versprochen worden. Nicht das ‚Ob‘, sondern das ‚Wie‘ bedarf noch einer Regelung zwischen den sechs Regierungen.“ Vgl. B 20-200, Bd. 696.

²⁴ Nachdem die Räte der drei europäischen Gemeinschaften die Ständigen Vertreter mit der Prüfung des Entwurfs des Europäischen Parlaments vom 17. Mai 1960 für Direktwahlen beauftragt hatten, setzten diese eine Arbeitsgruppe ein, die seit ihrer ersten Sitzung am 9./10. Januar 1961 eine „technische und rechtliche Prüfung“ des Entwurfs vornahm. Vgl. den Schriftbericht Nr. 54 des Botschafter Ophüls, Brüssel (EWG/EAG), vom 11. Januar 1961; B 20-200, Bd. 696.

²⁵ Staatssekretär Carstens notierte am 29. Oktober 1960, daß ihn der Präsident des Europäischen Parlaments, Furler, über ein Gespräch mit dem französischen Staatspräsidenten informiert habe, in dem de Gaulle den „Plan, direkte Wahlen für das Europäische Parlament zu veranstalten, [...] eindeutig abgelehnt“ habe. Vgl. B 130, Bd. 3294 A (200).

²⁶ Für den Wortlaut der Entschließung des Kongresses der Europäischen Bewegung vom 12. November 1960 vgl. EUROPA-ARCHIV 1960, D 357.

Diese Projekte sind bis Juni 1960 von dem durch Beschluß der Räte der EWG und EAG begründeten Interimsausschuß²⁷ behandelt worden. Auf der Vollsitzung dieses Ausschusses in Florenz im April 1960 waren die Arbeiten so weit fortgeschritten, daß der Interimsausschuß die Redaktion der abzuschließenden Verträge in Angriff nehmen konnte.²⁸ Die Vollendung der Arbeiten scheiterte dann am französischen Widerstand auf der Sitzung der Räte im Juni 1960.²⁹

Der französische Widerstand richtete sich gegen die vorgesehene Verklammerung der Projekte mit den beiden Gemeinschaften. Die französische Regierung brachte damals durch Außenminister Couve de Murville erstmalig mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck, daß sie eine Ausdehnung des Tätigkeitsbereichs der beiden Gemeinschaften über die ihnen in den Römischen Verträgen zugewiesenen Aufgaben hinaus ablehne.

Die Frage, ob das Universitätsprojekt innerhalb oder außerhalb der durch die Römischen Verträge den Gemeinschaften zugewiesenen Aufgaben steht, ist umstritten geblieben. Die Bundesregierung vertrat bis zuletzt die Auffassung, die Gründung der Universität erfolge in Erfüllung der im Art. 9 Abs. 2 des EAG-Vertrages übernommenen Verpflichtung, eine Anstalt im Range einer Universität ins Leben zu rufen.³⁰ Die fünf anderen Regierungen teilten diese Ansicht nicht; für sie bedeutete der Art. 9 Abs. 2 lediglich die Verpflichtung zur Gründung einer kernwissenschaftlichen Hochschule; eine europäische Volluniversität mit mehreren geisteswissenschaftlichen Fakultäten ging nach ihrer Ansicht weit über den Rahmen dieser Vorschriften hinaus. Immerhin bedeutete der Art. 9 Abs. 2 des EAG-Vertrages ein Bindeglied zwischen den Gemeinschaften und dem Projekt der Europäischen Universität, dessen Existenz die Verklammerung dieses Projekts mit den Gemeinschaften zu rechtfertigen vermochte. Diese Feststellung traf indessen nur für die Universität, nicht aber für die beiden anderen Pläne zu, für die sich weder im EWG- noch im EAG-Vertrag ein Anknüpfungspunkt findet.

Abgesehen von der hier erörterten Rechtsfrage hätte die Gründung der Europäischen Universität mit Hilfe des Art. 9 Abs. 2 des EAG-Vertrags für die deut-

²⁷ Botschafter Ophüls, Brüssel (EWG/EAG), teilte am 14. Oktober 1959 mit: „Die Räte der EWG und EAG haben am 13. Oktober den Interimsausschuß für die Errichtung einer Europäischen Universität endgültig eingesetzt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 254; B 20-200, Bd. 359.

²⁸ Auf einer Sitzung am 27. April 1960 in Florenz legte der Interimsausschuß für die Europäische Universität seinen Bericht vor und beauftragte die Juristengruppe mit der Erarbeitung des Textes für das Statut der Universität bis 20. Mai 1960. Für den Bericht vgl. B 20-200, Bd. 362. Vgl. dazu ferner den Drahtbericht Nr. 371 des Botschafters Ophüls, Brüssel (EWG/EAG), vom 30. April 1961; B 20-200, Bd. 362.

²⁹ Vortragender Legationsrat I. Klasse Voigt legte am 20. September 1960 dar, daß die im EURATOM-Vertrag vom 25. März 1957 vorgesehene Gründung einer Europäischen Universität nach Auffassung der Bundesregierung „im Rahmen der bestehenden europäischen Gemeinschaften gegründet werden sollte“. Sie habe aber einem Vorschlag des von den Ministerräten von EWG und EURATOM am 13. Oktober 1959 eingesetzten Interimsausschusses zugestimmt, nach dem „die Gründung der Universität nicht mehr allein durch die Gemeinschaften, sondern nur noch in Anlehnung an diese“ erfolgen und sowohl durch die Gemeinschaften als auch die EWG-Mitgliedstaaten finanziert werden sollte. Der Vorschlag habe auf der Ministerratstagung von EWG und EURATOM am 20. Juli 1960 jedoch nicht angenommen werden können, weil die französische Delegation gefordert habe, „daß die Europäische Universität völlig losgelöst von den bestehenden europäischen Gemeinschaften gegründet werden sollte“. Vgl. B 20-200, Bd. 505.

³⁰ Für den Wortlaut von Artikel 9 Absatz 2 des EURATOM-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDES-GESETZBLATT 1957, Teil II, S. 1024.

sche Seite eine erhebliche Erleichterung bedeutet, da dieser Weg den Abschluß eines Staatsvertrages und die Notwendigkeit eines Zustimmungsgesetzes gem. Art. 59 GG³¹ erübrigt hätte. Denn angesichts des starken Widerstandes der deutschen Kultusminister und der deutschen Hochschulen gegen das Universitätsprojekt³² erschien die Annahme des Zustimmungsgesetzes im Bundesrat keineswegs als gesichert. Diese Befürchtungen bestehen auch heute noch. Wir haben im Interimsausschuß und in den Räten der EWG und EAG auf diese Lage wiederholt mit Nachdruck hingewiesen.

Angesichts des französischen Widerstandes gegen die Weiterbehandlung der Projekte im Rahmen der EWG und EAG bleibt jetzt nur noch die Möglichkeit, sie im Rahmen der kulturellen Zusammenarbeit der Sechs außerhalb der Gemeinschaften zu verwirklichen.

Wir können uns mit diesem Verfahren grundsätzlich einverstanden erklären, sollten es jedoch hierbei nicht unterlassen, auf unsere Schwierigkeiten im innerstaatlichen Bereich hinzuweisen.

Die Verwirklichung der Projekte in dem neuen Rahmen dürfte den Abschluß von Staatsverträgen notwendig machen. Wahrscheinlich wird eine neue Europäische Gemeinschaft begründet werden müssen. Hierfür sind zwei Gründe anzuführen:

a) die Notwendigkeit, die Europäische Universität mit Rechtspersönlichkeit auszustatten. Der Gedanke, der Universität die Rechtsfähigkeit durch italienischen Rechtsakt beizulegen, sollte nicht verfolgt werden, da er dem europäischen Charakter der Anstalt nicht genügend Rechnung tragen würde.

b) Es war vorgesehen, dem einzusetzenden europäischen Hochschul- und Forschungsrat die Befugnis zu übertragen, durch Mehrheitsbeschluß nationale Hochschulinstitute als europäische Institute zu bezeichnen.

Auch im Zusammenhang mit dem dritten Projekt – der Hochschulzusammenarbeit – sollte der Hochschul- und Forschungsrat bestimmte Kompetenzen erhalten.

Unsererseits dürften gegen die Gründung einer vierten Gemeinschaft der Sechs grundsätzlich keine Bedenken bestehen. Es ist jedoch damit zu rechnen, daß die niederländische Regierung Einwände erheben wird mit der Begründung, eine integrationspolitische neue Gemeinschaft der Sechs könne die bereits bestehende „Spaltung“ Europas noch weiter vertiefen, zumal für die kulturelle Zusammenarbeit der Sechs nicht diejenigen natürlichen Zusammenhänge zwischen den sechs Staaten bestehen, die ihre wirtschaftliche Zusammenfassung rechtfertigen. Derartige Argumente sind übrigens auch aus Kreisen der deutschen Universitäten vorgebracht worden. Hinzu kommt, daß Großbritannien, Däne-

³¹ Für den Wortlaut des Artikels 59 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 7.

³² Auf einer Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen vom 21. Januar 1961 zu den französischen Überlegungen, eine Europäische Universität außerhalb der bestehenden Gemeinschaften zu begründen, vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Hilgard am 25. Januar 1961, bislang seien „weder die Länderkultusminister noch die Rektorenkonferenz“ mit diesem Vorschlag befaßt worden. Inzwischen hätten „die Kultusminister und Rektoren das Gefühl der ‚Unvermeidbarkeit‘ der Errichtung einer Europäischen Universität weitgehend wieder verloren und halten die ganze Frage praktisch für ad acta gelegt“. Es sei daher mit Ablehnung jeglicher Pläne zu einer Europäischen Universität zu rechnen, da Kultusminister und Rektoren „insbesondere die Bedarfsfrage verneinen“. Vgl. B 20-200, Bd. 505.

mark und Österreich mehrfach den Wunsch geäußert haben, von Anfang an bei den Verhandlungen zur Errichtung der Europäischen Universität beteiligt zu werden.

Wir sollten demgegenüber auf die Tatsache hinweisen, daß bei aller Anerkennung der kulturellen Gemeinsamkeit aller europäischen Staaten konkrete Fortschritte in der Errichtung gemeinsamer Institutionen und der Herstellung einer engen Zusammenarbeit nur von den Sechs erwartet werden können. Jedoch sollten die Vereinbarungen der Sechs wie bisher den Beitritt aller europäischen Staaten vorsehen, ja sogar eine an diese gerichtete Aufforderung zum Beitritt enthalten. Der Beitritt zur kulturellen Gemeinschaft kann unbeschadet des Verhältnisses der anderen europäischen Staaten zu der EWG, der EAG und der EGKS erfolgen.

Im übrigen sollten die Arbeiten des Interimsausschusses des EWG- und EAG-Rates weitgehend verwertet werden. Es handelt sich jetzt nur darum, die vom Interimsausschuß erarbeiteten Vertragsentwürfe an die neue Situation anzupassen.

An den vom Interimsausschuß erarbeiteten Plänen für die Struktur der Europäischen Universitäten sollte tunlichst nichts geändert werden. Französischen Plänen, den vorgesehenen Status der Universität zu senken, sollten wir mit allem Nachdruck entgegentreten. Bereits im Juni 1960 hat die französische Regierung im EWG-/EAG-Rat dargelegt, daß nach ihrer Auffassung nicht an die Gründung einer Volluniversität gedacht werden sollte, sondern an eine Art höherer Studienanstalt. Sie wandte sich vor allem gegen die vorgesehene Befugnis, Examina abzunehmen und den Doktorgrad zu verleihen. Diese Gedanken sind in einer kürzlich von der französischen Botschaft in Bonn übergebenen Notiz vom 18. Februar 1961³³ wiederholt worden.

An einer derartigen Anstalt, die nichts anderes sein würde als ein Treffpunkt von Professoren und Studenten aus den sechs Staaten, besteht deutscherseits kein Interesse, mögen auch diese Gedanken in einigen Kreisen der deutschen kulturellen Gremien Anklang finden. Eine derartige Anstalt hätte nicht nur keinen europäisch-politischen Wert, sondern wäre auch für Professoren und Studierende von nur geringer Anziehungskraft.

Ich bitte daher die Forderung nach einer europäischen Volluniversität für graduierte Studenten nachdrücklich zu vertreten und zu erkennen zu geben, daß unsere Zustimmung zu den beiden anderen Projekten wie auch zu den vorgeschlagenen regelmäßigen Konsultationsbesprechungen der Kultusminister überhaupt abhängig sein wird von der französischen Zustimmung zur europäischen Volluniversität nach Maßgabe der vom Interimsausschuß erarbeiteten Richtlinien.

B 130, Bd. 2216 (I A 1)

³³ Am 18. Februar 1961 übermittelte Staatssekretär Carstens das vom französischen Botschafter Seydoux übergebene „Papier betreffend die kulturelle Zusammenarbeit der Sechs“ an Ministerialdirektor Sattler. Vgl. B 2 (Büro Staatssekretär), Bd. 73.

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Duckwitz

700-82.00/3

9. März 1961

Betr.: Verhalten des deutschen Sports gegenüber internationalen Sportveranstaltungen im Ausland, bei denen die Spalter-Fahne¹ gezeigt wird
hier: Unterredung zwischen dem Herrn Bundesminister und dem Präsidenten des Deutschen Sportbundes

Bezug: Aufzeichnung Abt. 5 – 502-80.SL/0-94.05 SBZ – v. 7.3.61² und Vermerke von Herrn D 6³ und Herrn D 7⁴ hierzu

Am 8. März fand zwischen dem Herrn Bundesminister und Herrn Daume, dem Präsidenten des Deutschen Sportbundes, im Zimmer des Herrn Bundesministers

¹ Am 1. Oktober 1959 wurde das Gesetz vom 26. September 1955 über das Staatswappen und die Staatsflagge der DDR dahingehend geändert, daß nunmehr die Flagge „auf beiden Seiten in der Mitte das Staatswappen der Deutschen Demokratischen Republik“ – Hammer und Zirkel umgeben von einem Ährenkranz – trug. Für den Wortlaut des Gesetzes vgl. DzD IV/3, S. 308 f.

² Ministerialdirektor Janz legte dar, daß bei den Eisschnelllauf-Weltmeisterschaften vom 17. bis 19. Februar 1961 in Göteborg „die Spalterflagge der SBZ aufgezogen worden“ sei und der einzige Teilnehmer aus der Bundesrepublik daraufhin auf seinen Start verzichtet habe. Im Gegensatz dazu sei die Mannschaft aus der Bundesrepublik bei der seit 1. März 1961 in Genf und Lausanne stattfindenden Eishockey-Weltmeisterschaft angetreten: „Ein derartig unterschiedliches, von Zufälligkeiten abhängiges, inkonsequentes Verhalten deutscher Sportmannschaften bzw. deren Sportverbände muß in der Öffentlichkeit des Auslandes Verwirrung stiften, schadet dem Ansehen der Bundesrepublik und verschafft Pankow die willkommene Gelegenheit, die Situation für sich zu nutzen und sich in dem mit uns befreundeten Ausland wie ein souveräner Staat zu gerieren.“ Da die DDR Mitglied der meisten internationalen Sportverbände sei, könnten die veranstaltenden Verbände ihr das nach internationalen Gepflogenheiten übliche Zeigen der Flagge nicht versagen. Der beste Ausweg, so Janz, liege in Absprachen der Sportverbände aus der Bundesrepublik und der DDR über ein Auftreten „unter einer Flagge, und zwar unter der Olympia-Flagge, d.h. der schwarz-rot-goldenen Flagge mit den fünf Ringen“. Sei dies ebenso wenig erreichbar wie ein Verzicht auf das Hissen der Flagge, gäbe es für Sportmannschaften aus der Bundesrepublik keine andere Wahl als den Teilnahmeverzicht „unter Protest“. Vgl. B 12 (Referat 700), Bd. 83.

³ Am 7. März 1961 erläuterte Ministerialdirektor Sattler, daß der Deutsche Sportbund die Eishockey-Weltmeisterschaft „für so bedeutend und die Erfolgsaussichten der deutschen Mannschaft für so gut“ gehalten habe, „daß er es im sportlichen Interesse nicht für angängig hielt, fernzubleiben“. Sattler äußerte Zweifel, daß die Absage von Mannschaften aus der Bundesrepublik die internationalen Sportverbände zu einer Änderung ihres Verhaltens in der Flaggen-Frage bringen könnte. Vielmehr müsse dann damit gerechnet werden, daß „mehr und mehr die SBZ allein als deutsche Vertretung bei den entsprechenden internationalen Sportveranstaltungen auftritt. Damit wird sich der Deutsche Sportbund und sicher auch die sportinteressierte Öffentlichkeit in der Bundesrepublik kaum abfinden.“ Vgl. B 12 (Referat 700), Bd. 83.

⁴ Ministerialdirektor Duckwitz räumte am 8. März 1961 ein, daß eine Nichtteilnahme von Sportlern aus der Bundesrepublik an internationalen Wettkämpfen die Gefahr in sich berge, „daß der deutsche Sport isoliert wird und das Feld der SBZ überlassen bleibt“. Er gehe aber davon aus, daß Veranstalter um eine Vermeidung von Absagen bemüht sein würden: „Die deutschen Sportverbände sollten die Drohung mit einer Absage nicht als ultima ratio betrachten, sondern vor allem als taktisches Mittel einsetzen, um die internationalen Verbände – soweit nötig – dazu zu bewegen, auf für uns akzeptable Lösungen des Flaggenproblems hinzusteuern.“ Solche Lösungen – „Olympiaflagge oder Verzicht auf Flaggen-schmuck“ – seien durchaus erreichbar; mehr noch sollten sich die Bemühungen der Sportverbände aber auf die Bildung gesamtdeutscher Mannschaften konzentrieren, denn „sie liegt allgemein auf der Linie einer gesamtdeutschen Politik, wie sie die Bundesrepublik verfolgt, hat zumindest psychologisch das Präjudiz der Olympischen Spiele für sich und besitzt den weiteren Vorteil, daß die Frage des Zeigens der Spalterfahne dann gar nicht erst auftauchen kann.“ Vgl. B 12 (Referat 700), Bd. 82.

im Bundeshaus eine Unterredung statt, in der die Frage erörtert wurde, wie sich der deutsche Sport gegenüber internationalen Sportveranstaltungen im Ausland, bei denen die Spalter-Fahne gezeigt wird, verhalten soll. An der Unterredung nahmen außerdem teil Herr D5 i. V.⁵, Herr D6 und Herr D7 sowie LRI Forster (Ref. 700) und LR Klingenberg (Ref. 604).

Einleitend gab der Herr Bundesminister der tiefen Sorge Ausdruck, mit der ihn die Entwicklung erfüllt, die – beispielsweise bei der augenblicklich stattfindenden Weltmeisterschaft im Eishockey – dazu geführt hat, daß Deutschland bei internationalen Sportveranstaltungen durch zwei deutsche Mannschaften repräsentiert wird, wobei für die Mannschaften aus der SBZ die Spalter-Fahne gehißt und unter Umständen die Becherhymne⁶ gespielt wird.⁷ Derartige Vorgänge seien für breite Kreise der Öffentlichkeit im Ausland eine nachdrückliche optische Darstellung der deutschen Teilung und geeignet, im Bewußtsein der ausländischen Öffentlichkeit der östlichen These von der Existenz zweier deutscher Staaten⁸ Vorschub zu leisten. Dies beinhalte eine erhebliche Gefahr der Präjudizierung der politischen Entwicklung und einer schweren Schädigung der Bemühungen um die Wiederherstellung der deutschen Einheit. Auf der politischen Ebene sei die Bundesrepublik bisher in ihrer Nichtanerkennungs-Politik gegenüber Pankow im Ausland voll erfolgreich gewesen; kein nichtkommunistischer⁹ habe die sogenannte DDR anerkannt. Der Ostblock und Pankow aber versuchten, Stein für Stein ihre Position im Bewußtsein der Weltöffentlichkeit aufzubauen und in ihren Augen die „Realität“ der Teilung Deutschlands als unverrückbar festzulegen. Dies sei besonders bedenklich, weil die Bundesregierung auch in der augenblicklich besonders akuten Berlinfrage der Unterstützung der nichtkommunistischen Welt bedürfe. Käme es dazu, daß die Bundesrepublik die Entwicklung auf dem sportlichen Gebiet hinnehme oder hinzunehmen scheine, so würde unsere Wiedervereinigungspolitik ihre Glaubwürdigkeit verlieren; dies dürfe keinesfalls geschehen.

Herr Daume stimmte der Gedankenführung des Herrn Bundesministers zu und gab eine Darstellung der Haltung der deutschen Sportverbände. Er sagte, die Flaggenfrage zerfalle in zwei Komplexe, nämlich die Lage im Inland und die im Ausland. Für Veranstaltungen im Bundesgebiet sei die Situation ganz klar. Das Hissen der Spalter-Flagge und das Spielen der Becherhymne würden unter keinen Umständen geduldet. Das gelte auch für von internationalen Verbänden

⁵ Paul Raab.

⁶ Die Provisorische Volkskammer der DDR beschloß am 8. Februar 1950, die von Johannes R. Becher verfaßte und von Hanns Eisler vertonte Hymne „Auferstanden aus Ruinen“ zur Nationalhymne der DDR zu erklären. Vgl. dazu DZD II/3, S. 38–40.

⁷ Der Deutsche Eissportverband (DEV) entschied sich für die Entsendung einer Mannschaft zur Eishockey-Weltmeisterschaft vom 1. bis 12. März 1961 in Lausanne und Genf, obwohl auch die DDR vertreten war und der Internationale Eishockey-Verband 1960 in Rimini die Hissung der Flaggen aller beteiligten Mitgliedsverbände an den Austragungsorten beschlossen hatte. Am 2. März 1961 wurde in der Presse berichtet, daß Vertreter der Bundesregierung der Mannschaft kurz vor Beginn ihres ersten Spiels den Verzicht auf die Teilnahme am Turnier nahegelegt hätten: „Anlaß für diese Aufforderung in buchstäblich letzter Minute war das Aufziehen der Spalterflagge Ulbrichts unmittelbar neben der schwarz-rot-goldenen Fahne der Bundesrepublik im Stadion von Genf.“ Vgl. den Artikel „Eishockey und Politik“; GENERAL-ANZEIGER vom 2. März 1961, S. 1.

⁸ Zur sowjetischen Zwei-Staaten-Theorie vgl. Dok. 29, Anm. 18.

⁹ Dieses Wort wurde durch Kreuz hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

vergebene Veranstaltungen.¹⁰ Der deutsche Sport sei bereit, notfalls auf die Ausrichtung solcher Veranstaltungen zu verzichten, wenn er seinen Standpunkt in der Flaggen- und Hymnenfrage nicht durchsetzen könne, selbst auf die Gefahr hin, daß die eine oder andere Veranstaltung dann an die SBZ vergeben würde. Bei Veranstaltungen im Ausland ergebe sich dann kein Problem, wenn eine gesamtdeutsche Mannschaft teilnehme. Der Deutsche Sportbund sei generell für gesamtdeutsche Mannschaften; ihre Bildung scheitere aber in zunehmendem Umfang am Widerstand der SBZ. Wenn an internationalen Sportveranstaltungen im Ausland zwei deutsche Mannschaften teilnehmen, dann setzten die deutschen Sportverbände sich bei den betreffenden internationalen Verbänden dafür ein, daß entweder auf Flaggenschmuck ganz verzichtet oder daß für die deutschen Mannschaften die Olympiafahne gezeigt werde. In diesen Bemühungen sei der deutsche Sport verschiedentlich erfolgreich gewesen, leider aber nicht hinsichtlich der diesjährigen Eishockeyweltmeisterschaften. Es sei auch zu erwarten, daß das Zeigen der Spalter-Fahne bei zwei demnächst stattfindenden Veranstaltungen nicht verhindert werden könne, nämlich bei den Tischtennismeisterschaften in Peking im April¹¹ und bei den Meisterschaften im Amateurboxen in Belgrad¹². Herr Daume erklärte dann weiter, daß ihm eine Teilnahme von Mannschaften aus der Bundesrepublik an internationalen Sportveranstaltungen dann und so lange vertretbar erscheine, als die Spalter-Fahne „im Wald der gezeigten Fahnen“ verschwinde. Die Grenze sei dagegen dort erreicht, wo die Spalter-Fahne in irgendeiner Form besonders geehrt würde; an derartigen Ehrungen würden die Wettkämpfer aus der Bundesrepublik auf keinen Fall teilnehmen.

Herr Daume kam dann zur Frage, wie der deutsche Sport sich in Zukunft verhalten und ob er etwa Veranstaltungen, bei denen die Spalter-Fahne gezeigt wird, völlig fernbleiben solle. Als kritischen Punkt bezeichnete er vor allem die Fußballweltmeisterschaft, ¹³die 1962 in Chile durchgeführt wird¹⁴, und meinte, die deutsche Öffentlichkeit würde für ein Fernbleiben der Mannschaft der Bundesrepublik kein Verständnis haben. Ganz allgemein stelle sich auch das Problem, ob man der SBZ das Feld überlassen wolle.

Der Herr Bundesminister räumte ein, daß die Situation schwierig ist, wies aber auf die Gefahr hin, die darin liege, daß man auf einen unaufhaltsamen Weg

¹⁰ Das Nationale Olympische Komitee (NOK) beschloß am 6. Dezember 1959, die Entscheidung des IOC-Präsidenten Brundage, für die gesamtdeutsche Mannschaft bei den Olympischen Spielen die schwarz-rot-goldene Flagge mit Olympiaringen zu verwenden, anzuerkennen. Gleichzeitig wurde in der Entschließung darauf hingewiesen, daß es für die deutschen Turn- und Sportverbände nur eine deutsche Fahne gebe und sie deshalb bei Sportveranstaltungen in der Bundesrepublik „die Spalterfahne des Zonenregimes, unabhängig von behördlichen Regelungen, nicht hissen“ würden. Sollte dies bei den internationalen Verbänden nicht auf Verständnis stoßen, würden sie auf die Ausrichtung von Welt- und Europameisterschaften in der Bundesrepublik verzichten. Vgl. den Artikel „Die Sportverbände übergangen den Einspruch der Regierung“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 7. Dezember 1959, S. 1.

¹¹ Die Tischtennis-Weltmeisterschaften in Peking fanden vom 5. bis 14. April 1961 statt.

¹² In Belgrad wurden vom 3. bis 10. Juni 1961 die Europameisterschaften der Amateurboxer ausgetragen.

¹³ An dieser Stelle fügte Bundesminister von Brentano handschriftlich ein: „1)“. Außerdem vermerkte er handschriftlich: „2) Peking: Tischtennis. 3) Belgrad: Boxkämpfe.“

¹⁴ Die Fußball-Weltmeisterschaft fand vom 30. Mai bis 17. Juni 1962 statt.

kleiner Konzessionen und damit am Ende zur großen Konzession, nämlich der Aufgabe der Wiedervereinigung, gerate. Herr Daume sagte, er teile diese Sorge, aber es sei auch gefährlich, „honorige Grundsätze“ aufzustellen, die man nicht durchhalten könne. Es sei besser, die Grenze vielleicht etwas enger, aber ganz klar abzustecken und dann eisern an ihr festzuhalten.

In diesem Punkt der Unterredung wurde der Herr Bundesminister zur Haushaltsdebatte des Bundestages¹⁵ abberufen. Die übrigen Teilnehmer erörterten mit Herrn Daume die Situation in Genf, insbesondere im Hinblick auf das Spiel am Sonntag¹⁶ zwischen der Mannschaft aus der Bundesrepublik und der SBZ. Herr Daume sagte, er werde zum Wochenende selber nach Genf fahren, um sich um die Sache zu kümmern. Die Handhabung durch den Internationalen Eishockeyverband (die weiter gehe als bei allen anderen internationalen Sportverbänden bei vergleichbaren Veranstaltungen) sei an und für sich so, daß bei jedem einzelnen Spiel der Weltmeisterschaft die Landesflaggen der beiden Mannschaften gezeigt und bei Spielende die Hymne des Siegers intoniert werde. Der Deutsche Eisläuferverband habe dem Internationalen Eishockeyverband bereits mitgeteilt, daß er, wenn diese Handhabung auch am Sonntag erfolge und wenn der Internationale Verband nicht bindend zusichere, daß die Spalter-Flagge nicht besonders gezeigt und die Sowjetzonen-Hymne gegebenenfalls nicht gespielt würde, „überfordert wäre“ und die Mannschaft aus der Bundesrepublik dann nicht antreten könnte. Herr Daume wollte es allerdings, trotz eingehender Diskussion, nicht ganz ausschließen, daß die Mannschaft aus der Bundesrepublik doch antritt, selbst wenn sie keine derartige Zusage erhält; er sprach dabei von der Möglichkeit eines Arrangements, das es der Mannschaft des DEV erlauben würde, das Eis zu verlassen, ehe die Becherhymne gespielt würde. Anscheinend fühlte er sich auch nicht sicher, ob der DEV wirklich bereit ist, an seinem, dem Internationalen Eishockeyverband gegenüber eingenommenen Standpunkt uneingeschränkt festzuhalten. Als persönliche Meinung räumte Herr Daume aber ein, daß er es für richtiger hielte, wenn die Mannschaft aus der Bundesrepublik nicht anträte, falls sie die geforderte Zusicherung nicht erhalte. Im Verlauf der Diskussion ließ Herr Daume im übrigen keinen Zweifel daran, daß er und der Deutsche Sportbund die Haltung der Bundesregierung, wie sie in der kürzlichen Verlautbarung des Auswärtigen Amtes zu den Vorgängen bei der Eishockeyweltmeisterschaft¹⁷ zum Ausdruck kam, versteht und akzeptiert, daß nämlich die Bundesregierung die Teilnahme von Mannschaften aus der Bundesrepublik an Sportveranstaltungen im Ausland, bei denen die Spalter-Flagge gezeigt wird, nicht billigt. Nach der Rückkehr des Herrn Bundesministers wurde er von dem Ergebnis der zwischenzeitlichen Erörterung unterrichtet. Es wurde mit Herrn Daume vereinbart, daß das Auswärtige Amt versuchen werde, durch geeignete

¹⁵ Am 8. März 1961 fand im Bundestag die zweite Lesung des Bundeshaushaltsplans statt, in deren Verlauf Bundesminister von Brentano sich zu den Planungen für die Entwicklungshilfe äußerte. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 48, S. 8351–8354.

¹⁶ 12. März 1961.

¹⁷ In der Presse wurde am 3. März 1961 die Stellungnahme des Legationsrats I. Klasse Hille auf einer Pressekonferenz am Vortag zitiert: „Wegen der besonderen staatsrechtlichen Verhältnisse kann das Auswärtige Amt die Teilnahme der deutschen Eishockey-Mannschaft an der Weltmeisterschaft in der Schweiz unter diesen Voraussetzungen nicht billigen.“ Vgl. den Artikel „Zum deutschen Flaggenstreit“, NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe vom 3. März 1961, Sportblatt.

Vorbereitung der Presse eine etwaige ungünstige Reaktion aufzufangen, falls es in Genf am Sonntag zu einem Eklat kommen sollte.¹⁸

Herr Daume kam dann auf eine frühere Äußerung zurück, daß der Deutsche Sportbund großen Wert auf regierungsamtliche Unterstützung bei seinen Anstrengungen lege, das Zeigen der Spalter-Flagge bei internationalen Sportveranstaltungen im Ausland zu verhindern, und sagte zu, daß das Auswärtige Amt in Zukunft sechs Monate im voraus von allen wichtigen internationalen Sportveranstaltungen unterrichtet würde, bei denen dieses Problem auftauchen könne. Des weiteren wollen die zuständigen deutschen Sportgremien beim Internationalen Olympischen Komitee, das im Juni in Athen zu einer Sitzung zusammentritt¹⁹, einen Vorstoß unternehmen mit dem Ziel, eine Empfehlung des IOC an die internationalen Sportverbände zu erreichen des Inhalts, daß zur Vermeidung der bisher aufgetretenen Schwierigkeiten für die deutsche(n) Mannschaft(en) generell die deutsche Flagge mit den fünf Olympischen Ringen gezeigt werden sollte. Für diesen Vorstoß erbat Herr Daume amtliche Unterstützung über die Regierungen der im IOC vertretenen Länder; er wird dem Auswärtigen Amt baldigst ein entsprechendes Memorandum übersenden.²⁰ Abschließend wurde eine kurze Verlautbarung an die Presse über die Unterredung verabredet.²¹

Hiermit über den Herrn Staatssekretär²² dem Herrn Bundesminister²³ vorgelegt.

Duckwitz

B 12 (Referat 700), Bd. 83

¹⁸ Die Eishockey-Mannschaft der Bundesrepublik trat am 12. März 1961 im Weltmeisterschaftsturnier nicht gegen die DDR an, nachdem der Internationale Eishockey-Verband eine Durchführung des Spiels ohne Fahnen- und Hymnen-Protokoll für den Sieger verweigert und dem DEV den Ausschluß für den Fall angekündigt hatte, daß die Mannschaft der Bundesrepublik vor Beendigung der Siegerehrung das Eis verlassen würde. Vgl. dazu den Artikel „Spiel gegen Zone abgesagt“; DIE WELT vom 13. März 1961, S. 12.

Legationsrat I. Klasse Forster notierte am 13. März 1961, Staatssekretär von Eckardt, Presse- und Informationsamt, habe am Vortrag dazu erklärt: „Die Bundesregierung stellt sich voll und ganz hinter diese Entscheidung der deutschen Mannschaftsführung“. Vgl. B 12 (Referat 700), Bd. 83.

¹⁹ Das IOC tagte vom 17. bis 22. Juni 1961 in Athen.

²⁰ Im Gespräch mit Ministerialdirektor Sattler am 5. Mai 1961 bezeichnete DSB-Präsident Daume den Passus der Aufzeichnung des Ministerialdirektors Duckwitz vom 9. März 1961 über einen Vorstoß beim IOC, „dieses möge dem Internationalen Sportverband empfehlen, für die deutschen Mannschaften die deutsche Flagge mit den fünf Olympischen Ringen zu zeigen, als Mißverständnis. Das Internationale Olympische Komitee sei hierfür gar nicht zuständig.“ Vgl. die Aufzeichnung des Legationsrats Holz vom 6. Mai 1961; B 12 (Referat 700), Bd. 83.

Zu dem Gespräch vgl. auch Dok. 146.

²¹ Für den Wortlaut der Pressemitteilung vgl. BULLETIN 1961, S. 436.

Vgl. dazu ferner den Bericht in der „Diplomatischen Korrespondenz“; BULLETIN 1961, S. 455.

²² Hat Staatssekretär van Scherpenberg am 11. März 1961 vorgelegen.

²³ Hat Bundesminister von Brentano vorgelegen.

Botschafter Grewe, Washington, an das Auswärtige Amt

114-1699/61 geheim
Fernschreiben Nr. 528
Citissime

Aufgabe: 11. März 1961, 17.00 Uhr
Ankunft: 11. März 1961, 23.30 Uhr

Bitte sogleich an den Herrn Bundeskanzler weiterzuleiten

Mein gestriger Besuch beim Präsidenten¹, für den eine gute halbe Stunde zur Verfügung stand, verfolgte folgende Zwecke:

- 1) Erschließung des regelmäßigen direkten Zugangs zum Präsidenten, der wegen der aktiven Rolle des Präsidenten bei der Bestimmung der auswärtigen Politik von größerer Wichtigkeit ist als je zuvor.
- 2) Erkundung der Gesprächsthemen, die der Präsident mit dem Herrn Bundeskanzler zu erörtern beabsichtigt.²
- 3) Ausführung der mir durch Drahterlaß 237 vom 2.3. übermittelten Weisung zu einer Klarstellung unserer Absichten in der Frage der Entwicklungshilfe³; Wiederholung der schon bei Ball angebrachten Erklärungen zur amtlichen amerikanischen Reaktion auf die DM-Aufwertung⁴ gem. Drahterlaß 273 vom 9.3.⁵

¹ Zum Gespräch des Botschafters Grewe, Washington, mit Präsident Kennedy am 10. März 1961 vgl. auch FRUS 1961–1963, XIV, Dok. 9, S. 21–25.

² Zur Einladung des Präsidenten Kennedy an Bundeskanzler Adenauer zu einem Besuch in den USA vgl. Dok. 72, Anm. 3.

Zu den Gesprächen am 12./13. April 1961 in Washington vgl. Dok. 105, Dok. 107 und Dok. 108.

³ Am 27. Februar 1961 berichtete Botschafter Grewe, Washington, er habe „streng vertraulich aus dem Weißen Haus“ erfahren, daß Präsident Kennedy beunruhigt über Meldungen sei, „nach denen der Bundeswirtschaftsminister und andere Bundesminister Äußerungen gemacht haben sollen, die die Zusagen des Bundesaußenministers betr. die Beteiligung der Bundesrepublik am Entwicklungshilfeprogramm der nächsten Jahre ernstlich in Frage stellen sollen“. Kennedy beabsichtige offenbar, ihn, Grewe, „in den nächsten Tagen zu sich zu bitten“. Grewe bat um Weisung, wobei er gleichzeitig hervorhob, daß Kennedy „nicht von dem in der amerik[anischen] Presse fälschlicherweise berichteten Betrag von einer Milliarde Dollar“ als deutschem Beitrag zur Entwicklungshilfe ausgehe. Vgl. den Drahtbericht Nr. 399; VS-Bd. 4984 (414); B 150, Aktenkopien 1961.

⁴ Mit Wirkung vom 6. März 1961 wurde die D-Mark um 4,75 Prozent aufgewertet. Vgl. dazu Dok. 81. Der Staatssekretär für Wirtschaftsfragen im amerikanischen Außenministerium, Ball, bezeichnete die Aufwertung der D-Mark am 7. März 1961 vor der Chicago World Trade Conference als „modest, but helpful, step toward removing the basic disequilibrium in free-world accounts“. Er äußerte zudem die Erwartung, daß die Bundesregierung weitere Maßnahmen zum Ausgleich der Zahlungsbilanzen ergreifen werde. Vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 44 (1961), S. 450 f.

⁵ Staatssekretär van Scherpenberg wies die Botschaft in Washington an, der amerikanischen Regierung zu erläutern, daß deren Erklärung zur DM-Aufwertung die Lage der Bundesregierung „erheblich erschwert“ habe. Sie habe in der Öffentlichkeit den Eindruck entstehen lassen, daß „mit einem amerikanischen Verlangen auf eine zweite Aufwertung“ gerechnet werden müsse: „Solche Erwartungen, auch wenn sie völlig irrig sind, sind geeignet, die Wirkung der Aufwertung auf dem entscheidend wichtigen Gebiet der Kapitalbewegungen zu annullieren.“ Eine weitere Aufwertung könne keinesfalls in Betracht gezogen werden: „Die Aufwertung ist eine zusätzliche, von keiner befreundeten Regierung verlangte, vielmehr aus eigener Entscheidung der Bundesregierung erfolgte Maßnahme. Bei der Beurteilung des Ausmaßes der Aufwertung darf nicht übersehen werden, daß diese Maßnahme nur ein Teil aus dem Bündel von Aktionen ist, mit denen die Bundesregierung zur Lösung der kurz- und langfristigen Probleme der internationalen Zahlungsbilanzsituation beizutragen bereit ist.“ Vgl. B 52 (Referat 400/III A 1), Bd. 332.

Botschafter Grewe, Washington, berichtete am 10. März 1961, er habe weisungsgemäß mit dem Staatssekretär für Wirtschaftsfragen im amerikanischen Außenministerium gesprochen: „Ball anerkannte

4) Beeinflussung einer etwa aus Anlaß der Anwesenheit des Regierenden Bürgermeisters von Berlin⁶ beabsichtigten Berlin-Erklärung.

Zur Ergänzung dieses Gesprächs suchte ich gestern vormittag noch den Chef des Protokolls, Botschafter Duke, auf, um von ihm nach Möglichkeit einen ersten Überblick über den geplanten äußeren Ablauf des Bundeskanzler-Besuchs zu erhalten.

Ferner hatte ich zum Mittagessen den Hauptberater des Präsidenten für nationale Sicherheitsfragen, McGeorge Bundy, zu mir eingeladen.

Ich gebe im folgenden zunächst einen vorläufigen Bericht über einige Ergebnisse des Gesprächs mit dem Präsidenten und behalte mir vor, in der mündlichen Berichterstattung⁷ einen Überblick über das Gesamtbild zu geben, das ich aus dem gestrigen Gespräch gewonnen habe.

Zu Punkt 1) möchte ich mündlichem Bericht vorbehalten.

Zu Punkt 2): Als die drei Hauptthemen für die Gespräche in Washington scheinen sich die folgenden herauszuschälen:

a) Deutschland und Berlin (im Rahmen des allgemeinen Ost-West-Problems: Kontakte Chruschtschow–Thompson⁸, Sowjet-Memorandum vom 17. Februar⁹, westliche Haltung im Falle einer neuen Berlin-Krise).

b) Verteidigungspolitik des Westens und Abrüstung (Diskussion der Fragen, die durch das Rusk-Memorandum¹⁰ aufgeworfen worden sind, strategische Konzeption der NATO, künftiger Kurs der Abrüstungspolitik).

c) Entwicklungshilfe und Zahlungsbilanz-Situation.

Die hier wiedergegebenen Themen stellen keine vereinbarte Formulierung dar und sind auch in keiner Weise als vollständig und endgültig zu betrachten. Sie geben lediglich meine Gesprächseindrücke über die Absichten des Präsidenten wieder, wobei Punkt a) und b) von mir, Punkt c) von ihm ins Gespräch eingeführt wurde. Eine weitere Abklärung der Gesprächsthemen wird in den kommenden Wochen noch erfolgen müssen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 369

unsere Befürchtungen in bezug auf neue spekulative Geldbewegungen [...]. Meine Ausführungen über die durch keine deutsche Äußerung gerechtfertigte Ermahnung, wir sollten nicht glauben, Entwicklungshilfe durch DM-Aufwertung ersetzen zu können, versuchte er nicht zu verstehen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 527; B 130, Bd. 5004 A (414/415/416).

⁶ Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Brandt, hielt sich vom 11. bis 20. März 1961 in den USA auf. Zum Gespräch mit Präsident Kennedy am 13. März 1961 vgl. Dok. 84.

⁷ Botschafter Grewe traf am 15. März 1961 zur Berichterstattung in Bonn ein. Vgl. dazu die Meldung „Grewe in Bonn“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 16. März 1961, S. 1.

⁸ Zum Gespräch des amerikanischen Botschafters in Moskau, Thompson, mit Ministerpräsident Chruschtschow am 9. März 1961 in Nowosibirsk vgl. Dok. 83.

⁹ Zum sowjetischen Memorandum an die Bundesregierung vgl. Dok. 54, besonders Anm. 7.

¹⁰ Am 1. März 1961 informierte Botschafter Grewe, Washington, über einen Artikel in der amerikanischen Tageszeitung „Washington Evening Star“, zum „angeblichen Inhalt eines an das Verteidigungsministerium gerichteten Memorandums“, in dem der amerikanische Außenminister Rusk folgende Auffassungen zur Verteidigungspolitik vertreten habe: „1) Der Einsatz der atomar ausgerüsteten großen Raketen und Bomber sollte auf die Fälle der Abschreckung von Angriffen gegen die Vereinigten Staaten selbst und der Abschreckung der sog. atomaren Erpressung beschränkt werden. 2) Angriffe auf Europa sollten mit konventionellen, nicht mit atomaren Waffen beantwortet werden, sofern nicht der Gegner selbst Atomwaffen verwendet. 3) Begrenzte Angriffe außerhalb Europas sollten durch amerikanische, nicht durch alliierte Truppen bekämpft werden. Die Vereinigten Staaten sollten dabei nicht-nukleare Waffen verwenden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 423; B 130, Bd. 1996 A (201).

Zu Punkt 3): Der Präsident nahm meine Erklärung in der Frage der Entwicklungshilfe mit Befriedigung zur Kenntnis und versicherte, daß er unsere Haltung durchaus in diesem Sinne verstanden habe. Er habe auch Verständnis dafür, daß wir keine Zahlen nennen könnten. In dieser Hinsicht habe man in den Vereinigten Staaten die gleichen verfassungsmäßigen und haushaltsgesetzlichen Schwierigkeiten, die wir hätten. Auf meine Bemerkungen zur amtlichen amerikanischen Reaktion auf die DM-Aufwertung reagierte er sehr verständnisvoll und positiv. Die von der Treasury herausgegebene Erklärung habe ihm nicht vorgelegen, und er stimme mir darin zu, daß die Formulierung wenig glücklich gewesen sei. Er wolle überlegen, ob noch etwas zur Korrektur des dadurch hervorgerufenen Eindrucks geschehen könne. Mit Aufmerksamkeit und Zustimmung hörte er sich auch meine weitere Bemerkung an: daß die DM-Aufwertung für uns keine einfache Operation gewesen sei, daß sie eine durchaus kontroverse Maßnahme darstelle und daß es für diejenigen Kräfte in der Bundesrepublik, die dazu gedrängt hätten, um gleichzeitig den amerikanischen Zahlungsbilanzschwierigkeiten abzuhelpfen, entmutigend sei, wenn sie hinterher keine Unterstützung, sondern eher eine etwas abschätzige Würdigung von amtlicher amerikanischer Seite erhielten.

Der Präsident bemerkte, daß die DM-Aufwertung insofern für die amerikanische Zahlungsbilanz-Situation eine neue Schwierigkeit geschaffen habe, als sich dadurch die Dollarausgaben für die amerikanischen Streitkräfte in Deutschland entsprechend erhöhten. Die Zahlungsbilanz-Situation habe sich zwar im letzten Monat sehr günstig entwickelt, aber man könne nicht damit rechnen, daß man gegen Ende des Jahres insgesamt günstig abschneiden werde. Insofern bleibe dieses Problem vorerst ungelöst, und er hoffe, daß auch wir ihm weiterhin unsere Aufmerksamkeit schenken.

Zu Punkt 4): Es scheint beabsichtigt zu sein, im Anschluß an den Besuch des Regierenden Bürgermeisters von Berlin beim Präsidenten ein Kommuniqué herauszugeben. Ich habe darauf aufmerksam gemacht, daß es sehr wünschenswert wäre, wenn bei dieser Gelegenheit gewisse Zweifel zerstreut werden könnten, die sich aus der in der letzten Zeit überwiegend verwandten Formel ergeben hätten, daß die Vereinigten Staaten die „Freiheit der West-Berliner Bevölkerung“ zu schützen entschlossen seien. Es wäre wünschenswert, wenn hinzugefügt würde, daß diese Freiheit unter den gegenwärtigen Umständen nur durch die Aufrechterhaltung der Position und der Rechte der Westmächte in Berlin garantiert werden könne. Dies sei wohl auch der Sinn der Ausführungen von Außenminister Rusk in seiner letzten Pressekonferenz¹¹ gewesen, so daß eine entsprechende Verlautbarung in der Substanz nichts Neues sei, aber doch eine wünschenswerte Klarstellung bringe. In seiner Antwort wies der Präsident darauf hin, daß es ihm bisher darauf angekommen sei, die Sowjets im Augenblick nicht unnötigerweise zu Gegenerklärungen in der Berlin-Frage zu provozieren. Er verstehe jedoch, daß die Westberliner Bevölkerung bei einem Besuch ihres Regierenden Bürgermeisters in Washington auf eine deutliche Erklärung

¹¹ Der amerikanische Außenminister Rusk erklärte am 9. März 1961 vor der Presse in Washington, daß die amerikanische Haltung zur Berlin-Frage in einzelnen Punkten überprüft werde, sich aber grundsätzlich „selbstverständlich nicht geändert“ habe. Die USA hätten sich „nachdrücklich für die Freiheit Westberlins“ und seiner Bevölkerung verpflichtet und würden die „eigene Position in Berlin halten“. Vgl. DZD IV/6, S. 392.

warte, und er sei bereit, den von mir vorgetragenen Gedanken in Erwägung zu ziehen.¹² In bezug auf das Programm des Herrn Bundeskanzlers bei seinem Besuch im April teilte er mir mit, daß Vizepräsident Johnson die Absicht habe, den Herrn Bundeskanzler zu einem kurzen Besuch auf seine Ranch in Texas einzuladen und dort einen großen Empfang für ihn zu geben. Der Präsident ließ durchblicken, daß er im Falle der Annahme dieser Einladung ein Flugzeug zur Verfügung stellen würde. Die Johnson-Einladung sollte m.E. wenn irgend möglich angenommen werden, vor allem aus zwei Gründen: Vizepräsident Johnson ist eine wichtige und einflußreiche politische Figur und bringt dem Herrn Bundeskanzler Sympathie und Verehrung entgegen. Die Vertiefung dieses Vertrauensverhältnisses scheint mir sehr wertvoll zu sein. Zum anderen dürfte die Einladung auch auf die amerikanische Öffentlichkeit einen sehr positiven Effekt haben und zum Ausdruck bringen, daß auch mit den Mitgliedern der neuen Regierung sehr enge und freundschaftliche Verbindungen bestehen. Ich bitte, jedenfalls in dieser Frage keine ablehnende Entscheidung zu treffen, bevor ich nicht die Gelegenheit zur weiteren mündlichen Erläuterung gehabt habe.¹³

[gez.] Grewe

VS-Bd. 3855 (305)

79

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort

D 4-406-81.SR-94.09-127/61 geheim

13. März 1961¹

Betr.: Gespräch Bundesverteidigungsminister Strauß–britischer Verteidigungsminister Watkinson, Bonn, 7. März 1961²

An dem Gespräch nahmen auf britischer Seite u.a. Minister Watkinson, Mr. Sabatini, Mr. Rose, Mr. Marjoribanks, Mr. McFarlane teil; auf deutscher Seite Minister Strauß, Hopf, Fischer, Knieper, vom Auswärtigen Amt Harkort.

¹² Für den Wortlaut der Presseerklärung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Brandt, nach seinem Gespräch mit Präsident Kennedy am 13. März 1961 in Washington vgl. DzD IV/6, S. 428 f.

¹³ Staatssekretär van Scherpenberg vermerkte am 17. März 1961: „Der Herr Bundeskanzler nimmt die Einladung von Vizepräsident Johnson zu einem Besuch in Texas an.“ Vgl. VS-Bd. 3855 (305); B 150, Aktenkopien 1961.

Bundeskanzler Adenauer hielt sich am 16./17. April 1961 in Texas auf. Für das Gespräch mit Johnson am 17. April 1961 auf der Fahrt zum Flughafen in Austin, Texas, vgl. B 130, Bd. 8509 A (Ministerbüro).

¹ Die Aufzeichnung wurde am 13. März 1961 von Ministerialdirektor Harkort an Staatssekretär van Scherpenberg geleitet. Dazu teilte er mit: „Abteilung 4 wird die Botschaften in London und bei der NATO über den die Rüstungslieferungen betreffenden Teil der Unterhaltung (Abschnitt III) in Kenntnis setzen. Abt. 3 und 2 wurden gebeten, für die sie betreffenden Teile das Erforderliche zu veranlassen.“

Hat van Scherpenberg vorgelegen.

Hat Harkort am 10. April 1961 erneut vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 5031 (III A 4); B 150, Aktenkopien 1961.

² Der britische Verteidigungsminister Watkinson hielt sich am 7./8. März 1961 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu BULLETIN 1961, S. 429. Zum Gespräch mit Bundesminister Strauß vgl. auch DOKUMENTE ZUR EUROPÄISCHEN SICHERHEITSPOLITIK, Kapitel 7, Dok. 13.

In dem Gespräch wurden vier Themen behandelt: NATO-Strategie, Interdependenz in NATO, konkrete deutsch-britische Projekte, „Blue Streak“. Finanzielle Fragen wurden nicht erörtert, auch nicht die etwaigen Vorauszahlungen auf Rüstungslieferungen.

Die Unterhaltung wurde sehr offen und freundschaftlich geführt.

I. NATO-Strategie

Minister Watkinson bezeichnete die Situation in NATO als „disturbing“; insbesondere manche Gedanken der abgetretenen amerikanischen Administration³ hätten in London große Sorge hervorgerufen. Das Problem sei nicht, immer mehr Atombomben herzustellen, sondern wie ihre Anwendung politisch und militärisch kontrolliert werden könne, wobei der politischen Kontrolle der Vorrang zukomme. Großbritannien habe nichts gegen Waffen in der Hand von NATO, vorausgesetzt, die politische Kontrolle sei so organisiert, daß im Ernstfall auch wirklich Entscheidungen getroffen würden. Das britische Memorandum⁴ wolle keineswegs die Grundlagen von NATO angreifen, sondern zu einer Prüfung der in ihm aufgeworfenen Fragen durch die Mitgliedstaaten anregen. Man müsse den Amerikanern noch Zeit für die Entwicklung ihrer Konzeption lassen, aber das dürfe nicht zu lange dauern.

Minister Strauß teilte Watkinsons Ansicht, daß die Konfusion in der NATO während des letzten Jahres gewachsen sei, nicht durch die Schuld nur einer einzigen Nation. Die Haltung der Mitglieder sei nicht homogen. Die Verteidigung sei nicht primär eine nationale Aufgabe: Dieser Satz sei bisher in der NATO nicht gründlich diskutiert worden, man müsse das bald nachholen. Es sei wichtig, Meinungsverschiedenheiten zu definieren und zu klären – eine Aufgabe weniger für die Verteidigungsminister als für die Regierungschefs und Außenminister. Vielleicht könnte man bis Ende des Jahres zu dieser Klärung kommen.

Die neue Strategie stehe im Zeichen des nuklearen Gleichgewichts. Seit die Vereinigten Staaten sich selbst bedroht fühlten, hätten sie Sorge – wie McCloy zu Strauß gesagt habe⁵ –, daß eine Kurzschlußreaktion oder ein technischer Irrtum einen Atomkrieg entfessele. Die Amerikaner fürchteten, daß ein nicht ausreichend wichtiger Grund zu einem Atomkrieg führen könne, während die anderen Mächte Sicherheit haben wollten, daß der Atomkrieg, falls notwendig, wirklich funktioniere.

Provokativ gesagt, sei das amerikanische Atompotential ausreichend zur Zerstörung der ganzen Welt. Arithmetisch sei die Forderung anderer westlicher Staaten nach eigenem Atompotential sinnlos, aber hier kämen die politischen Argumente ins Spiel, Prestige und der Wunsch nach Mitentscheidung. Dahinter stehe auch ein Mißtrauen gegen die Amerikaner: Wer im Besitz eigener Atomwaffen sei, könne sie gegebenenfalls zum Mitmachen in einem Atomkrieg zwingen. Auch über dieses Mißtrauen müsse man in der NATO offen sprechen.

³ Aus den amerikanischen Präsidentschaftswahlen am 8. November 1960 ging der Kandidat der Demokratischen Partei, Kennedy, als Sieger hervor. Am 20. Januar 1961 übernahm er das Amt von Präsident Eisenhower.

⁴ Zum Memorandum „NATO Strategy and Nuclear Weapons“ des britischen Verteidigungsministers Watkinson vom 25. Januar 1961 vgl. Dok. 45, Anm. 14.

⁵ Zum Gespräch des Bundesministers Strauß mit dem Berater des amerikanischen Präsidenten für Abrüstung und Rüstungskontrolle, McCloy, am 17. Januar 1961 in New York vgl. Dok. 24.

Das deutsche Verteidigungsministerium bereite Antworten auf die Fragen des britischen Memorandums vor.⁶ Unannehmbar sei die These, daß der Westen, wenn nur mit nichtnuklearen Waffen angegriffen, auch nur mit nichtnuklearen Waffen zurückschlagen solle – Sonderfälle mit klar ersichtlich begrenztem Ziel vielleicht ausgenommen. Es sei ein großer Erfolg von NATO, die UdSSR von Europa abgelenkt und Chruschtschow zu der Theorie der Vermeidbarkeit eines Krieges⁷ gebracht zu haben. Man dürfe nicht einen Eindruck erwecken, daß das Schießen in Europa für den Osten zu gefahrlos werde; damit würde das Vertrauen in die NATO allmählich untergraben.

Er, Strauß, habe heute Mr. Harriman gesagt⁸: Die Bundesrepublik sei immer gegen den Radford-Plan⁹ gewesen, für starke konventionelle Rüstung, gegen die Übertragung der Verfügung über Atomwaffen auf ein besonderes Kommando, für Verfügung über Atomwaffen durch die Schildtruppen (Division), für die Entscheidung über den Einsatz von Atomwaffen auf der höchsten politischen Ebene, für Sicherungen gegen Kurzschlußentscheidungen. (Watkinson: sehr gut.)

Die Bundesrepublik sei für eine NATO-Atomstreitmacht. Schwierig sei es aber, eine Formel für die Entscheidung über den Einsatz zu finden. Man könne sie weder Amerika allein noch dem einstimmigen Beschluß aller Mitglieder überlassen, die Lösung müsse zwischen diesen beiden Extremen gesucht werden; vielleicht die drei Mächte der Standing Group¹⁰ und eine weitere Macht aus dem betroffenen Gebiet.

⁶ Das Bundesministerium für Verteidigung legte am 15. März 1961 eine „Stellungnahme zum Memorandum der britischen Regierung“ vor. Für die Aufzeichnung vgl. B 130, Bd. 1996 A (201).

⁷ Am 6. Januar 1961 erläuterte Ministerpräsident Chruschtschow vor einer Versammlung von Parteiorganisationen der KPdSU in Moskau, daß die „Abwendung eines thermonuklearen Weltkrieges das brennendste, das lebenswichtigste Problem der Menschheit ist“. Es seien „folgende Kategorien von Kriegen zu unterscheiden: Weltkriege, lokale Kriege, Befreiungskriege, d. h. Volksaufstände. [...] Kriege brauchen nur die Imperialisten zur Annexion fremder Gebiete, zur Unterjochung und Ausplünderung der Völker.“ Ihre gewachsene wirtschaftliche und militärische Stärke mache es den sozialistischen Staaten aber inzwischen möglich, „den Imperialisten bei der Entfesselung von Kriegen unüberwindliche Hindernisse in den Weg zu legen“ und auch einen Weltkrieg abzuwenden. Auch die „Möglichkeiten der Imperialisten“ zur Auslösung lokaler Kriege würden immer weiter eingeeengt, da diese in mit Nuklearwaffen geführte Weltkriege umschlagen könnten. Weiter geben werde es Befreiungskriege; solche „gerechten Kriege“ würden von den sozialistischen Staaten unterstützt. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1961, D 134–137.

Legationsrat I. Klasse Reinkemeyer vermerkte dazu am 7. Februar 1961, diese Ausführungen lägen „ganz auf der von Chruschtschow seit dem XX. Parteitag vertretenen These, daß Kriege nicht mehr schicksalhaft unvermeidbar seien“. Vgl. B 41 (Referat II A 4); Bd. 32.

⁸ Über das Gespräch des Bundesministers Strauß mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Harriman am 7. März 1961 berichtete Legationsrat I. Klasse Hoffmann am selben Tag, die Frage von Strauß, „ob irgendwelche Pläne für eine Umstellung der Schildstreitkräfte auf konventionelle Waffen, sei es auch nur durch organisatorische Trennung der konventionell gerüsteten von den nuklear gerüsteten Kräften“, bestünden, sei von amerikanischer Seite „entschieden verneint“ worden. Auf die Frage von Harriman, „welches seine größte Sorge sei“, habe Strauß die französische Haltung zur NATO genannt: „Frankreich betrachte seine Beteiligung in der NATO ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der nationalen Verteidigung.“ Vgl. VS-Bd. 3858 (305); B 150, Aktenkopien 1961.

⁹ Am 13. Juli 1956 gelangten Meldungen in die Presse, wonach der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs der USA, Radford, den Gedanken geäußert habe, die amerikanischen Streitkräfte um 800 000 Mann zu verringern und das Verteidigungskonzept stärker auf die atomare Bewaffnung auszurichten mit der Begründung: „Any war most likely would be a general one, short, violent and involving nuclear weapons.“ Vgl. den Artikel „Radford Seeking 800.000-Man Cut, 3 Services Resist“, THE NEW YORK TIMES, International Edition vom 13. Juli 1956, S. 1.

Vgl. dazu ferner ADENAUER, Erinnerungen 1955–1959, S. 197–214. Vgl. auch ECKARDT, Leben, S. 451–460.

¹⁰ Frankreich, Großbritannien und die USA.

Die Bemühungen um den Ersatz von MC 70¹¹ kämen nicht voran, weil man auf die Amerikaner warte. Es sei ein dringender deutscher Wunsch, daß die amerikanische Regierung, sobald sie sich über ihre neue Konzeption klargestellt sei, nicht damit vor die Öffentlichkeit trete und sich so festlege, sondern daß sie das Ergebnis ihrer Prüfung zunächst vertraulich mit den NATO-Partnern besprechen möge. (Watkinson: ja.)

Zu dem Vorschlag der alten amerikanischen Administration, der NATO Polaris-Unterseeboote zur Verfügung zu stellen¹², bemerkte Minister Watkinson, daß die Regierung Kennedy noch nicht bereit sei, zu sagen, ob sie ihn aufrechterhalte. Bevor ein genauer Vorschlag vorliege, sei man britischerseits außerstande, ja oder nein zu sagen. Einstweilen frage man sich aber, ob Herters Vorschlag noch in die neue Konzeption passe. Die Polaris-Waffe scheine zu groß, zu kompliziert, zu teuer; von Großbritannien erwarte man z.B. die Bereitstellung von 100 Schiffen (surface ships) dafür. Nach britischer Ansicht sei es besser, wenn NATO über eine große Anzahl kleiner Missiles verfüge, die zu See und zu Lande (auf LKW transportabel) verwendbar seien. Viele Missiles rund um die Peripherie der Sowjetunion – darauf komme es an.

Minister Strauß erklärte, daß vor einiger Zeit eine erste deutsch-französische Konferenz hoher Militärs (auf deutscher Seite geführt von General Heusinger) stattgefunden habe, um diese Probleme zu erörtern.¹³ Wie üblich, habe man beim ersten Mal hauptsächlich über Verfahren gesprochen; die zweite Besprechung, im April, werde hoffentlich weiterführen; man wolle feststellen, wie die Partner die Probleme ansehen. Er schlage vor, daß ein ebensolches Treffen (ohne daß man eine neue Institution schaffe) zwischen deutschen und britischen Vertretern stattfinde; die deutsche Seite werde gern nach Bonn einladen.¹⁴

Minister Watkinson nahm den Vorschlag sofort an. Überdies sei es zweckmäßig, wenn er selber sich mit Minister Strauß, vielleicht im Mai, erneut zu einer informellen Unterhaltung treffe. Er werde dann ausführlich über seine Besprechungen in Washington und Ottawa berichten. Einen allgemeineren schriftlichen Bericht über seine Eindrücke werde er Minister Strauß schon vorher zugehen lassen. Er nahm auch Strauß' Anregung an, diese Besprechung im Mai, wenn möglich zu dreien, d.h. unter Beteiligung des französischen Verteidigungsministers Messmer, abzuhalten.¹⁵

¹¹ Zu den Streitkräftenanforderungen der NATO bis 1963 (MC 70) vgl. Dok. 45, Anm. 22.

Zur Vorbereitung der Streitkräftenanforderungen bis 1966 (MC 96) vgl. Dok. 56, Anm. 41.

¹² Zum Vorschlag des amerikanischen Außenministers Herter vom 16. Dezember 1960 vgl. Dok. 1, Anm. 7.

¹³ Zu den Besprechungen am 24./25. Januar 1961 vgl. Dok. 25, Anm. 19.

¹⁴ Gesandter Thierfelder, London, gab am 5. Mai 1961 Informationen des Chef des Stabes im Führungsstab der Bundeswehr, Schnez, über die soeben beendete „allererste gemeinsame deutsch-britische Generalstabsbesprechung“ weiter. Sie sei „wesentlich besser gewesen als das entsprechende Gespräch mit dem französischen Partner Anfang dieses Jahrs“, bei dem „es sich mehr um ein ‚Geplätscher‘“ gehandelt habe. Die Gespräche mit der britischen militärischen Führung „hätten sich ausschließlich um Führungsgrundsätze und strategische Probleme gedreht. Für die Erörterung von Fragen der Rüstungslieferungen und der gemeinsamen Produktion sei kein Raum gewesen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 377; B 130, Bd. 993 A (II A 7).

¹⁵ Bundesminister Strauß traf am 16./17. Mai 1961 mit dem französischen Verteidigungsminister Messmer zusammen.

Am 24. Mai 1961 führte er Gespräche mit dem britischen Verteidigungsminister Watkinson in London. Vgl. dazu Dok. 184.

II. Interdependenz in NATO

Mr. Watkinson erklärte mit großem Nachdruck, die Interdependenz funktioniere nicht. Alle beteiligten Staaten seien daran schuld, auch Großbritannien. Aus den bisher zu enttäuschenden Erfahrungen müsse man lernen, es besser zu machen; sonst werde die Last für alle zu schwer: mehr gemeinsame Projekte, mehr bilaterale Bezüge, verstärkter Austausch von Lizenzen, verstärkter Austausch wissenschaftlicher und militärischer Planer. Falls die Deutschen „facilities“ in Großbritannien wünschten, würden sie sie erhalten.¹⁶ Dem Druck mächtiger Industrien müsse man stärkeren Widerstand entgegensetzen. Man solle einander Flugzeuge und Panzer zur Verfügung stellen, damit jeder auch die Ausrüstung des anderen testen könne.

Minister Strauß erklärte, man habe nur die Wahl zwischen verstärkter Interdependenz und einem Zurückgleiten in eine bloße Allianz alten Stils. Die Bundesrepublik wünsche das erste, mit den Allianzen alten Stils habe jedermann schlechte Erfahrungen gemacht. Es sei richtig, daß man sich gegen störende Industriewünsche wehren müsse. Nötig sei wahrscheinlich ein Ausschuß mit ausreichender Autorität, bestehend aus den für die Rüstungsproduktion wichtigen Ländern Vereinigte Staaten, Großbritannien, Frankreich, Bundesrepublik, Kanada und Italien.

Minister Watkinson nannte diese Anregung einen interessanten Gedanken. Eine Verstärkung der Interdependenz sei nur erreichbar, wenn die genannten Länder mehr Verantwortung übernehmen. Er werde den amerikanischen Verteidigungsminister¹⁷ fragen, ob die Vereinigten Staaten einem solchen Ausschuß zustimmen könnten. Ob man in die Richtung einer Allianz alten Stils abgleite oder nicht, werde davon abhängen, ob man eine Stelle schaffen könne, die autoritative Entscheidungen über die Annahme bestimmter Typen fällen könne. Es freue ihn sehr, hier völlige Einigkeit feststellen zu können.

Minister Strauß nannte als Verfahren, die zu einer besseren Interdependenz führen würden: Arbeitsteilung bei Forschung und Prüfung, Produktion auf Grund ausgetauschter Lizenzen, möglichst vollständiger und vor allem möglichst frühzeitiger Austausch technischer Information, Unterrichtung der anderen Länder durch das Land, das jeweils ein pilot-project durchführt.

Eine volle Verwirklichung der Interdependenz sei nur möglich auf der Grundlage einer gemeinsamen politischen Konzeption und des wiederhergestellten

¹⁶ Am 6. März 1961 berichtete Botschafter Herwarth von Bittenfeld, London, über ein Gespräch mit dem britischen Verteidigungsminister. Watkinson beabsichtige, bei seinem Besuch in der Bundesrepublik am 7./8. März „ganz offen über die Zurverfügungstellung von Truppenübungsplätzen zu sprechen. Da die deutschen Ausbildungskontingente unter deutschem Kommando stehen würden, sei es erforderlich, einen Parlamentsbeschluß herbeizuführen. [...] Ein derartiger Parlamentsbeschluß könne unter Umständen schwer durchzubringen sein, wenn nicht vorher die Frage des Ankaufs von Waffen in Großbritannien und die Frage gemeinsamer Waffenproduktion einigermaßen befriedigend geregelt sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 226; VS-Bd. 396 (301/II 7); B 150, Aktenkopien 1961.

Zu den weiteren Verhandlungen vermerkte Ministerialdirektor von Haefen am 11. September 1961, laut in Form eines Notenwechsels zu schließendem Rahmenabkommen würden „der Bundeswehr zur Verfügung gestellt werden: a) Depots für 38 000 t Munition, 90 000 cbm Treibstoff, 20 000 t sonstiges Material; b) Instandsetzungseinrichtungen für Marine und Luftwaffe, c) Übungsplätze für Panzerbataillone sowie Übungsgelände für Schieß- und Landeübungen der Marine“. Vgl. VS-Bd. 5710 (V 7); B 150, Aktenkopien 1961.

Der Notenwechsel erfolgte am 26. September 1961.

¹⁷ Robert S. McNamara.

Vertrauens. Beides fehle zur Zeit unter der glänzenden Oberfläche der NATO, es gelte, beides zu schaffen.

III. Bilaterale Projekte auf dem Rüstungsgebiet

Minister Watkinson fragte nach dem Stande des Projekts Panzerkanone 105 mm.¹⁸ Er sei erschrocken gewesen zu hören, daß man britischerseits¹⁹ in einigen Punkten im Verzuge sei; er werde sofort für Abhilfe sorgen.

Minister Strauß erklärte, es stehe fest, daß die nächste Panzergeneration der Bundesrepublik mit der britischen Kanone ausgerüstet werde. Für 500 Kanonen und 250 000 Runden Munition sei der Auftrag bereits erteilt (letter of intent). Über etwa weitere 1500 Kanonen werde der Auftrag nach Ostern²⁰ erteilt werden. (StS Hopf sagte mir, es würde später wahrscheinlich noch eine weit größere Anzahl bestellt werden.) Es sei zu bedauern, daß die Franzosen sich bisher nicht für die britische Kanone entschieden hätten.

Minister Watkinson bat, die geplanten Aufträge möglichst bald zu erteilen, damit er dafür sorgen könne, die Lieferzeiten der Kanone der Lieferzeit für die Panzer anzupassen.

Man sollte Panzer austauschen und die wechselseitig testen. Zwar habe sich Großbritannien für den schweren Panzer entschieden, jedoch sei man nicht dogmatisch, man wolle den besten Panzer. Er werde sich beim amerikanischen Verteidigungsminister danach erkundigen, wohin die amerikanische Regierung jetzt neigt.

Minister Watkinson kam dann auf den Vertikalstarter zu sprechen. 1965 würden die letzten Hunters auslaufen, ab 1970 würden Überschallflugzeuge eingesetzt werden. Für die Zwischenzeit brauche man das Unterschallflugzeug zum Lernen, aber dieser Typ sei für die RAF auch für bestimmte überseeische Aufgaben notwendig. Es sei ein relativ einfacher Flugzeug, nicht sehr „sophisticated“, relativ billig, und es sei auch nicht beabsichtigt, es in Auflagen von vielen Tausenden zu produzieren. Dieses Flugzeug sollte in deutsch-britischer Zusammenarbeit produziert werden, er wolle auch die Amerikaner dafür interessieren.

Minister Strauß führte aus, er verfolge zwei Projekte: die Entwicklung eines Flugzeugs von höchster Leistungsfähigkeit (erster Versuchsflug 1965, Rolls Royce-Motore)²¹ und eines Unterschallflugzeugs. Bei dem ersten Projekt würde er gern mit der britischen Regierung zusammenarbeiten. (Watkinson: sehr gern.) Für das zweite Projekt, das Unterschallflugzeug (Vertikalstarter), sei der britischerseits entwickelte Typ eindeutig der beste. Heute sei eine deutsche Gruppe zum

¹⁸ Das Bundesministerium für Verteidigung teilte am 20. Februar 1961 mit, im Rahmen der Rüstungszusammenarbeit mit Großbritannien sei beabsichtigt, die Ermächtigung zum Erwerb von „zunächst 500 Panzerkanonen 105 mm und 250 000 Schuß Munition zu beantragen. Kostenschätzung ca. DM 179 750 000, –.“ Vgl. B 130, Bd. 2264 (I A 5).

¹⁹ Korrigiert aus: „britischerweise“.

²⁰ 2./3. April 1961.

²¹ Am 10. Januar 1961 legte Ministerialdirektor von Etzdorf dazu dar, Bundesminister Strauß habe „während der NATO-Tagung in Paris mit dem französischen Verteidigungsminister eine Vereinbarung über eine gemeinsame deutsch-französische Entwicklung eines Senkrechstarters getroffen, die allen anderen NATO-Staaten zum Beitritt offenstehen soll; soweit bekannt, ist für die deutsch-französische Gemeinschaftsproduktion ein englischer Motor in Aussicht genommen“. Vgl. VS-Bd. 396 (301/II 7); B 150, Aktenkopien 1961.

Studium dieses Flugzeugs nach Großbritannien gereist.²² Es sei ihm ernst mit dem Vertragsabschluß. Man werde keine Anforderungen an das Flugzeug stellen, die es der Bauabsicht nach nicht erfüllen könne.

Minister Watkinson machte dann – für den Laien nur schwer verständliche – Ausführungen über ein neues Abwehrverfahren (Waffen-System) gegen sehr niedrig fliegende Flugzeuge. Dies System befinde sich noch in einem frühen Stadium. Es sei ein geeigneter Gegenstand für eine Erörterung bei dem zu Beginn des Gesprächs vereinbarten Treffen von deutschen und britischen Offizieren. Beide Minister waren sich darüber einig, es sei falsch, daß die neueren strategischen Überlegungen eine solche Abwehr niedrig fliegender Flugzeuge nicht mehr vorsehen.

Minister Watkinson wies darauf hin, daß Großbritannien billige Motoren für Hubschrauber liefern könne; es sei wirtschaftlicher, sie zu kaufen, als sie selbst zu produzieren.

Minister Strauß führte aus, daß die Hubschrauber selbst in den Vereinigten Staaten gekauft werden würden, da der amerikanische Typ dem französischen (auf dessen Kauf die Franzosen sehr drängten) um zwei Jahre voraus sei. Ob die Motoren in Großbritannien gekauft werden könnten, hänge vom Verlauf der Verhandlungen mit den Amerikanern ab. Minister Watkinson wird in Washington versuchen, die amerikanische Zustimmung zum Kauf britischer Motoren zu erreichen.

Ein britischer Wunsch auf die Bestellung von Schiffen wurde nicht vorgebracht.

IV. „Blue Streak“²³

Minister Watkinson erklärte, er sei eigentlich nicht zuständig für die nunmehr ausschließlich für zivile Verwendung vorgesehene „Blue Streak“; er wolle jedoch nochmals die Argumente vortragen, die für das Projekt sprachen.

Alles, was mit dem „Raum“ zu tun habe, koste viel Geld, nur die Verwendung von Satelliten für Nachrichtenzwecke (communications) werde Geld einbringen und ein großes Geschäft werden. Um dieses Geschäft machen zu können, sollte das Projekt als ein europäisches aufgezogen werden, damit man in diesem kommerziellen Unternehmen von den Amerikanern unabhängig sei. Auf britischer Seite sei dies der Leitgedanke, es gehe nicht darum, „surplus hardware“ loszuwerden. Nach den britischen Vorstellungen sollte für die erste Stufe „Blue Streak“ verwendet werden, für die zweite Stufe die französische Rakete; für die dritte Stufe sollte der Kontinent und primär die Bundesrepublik verantwortlich sein.²⁴ Die Kenntnisse, Erfahrungen, Vorarbeiten für alle drei Stufen sollten zwischen allen Beteiligten ausgetauscht werden. Er bitte die Bundesregierung um gründliche Prüfung dieser Überlegungen.

²² Botschafter Herwarth von Bittenfeld, London, übermittelte am 16. März 1961 einen britischen Bericht über den Besuch der „Kommission zur Prüfung des Senkrechtstarter-Projekts Hawker P 1127“ am 8. März im britischen Luftfahrtministerium und am 9. März 1961 bei der Firma Hawker in Kingston on Thames und teilte mit, daß der britische Verteidigungsminister Watkinson „mit dem Verlauf der Besprechungen über den Senkrechtstarter zufrieden war“. Vgl. VS-Bd. 5031 (III A 4); B 150, Aktenkopien 1961.

²³ Zum britischen Wunsch nach einem gemeinsamen Satellitenträgersystems auf der Basis der britischen Trägerrakete vom Typ „Blue Streak“ vgl. Dok. 10, Anm. 4.

²⁴ Vgl. dazu den britisch-französischen Vorschlag auf der Weltraumkonferenz vom 30. Januar bis 3. Februar 1961 in Straßburg; Dok. 37.

Minister Strauß verwahrte sich gegen die durch Übereinfachung entstellte Berichterstattung über seine Pressekonferenz während der Winterschild-Manöver.²⁵ Seine, eines freilich nicht zuständigen Ministers, Reaktion sei positiv. In seiner Pressekonferenz habe er nur den einstimmigen Beschluß des Kabinetts²⁶ wiedergegeben. Auf deutscher Seite sei man bereit, sich an einem europäischen Projekt zu beteiligen. Man werde die vorgesehene Vereinbarung unterzeichnen und dann die Sache genau studieren. Man wolle nicht von vornherein die Benutzung amerikanischer Erfahrungen ausschließen. Im Augenblick könne er deshalb noch nicht sagen, ob „Blue Streak“ als Träger in Frage komme. Duncan Sandys habe seinerzeit nur Großbritannien, Frankreich und die Bundesrepublik beteiligen wollen, weil man sonst zu langsam vorankomme; diese Überlegung scheine auch jetzt noch richtig.

Minister Watkinson wiederholte demgegenüber, daß dieses kommerzielle Projekt besser ohne die Amerikaner durchgeführt werde; es müsse von einer ganzen Anzahl europäischer Staaten angefaßt werden, wenngleich die Hauptlasten auf die drei genannten fallen werden.

Verschiedenes

Minister Watkinson betonte das britische Interesse an der Einstellung der Atomversuche. Minister Strauß wies auf die Schwierigkeit hin, die Sowjets so zu kontrollieren, daß sie nicht trotzdem eine große Anzahl kleiner unterirdischer Versuche durchführen. Minister Watkinson: Viele Tests wären in der Tat eine Gefahr; wenn die Sowjets trotz des Stopps einige wenige ausführten, so brauche man deswegen nicht allzu besorgt zu sein.

Harkort

VS-Bd. 5031 (III A 4)

²⁵ In der ersten Februar-Woche fand in Bayern das NATO-Manöver „Wintershield II“ statt. Vgl. dazu NATO-BRIEF 1961, Nr. 3, S. 21.

In der Presse wurde berichtet, daß Bundesminister Strauß während des Manövers die 11. Panzergranadierbrigade in Grafenwöhr besucht und bei diesem Anlaß einer Beteiligung der Bundesrepublik am „Blue-Streak“-Programm „eine klare Absage“ erteilt habe. Vgl. den Artikel „Amerikaner demonstrieren Feuerkraft“, SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 6. Februar 1961, S. 2.

²⁶ Am 8. Februar 1961 vermerkte Staatssekretär Carstens, Bundesminister Strauß habe sich in einem Telefonat am Vortag „gegen eine Beteiligung der Bundesrepublik an der blue streak“ ausgesprochen, befürworte allerdings „eine europäische Zusammenarbeit im Bereich der Weltraumforschung, d. h. der Entwicklung von Körpern, die zu meteorologischen, astronomischen, nachrichtentechnischen usw. Zwecken in den Weltraum geschossen werden können. [...] Herr Minister Strauß bezog sich im übrigen auf einen Kabinettsbeschluß vom November 1960. Er erklärte, daß das Kabinett damals den gleichen Standpunkt wie er eingenommen habe.“ Vgl. B 130, Bd. 2272 A (I B 1).

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Schweinitz

13. März 1961¹

Betr.: Staatssekretärsbesprechung vom 13.3.1961 über die Fortführung der deutsch-amerikanischen Finanzverhandlungen

An der Sitzung nahmen die in der beigefügten Anwesenheitsliste² aufgeführten Herren teil.

Herr StS van Scherpenberg eröffnet die Besprechung um 10.45 Uhr. Unter Bezugnahme auf seine Gespräche mit Mr. Ball in Washington und das von den Amerikanern übergebene Aide-mémoire³ erinnert er daran, daß die Lösung der internationalen Finanzprobleme eine Notwendigkeit auf lange Sicht sei. Sie werde u. a. eine stärkere Einschaltung der BRD in die Entwicklungshilfe erforderlich machen. Diese Probleme sind nicht kurzfristig lösbar.

Daher müßten die bilateralen Gespräche zunächst fortgesetzt werden mit dem Ziel, für das laufende Jahr die deutsch-amerikanische Zahlungsbilanz so zu beeinflussen, daß nicht wieder ein Netto-Abfluß von Gold und Devisen aus den USA und ein Netto-Zufluß nach der Bundesrepublik in Erscheinung trete. Wir müßten nach Mitteln suchen, mit denen kurzfristig ein möglichst großer Effekt zu erreichen sei. Nachdem die „Package-Lösung“⁴ praktisch fallengelassen worden sei, würden nunmehr die folgenden Punkte herausgenommen, die einen kurzfristigen Effekt versprechen:

- a) Schuldenrückzahlung
- b) Rüstungskäufe und Vorauszahlung
- c) gemeinsame Nutzung militärischer Anlagen.

Nicht mehr zu verhandeln sei also jetzt über Verteidigungshilfe an Griechenland und die Türkei, Übernahme amerikanischer DLF⁵-Projekte und das beschlagnahmte deutsche Vermögen.

Die amerikanische Regierung und die hiesige Botschaft drängen auf Beschleunigung. Auch wir haben ein Interesse an der Vorantreibung dieser Fragen vor der Reise des Herrn Bundeskanzlers nach Washington⁶.

¹ Durchdruck.

² Dem Vorgang beigefügt. An der Besprechung nahmen neben den Staatssekretären van Scherpenberg, Westrick (Bundesministerium für Wirtschaft) und Hettlage (Bundesministerium der Finanzen) weitere Vertreter ihrer Ressorts sowie Vertreter des Bundesministeriums für Verteidigung und der Vizepräsident der Deutschen Bundesbank, Troeger, teil. Vgl. VS-Bd. 4984 (414); B 150, Aktenkopien 1961.

³ Zum Gespräch des Staatssekretärs van Scherpenberg mit dem amerikanischen Finanzminister Dillon sowie dem Staatssekretär für Wirtschaftsfragen im amerikanischen Außenministerium, Ball, am 17. Februar 1961 und zum Aide-mémoire vom selben Tag vgl. Dok. 55.

⁴ Zu den verschiedenen von der Bundesrepublik und den USA vorgelegten Paket-Lösungen für die Finanzverhandlungen vgl. Dok. 5, Anm. 4 und 13, und Dok. 29, Anm. 33.

⁵ Development Loan Fund.

⁶ Bundeskanzler Adenauer hielt sich vom 11. bis 17. April 1961 in den USA auf und führte am 12./13. April 1961 Gespräche in Washington. Vgl. dazu Dok. 105–108.

Im Gegensatz hierzu werden sich die Gespräche mit Mr. Ball bei seinem bevorstehenden Besuch in Bonn auf langfristige Fragen, in erster Linie auf die Entwicklungshilfe, erstrecken.⁷

Zu a) Schuldenrückzahlung

Herr StS Westrick betont, daß wir nie ein Junktim zwischen Schuldenrückzahlung und Vermögensregelung verlangt hätten, sondern daß dieser Vorschlag seinerzeit von den Amerikanern gekommen sei.⁸ Wir müßten zum Ausdruck bringen, daß wir, auch wenn jetzt nicht über das Vermögen verhandelt werde, grundsätzlich an unserer Forderung festhalten.⁹

Nach Diskussion der Frage, ob für die Schuldenrückzahlung wie bisher 587 Mio. \$ oder ein höherer bzw. niedriger Beitrag angeboten werden sollte, wird beschlossen, daß es bei dem Angebot von 587 Mio. \$ bleiben soll. Hierfür spricht, daß wir durch Angebot einer neuen Zahl den Eindruck erwecken könnten, als hätten wir unsere Vermögensforderung aufgegeben, während bei Beibehaltung der ursprünglichen Zahl wenigstens die Erinnerung an die Einbehaltung von 200 Mio. \$ für die Vermögensregelung wachgehalten wird.

MinDir. Henckel schlägt vor, im Laufe der Gespräche die Amerikaner darauf hinzuweisen, daß die Bundesregierung mit der vorzeitigen Schuldenrückzahlung eine erhebliche Zinsbelastung auf sich nimmt.

BMF und DBB¹⁰ sollen für die Gespräche mit Botschafter Dowling eine neue Aufzeichnung über die technische Durchführung der Schuldenrückzahlung vor-

⁷ Der Staatssekretär für Wirtschaftsfragen im amerikanischen Außenministerium, Ball, stellte beim Besuch vom 19. bis 22. März 1961 in der Bundesrepublik neue Vorschläge zur Entwicklungshilfe vor, „denen deutscherseits grundsätzlich zugestimmt wurde“. Ministerialdirigent Hess resümierte am 29. April 1961: „1) Der Beitrag der Geberländer soll jährlich 1 % des Brutto-Sozialprodukts betragen. [...] 2) Es soll angestrebt werden, den Entwicklungsländern gegenüber mehrjährige statt einjährige Verpflichtungen einzugehen. Die Notwendigkeit langfristiger Maßnahmen und stärkerer Koordinierung zwischen den Geberländern wurde besonders betont und die OECD als dafür geeignetes Instrument bezeichnet.“ Außerdem solle die DAG gestärkt und mit der OECD verzahnt werden. Weiter führte Hess aus, es habe über die Frage, „inwieweit private Investitionen als Entwicklungshilfe betrachtet werden können, [...] nicht unerhebliche Meinungsverschiedenheiten“ gegeben. Vgl. B 130, Bd. 2217 (I A 1).

Zu den Gesprächen zwischen Ball und den Bundesministern Etzel und Erhard sowie Staatssekretär van Scherpenberg vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Schweinitz vom 23. März 1961; B 32 (Referat 305), Bd. 135.

Vgl. dazu außerdem FRUS 1961–1963, Arms Control; National Security Policy; Foreign Economic Policy, Microfiche Supplement, Dok. 369, Dok. 370 und Dok. 372.

⁸ Zu den amerikanischen Überlegungen hinsichtlich einer Regelung des in den USA beschlagnahmten deutschen Vermögens und einer Rückzahlung der Schulden der Bundesrepublik aus der amerikanischen Nachkriegswirtschaftshilfe vgl. Dok. 55, Anm. 13.

⁹ Staatssekretär van Scherpenberg resümierte am 7. März 1961 ein Gespräch während eines Abendessens beim amerikanischen Botschafter Dowling am Vortag, bei dem Bundesminister Erhard den amerikanischen Sonderbotschafter Harriman „auf die Frage des deutschen Eigentums in Amerika“ angesprochen habe: „Er legte sehr nachdrücklich dar, daß eine befriedigende Lösung dieser Frage im Sinne einer Freigabe der Liquidationserlöse von größter psychologischer Bedeutung sei in einem Zeitpunkt, wo man von den deutschen Steuerzahlern und Kapitalinvestoren große Anstrengungen zur Unterstützung der Entwicklungsländer sowohl durch die öffentliche Hand wie durch Privatinvestitionen verlange.“ Harriman habe sich „völlig negativ“ dazu geäußert und erklärt, „die amerikanische öffentliche Meinung würde einer Rückgabe unter keinen Umständen zustimmen“. Vgl. B 130, Bd. 3022 A (701).

Am 20. März 1961 vermerkte van Scherpenberg, er habe dem Staatssekretär für Wirtschaftsfragen im amerikanischen Außenministerium, Ball, am selben Tag erklärt, „wir beabsichtigten nicht, in diesen Besprechungen auf die Vermögensfrage zurückzukommen, was aber nicht bedeute, daß wir nicht mehr an ihr interessiert seien“. Vgl. B 86 (Referat V 7), Bd. 636.

¹⁰ Deutsche Bundesbank.

bereiten. Dabei kann die Zinsfrage erwähnt werden. Auf Grund der Aufzeichnung wird ein Notenwechsel mit der amerikanischen Regierung vorzubereiten sein.

Die Verhandlungen mit den Amerikanern sollen von einer Arbeitsgruppe unter Leitung des BMF (MinDir. von Spindler bzw. MinDirig. Fechner) unter Beteiligung von DBB und AA geführt werden.¹¹

Abschließend wird vorgeschlagen, bei den kommenden Verhandlungen mit Großbritannien den Engländern die Rückzahlung der gesamten Nachkriegsschulden in Höhe von ca. 190 Mio. \$ anzubieten¹² und die Amerikaner auf den Unterschied zwischen diesem Angebot und dem Angebot an USA aufmerksam zu machen.

Zu b) Rüstungskäufe unter Vorauszahlung und gemeinsame Nutzung militärischer Einrichtungen

Entsprechend früheren Vereinbarungen können den Amerikanern angeboten werden:

- 1) 500 Mio. DM Aufstockung bereits geleisteter Vorauszahlungen,
- 2) ca. 1 Mrd. DM neue Rüstungskäufe für 1961 unter Vorauszahlung,
- 3) Erklärung der Bereitschaft, baldmöglichst über die voraussichtlichen Rüstungskäufe nach 1961 zu verhandeln,
- 4) gemeinsame Nutzung militärischer Anlagen.

Zu 1) bis 3) wurden neue Gesichtspunkte nicht vorgebracht.

Zu 4) erklärte MinDir. Knieper, daß er in dem genannten Rahmen nur die gemeinsame Nutzung militärischer Anlagen besprechen wolle. Das BMVg sei bereit, Entgegenkommen bei der Benutzung deutscher Anlagen zu zeigen, wünsche jedoch auch die Beteiligung an der Benutzung amerikanischer Anlagen. Für die amerikanische Zahlungsbilanz kann sich sowohl eine Ersparnis von Dollar-Ausgaben als auch eine Mehreinnahme an DM ergeben. Für die Benutzung amerikanischer Anlagen durch die Bundeswehr kommen auch solche außerhalb der Bundesrepublik in Frage.

Außer den militärischen Anlagen wird auch die stärkere gemeinsame Nutzung ziviler Anlagen, z. B. öffentlicher Dienste und Versorgungseinrichtungen, zu prüfen sein. Hier ist das BMF federführend. Es besteht Einverständnis, den Amerikanern weitmöglichst entgegenzukommen, wobei Konflikte mit den berechtigten Interessen der Gemeinden und mit den Bestimmungen des Truppen-

¹¹ In der ersten Sitzung der „Verhandlungsgruppe ‚Schuldenrückzahlung‘“ am 18. März 1961 legte Ministerialdirigent Fechner, Bundesministerium der Finanzen, den Vorschlag über die Rückzahlung von 587 Mio. \$ der Nachkriegsschulden an die USA vor mit dem Hinweis, die Höhe des Angebots sei gewählt worden, „um alle Möglichkeiten für eine spätere Regelung des Vermögensproblems offenzulassen“. Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Schweinitz vom 20. März 1961; VS-Bd. 4984 (414); B 150, Aktenkopien 1961.

Eine entsprechende Zahlung wurde mit Notenwechsel vom 25. April 1961 vereinbart und am 28. April 1961 ausgeführt. Es verblieb eine Restschuld von ca. 200 Mio. Dollar. Vgl. dazu BULLETIN 1961, S. 750.

¹² Zu einer vorzeitigen Tilgung der britischen Ansprüche aus der Deutschland geleisteten Nachkriegswirtschaftshilfe vgl. Dok. 56, Anm. 17.

Mit Notenwechsel vom 25. April 1961 wurde die Tilgung sämtlicher Schulden aus der Nachkriegswirtschaftshilfe in Höhe von 67,5 Mio. Pfund vereinbart. Eine entsprechende Zahlung der Deutschen Bundesbank an die britische Regierung erfolgte am 28. April 1961. Vgl. dazu BULLETIN 1961, S. 750.

vertrages¹³ vermieden werden müssen. Besonders wird zu beachten sein, daß keine „schwarzen“ Stationierungskosten entstehen, dies auch im Hinblick auf die Interessen der Engländer.

Zunächst sollen die unter 1) bis 4) genannten Punkte durch eine von MinDir. Knieper (BMVg) geleitete Arbeitsgruppe verhandelt werden. Voraussichtlich wird sich eine Einsetzung von Untergruppen als zweckmäßig erweisen. Sollte sich ergeben, daß die Verhandlungen über die gemeinsame Benutzung ziviler Anlagen einen bestimmten Umfang erreichen, so wäre an die Einsetzung einer besonderen Arbeitsgruppe „C“ zu denken, für die das BMF federführend wäre.

Für die Erleichterung der internationalen Zahlungsbilanz ergibt sich aus den vorgesehenen kurzfristigen Maßnahmen folgendes:

Die deutschen Leistungen an USA bei der Schuldentrückzahlung ca. 2,4 Mrd. DM, bei den Vorauszahlungen auf Rüstungskäufe ca. 1,5 Mrd. DM zuzüglich eines noch nicht bekannten Betrages für die gemeinsame Nutzung militärischer und ziviler Anlagen, die vorzeitige Schuldentrückzahlung an Großbritannien ca. 800 Mio. DM, erreichen eine Summe von 4,7–5 Mrd. DM.

Um 12.00 Uhr wird die Sitzung mit Rücksicht auf die bevorstehende Besprechung mit dem amerikanischen Botschafter Dowling¹⁴ beendet.

[Schweinitz]¹⁵

VS-Bd. 4984 (414)

81

Aufzeichnung des Staatssekretärs van Scherpenberg

St.S.I 988/61 geheim

14. März 1961

Betr.: Internationale Auswirkung der DM-Aufwertung¹

Wie mir aus Kreisen des Bundesbankdirektoriums mit der Bitte um ganz besonders vertrauliche Behandlung mitgeteilt wird, ist in der letzten Tagung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel², an der sämtliche Gouverneure der europäischen Notenbanken persönlich teilgenommen haben, an der DM-Aufwertung schärfste Kritik geübt worden. Die deutsche Maßnahme ist als

¹³ Für den Wortlaut des Vertrags vom 23. Oktober 1954 über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland (Truppenvertrag) vgl. BUNDES-GESETZBLATT 1955, Teil II, S. 321–380.

¹⁴ Zum Gespräch des Staatssekretärs van Scherpenberg mit dem amerikanischen Botschafter Dowling am 13. März 1961 vgl. Ziffer 5) des Schreibens vom 14. März 1961 an Bundesminister von Brentano, z. Z. Badenweiler; Dok. 82.

¹⁵ Konzipient der nicht unterzeichneten Aufzeichnung.

¹ Mit Wirkung vom 6. März 1961 wurde die D-Mark um 4,75 Prozent aufgewertet. Vgl. dazu BULLETIN 1961, S. 405.

² Die Tagung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich fand am 11./12. März 1961 statt.

ein schwerer Vertrauensbruch gegenüber den übrigen europäischen Ländern bezeichnet worden. Es wurde darauf hingewiesen, daß durch die deutsche Maßnahme die Devisenmärkte der ganzen Welt in eine fast als chaotisch zu bezeichnende Verwirrung gebracht worden sind, die zur Zeit von den Notenbanken nur mit äußerster Anstrengung und größten Opfern noch unter Kontrolle gehalten werde. Ein Scheitern dieser Bemühungen würde zum allgemeinen Zusammenbruch der derzeitigen Währungsparitäten führen, dessen wirtschaftliche und politische Folgen nicht abzusehen seien. Besonders schwer sei das Pfund Sterling betroffen. Andererseits habe der Devisenzufluß nach Deutschland, Frankreich und der Schweiz erneut alarmierende Proportionen angenommen.

Es müsse alles getan werden, um ein Bekanntwerden dieser Entwicklungen in der Öffentlichkeit und insbesondere in Kreisen der internationalen Währungsspekulationen zu verhindern. Wichtig sei natürlich, daß von deutscher Seite immer wieder mit Nachdruck betont werde, daß eine weitere Aufwertung nicht in Frage komme.

Hiermit dem Herrn Minister³ vorzulegen.

van Scherpenberg

B 2-VS, Bd. 313 (Büro Staatssekretär)

82

Staatssekretär van Scherpenberg an Bundesminister von Brentano, z.Z. Badenweiler

St.S. 262/61

14. März 1961¹

Sehr verehrter Herr Minister,

darf ich wohl die Gelegenheit, daß morgen ein Kurier an Sie abgeht², dazu benutzen, um Ihnen einiges über die wichtigeren laufenden Arbeiten der letzten Tage zu berichten.

Die Gesamtlage ist dadurch charakterisiert, daß zwar eine Menge zu tun ist, aber fast alle größeren Fragen in der Schwebe sind. Im einzelnen ist folgendes erwähnenswert:

1) Der Herr Bundeskanzler hat noch vor seiner Abreise³ unserem Vorschlag zur Zusammensetzung der Delegation nach Washington⁴ zugestimmt.

³ Hat Bundesminister von Brentano am 27. März 1961 vorgelegen, der handschriftlich für Staatssekretär van Scherpenberg vermerkte: „Die Kritik ist m. E. nicht unberechtigt!“
Hat van Scherpenberg am 15. April 1961 erneut vorgelegen.

¹ Durchdruck.

Das Schreiben wurde laut handschriftlichem Vermerk am 15. März 1961 übermittelt.

² Bundesminister von Brentano hielt sich seit dem 13. März 1961 in Badenweiler auf.

³ Bundeskanzler Adenauer verbrachte vom 13. März bis 8. April 1961 einen Urlaub in Cadenabbia.

2) Für das Gespräch in Como⁵ habe ich dem Herrn Bundeskanzler vorgeschlagen, auch noch Herrn MD Jansen zuzuziehen, da die Italiener den Leiter ihrer politischen Abteilung, Botschafter Straneo, und einige weitere Herren dabei haben.

3) Die Entwicklungsabteilung⁶ macht mir nach wie vor große Sorgen. Wir müssen meiner Ansicht nach, sobald der Haushalt am kommenden Freitag (17.3.) verabschiedet ist⁷, mit einem Mindestmaß an Zeitverlust die Abteilung auf die Beine stellen. Andererseits ist, wie sich aus unserm Gespräch vor einigen Tagen klar ergeben hat, die Frage des Leiters abhängig davon, ob Herr Westrick den ihm zugesagten Auftrag übernehmen will oder nicht. Ich hatte dieser Tage ein längeres Gespräch mit ihm und gewann daraus den Eindruck, daß Herr Westrick grundsätzlich nicht abgeneigt wäre, den Auftrag zu übernehmen; er möchte aber keinesfalls Herrn Erhard vor den Wahlen⁸ im Stich lassen. Praktisch könnte er also erst im Herbst sein Amt übernehmen. Das bedeutet, daß bis dahin der Leiter der Abteilung in einer sehr schwierigen Anlaufperiode mehr oder weniger auf sich gestellt wäre. Bei Herrn Weber hätte ich in dieser Beziehung keine Bedenken. Er hat ja nicht nur Erfahrung auf seinem sachlichen Gebiet, sondern ist, wie Sie sich erinnern werden, ein halbes Jahr kommissarisch als Leiter der Kulturabteilung tätig gewesen⁹ und hat diese Funktion zur allgemeinen Befriedigung erfüllt. Bei Curtius hätte ich hingegen bei aller Anerkennung seiner Fähigkeiten doch gewisse Bedenken, weil ihm etwas die Erfahrung mangelt. Andererseits hat mein Gespräch mit Herrn Westrick mich in der Überzeugung bestärkt, daß Westrick–Curtius ein gutes, Westrick–Weber aber kein ganz so befriedigendes Gespann abgeben würde.

Fortsetzung Fußnote von Seite 384

⁴ Bundeskanzler Adenauer hielt sich vom 11. bis 17. April 1961 in den USA auf und führte am 12./13. April 1961 Gespräche in Washington. Vgl. dazu Dok. 105–108.

⁵ Für das deutsch-italienische Regierungsgespräch am 21. März 1961 vgl. Dok. 89.

⁶ Ministerialdirektor Hopmann legte am 25. Mai 1960 erste Überlegungen zur Koordinierung der Entwicklungshilfe im Auswärtigen Amt vor, um „zunächst einmal ‚im eigenen Hause‘ klare Zuständigkeitsverhältnisse schaffen“ zu können. Vgl. B 110 (Referat Z B 1), Bd. 214.

Am 4. August 1960 legte Staatssekretär van Scherpenberg dar, daß er Bundesminister Erhard bei einem Gespräch in München über den Plan „für den Aufbau einer eigenen Entwicklungs-Abteilung“ unterrichtet habe: „Das Auswärtige Amt hat die Zuständigkeit für den Einsatz der Entwicklungshilfe und damit für die politischen Entscheidungen; das Bundeswirtschaftsministerium für die praktische Durchführung der einzelnen Projekte und das Finanz- und Schatzministerium für die Aufbringung der Mittel. Die Koordinierung durch diese Stellen soll in der bisherigen bewährten Weise fortgeführt werden.“ Verbessert werden solle die Regelung der politischen Entscheidung, die mit der Errichtung der neuen Abteilung „mit ausreichender Autorität getroffen werden“ könnte. Als Abteilungsleiter sei Botschafter Weber, Kairo, vorgesehen. Vgl. B 130, Bd. 8894 A (Abteilung 1/Z).

Van Scherpenberg vermerkte am 10. November 1960, daß er Staatssekretär Westrick, Bundesministerium für Wirtschaft, erklärt habe, die neue Abteilung sei notwendig geworden, weil die Entwicklungshilfe „eine sehr umfassende Tragweite erhalten habe, so daß die erforderlichen außenpolitischen Entscheidungen nicht mehr auf Referatsebene bzw. vom Direktor der handelspolitischen Abteilung“ getroffen werden könnten. Jedoch sollten „die wirtschaftliche Prüfung und technische Durchführung der einzelnen Projekte wie bisher durch die jeweils dafür zuständigen Ressorts erfolgen“. Vgl. B 2 (Büro Staatssekretäre), Bd. 88.

Zur Erörterung der Planung in der Kabinettsitzung vom 15. November 1960 vgl. KABINETTSPROTOKOLLE 1960, S. 392f.

⁷ Zu den Beratungen im Bundestag über den Bundeshaushalt am 17. März 1961 und zur Schlußabstimmung vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 48, S. 8766–8801.

⁸ Die Wahlen zum Deutschen Bundestag fanden am 17. September 1961 statt.

⁹ Walter Weber war seit 2. Juni 1958 Vertreter des Leiters der Kulturabteilung im Auswärtigen Amt und übernahm am 9. Dezember 1958 die Delegationsleitung bei den Verhandlungen mit der UdSSR über ein Kulturabkommen.

Um etwas Zeit zu gewinnen, möchte ich Ihnen vorschlagen, daß wir zunächst als kurzfristige Zwischenlösung die Abteilung Herrn Harkort in die Hand drücken, obwohl er eigentlich schon jetzt überlastet ist. Aber wenigstens kann die Abteilung dann anlaufen, und der provisorische Charakter der Leitung ist nach außen hin erkennbar.¹⁰

Es wird noch einiger Denkarbeit bedürfen, die Stellung von Herrn Westrick zu gegebener Zeit klar zu umreißen. Die Vorstellung, als dritter Staatssekretär im Auswärtigen Amt tätig zu sein, verlockt ihn naturgemäß nicht sehr, nachdem er seit nunmehr fast zehn Jahren als erster Staatssekretär und Vertreter des Ministers tätig war. Ich habe ihm sogleich darauf erwidert, er würde weitgehend eine unabhängige Stelle haben, da er sowieso nicht in der Hierarchie des Amtes rangiert. Er warf aber dann die Frage auf, von wem er denn seine Weisungen bekommen würde, wenn Sie abwesend wären. Ich bin dieser Frage ausgewichen.

Im übrigen kämpft Herr Westrick noch mit seinem besseren Selbst bezüglich der Federführung des Auswärtigen Amts. Er brachte den Gedanken vor, man solle ihn für Entwicklungsfragen zwei Ministern, nämlich dem Außenminister und dem Wirtschaftsminister unterstellen. Diese sollten gewissermaßen im Kabinett das Entwicklungs-Gremium darstellen.

Ich halte das für eine schlechte Idee, denn das würde die Schwierigkeiten, die sich jetzt aus dem wechselnden Vorsitz im Interministeriellen Ausschuß¹¹ ergeben, nur auf die Ministerebene verlagern. Meines Erachtens sollte man unter allen Umständen daran festhalten, gerade wenn man die Westrick-Lösung verwirklicht, daß der Außenminister federführend und Herr Westrick einziger Vorsitzender des Interministeriellen Ausschusses ist. Kommt im Interministeriellen Ausschuß keine Einstimmigkeit zustande, so muß die Sache entweder ins Wirtschaftskabinett oder ins volle Kabinett gehen.

Eine solche Regelung würde gleichzeitig auch den Bedenken Rechnung tragen, die der Herr Bundeskanzler in seinem Brief vom 10. März zum Ausdruck gebracht hat, worin er sagt, er halte es nicht für möglich, daß ein Interministerieller Ausschuß ermächtigt wird, Zuteilungen von 2,5 bis 3 Milliarden DM auszuspre-

¹⁰ Am 25. März 1961 informierte Staatssekretär van Scherpenberg Bundesminister von Brentano, z. Z. Badenweiler, er habe angeordnet, „daß entsprechend Ihrer Entscheidung alle erforderlichen Maßnahmen getroffen werden, damit die Abteilung unter Leitung von Botschafter Weber alsbald in Wirkung tritt.“ Mißverstanden habe der Bundesminister offenbar den Vorschlag der vorläufigen Beauftragung des Ministerialdirektors Harkort mit der Leitung der neuen Abteilung: Daran habe er, van Scherpenberg, insofern gedacht, als Weber nicht „sozusagen Hals über Kopf“ abberufen werden könne: „Er muß ja schließlich gerade in so einem empfindlichen Land wie VAR wenigstens die Möglichkeit haben, sich einigermaßen anständig zu verabschieden. Ich habe daher vorbehaltlich Ihrer Zustimmung in Aussicht genommen, die Organisationsverfügung dahin zu ergänzen, daß sie lautet: ‚Bis zum Eintreffen von Botschafter Weber wird Ministerialdirektor Harkort die Abteilung provisorisch leiten.‘“ Vgl. das Schreiben; B 2 (Büro Staatssekretär), Bd. 77.

Auf dem von Ministerialdirektor Hopmann am 27. März 1961 vorgelegten Entwurf für einen Organisationserlaß vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Limbourg handschriftlich am 29. März 1961: „Der Herr Minister hat mir heute sein Einverständnis zu der noch offenen Frage der provisorischen Leitung der Abt. 8 durch Herrn MD Harkort bis zum Eintreffen von Herrn Botschafter Weber übermittelt.“ Vgl. B 110 (Referat Z B 1), Bd. 215.

Am 30. März 1961 bat Botschafter Weber, Kairo, Brentano darum, die Entscheidung, ihm die Leitung der Abteilung für Entwicklungspolitik zu übertragen, zu überdenken. Für das Privatdienstschreiben vgl. B 1 (Ministerbüro), Bd. 29.

¹¹ Der Interministerielle Ausschuß für Entwicklungspolitik trat am 2. Dezember 1960 zu seiner ersten Sitzung zusammen. Vgl. dazu das Protokoll; B 58 (Referat III B 1), Bd. 166.

chen.¹² Ich habe den Eindruck, daß der Herr Bundeskanzler sich keine Vorstellung von dem Niveau des Interministeriellen Ausschusses macht, der ja nicht aus Referenten besteht, sondern aus zuständigen Abteilungsleitern und im Bedarfsfall aus den Staatssekretären der beteiligten Ressorts. Wenn dann darüber hinaus noch der Rekurs an das Kabinett bleibt, müßte wirklich alle Gewähr für eine sorgfältige Bewirtschaftung der Mittel gegeben sein.

4) Herr Minister Erhard hat es für richtig gehalten, auf Ihren Vorschlag über die Behandlung des Selwyn-Lloyd-Besuchs¹³ mit dem anliegenden Brief sauer zu reagieren.¹⁴ Herr Minister Erhard scheint sich immer noch nicht ganz über die Geschäftsordnung der Bundesregierung¹⁵ klar zu sein. Für die praktische Abwicklung des Besuchs habe ich mich mit Herrn Westrick dahingehend geeinigt, daß ich an den Gesprächen bei Herrn Erhard teilnehme und daß ich bei sachlichen Gesprächen mit Herrn Selwyn Lloyd Herrn Westrick zuziehen würde, habe ihm aber sogleich gesagt, daß ich annehme, daß Herr Selwyn Lloyd hier im Auswärtigen Amt nur einen Höflichkeitsbesuch abstatten werde, so daß die sachlichen Gespräche in der Hauptsache bei Herrn Erhard laufen würden. Trotzdem glaube ich, daß man die Ausführungen von Herrn Erhard nicht ganz unwidersprochen lassen kann. Ich habe Herrn Boss gebeten, einen Antwortentwurf zu machen, den ich hier beifüge.¹⁶

5) Gestern hatte ich nach einer längeren Vorberatung mit den Kollegen Westrick und Hettlage sowie Herrn Troeger¹⁷ mit Botschafter Dowling ein erstes Gespräch

¹² Am 2. März 1961 legten Auswärtiges Amt und Bundesministerium für Wirtschaft den Entwurf einer gemeinsamen Kabinettsvorlage vor. Danach sollte der Interministerielle Ausschuß für Entwicklungshilfe ermächtigt werden, „im Rechnungsjahr 1961 Auszahlungen zur Finanzierung von Entwicklungsvorhaben im Rahmen der bilateralen Kapitalhilfe sowie Sondermaßnahmen bis zu einer Höhe von insgesamt 2,5 Milliarden DM zu beschließen“ und bei der Planung „bis auf weiteres von einem Betrag von jährlich 3 Milliarden DM“ auszugehen. Vgl. B 1 (Ministerbüro), Bd. 121.

¹³ Mit Schreiben vom 7. März 1961 an Bundesminister Erhard regte Bundesminister von Brentano an, daß, wie bei den Finanzverhandlungen mit den USA, Staatssekretär van Scherpenberg die Gespräche mit dem britischen Schatzkanzler Lloyd über die Zahlungsbilanz-Probleme „mit den Herren Ihres Hauses“ vorbereiten und „die Leitung und Koordinierung der Verhandlungen“ übernehmen sollte. Dabei sei es „selbstverständlich, daß Sie oder Herr Kollege Etzel, da ich selbst ja abwesend sein werde, die Gespräche leiten“. Vgl. B 1 (Ministerbüro), Bd. 60.

¹⁴ Dem Vorgang nicht beigelegt.

Bundesminister Erhard äußerte sich mit Schreiben vom 11. März 1961 an Bundesminister von Brentano zu dem Vorschlag, daß Staatssekretär van Scherpenberg die Besprechungen mit dem britischen Schatzkanzler Lloyd koordinieren solle: „Eine derartige Behandlung geht an dem tatsächlichen Sachverhalt völlig vorbei und bedeutet für mich vor der ganzen deutschen und internationalen Öffentlichkeit eine so schwere Kränkung und Diffamierung, daß ich sie unter gar keinen Umständen hinzunehmen bereit bin.“ Er habe „für das Verhalten des Auswärtigen Amtes nicht das geringste Verständnis“, denn mit Lloyd würden „zweifelloso, und zwar ausschließlich, nur Fragen besprochen werden, die nach der Geschäftsordnung in den Bereich des Wirtschaftsministers bzw. auch des Finanzministers fallen“. Vgl. B 1 (Ministerbüro), Bd. 60.

¹⁵ Für den Wortlaut der Geschäftsordnung der Bundesregierung vom 11. Mai 1951 vgl. KABINETTS-PROTOKOLLE 1961, S. 305–313.

¹⁶ Dem Vorgang nicht beigelegt.

Mit Schreiben vom 23. März 1961 erläuterte Bundesminister von Brentano, z. Z. Badenweiler, Bundesminister Erhard: „Es beruht auf einem völligen Mißverständnis, wenn Sie annehmen, ich wollte Ihnen das Recht streitig machen, mit einem auswärtigen Fachkollegen sachliche Gespräche und Verhandlungen zu führen; und ich denke gar nicht daran, hierfür eine ‚Regie des Auswärtigen Amtes‘ zu beanspruchen.“ Er habe lediglich „im Rahmen des § 11 der Geschäftsordnung der Bundesregierung“ vorgeschlagen, Staatssekretär van Scherpenberg die Koordinierung und Leitung der Verhandlungen zu übertragen, „soweit Sie selbst *nicht* beteiligt sind“. Vgl. B 1 (Ministerbüro), Bd. 60.

¹⁷ Zur Staatssekretärsbesprechung am 13. März 1961 vgl. Dok. 80.

über die sogenannten kurzfristigen Probleme. Ich nehme an, daß jedenfalls die Verhandlungen über die Schuldenrückzahlung sehr schnell verlaufen werden. Die grundsätzliche Zuständigkeit des Auswärtigen Amtes für die Oberleitung der Verhandlungen ist von keiner Seite bestritten worden. Ich glaube, daß diesen Verhandlungen doch eine erhebliche praktische Bedeutung zukommt. Wenn sie wie gewünscht verlaufen, werden sie zu einer Entlastung unserer Devisenbilanz um nahezu 5 Milliarden DM führen, d.h. wir können davon ausgehen, daß im laufenden Jahr keine nennenswerte weitere Aktivierung unserer Zahlungsbilanz eintritt. Damit hätten wir dann wenigstens Luft gewonnen, um über die langfristigen Probleme in einiger Ruhe zu sprechen.

Dies ist um so wichtiger, als, wie ich streng vertraulich hörte, der Verlauf der letzten BIZ-Tagung in Basel, an der sämtliche europäische Notenbankpräsidenten teilgenommen haben, eine ungewöhnlich scharfe Kritik an der DM-Aufwertung zutage gefördert hat.¹⁸ Die Notenbanken sind aufs höchste alarmiert darüber, daß das Gesamtgefüge der Wechselkurse der westlichen Welt durch diese Maßnahme in Bewegung gebracht worden ist. Es wird größter Anstrengung bedürfen, eine sehr ernste internationale Währungskatastrophe zu verhindern.

6) Zum Schluß noch eine kleinere Angelegenheit. Ich hatte auf dem Flugplatz Wahn noch ein kurzes Gespräch mit Herrn Krone. Er war sehr erleichtert über den guten Verlauf meines Gesprächs mit Prälat Kunst.¹⁹ Wir kamen dann noch auf den Vorschlag, für die Dauer des Konzils²⁰ einen evangelischen Konsultator an die Vatikan-Botschaft zu entsenden, zu sprechen. Dieser Vorschlag wird, wie ich Ihnen berichtet habe, in protestantischen Kreisen erwogen. Herr Krone sagte mir, er hätte diesen Gedanken, der ihm bereits von Herrn Kunst nahegebracht worden war, mit dem Herrn Bundeskanzler besprochen. Dieser sei von diesem Gedanken in höchstem Maße eingenommen und würde seine Verwirklichung sehr begrüßen.²¹

¹⁸ Zur Reaktion der Tagung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich am 11./12. März auf die Aufwertung der DM am 6. März 1961 vgl. auch Dok. 81.

¹⁹ Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Krone notierte am 8. Februar 1961 in seinem Tagebuch: „Scherpenbergs Ernennung zum Botschafter beim Vatikan wird in evangelischen Kreisen heftig kritisiert.“ Auf seine Initiative sei daraufhin ein informeller Kreis zusammengetreten, der „künftig Fragen dieser Art beraten soll“ und dem auch der Bevollmächtigte der Evangelischen Kirche in Deutschland, Kunst, angehöre. Vgl. KRONE, Tagebücher, S. 468f.

²⁰ Am 25. Januar 1959 kündigte Papst Johannes XXIII. die Einberufung eines Ökumenischen Konzils an, das seitdem in Rom vorbereitet wurde. Vgl. dazu den Artikel „Das Konzil“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 27. Januar 1959, S. 2.

²¹ Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Krone vermerkte am 24. März 1961 in seinem Tagebuch, er habe mit Staatssekretär Globke, Bundeskanzleramt, über den Vorschlag des Bevollmächtigten der Evangelischen Kirche in Deutschland, Kunst, gesprochen, den evangelischen Kieler Theologieprofessor Meinhold „während des Konzils nach Rom [zu] schicken“. Vgl. KRONE, Tagebücher, S. 477. Bundesminister von Brentano vermerkte am 9. April 1961 für Staatssekretär van Scherpenberg: „Meine Feststellungen haben folgendes ergeben: Eine Vertretung der Evangelischen Kirche bzw. ein Verbindungsmann bei dem Leiter des Sekretariats des Ökumenischen Konzils ist möglich; die Anglikanische Kirche unterhält bereits eine solche Vertretung. Professor M. wäre ‚persona grata‘. Die Verbindung müßte von Kirche zu Kirche erreicht werden, also unter Ausschaltung amtlicher Stellen. [...] Die Verhandlungen können über den Erzbischof von Paderborn oder unmittelbar mit Kardinal Bea erfolgen.“ Vgl. B 2-VS, Bd. 310 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1961. Am 28. April 1961 legte van Scherpenberg dar, ein erneutes Gespräch mit Kunst habe ergeben, daß „weniger an einen Vertreter beim Konzil gedacht“ werde als an einen Berater für den Botschafter beim Heiligen Stuhl in Fragen, „die für die deutsche evangelische Kirche im Zusammenhang mit dem Konzil, aber auch auf die Dauer im Verhältnis zum Vatikan unter politischen Gesichtspunkten von besonderem Interesse wären“. Vgl. B 2-VS, Bd. 310 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1961.

7) Endlich möchte ich diesem Brief noch einen Abschnitt beifügen, den ich nicht selbst, sondern Herr Sahm verfaßt hat, und der die sehr unbefriedigende Entwicklung unseres Gesprächs mit dem Bundesverteidigungsministerium über die NATO-Reform zum Gegenstand hat. Der Wortlaut des Sahmschen Entwurfs lautet wie folgt:

Strategische NATO-Planung

Mit Schreiben vom 4. März d. J. hatten Sie Herrn Bundesminister Strauß die Bildung einer Arbeitsgruppe vorgeschlagen, die eine deutsche Konzeption zu den drängenden Fragen der westlichen Verteidigungspolitik ausarbeiten sollte.²² Gleichzeitig hatten Sie vorgeschlagen, daß die Arbeitsgruppe Ihnen und Herrn Strauß zunächst den Entwurf für ein ihr zu erteilendes Mandat anfertigen sollte. Eine Antwort von Herrn Strauß ist bisher nicht eingegangen. Statt dessen hat der Leiter der Unterabteilung Führung im Führungsstab der Bundeswehr, Oberst Bertram, fernmündlich Herrn Sahm mitgeteilt, die Ausarbeitung des Bundesverteidigungsministeriums liege bereits dem Herrn Bundesverteidigungsminister vor. Sobald dieser sie gebilligt habe (wahrscheinlich am Donnerstag, dem 16. März), werde sie dem Auswärtigen Amt zugeleitet werden.

Alsdann sollten die von Ihnen benannten Herren Sahm, Reinkemeyer und Balken am Montag und Dienstag kommender Woche²³ mit zwei oder drei untergeordneten und erst kurz im Bundesverteidigungsministerium tätigen Offizieren als Arbeitsgruppe zusammentreten. Das Ergebnis der Überlegungen soll dann am Mittwoch, 22. März, den Herren General Schnez und Oberst Bertram sowie einem höheren Beamten des Auswärtigen Amts vorgetragen werden.²⁴

Dieses Verhalten des Bundesverteidigungsministeriums stellt eine völlige Veränderung der Sachlage dar. Jede Kritik der Herren des Auswärtigen Amts an dem Papier des Bundesverteidigungsministeriums würde eine Kritik an dem Herrn Bundesverteidigungsminister selbst darstellen. Eine wirkliche Diskussion und gemeinsame Überprüfung der Grundlagen und der deutschen Anschauungen ist dadurch und zusätzlich durch die Unerfahrenheit der vom Bundesverteidigungsministerium benannten Offiziere ausgeschlossen.²⁵

²² Für das Schreiben des Bundesministers von Brentano vom 4. März 1961 an Bundesminister Strauß vgl. B 130, Bd. 1996 A (201).

Am 4. März 1961 legte Ministerialdirektor von Etzdorf dar, Bundeskanzler Adenauer habe „in der Sitzung des Bundesverteidigungsrats gefordert, daß – unter Federführung des Auswärtigen Amts – eine deutsche Konzeption zu den Fragen der westlichen Verteidigung erarbeitet wird. Herr Staatssekretär Carstens hat mit Herrn Bundesverteidigungsminister Strauß mündlich vereinbart, daß eine entsprechende Arbeitsgruppe aus Angehörigen beider Ministerien eingesetzt wird, um diese Arbeit aufzunehmen. (Das diesbezügliche Schreiben des Herrn Bundesministers dürfte Herrn Bundesverteidigungsminister Strauß noch nicht erreicht haben.)“ Vgl. VS-Bd. 922 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1961.

²³ 20./21. März 1961.

²⁴ Ministerialdirektor von Etzdorf resümierte am 10. März 1961, aus den Vorschlägen des Bundesministeriums für Verteidigung sei zu schließen, daß es „nicht bereit ist, an einer sinnvollen gemeinschaftlichen Erarbeitung von Grundlagen für eine von den Ministern und dem Herrn Bundeskanzler zu entscheidende Politik teilzunehmen. Das Zusammentreten der Arbeitsgruppe in der vom Bundesverteidigungsministerium vorgeschlagenen Form ist daher zwecklos.“ Vgl. B 130, Bd. 1996 A (201).

²⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse Werz notierte am 21. März 1961: „In der zweiten Hälfte der vergangenen Woche war aus dem Bundesverteidigungsministerium zu erfahren, daß der Herr Bundesverteidigungsminister den von den Herren General Schnez und Oberst Bertram erarbeiteten internen Entwurf noch einmal überarbeiten wolle. Die vorgesehene Übersendung des Entwurfs an das Auswärtige Amt könne daher noch nicht stattfinden; desgleichen nicht die ursprünglich für Montag und

Mit meinem Einvernehmen hat Herr Sahn daher heute Oberst Bertram mitgeteilt, daß das vom Bundesverteidigungsministerium vorgeschlagene Verfahren kaum durchführbar erscheine. Nachdem eine von dem Herrn Bundesverteidigungsminister persönlich genehmigte Ausarbeitung vorliege, müßten die Herren vom Auswärtigen Amt ihre Überlegungen ebenfalls erst Ihnen vorlegen. Herr Bertram hat darauf nur geantwortet, daß dann wohl kaum noch für eine Sitzung der Arbeitsgruppe Zeit sei, da die Osterfeiertage²⁶ und die Vorbereitung für die Sitzung des Military Committee in Washington die in Frage kommenden Herren von einer Teilnahme an gemeinsamen Sitzungen wahrscheinlich abhalten würden (die Sitzung des Military Committee findet vom 10. bis 15. April in Washington statt; von deutscher Seite nehmen General Foertsch und Oberst Bertram daran teil).²⁷

Unter diesen Umständen möchte ich vorschlagen, daß die Ausarbeitung des Bundesverteidigungsministeriums mit größtmöglicher Beschleunigung geprüft wird. Die Stellungnahme des Auswärtigen Amts würde alsdann Ihnen zur Genehmigung vorgelegt werden. Sollte es notwendig sein, würde ich vorschlagen, daß Sie dann Ihren Standpunkt in einem Brief an Herrn Strauß niederlegen; gegebenenfalls könnten die verschiedenen Auffassungen auch dem Herrn Bundeskanzler schriftlich vorgelegt werden. Dieses ganze Verfahren hat allerdings den großen Nachteil, daß der von Ihnen beabsichtigte Brief an Mr. Acheson²⁸ sich erneut verzögern würde. Andererseits hat der neue amerikanische NATO-Botschafter Finletter Herrn von Walther mitgeteilt, daß die Arbeiten der Acheson-Gruppe noch einige Wochen in Anspruch nehmen werden.²⁹ Ich habe Herrn von

Fortsetzung Fußnote von Seite 389

Dienstag dieser Woche in Aussicht genommene gemeinsame Beratung der zuständigen Beamten beider Ministerien.“ Vgl. B 130, Bd. 8413 A (Ministerbüro).

²⁶ 31. März (Karfreitag) bis 3. April 1961 (Ostermontag).

²⁷ Mit Schreiben vom 18. März 1961 wies Staatssekretär van Scherpenberg Bundesminister Strauß darauf hin, daß aufgrund des vom Bundesministerium für Verteidigung gewählten Verfahrens die vorgesehene Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung einer Konzeption über die politische und militärische Zukunft der NATO kaum einen gemeinsamen „Entwurf zur Beschlußfassung durch die beiden Herren Minister ausarbeiten“ könne. Da Bundeskanzler Adenauer für seine Reise in die USA aber Unterlagen zur Verfügung gestellt werden müßten, werde das Auswärtige Amt eigene Überlegungen schriftlich niederlegen: „Sobald dieses Ergebnis vorliegt, werde ich mir erlauben, es auch Ihnen zuzuleiten.“ Er hoffe, daß es dann noch möglich sein werde, „dem Herrn Bundeskanzler eine von beiden Herren Ministern gebilligte einheitliche Aufzeichnung vorzulegen“. Vgl. B 14-301, Bd. 151.

Strauß antwortete am 29. März 1961: „Es kann keine Rede davon sein, daß das von Ihnen kritisierte Verfahren zu den nachteiligen Folgen führt, die Sie schildern. Der Sinn meiner internen Anordnung besteht darin, mir die Gewißheit zu verschaffen, daß von meinen Herren das vertreten wird, was ich für richtig halte. Es gibt verschiedene Präzedenzfälle, aus denen sich klar zeigt, wie nachteilig es ist, wenn von den Vertretern eines Ministeriums Gedanken geäußert oder Pläne überlegt werden, die nicht die Billigung der Leitung des Hauses haben. Angesichts der Bedeutung der Materie und der Tatsache, daß ich über diese Probleme eine sehr klare Vorstellung habe, kann ich leider nicht anders verfahren.“ Vgl. B 14-301, Bd. 151.

²⁸ Vgl. dazu den Vermerk des Bundesministers von Brentano vom 1. März 1961 für Ministerialdirektor von Etzdorf; Dok. 61, Anm. 12.

Am 13. März 1961 vermerkte Legationsrat I. Klasse Boss, Brentano habe an die Weisung vom 1. März erinnert und bitte, „ihm baldmöglichst den Entwurf eines Schreibens an Herrn Dean Acheson über unsere Vorstellungen zu einer Neuorganisation der NATO vorzulegen“. Vgl. B 130, Bd. 1996 A (201).

²⁹ Am 13. März 1961 berichtete Botschafter von Walther, Paris (NATO), über den soeben beendeten Antrittsbesuch des amerikanischen NATO-Botschafters. Finletter habe mitgeteilt, daß er an der Sitzung des Ständigen NATO-Rats am 15. März teilnehmen und am folgenden Tag nach Washington zurückkehren werde, „um zunächst für voraussichtlich weitere 14 Tage bei der Acheson-Gruppe mitzuarbeiten. Seiner Ansicht nach hat man allerdings die Schwierigkeiten der NATO-Planung in dieser Gruppe von vornherein unterschätzt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 225; B 130, Bd. 1996 A (201).

Walther gebeten, Mr. Finletter, der Donnerstag³⁰ nach Washington zurückkehrt, mitzuteilen, daß Sie im Hinblick auf die großen Schwierigkeiten der Erarbeitung eines deutschen Standpunktes bedauerten, noch nicht in der Lage zu sein, schon jetzt den versprochenen Brief an Mr. Acheson zu schreiben. Mr. Finletter soll gebeten werden, dies Mr. Acheson mitzuteilen.³¹

8) In diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen mit der Bitte um möglichst baldige Rückgabe als Urlaubslektüre noch den Wortlaut des englischen Memorandums zur NATO-Strategie³² übersenden. Es gibt einen hervorragenden Überblick über die Problematik der Angelegenheit und wird Ihnen für Ihre Stellungnahme zu dem zu erwartenden Vorschlag des Bundesverteidigungsministeriums³³ vielleicht von Nutzen sein.³⁴

Ich wünsche Ihnen, sehr verehrter Herr Minister, weiterhin gute Erholung und schönes Frühlingswetter und verbleibe mit den besten Grüßen

Ihr aufrichtig ergebener
van Scherpenberg³⁵

VS-Bd. 322 (Büro Staatssekretär)

³⁰ 16. März 1961.

³¹ Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 793 des Staatssekretärs van Scherpenberg vom 14. März 1961 an Botschafter von Walther, Paris (NATO); B 130, Bd. 1996 A (201).

³² Zum Memorandum „NATO Strategy and Nuclear Weapons“ des britischen Verteidigungsministers Watkinson vom 25. Januar 1961 vgl. Dok. 45, Anm. 14.

³³ Für den am 20. März 1961 vom Bundesministerium für Verteidigung vorgelegten „Entwurf über Politische und militärische Konzeption der NATO aus der Sicht der BRD“ vgl. B 130, Bd. 1996 A (201).

³⁴ Am 23. März 1961 informierte Bundesminister von Brentano, z. Z. Badenweiler, Bundeskanzler Adenauer, z. Z. Cadenabbia, daß die Bemühungen, eine gemeinsame Stellungnahme mit dem Bundesministerium für Verteidigung über die weitere Entwicklung der NATO zu erarbeiten, „bisher keinen überzeugenden Erfolg gebracht“ hätten. Den vom Bundesministerium für Verteidigung am 20. März 1961 vorgelegten Entwurf zur politischen und militärischen Konzeption der NATO halte er „nicht für glücklich und auch nicht für ausreichend“. Es gelte, die „wesentlichen Fragen präzise zu stellen und präzise zu beantworten“. Dabei handle es sich zum einen um die Frage der politischen Konsultation, zum anderen um diejenige der atomaren Bewaffnung: „Wir werden [...] eine Antwort auf die Frage geben müssen, was wir meinen, wenn wir davon sprechen, daß die Streitkräfte der NATO auch mit taktischen Atomwaffen ausgerüstet werden müssen.“ Vgl. BARING, Bundeskanzler, S. 310 f.

Staatssekretär Carstens leitete den in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Verteidigung erstellten Entwurf eines Memorandums zur politischen und militärischen Planung der NATO am 25. März 1961 an Brentano, z. Z. Badenweiler, und schlug vor, das Memorandum an den Berater des amerikanischen Präsidenten, Acheson, zu übermitteln; außerdem solle es Bundeskanzler Adenauer als Grundlage für die Gespräche mit Präsident Kennedy am 12./13. April 1961 in Washington dienen. Allerdings solle die „Problematik, die in dem Memorandum steckt“, noch einmal im engsten Kreis – „vielleicht nur der Herr Bundeskanzler, Sie, Minister Strauß mit einem militärischen Berater und ich“ – erörtert werden. Vgl. B 130, Bd. 8413 A (Ministerbüro).

Zum Gespräch am 8. April 1961 vgl. Dok. 104.

³⁵ Paraphie vom 15. März 1961.

Botschafter von Walther, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt

114-1785/61 geheim
Fernschreiben Nr. 241

Aufgabe: 15. März 1961, 18.00 Uhr¹
Ankunft: 15. März 1961, 19.50 Uhr

Neuer amerikanischer NATO-Botschafter Finletter, der heute zum ersten Mal an einer Ratssitzung teilnahm, berichtete dabei über das Ergebnis der Besprechungen zwischen Thompson und Chruschtschow². Die Unterredungen hätten mehr allgemeine Fragen und nicht Einzelprobleme zum Gegenstand gehabt. Sie seien freimütig gewesen. Chruschtschow habe keine besondere Ungeduld an den Tag gelegt, und man glaube amerikanischerseits, daß er auch mit der künftigen Behandlung wichtiger Probleme auf diplomatischer Ebene einverstanden sein werde.

Thompson habe erklärt, daß die neue amerikanische Regierung Zeit brauche, um zu den einzelnen Problemen, die das Ost-West-Verhältnis belasteten, wirklich Stellung nehmen zu können. Es sei gut, wenn auf diplomatischem Wege Basen für eine Einigung vorbereitet werden könnten; wo keine Einigung zu erzielen sei, sei auch die Klarstellung der Meinungsgegensätze von Wert.

Bezüglich Laos³ verfolge die amerikanische Regierung das Ziel, dort eine wirklich neutrale, unabhängige Regierung zu sehen. Hierauf habe Chruschtschow geantwortet, daß dieses Ziel sich in erfreulicher Weise von der üblichen amerikanischen Politik gegenüber neutralen Staaten unterscheide.

In einem Gespräch über den Kongo habe Chruschtschow Kasavubu, Tschombé und Hammarskjöld für den Tod Lumumbas verantwortlich gemacht⁴ und die

¹ Hat Ministerialdirektor Duckwitz vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Northe und Legationsrat I. Klasse Reinkemeyer verfügte.

Hat Northe am 16. März 1961 vorgelegen.

Hat Reinkemeyer am 17. März 1961 vorgelegen.

² Der amerikanische Botschafter in Moskau, Thompson, führte am 9. März 1961 ein Gespräch mit Ministerpräsident Chruschtschow in Nowosibirsk. Vgl. dazu FRUS 1961–1963, V, Dok. 41–44, S. 92–97; FRUS 1961–1963, XIV, Dok. 8, S. 18–20; FRUS 1961–1963, XX, Dok. 47, S. 99–101, und FRUS 1961–1963, XXIV, Dok. 27, S. 80–82. Vgl. ferner CHRUSCHTSCHOWS WESTPOLITIK, Bd. 3, S. 50–69.

³ Zur Situation in Laos vgl. Dok. 61, Anm. 32.

Am 21. März 1961 berichtete Gesandter Krapf, Washington, im diplomatischen Corps sei die Einschätzung verbreitet, daß die amerikanische Haltung „angesichts der anhaltenden sowjetischen Unterstützung für Pathet-Lao-Rebellen geklärt werden“ müsse. So werde eine „sowjetische Luftbrücke von Nordvietnam in das Rebellengebiet in Laos (Plaine des Jarres) fortgesetzt – ungeachtet der dringenden Vorhaltungen, die Thompson in seinem Gespräch mit Chruschtschow gemacht hat. Da Gromyko im Gespräch mit Rusk am vergangenen Wochenende keinerlei Bereitschaft zur Einstellung der Luftbrücke in Laos erkennen ließ, rechnet man nunmehr mit der Möglichkeit direkter amerik[anischer] Intervention in Gestalt von Nachrichtentruppen, Artillerie-Beobachtung, Luftaufklärung usw. Die Verwendung von Bodentruppen wird noch immer ausgeschlossen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 610; B 12 (Referat 710), Bd. 1603.

Legationsrat Berendonck, Bangkok, teilte am 23. März 1961 mit, daß kurz vor der SEATO-Ministerkonferenz vom 27. bis 29. März 1961 in Bangkok die laotischen „Rebellenverbände [...] in bedrohlicher Nähe der Hauptstadt Vientiane“ stünden. Die thailändische Regierung scheine „ein weiteres Vordringen der Pathet-Lao-Verbände und die Einnahme der Hauptstadt Vientiane durch militärische Gegenmaßnahmen verhindern zu wollen“ und werde dabei „von den USA unterstützt“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 332; B 12 (Referat 710), Bd. 1603.

⁴ Zur sowjetischen Haltung nach der Ermordung des Ministerpräsidenten Lumumba vgl. auch Dok. 61, Anm. 28 und 33.

Vereinigten Staaten beschuldigt, den Kolonialisten zu helfen. Man müsse die Organisationsform der Vereinten Nationen ändern, um eine Wiederholung zu vermeiden. Besonders seien drei Generalsekretäre zu schaffen, das Vetorecht im Sicherheitsrat müsse aufrechterhalten werden.⁵ Über die künftige Regelung der Kongo-Krise habe Chruschtschow keine Andeutungen gemacht.

Chruschtschow habe sodann den sowjetisch-amerikanischen Handel zur Sprache gebracht, auf den er Wert lege. Es gebe jedoch eine kleine Gruppe in den Vereinigten Staaten, die die Schaffung einer „Vertrauensgrundlage“ verhinderte. Die Sowjetunion hätte einige ihrer Industrien nicht ausgebaut, wenn ausreichende Grundlagen für einen umfassenden sowjetisch-amerikanischen Warenaustausch vorhanden gewesen wären.

Chruschtschow habe bemerkt, daß Thompson das Thema Berlin und Deutschland nicht zur Sprache gebracht habe. Die gegenwärtige sowjetische Ansicht hierzu sei in dem Memorandum an den Bundeskanzler vom 17. Februar⁶ festgelegt, er hoffe, daß die Vereinigten Staaten für diesen Standpunkt Verständnis hätten. Obgleich die Vereinigten Staaten wie auch die Sowjetunion die Wiedervereinigung wünschten, sei es unrealistisch, zu denken, daß Deutschland entweder unter Ulbricht oder unter Adenauer wiedervereint werden könnte. Daher sei im Moment ein Friedensvertrag mit den „beiden Deutschland“ am Platze. Wenn der Westen darauf und auf das Konzept einer „Freien Stadt Berlin“ nicht eingehe, werde die Sowjetunion zusammen mit den sozialistischen Staaten einen separaten Friedensvertrag mit der sogenannten DDR abschließen.⁷

Thompson habe geantwortet, daß Kennedy die deutsche Frage neu überprüfe. Er werde dabei die Bundesregierung und andere Alliierte konsultieren. Eine wesentliche Änderung gegenüber der bisherigen Haltung sei jedoch unwahrscheinlich.

Chruschtschow habe betont, daß ein gemeinsamer Friedensvertrag mit den beiden deutschen Regierungen zu einem allmählichen Rückzug der amerikanischen und russischen Truppen aus Europa und damit auch zu einer Basis des Vertrauens und zur Abrüstung führen könnte.

Zur Frage der Einstellung der Nuklearversuche habe Chruschtschow ausgeführt, das entscheidende Problem sei die Abrüstung und nicht der Versuchsstopp, der die Waffenproduktion nicht beeinträchtigen werde. Die kürzliche Rede McCloy habe sich ausschließlich mit der Aufrüstung und nicht mit der Abrüstung befaßt. Thompson habe betont, daß die amerikanische Regierung an einem Abkommen über den Versuchsstopp sehr interessiert sei und daß ein solches Abkommen im Interesse aller liege, da es verhindern werde, daß weitere Länder in den Besitz nuklearer Waffen gerieten.⁸ Auf eine direkte Frage Thompsons habe Chrusch-

⁵ Bereits am 23. September und erneut am 3. Oktober 1960 sprach Ministerpräsident Chruschtschow vor der UNO-Generalversammlung in New York die Frage der Unparteilichkeit des UNO-Generalsekretärs an und forderte, dieses Amt durch ein Exekutivorgan zu ersetzen, das im Sinne der Ausgewogenheit mit je einem Vertreter der westlichen, der sozialistischen und der neutralen Staaten besetzt werden sollte (Troika). Vgl. dazu UN GENERAL ASSEMBLY, 15TH SESSION, PLENARY MEETINGS, S. 83 und S. 319.

⁶ Zum sowjetischen Memorandum vgl. Dok. 54, besonders Anm. 7.

⁷ Zu den sowjetischen Vorschlägen für eine „Freie Stadt“ Berlin (West) bzw. für einen separaten Friedensvertrag zwischen der UdSSR und der DDR vgl. Dok. 2, Anm. 3 und 4.

⁸ Am 21. März 1961 wurden in Genf die Teststopp-Verhandlungen zwischen Großbritannien, der UdSSR und den USA wiederaufgenommen.

tschow erklärt, daß China Atomwaffen weder produziere, noch von der Sowjetunion erhalten habe. Es werde nützlich sein, wenn das Abkommen über die Einstellung der Nuklearversuche sowohl von Frankreich wie von China unterzeichnet werden würde.

Auf die Bemerkung Thompsons, daß es schon wertvoll sei, daß ein besseres Klima in den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen geschaffen worden sei, habe Chruschtschow geantwortet, er sei ungeduldig und bedaure, daß bereits so viel Zeit verschwendet worden sei. Die Sowjetunion werde einer allgemeinen Abrüstung nicht zustimmen, solange nicht die Vereinigten Staaten die sowjetische Auffassung von der Rolle des Generalsekretariats der Vereinten Nationen akzeptierten.

Botschafter Finletter teilte ferner Einzelheiten über den Stand der sowjetisch-amerikanischen Kontakte in New York über die Tagesordnung der Generalversammlung der VN mit.⁹ Er erklärte, Botschafter Stevenson sei angewiesen worden, Gromyko folgenden Vorschlag zu unterbreiten¹⁰: Die Vereinigten Staaten seien bereit, einer Resolution der Vollversammlung der VN zuzustimmen, die etwa die folgenden Punkte enthalte:

- 1) Die Präambel müsse klarstellen, daß die Resolution auf den Erklärungen der Vertreter der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, der Sowjetunion und Frankreichs bezüglich der Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen beruhe.
- 2) Die Resolution sollte die Absicht dieser Mächte begrüßen, die Zehn-Mächte-Abrüstungskommission wieder einzuberufen.¹¹

Finletter bemerkte dazu, die amerikanische Regierung ziehe die bisherige Zusammensetzung der Zehn-Mächte-Kommission vor.¹² In dem wahrscheinlichen Falle, daß dies nicht durchsetzbar sei, sei die amerikanische Regierung bereit, Mexiko und Indien einzuladen, einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden und Berichterstatter zu stellen. Die beiden Vorsitzenden würden Beamte der Kommission sein; sie würden nicht an Abstimmungen oder an sachlichen Diskussionen teilnehmen.

⁹ Botschafter Knappstein, New York (UNO), berichtete am 28. Februar 1961: „Seit einigen Tagen wird innerhalb der VN-Delegationen das Gerücht kolportiert, daß die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten eine Abmachung treffen wollten, wonach die Amerikaner ihrerseits auf die Behandlung der Tagesordnungspunkte Tibet und Ungarn und die Sowjets auf die Erörterung des Tagesordnungspunktes ‚Aggressive Handlungen der Vereinigten Staaten gegen die Sowjetunion‘ verzichten würden.“ Käme die Abmachung, „den Kalten Krieg aus der Debatte weitgehend auszuklammern“, tatsächlich zustande, werde „die Fortsetzung der XV. Vollversammlung sich hauptsächlich um die Kongofrage und die der Abrüstung drehen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 91; B 130, Bd. 4777 A (300).

Am 15. März 1961 teilte Knappstein mit: „Die Bemühungen der Amerikaner, die Fortsetzung der Vollversammlung abzukürzen, scheiterten bisher an der sowjetischen Forderung, die Abrüstungsdebatte in jedem Falle durchzuführen. Gerade daran ist den Amerikanern, die ihre Abrüstungspolitik noch nicht formuliert haben, nicht gelegen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 130; B 130, Bd. 4777 A (300).

¹⁰ Zur Weisung an den amerikanischen UNO-Botschafter Stevenson vgl. FRUS 1961–1963, VII, Dok. 7, S. 19. Vgl. auch FRUS 1961–1963, Arms Control; National Security Policy; Foreign Economic Policy; Microfiche Supplement, Dok. 6.

¹¹ Zur Einstellung der Arbeit der Zehn-Mächte-Abrüstungskommission am 27. Juni 1960 vgl. Dok. 29, Anm. 3.

¹² Ministerpräsident Chruschtschow brachte am 26. September 1960 in der UNO-Generalversammlung den Vorschlag ein, die Zehn-Mächte-Abrüstungskommission um Vertreter aus Ghana, Indien, Indonesien, Mexiko und der VAR zu erweitern. Für den Wortlaut vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1960, S. 250 f.

3) Die Resolution sollte die Bereitschaft der genannten Mächte begrüßen, Abrüstungsgespräche in Genf am oder vor dem 1. August 1961 aufzunehmen.

Stevenson sei beauftragt, Gromyko gegenüber zu betonen, daß jeder Versuch der Sowjetunion, auf einem früheren Zeitpunkt zu bestehen, von der amerikanischen Regierung als Propagandaaktion gewertet werden würde.

4) Die Resolution sollte ferner ausführen, daß das Ziel dieser Verhandlungen die Schaffung einer friedlichen Welt mit vollständiger Abrüstung unter wirksamer Kontrolle und die Einrichtung einer Maschinerie für die friedliche Beilegung von internationalen Streitigkeiten sei. Sie solle die Mitglieder der Abrüstungskommission auffordern, eine größtmögliche Einigung zur Erreichung dieses Zieles anzustreben und in ihren Anstrengungen nicht nachzulassen, bis sie der Generalversammlung einen umfassenden Abrüstungsplan vorlegen könnten.

In der Diskussion stellten die NATO-Botschafter Frankreichs und Belgiens¹³ die Frage, ob Stevenson diese Vorschläge Gromyko bereits unterbreitet habe. Finletter konnte diese Frage nicht beantworten. Auf eine weitere Frage des belgischen Botschafters erklärte er, seiner persönlichen Ansicht nach dürfe man die Erklärung Chruschtschows, daß die Sowjetunion eine allgemeine Abrüstung von der amerikanischen Zustimmung zur Reform der UNO abhängig machen werde, nicht allzu wörtlich nehmen.

Während eine Mehrzahl von NATO-Botschaftern erklärte, ihre Regierungen stimmten der beabsichtigten Aufnahme von zwei Vertretern neutraler Staaten in die Abrüstungskommission zu, betonten der Botschafter Frankreichs und der Vertreter Italiens, daß ihre Regierungen die Hinzuziehung neutraler Staaten ablehnten.

Die Botschafter Kanadas, der Türkei und der Niederlande¹⁴ wiesen darauf hin, daß es fraglich erscheine, ob die Sowjetunion den amerikanischen Vorschlag akzeptieren werde, und daß daher der NATO-Rat sich über Alternativlösungen Gedanken machen und die Diskussion der vorliegenden Resolutionsentwürfe fortsetzen sollte.

Auf meine Frage, ob Mexiko und Indien den amerikanischen Vorschlag bereits akzeptiert hätten, konnte Finletter ebenfalls keine Auskunft geben.

Der Rat beschloß, in einer Sondersitzung am 16. März die Diskussion der Abrüstungsfrage und ihrer Behandlung in den Vereinten Nationen fortzusetzen.¹⁵

Wie mir mein französischer Kollege nach der Sitzung mitteilte, war die französische Delegation schon davon unterrichtet, daß Stevenson seinen Auftrag bereits ausgeführt habe und daß Gromyko den amerikanischen Vorschlag abgelehnt und

¹³ Pierre de Leusse (Frankreich) und André de Staercke (Belgien).

¹⁴ Jules Léger (Kanada), Muharrem Nuri Birgi (Türkei) und Dirk U. Stikker (Niederlande).

¹⁵ Über die Sondersitzung des Ständigen NATO-Rats berichtete Botschafter von Walther, Paris (NATO), am 16. März 1961, daß überwiegend Zustimmung zu den amerikanischen Vorschlägen zur weiteren Behandlung der Abrüstungsfrage in der UNO-Generalversammlung bestanden habe. Der amerikanische NATO-Botschafter Finletter habe dann darüber informiert, daß der sowjetische Außenminister Gromyko im Gespräch mit dem amerikanischen UNO-Botschafter Stevenson den amerikanischen Vorschlag, „die Zehnergruppe um zwei Neutrale ohne Stimmrecht zu erweitern, unbefriedigend“ genannt und auf einem „Fünfeznerausschuß mit Stimmrecht für alle“ bestanden habe. Andere Vorschläge habe Gromyko aber „für annehmbar“ erklärt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 245; VS-Bd. 4045 (302/II 8); B 150, Aktenkopien 1961.

insbesondere die Hinzuziehung von Vertretern Mexikos und Indiens zur Abrüstungskommission nicht akzeptiert habe.¹⁶ Die Botschafter Frankreichs und Belgiens äußerten mir gegenüber ihre Unzufriedenheit über die verspätete Konsultation durch die amerikanische Regierung.

[gez.] Walther

VS-Bd. 3873 (704)

84

Gesandter Krapf, Washington, an das Auswärtige Amt

114-1798/61 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 549
Citissime

Aufgabe: 15. März 1961, 20.00 Uhr¹
Ankunft: 16. März 1961, 04.20 Uhr

Im Anschluß an Drahtbericht Nr. 546 vom 15.3.²

Präsident Kennedy empfing den Regierenden Bürgermeister von Berlin am 13. März zu einer etwa 45 Minuten dauernden Aussprache³, bei der ich zugegen war. Der Präsident stellte in der für ihn bezeichnenden raschen Folge Fragen

¹⁶ Am 30. März 1961 gab Botschafter Grewe, Washington, Informationen des Beraters des amerikanischen Präsidenten für Abrüstung und Rüstungskontrolle, McCloy, zu den Gesprächen des amerikanischen UNO-Botschafters Stevenson mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko weiter. Der von diesem vorgeschlagenen Erweiterung der Genfer Abrüstungskonferenz um fünf Neutrale leiste die amerikanische Regierung Widerstand. Man sehe in dem Vorschlag ein Propagandamanöver und finde die Ausdehnung des Teilnehmerkreises sachlich nicht gerechtfertigt. [...] Ebensovienig sei Übereinstimmung zur materiellen Seite der Verhandlungen erzielt worden.“ Das „einzige positive Ergebnis [...] sei eine Übereinkunft über die Wiederaufnahme der Abrüstungskonferenz. Man habe sich auf den 30. Juli in Genf festgelegt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 699; VS-Bd. 3997 (302/II 8); B 150, Aktenkopien 1961.

Zum Gespräch zwischen Stevenson und Gromyko am 24. März 1961 in New York, in dem für Juni und Juli 1961 bilaterale Abrüstungsgespräche und die anschließende Wiedereinberufung der Abrüstungskommission vereinbart wurde, vgl. FRUS 1961–1963, VII, Dok. 10, S. 28 f.

¹ Hat Legationsrat Bock am 17. März 1961 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Forster „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.

Hat Forster am 20. März 1961 vorgelegen.

² Gesandter Krapf, Washington, teilte mit, daß der Regierende Bürgermeister von Berlin, Brandt, am Morgen die Gespräche in Washington beendet habe und nach Chicago abgereist sei. Krapf berichtete dann über die Unterredungen am 13. März 1961 zwischen Brandt und dem Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium, Hillenbrand, sowie Abteilungsleiter Kohler über das sowjetische Memorandum vom 17. Februar 1961 an die Bundesregierung. Anschließend habe Brandt mit dem Staatssekretär für Wirtschaftsfragen im amerikanischen Außenministerium, Ball, über die Aufwertung der D-Mark und das Verhältnis der EWG zur EFTA gesprochen, wobei Ball zum Ausdruck gebracht habe, „daß eine Erweiterung der Diskriminierungszone in Europa nicht im amerikanischen Interesse läge“. Vgl. B 130, Bd. 2958 A (700).

³ Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Brandt, besuchte die USA vom 11. bis 20. März 1961. Für das Gespräch mit Präsident Kennedy am 13. März 1961 in Washington vgl. auch FRUS 1961–1963, XIV, Dok. 10, S. 25–30. Vgl. ferner BRANDT, Begegnungen, S. 85–90.

Brandt traf am 14. März 1961 außerdem mit dem amerikanischen Außenminister Rusk zusammen. Vgl. dazu FRUS 1961–1963, Western Europe; Berlin, Microfiche Supplement, Dok. 57.

an Herrn Brandt, die eine bemerkenswerte Vertrautheit mit dem Berlin-Problem verrieten.

Der Präsident eröffnete die Unterhaltung, indem er den Regierenden Bürgermeister nach den bevorstehenden Wahlen in Deutschland⁴ fragte. Der Bürgermeister antwortete, daß er eine gewisse Wahlkampf­tätigkeit im Mai und Juni erwarte. Der wirkliche Wahlkampf werde aber erst im August intensiv einsetzen.

Der Präsident fragte sodann, wie der Bürgermeister die Entwicklung hinsichtlich des Status von Berlin sehe. Der Bürgermeister antwortete, er glaube, der kritische Zeitpunkt, auf den man achten müsse, sei der Oktober-Kongreß der Kommunistischen Partei der Sowjetunion.⁵

Er glaube, daß Chruschtschow das Bedürfnis nach irgendwelchen von seinem Gesichtspunkt aus vorteilhaften Maßnahmen vor dem genannten Termin haben wird. In Beantwortung der Frage des Präsidenten, welcher Art solche Maßnahmen sein könnten, drückte der Bürgermeister die Ansicht aus, daß sie voraussichtlich nicht militärischer Natur sein würden. Chruschtschow könne sich aber entschließen, mit seinem Programm, einen Separatfriedensvertrag abzuschließen⁶, voranzugehen.

Der Präsident wandte sich dann dem Thema des derzeitigen Zustandes bezüglich des Zugangs zu Berlin und der Bewegungsfreiheit innerhalb der Stadt zu.

Der Bürgermeister erinnerte an die jüngsten Fälle von Behinderungen des Verkehrs zwischen West- und Ost-Berlin durch die Ostdeutschen⁷ und äußerte die Ansicht, daß die Bereinigung der Angelegenheit durch die Dezember-Vereinbarungen zwischen den Regierungen Ost- und Westdeutschlands⁸ vom westlichen Gesichtspunkt aus befriedigend gewesen sei. Er räumte ein, daß es immer möglich sei, den Verkehr aus Westdeutschland nach Westberlin zu behindern, wodurch sich in jedem Falle die Lebensverhältnisse in Westberlin verschlechtern würden. Es seien jedoch erhebliche Vorräte an Nahrungsmitteln und Heizmaterial angelegt worden⁹, die für etwa sechs Monate ausreichen, wodurch dem Westen für Entschlüsse Zeit gegeben würde.

Der Präsident bemerkte, daß Berlin das schwierigste Stück aus dem Nachlaß des Zweiten Weltkrieges sei. Aber daran sei nun leider nichts zu ändern – „I am afraid we just have to live with the situation“.

Auf die Frage, ob im Falle eines Separatfriedensvertrages das ostdeutsche Regime unabhängig von Moskau handeln würde, antwortete der Bürgermeister negativ. Die sog. DDR habe versucht, manchmal in der Vergangenheit unabhängig zu handeln. Der Bürgermeister drückte jedoch die Ansicht aus, daß die Erfahrung vom Dezember hier eine einschränkende Wirkung gehabt habe. Er meinte, er

⁴ Am 17. September 1961 fanden Wahlen zum Deutschen Bundestag statt.

⁵ Der XXII. Parteikongreß der KPdSU fand vom 17. bis 31. Oktober 1961 in Moskau statt.

⁶ Zur sowjetischen Ankündigung eines separaten Friedensvertrags mit der DDR vgl. Dok. 2, Anm. 4.

⁷ Vgl. dazu die Passierschein-Verordnung der DDR vom 8. September 1960; Dok. 4, Anm. 6.

⁸ Zur Zurückweisung von Teilnehmern an der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland beim Übergang nach Ost-Berlin am 12. Februar 1961 vgl. Dok. 52, Anm. 6.

⁹ Zur Vereinbarung des Leiters der Treuhandstelle für den Interzonenhandel, Leopold, mit dem Abteilungsleiter im Ministerium für Außenhandel und innerdeutschen Handel der DDR, Behrendt, vom 29. Dezember 1960 vgl. Dok. 6.

⁹ Zu den Maßnahmen des Senats von Berlin vgl. Dok. 36, Anm. 7.

könne nicht glauben, daß es der sog. DDR nie¹⁰ eine allzu große Bewegungsfreiheit gestattet werde (so im Text).

Der Bürgermeister führte dann aus, daß Berlin für die sog. DDR einen wirklichen Punkt der Schwäche darstelle. Seine Existenz mache es schwer, das ostdeutsche Regime zu stabilisieren. Es sei leicht, einen Vergleich zwischen West- und Ost-Berlin zu ziehen, der zuungunsten des Ostens ausfalle. West-Berlin sei ferner ein Tor zur Flucht aus dem Osten. Es stelle deshalb ein ernstes Problem für das Ulbricht-Regime dar, das im Gegensatz z. B. zu Polen keine Unterstützung in der Masse der Bevölkerung finde.

Der Präsident fragte sodann, was die Bundesregierung hinsichtlich des Problems der Oder-Neiße-Grenze tun könne. Der Bürgermeister antwortete, es sei für jede westdeutsche Regierung schwierig, über die alliierte Position hinauszugehen, nach welcher die Grenzfragen nur auf einer Friedenskonferenz endgültig geregelt werden könnten.¹¹ Seine persönliche Ansicht sei, daß, wenn Wege gefunden werden könnten, um die Völker mehr zueinander zu bringen, das Problem der Grenzen weniger wichtig sein würde. Er glaube, daß – besonders wenn kleine Berichtigungen an den Grenzen vorgenommen werden könnten – es möglich sein würde, eine sowohl für Polen als auch für Deutschland befriedigende Lösung zu finden.

Der Präsident erkundigte sich, ob – da die Wiedervereinigung auf lange Zeit nicht abzusehen sei – das Grenzproblem nicht die Beziehungen Polens zur Bundesrepublik und zum Westen in steigendem Maße verschlechtern müsse. Der Bürgermeister antwortete, dies sei möglich. Zur Zeit grenze jedoch die sog. DDR an Polen und nicht die Bundesrepublik.

Der Präsident erkannte die Verbindung zwischen dem Grenzproblem und dem deutschen Wunsch nach Wiedervereinigung an.

Der Bürgermeister bestätigte, daß dies eine grundsätzliche Überlegung sei. Er glaube, es könne möglich sein, neue Gespräche mit den Sowjets zu führen. Vielleicht könnten sie veranlaßt werden, ihre Zustimmung zu einer Art Selbstbestimmung für Deutschland nach einer Periode von etwa zehn Jahren mit Interimsregelung zu geben. Der Präsident bezweifelte, daß die Sowjets ein Interesse an einem solchen Vorschlag haben könnten. Der Bürgermeister erwiderte, man könnte zu dieser Lösung vielleicht im Rahmen eines weiter gesteckten Abkommens zwischen Ost und West auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle kommen. Der Präsident fragte, ob die Vorschläge für mitteleuropäische neutrale Zonen oder Rüstungszonen im Sinne des Kennan'schen Projektes¹² nützlich sein könnten. Der Präsident verneinte dies entschieden.¹³

¹⁰ Dieses Wort wurde von Legationsrat Bock gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „je“.

¹¹ Im Kommuniqué vom 2. August 1945 über die Konferenz der Staats- bzw. Regierungschefs Großbritanniens, der UdSSR und der USA in Potsdam („Potsdamer Abkommen“) bekräftigten Premierminister Attlee, der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare, Stalin, sowie Präsident Truman die Auffassung, „daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz aufgeschoben werden soll“. Vgl. DzD II/1, S. 2144. Vgl. dazu auch das Verhandlungsprotokoll; DzD II/1, S. 2167.

¹² Der amerikanische Professor und ehemalige Botschafter in Moskau, Kennan, nahm im November und Dezember 1957 in sechs Vorträgen, den „Reith Lectures“, im britischen Rundfunksender BBC Stellung u. a. zur Situation in der UdSSR, zu den Problemen Ost- und Mitteleuropas, zu militärischen Fragen sowie zu einer Stärkung der NATO und stellte dabei auch Überlegungen zu einem Abzug der amerikanischen und sowjetischen Streitkräfte und einem Rüstungsverzicht in beiden Teilen Deutschlands an.

Der Präsident fragte sodann, ob nach der Ansicht des Regierenden Bürgermeisters die sog. DDR wirtschaftlich für Rußland eine Hilfe oder eine Bürde sei. Der Bürgermeister meinte, im Endergebnis dürfte die Sowjetzone für Moskau ein wirtschaftliches Plus darstellen. Das Regime sei aber politisch schwach, und es sei deshalb möglich, daß eines Tages die Sowjets es besser und leichter fänden, mit einem wiedervereinigten, nicht-kommunistischen Deutschland zu verhandeln als mit einem korrupten Ostzonenregime. Nach der Qualität der Armee der DDR befragt, antwortete Brandt, die Truppen könnten zwar anderswo – wie z.B. in Asien – wirksam kämpfen, jedoch im Falle eines bedeutsamen Schrittes in bezug auf Berlin würden sie möglicherweise revoltieren und auf die andere Seite übergehen.

Auf die Frage nach den Beziehungen zwischen Ost- und West-Berlin antwortete der Bürgermeister, West-Berlin habe für die ostdeutsche Bevölkerung das Fenster nach dem Westen hinaus bedeutet und die Hoffnung auf einen Wandel der Dinge aufrechterhalten. Mit der Ost-Berliner Stadtverwaltung habe er keine Verbindung. Der dortige Bürgermeister Ebert sei wohl der am wenigsten bekannte Bürgermeister der Welt.

Der Präsident bemerkte, er sei zusätzlich zu seinen Sorgen über die eigene Zahlungssituation¹⁴ nun auch wegen der Briten beunruhigt, die während der letzten sieben Tage fast 7 % ihrer Goldreserven verloren hätten.¹⁵ Der Westen brauche irgendeinen Mechanismus, der die Entwicklung eines derartigen Ungleichgewichts und den Einfluß des Druckes des Goldüberschusses auf die internationale Zahlungssituation verhindern könnte. Die Kosten für den Unterhalt der amerikanischen Truppen in Deutschland betrügen 340 Millionen Dollar in Gold jährlich und stellten ein Hauptproblem für die amerikanische Zahlungsbilanz dar. Es handele sich hier nicht um Hilfe für den amerikanischen Steuerzahler, sondern um den Abfluß von Gold. Der Präsident bekräftigte, daß die Vereinigten Staaten verpflichtet seien, amerikanische Divisionen auf dem Kontinent zu belassen. Er persönlich sei der Ansicht, daß die amerikanischen konventionellen Streitkräfte verstärkt werden müßten, damit man sich nicht der Frage gegenübersähe, nukleare Waffen in der Mitte Deutschlands zu verwenden (... so that we would not be faced¹⁶ with the question of using nuclear weapons in the middle of Germany).

Fortsetzung Fußnote von Seite 398

Für den Wortlaut der Vorträge vgl. George F. KENNAN, *Russia, the Atom and the West*, London 1958. Vgl. dazu auch DzD III/3, S. 1930–1938.

13 Ministerialdirigent Northe bat die Botschaft in Washington am 18. März 1961 um Auskunft, ob dieser Satz „seine Richtigkeit hat, d. h., ob der Präsident die von ihm selbst gestellte Frage sogleich selbst verneint hat“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 325; B 130, Bd. 2958 A (700).

Gesandter Krapf, Washington, teilte am 20. März 1961 mit, es handele sich „um einen Übertragungsfehler. Im Original des Drahtberichtes heißt es: Der Bürgermeister verneinte dies entschieden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 590; B 130, Bd. 2958 A (700).

14 Zur amerikanischen Zahlungsbilanz und zum Problem des Goldabflusses aus den USA vgl. Dok. 17, Anm. 14.

15 In der Presse wurde am 13. März 1961 berichtet, nach Meldungen britischer Sonntagszeitungen hätten die Gold- und Devisenverluste in der Vorwoche „möglicherweise 80 bis 100 Millionen Pfund (rund eine Milliarde Mark) oder etwa neun Prozent der Gold- und Devisenbestände“ betragen. Vgl. den Artikel „Die Attacken gegen das Pfund“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 13. März 1961, S. 13.

16 Korrigiert aus: „forced“.

Der Präsident drückte die Befürchtung aus, daß die Anderson-Reise nach Deutschland¹⁷ zu einigen irrtümlichen Eindrücken geführt habe. Die Vereinigten Staaten bäten nicht um Hilfe für ihr Budget; es gehe vielmehr um die amerikanische und britische Goldsituation. Die deutschen Pläne für eine Verpflichtung, den Entwicklungsländern zu helfen, könnten den Druck lindern. Von direkter Wirkung wäre es, wenn die amerikanischen Kosten für den Unterhalt der Truppen verringert werden könnten und wenn die Bundesregierung weitere militärische Ausrüstungen von den Vereinigten Staaten kaufen würde.¹⁸

Der Bürgermeister bestätigte, daß es Mißverständnisse gegeben habe. Er sei überzeugt, daß wir nicht nur militärische Stärke, sondern auch Mitarbeit bei der politischen Strategie für die Führung einer friedlichen Offensive auf dem Wirtschaftssektor benötigten. Er freue sich über die Gründung der OECD¹⁹. Die beiden großen deutschen Parteien verstünden und bejahten diese Fragen. Die SPD habe sich den Vereinbarungen für Hilfe hinsichtlich der Zahlungsbilanzsituation und für die Hilfe an Entwicklungsländer nicht widersetzt. Sie sei sogar geneigt, hinsichtlich der Hilfeleistung noch weiter zu gehen. Diese Frage würde im Wahlkampf keine besondere Rolle spielen. Die SPD sei nur daran interessiert, auf welche Weise die Regierung plane, diese Dinge durchzuführen, besonders vom Gesichtspunkt des Haushalts aus.

Der Präsident äußerte, in den Vereinigten Staaten gebe es zwar Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich des wirtschaftlichen Hilfsprogramms, aber keine wesentlichen Differenzen bezüglich der Notwendigkeit der militärischen Bereitschaft. Er erinnerte an die „grandiosen“ Forderungen, die Norstad aufgestellt habe, und bemerkte, daß man möglicherweise nach den Wahlen in diesen Fragen in Einzelheiten gehen könnte.

Der Präsident stellte dann fest, daß seit seiner Amtsübernahme²⁰ nicht viel über Berlin gesagt worden sei. Es sei bedauerlich, daß Harriman in Berlin eine Erklärung abgegeben habe²¹, die eine weitere Erklärung durch Secretary of State Rusk notwendig gemacht habe²², die ihrerseits wiederum der Klarstellung bedurft habe.²³

¹⁷ Zum Besuch des amerikanischen Finanzministers Anderson vom 19. bis 23. November 1960 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 5, Anm. 3.

¹⁸ Zu den Finanzverhandlungen mit den USA vgl. Dok. 80.

¹⁹ Zur Gründung der OECD vgl. Dok. 1, Anm. 22.

²⁰ Präsident Kennedy trat sein Amt am 20. Januar 1961 an.

²¹ Über die Ausführungen des amerikanischen Sonderbotschafters auf einer Pressekonferenz am 8. März 1961 in Berlin (West) wurde berichtet, Harriman habe die künftige amerikanische Berlin-Politik mit dem Substantiv „Standfestigkeit“ charakterisiert. Er habe zudem geäußert, daß Präsident Kennedy bereits klargemacht habe, „daß sich seine Regierung nicht an vorangegangene Verhandlungen gebunden fühle. Die neuen Gesprächs müßten am Nullpunkt beginnen.“ Vgl. den Artikel „Harriman versichert die Berliner des Beistands der Amerikaner“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 9. März 1961, S. 1.

²² Zu den Ausführungen des amerikanischen Außenministers Rusk auf einer Pressekonferenz am 9. März 1961 in Washington vgl. Dok. 78, Anm. 11.

²³ Botschafter Grewe, Washington, gab am 10. März 1961 Erläuterungen des Pressesprechers des amerikanischen Außenministeriums vom selben Tag weiter. White habe auf die Frage nach den Äußerungen des Außenministers Rusk vom 9. März 1961 ausgeführt: „As you will recall, the Soviets rejected the Western proposals (1959 in Geneva), and we have, therefore, taken the position that we are no longer bound by these proposals with respect to any future negotiations with the Soviet Union on the Berlin issue. I would like to state unequivocally that the United States has no intention of reducing its garrison

Es sei besser, es Chruschtschow zu überlassen, in dieser Angelegenheit als Herausforderer aufzutreten.

Der Bürgermeister stimmte zu und erklärte, die Westberliner verstünden diesen Standpunkt, daß Berlin nicht ständig erwähnt werden sollte, gut. Der Westen solle, falls die Sowjets die Berlin-Frage wieder aufbringen, versuchen, die Tagesordnung nach Möglichkeit auszuweiten.

Der Präsident äußerte sodann, Brandt habe in seinem Fernsehinterview²⁴ mit Recht darauf hingewiesen, daß eine Garantie der Vereinten Nationen angesichts der augenblicklichen Vorgänge im Kongo unzulänglich erscheine. Er bemerkte, daß Senator Mansfield die Idee der VN-Garantie propagiert habe.²⁵ Dies sei allerdings vor den Kongo-Ereignissen gewesen. Er, der Präsident, erkenne an, daß die Vereinten Nationen nicht in zufriedenstellender Weise eine Garantie für West-Berlin leisten könnten.

Der Bürgermeister sagte, die Anwesenheit amerikanischer Truppen sei nicht nur eine wesentliche Garantie für Berlin, sondern auch wichtig für die Verteidigung der Vereinten Staaten selbst, weil hier auch die Prestige-Frage mitspiele. Das letztere solle man auch den Sowjets klar sagen. Dafür hätten sie Verständnis.

Der Präsident antwortete, die Vereinigten Staaten würden ihre Verpflichtung hinsichtlich Berlins erfüllen. Dies müsse den Sowjets von vornherein klargemacht werden. Er glaube, daß auch die Alliierten in dieser Hinsicht mit ihm übereinstimmten.

Der Präsident fragte sodann, wie der Regierende Bürgermeister den Aufbau der Streitkräfte der Bundesrepublik beurteile.

Der Bürgermeister erwiderte, der Aufbau sei zufriedenstellend. Vielleicht könnte er noch verbessert werden, obwohl er nicht glaube, daß sie unter ihren Nachbarn in Westeuropa Furcht hervorrufen und in Osteuropa Spannungen schaffe.²⁶ Es sei notwendig gewesen, die richtige Mitte zu finden.

Zum Abschluß fragte der Präsident noch nach den Themen für den Wahlkampf.

Der Bürgermeister erwähnte Gesundheitswesen, Schulen, öffentliche Straßen und dergleichen. Der Präsident meinte, dies sei ganz wie in den Vereinigten Staaten. Der Bürgermeister fuhr fort, es werde keine ernsthaften außenpolitischen Streitpunkte geben. Beide Parteien seien sich in den letzten zehn Jahren, während deren die Sowjets keinen Grund zur Hoffnung gegeben hätten, über die wirkliche Lage klargeworden. Beide Parteien seien überzeugt, daß Westdeutschland nur mit dem Westen gehen könne. Der Präsident erinnerte daran,

Fortsetzung Fußnote von Seite 400

in West Berlin, and it seems to me that this was implicit in what the Secretary (Rusk) said.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 517; B 32 (Referat 305), Bd. 128.

²⁴ Für den Wortlaut des Interviews des Regierenden Bürgermeisters Brandt für die Sendung „Meet the Press“ des amerikanischen Fernsehsenders NBC am 13. März 1961 vgl. DzD IV/6, S. 429–435.

²⁵ Der amerikanische Senator Mansfield führte am 23. März 1960 im Senat aus, eine friedliche Lösung der Berlin-Frage liege „in einer Änderung des Status von ganz Berlin, von Ost-Berlin nicht weniger als von West-Berlin“. Er schlug ein Abkommen vor, das es Berlin einschließlich der Zufahrtswege erlaube, „unter der Treuhandschaft der Vereinten Nationen oder einer anderen internationalen Einrichtung zu stehen, mit neutralen Streitkräften, die dieser Körperschaft verantwortlich sind, bis Berlin eines Tages wieder die Hauptstadt von ganz Deutschland ist.“ Dieser Interimsstatus könne „von den Alliierten, von kommunistischen Ländern, von den Vereinten Nationen garantiert werden“. Vgl. DzD IV/4, S. 573.

²⁶ So in der Vorlage.

daß die Sozialdemokratische Partei bei seinem Zusammentreffen mit Ollenhauer im Jahre 1956 hinsichtlich der Verhandlungen mit den Sowjets optimistischer gewesen sei.

Brandt antwortete, inzwischen sei Zeit vergangen. Die SPD fühle sich fest an den Westen gebunden.

Kohler, der ebenfalls an der Aussprache teilnahm, hatte schon am Vormittag Herrn Brandt den Entwurf einer Erklärung übergeben, die der RBM nach dem Gespräch mit dem Präsidenten vor der Presse verlesen sollte. Der Entwurf lautete wie folgt:

„We discussed the present (auf Wunsch des RBM gestrichen) situation in Berlin (auf Wunsch des RBM ersetzt durch „Germany“) and the development which [...]”²⁷. He reiterated the determination of the United States, in cooperation with its Allies, to preserve the freedom of the people of West Berlin and to defend the allied position in the city upon which the preservation of that freedom to such a large degree depends.“

Der Präsident änderte diesen Entwurf während der Besprechung eigenhändig dahingehend ab, daß der zweite Teil des letzten Satzes wegfiel. Dieser Satz lautet in der endgültigen Fassung wie folgt:

„He reiterated the determination of the United States, in cooperation with its Allies, to preserve and maintain the freedom of the people of West Berlin to which it is committed by treaty and conviction.“²⁸

Der Präsident begründete die Änderung ...²⁹ seiner Inaugurationsrede³⁰ verfolgten Politik zur Berlin-Frage immer nur das aus einem bestimmten Anlaß, z.B. des Besuches des Berliner Bürgermeisters, gerade Notwendige sagen wolle³¹, um die Lage nicht unnötig zu verschärfen (in order not to acerbate the situation unnecessarily).

[gez.] Krapf

B 130, Bd. 2958 A (700)

²⁷ Unvollständige Übermittlung des Drahtberichts.

Dieser Satz wurde von Legationsrat I. Klasse Forster angeschlängelt. Dazu Fragezeichen.

²⁸ Für den Wortlaut der Presseerklärung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Brandt, nach seinem Gespräch mit Präsident Kennedy am 13. März 1961 vgl. DzD IV/6, S. 428 f.

²⁹ Auslassung in der Vorlage.

³⁰ Für den Wortlaut der Ausführungen des Präsidenten Kennedy anlässlich seiner Amtseinführung am 20. Januar 1961 vgl. PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1961, S. 1–3. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1961, D 88–90.

Zu den Äußerungen von Kennedy zu Berlin am Tag vor seiner Amtseinführung vgl. Dok. 56, Anm. 33.

³¹ So in der Vorlage.

Schrifterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Werz**301-83.00/2-303/61 geheim****15. März 1961¹**

Betr.: Schlußfolgerungen aus der NATO-Ministerkonferenz vom Dezember 1960²

Bezug: 1) Drahterlaß Plurex Nr. 2323 geh. vom 21.12.60³

2) Erlaß vom 16.1.61 – 301-69/61 geh.⁴

I. Aus der Berichterstattung der Auslandsvertretungen in NATO-Staaten hat sich ergeben, daß die im Bericht der Vertretung bei NATO vom 2. Januar vertretene Auffassung im allgemeinen geteilt wird. Die meisten Auslandsvertretungen haben in ihren Berichten betont, daß in ihrem Gastland von der NATO-Ministerkonferenz im Dezember 1960 von vornherein keine wesentlichen Entscheidungen erwartet wurden, weil sie stattfand, ehe der neue amerikanische Präsident sein Amt antrat⁵ und die Grundzüge seiner Politik vor allem auf dem Gebiet der Verteidigungszusammenarbeit und gegenüber der NATO formulieren konnte.⁶

¹ Der Schrifterlaß wurde am 5. April 1961 zusammen mit dem Schriftbericht des Botschafters von Walther, Paris (NATO), vom 2. Januar 1961 über die Schlußfolgerungen aus der NATO-Ministerkonferenz vom 16. bis 18. Dezember 1960 in Paris von Ministerialdirektor von Etzdorf über Staatssekretär Carstens an Bundesminister von Brentano geleitet. Dazu legte Etzdorf dar: „Im Mittelpunkt der Beratungen zwischen den westlichen Regierungen steht seit Monaten die ‚Reform der NATO‘. Sie wird auch ein Thema der Besprechungen des Herrn Bundeskanzlers mit Präsident Kennedy sein. Ausgangspunkt ist hierbei u. a. das Ergebnis der NATO-Ministerkonferenz vom Dezember 1960.“ Da der Bericht von Walther vom 2. Januar „im Zusammenhang mit dem ihn ergänzenden Runderlaß vom 15. März eine zusammenfassende Unterrichtung über die augenblickliche Situation in der NATO“ biete, schlug Etzdorf vor, beide auch Bundespräsident Lübke vorzulegen.

Hat Carstens am 7. April 1961 vorgelegen.

Hat Brentano vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundeskanzler Adenauer verfügte.

Hat Adenauer am 28. April 1961 vorgelegen. Vgl. den Vermerk von Etzdorf vom 5. April 1961; VS-Bd. 401 (301/II 7); B 150, Aktenkopien 1961.

² Vgl. dazu den Schriftbericht des Botschafters von Walther, Paris (NATO), vom 2. Januar 1961; Dok. 1.

³ Zum Runderlaß des Ministerialdirektors von Etzdorf vgl. Dok. 1, Anm. 2.

⁴ Zum Schrifterlaß des Ministerialdirektors von Etzdorf vgl. Dok. 1, Anm. 27.

⁵ Präsident Kennedy trat sein Amt am 20. Januar 1961 an.

⁶ Botschaftsrat I. Klasse von Tannstein, Rom, berichtete am 2. Februar 1961, im italienischen Außenministerium sei von der „bedrückenden Atmosphäre in Paris“ gesprochen, gleichzeitig aber hervorgehoben worden, daß es wegen des Regierungswechsels in den USA keine amerikanische Initiative gegeben habe, die sonst „immer wie ein Motor die NATO belebt und weitergeführt habe. In der zeitweiligen Stagnation hätten die Schwierigkeiten über Gebühr Beachtung gefunden“. Vgl. den Schriftbericht; VS-Bd. 401 (301/II 7); B 150, Aktenkopien 1961.

Botschafter Oppler, Brüssel, teilte am 7. Februar 1961 mit, die belgische Regierung habe von der NATO-Ministerratstagung vom 16. bis 18. Dezember 1960 „keine konkreten Ergebnisse erwartet; dennoch sei man von dem Resultat enttäuscht“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 7; VS-Bd. 401 (301/II 7); B 150, Aktenkopien 1961.

Ähnlich informierte Botschafter Herwarth von Bittenfeld, London, am 10. Februar 1961, nach Ansicht der britischen Regierung sei es „nur natürlich, daß so kurz vor dem Regierungswechsel in den Vereinigten Staaten wichtige Beschlüsse nicht hätten gefaßt werden können“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 152; VS-Bd. 401 (301/II 7); B 150, Aktenkopien 1961.

Zu den Berichten aus Oslo und Kopenhagen vgl. Anm. 26 und 28.

Inzwischen sind zwei der in dem Bericht der Vertretung bei NATO erörterten Probleme gelöst worden:

1) Über Höhe und Kostenverteilung des Infrastrukturprogramms 1961/1964 ist im Februar 1961 im NATO-Rat Übereinstimmung erzielt worden. Der amerikanische Anteil wurde von rund 37 % auf rund 31 % gesenkt, der deutsche Anteil von rund 14 % auf rund 20 % erhöht. Die Anteile der übrigen Länder wurden nur unbedeutend verändert. Die Erhöhung des deutschen Anteils beruht auf der deutschen Bereitschaft, zur Entlastung der amerikanischen Zahlungsbilanz beizutragen.⁷

2) Die Sorge, die amerikanische Regierung könne den Abzug der amerikanischen Truppen aus Europa in Erwägung ziehen, ist für absehbare Zeit behoben. Präsident Kennedy hat in seiner Botschaft an den NATO-Rat vom 15. Februar zum Ausdruck gebracht, daß auch in Zukunft amerikanische Streitkräfte in Europa verbleiben müssen.⁸ Die Versicherung, daß amerikanische Truppen auf dem europäischen Kontinent verbleiben würden, ist auch in den Besprechungen gegeben worden, die der Herr Bundesminister des Auswärtigen vom 15. bis 17. Februar d.J. in Washington geführt hat.⁹

II. Unter den übrigen in dem Bericht der Vertretung bei NATO angesprochenen Problemen stehen zur Zeit im Vordergrund:

- 1) die langfristige militärische Planung der NATO,
- 2) internationale Probleme der Zahlungsbilanz,
- 3) die langfristige nicht-militärische Planung der NATO.

Zu 1) Präsident Kennedy hat zu dem Vorschlag einer „NATO-Atomstreitmacht“, den der damalige amerikanische Außenminister Herter auf der Dezember-Konferenz zur Diskussion gestellt hat¹⁰, noch nicht Stellung genommen. Die von ihm angeordnete Überprüfung der amerikanischen Gesamtstrategie¹¹ ist noch im Fluß. Ein Bericht des amerikanischen Verteidigungsministers McNamara über die „nationale“ Verteidigungspolitik wird dem Präsidenten im März d.J. vorliegen.¹² Im gleichen Monat wird eine informelle Arbeitsgruppe unter Dean Acheson dem Präsidenten Empfehlungen zur amerikanischen NATO-Politik vorlegen.¹³ Vor Billigung der in diesem Bericht vorgeschlagenen Maßnahmen ist

⁷ Der Ständige NATO-Rat einigte sich am 28. Februar 1961 auf einen neuen Verteilungsschlüssel für das Infrastruktur-Programm. Vgl. dazu NATO-BRIEF 1961, Nr. 4, S. 23.

⁸ Zur Mitteilung des Präsidenten Kennedy vom 15. Februar 1961 vgl. Dok. 62, Anm. 10.

⁹ Für die Gespräche des Bundesministers von Brentano mit dem amerikanischen Außenminister Rusk am 16. Februar und mit Präsident Kennedy am 17. Februar 1961 in Washington vgl. Dok. 51 und Dok. 53.

¹⁰ Zum Vorschlag des amerikanischen Außenministers Herter vom 16. Dezember 1960 vgl. Dok. 1, Anm. 7.

¹¹ Im Bericht zur Lage der Nation („State of the Union Message“) teilte Präsident Kennedy am 30. Januar 1961 mit, daß er den amerikanischen Verteidigungsminister McNamara mit der Überprüfung der gesamten Verteidigungsstrategie beauftragt habe. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1961, S. 24. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1961, D 107.

¹² Auf der Grundlage des Berichts des amerikanischen Verteidigungsministers McNamara übermittelte Präsident Kennedy dem Kongreß am 28. März 1961 eine Sonderbotschaft zum Verteidigungshaushalt der USA, in der er sich auch zu den grundsätzlichen Fragen der Verteidigungsstrategie äußerte. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1961, S. 229–240. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1961, D 252–264.

¹³ Zur Einsetzung der Arbeitsgruppe des ehemaligen amerikanischen Außenministers Acheson zur Überprüfung der amerikanischen Politik gegenüber der NATO vgl. Dok. 40, Anm. 5 und 7. Die Arbeitsgruppe legte am 24. März 1961 einen Bericht vor. Dazu teilte der amerikanische NATO-Botschafter Finletter am 29. März 1961 seinen Amtskollegen mit, „die Überprüfung sei noch nicht

mit amerikanischen Vorschlägen zur langfristigen militärischen Planung der NATO nicht zu rechnen. Andererseits hat inzwischen die britische Regierung eine Überprüfung der NATO-Gesamtstrategie angeregt¹⁴, deren Durchführung und Ergebnis jedoch im hohen Maße von den amerikanischen Vorstellungen abhängig ist.

Während die Bundesregierung verschiedentlich das deutsche Interesse an der Schaffung einer NATO-Atomstreitmacht ausgedrückt hat, gilt hinsichtlich der französischen und der britischen Auffassung weiterhin, was Vertretung bei NATO in ihrem Bericht vom 2. Januar (Abschnitt II) ausgeführt hat. Daneben tritt die Forderung des Ausbaus der konventionellen Verteidigungskraft stark in den Vordergrund der Diskussion, so u.a. im englischen Verteidigungs-Weißbuch vom Februar 1961¹⁵.

Zu 2) In der Frage einer Wirtschaftshilfe an weniger entwickelte NATO-Länder sind konkrete Fortschritte noch nicht erzielt worden. In einer ersten Erörterung am 1. März 1961 befaßte sich der NATO-Rat mit einer Vorlage des Wirtschaftsberaterausschusses über die besonderen wirtschaftlichen Probleme Griechenlands und der Türkei und den bisher zugunsten dieser beiden Länder von den übrigen Partnerstaaten bisher getroffenen Maßnahmen.¹⁶

Die übrigen, vor allem die USA interessierenden Fragen des Ungleichgewichts der Zahlungsbilanzen, darunter Lastenverteilung beim Verteidigungsaufwand und Entwicklungshilfe, sind sowohl Gegenstand bilateraler Gespräche als auch Themen zukünftiger multilateraler Erörterungen, vor allem in der OECD und DAG (Development Assistance Group).

Zu 3) Das Ergebnis der Dezember-Konferenz auf dem Gebiet der langfristigen nicht-militärischen Planung wird im Zuge der sogenannten „follow-up action“ im NATO-Rat ausgewertet.

a) Die Diskussion über die Möglichkeiten einer Verstärkung der politischen Konsultation ist noch im Fluß. Die Bundesregierung hatte vor der Dezember-Konferenz u. a. angeregt:

- die bindende Verpflichtung der Mitgliedstaaten zur Unterrichtung des NATO-Rats über alle Informationen, Pläne und Vorhaben, die mit der sowjetischen Bedrohung in der ganzen Welt zusammenhängen,

Fortsetzung Fußnote von Seite 404

abgeschlossen. Ein formeller Abschlußbericht sei nicht vorgesehen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 310 des Botschafters von Walther, Paris (NATO), vom selben Tag; B 130, Bd. 1996 A (201).

¹⁴ Vgl. dazu das Memorandum „NATO Strategy an Nuclear Weapons“ des britischen Verteidigungsministers Watkinson vom 25. Januar 1961; Dok. 45, Anm. 14.

¹⁵ Zum Weißbuch über die britische Verteidigung, das Thema der Unterhausdebatte am 27./28. Februar 1961 war, vgl. NATO-BRIEF 1961, Nr. 4, S. 21–23.

¹⁶ Botschafter von Walther, Paris (NATO), teilte am 1. März 1961 mit, in der Sitzung des Ständigen NATO-Rats am selben Tag sei der Bericht des Wirtschaftsberaterausschusses über Hilfsmaßnahmen für Griechenland und die Türkei als „gute Informationsgrundlage“ bezeichnet worden; der amerikanische Vertreter habe aber die beiden NATO-Partner aufgefordert, „ihrerseits alles nur Mögliche zur Stabilisierung ihrer wirtschaftlichen Lage beizutragen. Insbesondere solle die Türkei ein Investierungsprogramm ausarbeiten“. Vgl. den Schriftbericht; VS-Bd. 5000 (412/413); B 150, Aktenkopien 1961. Nach erneuten Beratungen berichtete Walther am 29. März 1961, daß auf türkischen Vorschlag die Bildung einer Arbeitsgruppe beschlossen worden sei, die einen Bericht für die NATO-Ministerrats-tagung vom 8. bis 10. Mai 1961 in Oslo vorlegen solle. Dieser solle insbesondere „die Frage behandeln, welche Länder oder internationale Organisationen Hilfeleistungen an Griechenland und Türkei erbringen könnten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 313; VS-Bd. 5000 (412/413); B 150, Aktenkopien 1961.

- die Bildung ständiger Ausschüsse zur laufenden Beobachtung sowie Meinungs- und Erfahrungsaustausch über die Entwicklung in bestimmten geographischen Gebieten.¹⁷

Die bisherigen Erfahrungen zeigen, daß es vor allem außerhalb des von der NATO geschützten geographischen Bereichs¹⁸ schwierig ist, die Fragen, die eine gemeinsame Verantwortung der NATO-Verbündeten berühren, von jenen abzugrenzen, die vorwiegend im Interessenbereich eines der Atlantikpaktstaaten liegen. Probleme ergeben sich auch daraus, daß einige NATO-Staaten eine Identifizierung ihrer Politik mit derjenigen der „Kolonialmächte“ vor allem in den Vereinten Nationen vermeiden wollen. Gleichwohl sollte der Aufbau der Konsultation als des wichtigsten Elements der politischen Zusammenarbeit in der NATO in allen den NATO-Bereich direkt berührenden Fragen ausgebaut werden. Die NATO muß darüber hinaus das Forum bleiben, in dem der Westen die weltweiten Probleme des Ost-West-Konflikts erörtert. Ergänzend sollte hierzu zum mindesten die Verpflichtung zu einer umfassenden Information treten.

Zum Erfahrungs- und Meinungsaustausch über die Entwicklung in einzelnen geographischen Gebieten treten Expertenausschüsse, die aus den Vertretern der beteiligten Außenministerien bestehen, demnächst zusammen.

b) Auch auf dem Gebiet der Abrüstung war die Konsultation innerhalb der NATO in der Vergangenheit nicht zufriedenstellend. Die Folge war die bekannte Dissonanz in der Haltung der westlichen Staaten, vor allem bei den Abrüstungsdebatten in den Vereinten Nationen.

Aus diesem Grunde hatte der Herr Bundesminister des Auswärtigen in der Dezember-Konferenz des NATO-Rats die Schaffung einer neuen Arbeitsgruppe für Abrüstungsfragen gefordert, die einen einheitlichen westlichen Standpunkt zu den Abrüstungsfragen sicherstellt.

Da die Verwirklichung dieser Anregung auf amerikanischen Wunsch zurückgestellt worden ist, bis die neue amerikanische Regierung ihre Abrüstungspolitik festgelegt hat¹⁹, wird nunmehr zunächst angestrebt, noch vor der Osloer Kon-

¹⁷ Zur entsprechenden Initiative der Bundesregierung vgl. Dok. 59, Anm. 7.

¹⁸ Gemäß Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 wurde der Bündnisfall durch einen Angriff auf das Gebiet einer der Vertragsparteien, „auf die algerischen Départements Frankreichs, auf die Besatzungstreitkräfte einer Partei in Europa, auf die der Gebietshoheit einer Partei unterstehenden Inseln im nordatlantischen Gebiet nördlich des Wendekreises des Krebses“ sowie auf Schiffe und Flugzeuge eines der Bündnispartner ausgelöst. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290. Mit Protokoll vom 17. Oktober 1951 über den Beitritt Griechenlands und der Türkei wurde dieses Gebiet in Absatz 2 dahingehend erweitert, daß dies auch auf Streitkräfte, Schiffe und Flugzeuge einer in oder über „irgendeinem anderen europäischen Gebiet, in dem eine der Parteien [...] eine Besatzung unterhält, oder wenn sie sich im Mittelmeer oder im nordatlantischen Gebiet nördlich des Wendekreises des Krebses befinden“. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 293.

¹⁹ Legationsrat I. Klasse von Plehwe, Paris (NATO), berichtete am 12. Januar 1961, daß sich der Ständige NATO-Rat in einer seiner nächsten Sitzungen mit der Abrüstungsfrage und auch mit dem Vorschlag des Bundesministers von Brentano, eine Sachverständigengruppe für Abrüstung einzusetzen, befassen werde. Der amerikanische NATO-Botschafter Burgess habe dabei deutlich gemacht, „daß seine Regierung voraussichtlich vorläufig nicht an einer solchen Arbeitsgruppe teilnehmen könne, da die neue Administration sich zunächst in allen Fragen der Abrüstung einarbeiten müsse“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 34; VS-Bd. 4045 (302/II 8); B 150, Aktenkopien 1961.

Am 1. Februar 1961 bekräftigte der amerikanische Botschafter Dowling: „Ein solcher Ausschuß würde für die USA zurzeit sehr unbequem sein, da sie im Begriffe seien, ihre Abrüstungspolitik intern zu

ferenz²⁰ in der NATO eine gemeinsame Analyse der sowjetischen Abrüstungspolitik zu erarbeiten.²¹

c) Mit der Auswertung der Meinungsäußerungen über die wirtschaftliche Zusammenarbeit hat der NATO-Rat am 15. Februar den Wirtschaftsberaterausschuß der NATO beauftragt. Auf diesem Gebiet zeichnet sich trotz mancher Divergenzen in den Auffassungen eine gewisse Einmütigkeit der NATO-Bündnispartner darüber ab, daß die Wirtschaftspolitik gegenüber dem Ostblock und gegenüber der nichtgebundenen Welt im NATO-Rat zwar abgestimmt, jedoch in anderen bestehenden Organisationen (OECD) durchgeführt werden sollte.²²

d) Psychologische Verteidigung: Seit ungefähr einem Jahr beschäftigt sich die NATO – vor allem auf Initiative des Herrn Bundesverteidigungsministers Strauß – mit der Frage, ob und wie das Gebiet der Psychologischen Aktion in der NATO koordiniert werden kann.²³ Wesentliche Fortschritte wurden noch nicht erzielt, obwohl in der Ministerkonferenz im Dezember 1960 verschiedene Außenminister

Fortsetzung Fußnote von Seite 406

revidieren.“ Vgl. die Aufzeichnung des Staatssekretärs van Scherpenberg vom 1. Februar 1961; VS-Bd. 4045 (302/II 8); B 150, Aktenkopien 1961.

Ministerialdirektor von Etzdorf empfahl daher am 8. Februar 1961, daß der Vorschlag „ohne jedes Insistieren im gegenwärtigen Zeitpunkt“ aufrechterhalten werden sollte, „damit wir später als dessen Initiatoren bei der Diskussion der westlichen Abrüstungspolitik beteiligt werden“. Vgl. VS-Bd. 4045 (302/II 8); B 150, Aktenkopien 1961.

20 In Oslo fand vom 8. bis 10. Mai 1961 die NATO-Ministerratstagung statt. Vgl. dazu Dok. 139–142.

21 Botschafter von Walther, Paris (NATO), berichtete am 1. März 1961, daß der Politische Ausschuß am Vortag erneut „den deutschen Vorschlag für die Bildung einer NATO-Arbeitsgruppe für Abrüstungsfragen“ erörtert habe. Der dänische Vertreter habe den Vorschlag unterstützt, denn nur dadurch werde es den nicht der Zehn-Mächte-Abrüstungskommission angehörenden Staaten möglich, „ihre Ansichten zur Geltung zu bringen und über die grundsätzlichen Fragen der Abrüstungspolitik ausreichend orientiert zu werden“. Die meisten seiner Amtskollegen hätten jedoch eine solche Arbeitsgruppe „in der nächsten Zukunft für unzweckmäßig“ gehalten, aber es sei darauf hingewiesen worden, „daß die Arbeitsgruppe für sowjetische Politik in ihrer letzten Sitzung im Oktober 1960 bereits eine noch heute gültige Analyse der sowjetischen Abrüstungspolitik vorgenommen habe“. Diese Arbeitsgruppe könne die Diskussion zur sowjetischen Abrüstungspolitik bei ihrem nächsten Treffen vom 13. bis 15. März 1961 vertiefen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 179; VS-Bd. 4045 (302/II 8); B 150, Aktenkopien 1961.

22 Am 20. März 1961 übermittelte Botschafter von Walther, Paris (NATO), Staatssekretär van Scherpenberg einen Bericht zu den „Kompetenzen der NATO auf wirtschaftlichem Gebiet“. Darin wurde festgestellt, es herrsche „innerhalb der NATO auf keinem Gebiet so viel Unklarheit wie in der Frage, ob und in welchem Umfang die NATO für die Steuerung der Hilfe an unterentwickelte Länder außerhalb der Allianz zuständig sein soll“. Anders als im Falle der Wirtschaftsbeziehungen zu den Warschauer-Pakt-Staaten, wo es eine „Abstimmung über Kredite“ gebe, sei hier die Arbeit der NATO durch „völlige Unklarheit über die Zuständigkeit [...] und über die Abgrenzung der Kompetenzen von NATO und OECD“ gelähmt worden. Mit Blick auf das entsprechende Kapitel im Bericht über die nicht-militärische langfristige Planung der NATO, das der Wirtschaftsberater-Ausschuß für die NATO-Ministerratstagung vom 8. bis 10. Mai 1961 in Oslo vorlegen sollte, stellte Walther Überlegungen zur Vermeidung von Kompetenzüberschneidungen zwischen OECD und NATO an. Vgl. den Schriftbericht; B 2-VS, Bd. 311 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1961.

Der Wirtschaftsberater-Ausschuß der NATO legte am 29. März 1961 den für die weitere Diskussion im Ständigen NATO-Rat bestimmten Bericht über die Kompetenzen und Ziele auf wirtschaftlichem Gebiet vor. Für den Wortlaut vgl. VS-Bd. 4991 (400).

23 Ministerialdirektor von Etzdorf legte am 3. März 1961 dar: „Auf der Konferenz der NATO-Verteidigungsminister im März 1960 hat die Bundesregierung ein Memorandum zur Aktivierung der Arbeit auf dem Gebiet der psychologischen Verteidigung eingebracht. Auf Beschluß des NATO-Rats wurde eine Arbeitsgruppe mit der Behandlung der deutschen Vorschläge beauftragt.“ Im Februar 1961 sei „ein weiteres deutsches Memorandum vorgelegt worden, in dem die Betätigung der NATO auf einzelnen konkreten Gebieten der psychologischen Verteidigung gefordert wird“. Vgl. VS-Bd. 1407 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1961.

eine stärkere Aktivität der NATO in dieser Hinsicht gefordert hatten.²⁴ Der Grund hierfür lag vor allem darin, daß einige Regierungen (vor allem die britische) bilaterale Erörterungen dieses Themas vorziehen, andere (z.B. die französische) wenig Neigung zeigen, der NATO weitere Kompetenzen zuzuerkennen, und wiederum andere glauben, dieses Thema lasse sich ausreichend im Informationsausschuß der NATO bearbeiten, was von der Bundesrepublik und mehreren anderen NATO-Verbündeten bestritten wird.

Im Januar 1961 hat das Generalsekretariat der NATO die Ad-hoc-Arbeitsgruppe „Psychologische Aktion“ zu einer neuen Sitzung einberufen, die Ende März stattfinden soll.²⁵

III. In dem Bericht der Vertretung bei NATO vom 2. Januar wird auch die Haltung Norwegens, Dänemarks und Kanadas, insbesondere zur Abrüstungspolitik, mit Sorge erwähnt. Von den Botschaften Kopenhagen und Oslo wird diese Sorge nicht geteilt und demgegenüber auf die besondere geographische Lage der skandinavischen Staaten, auf die zahlreichen konkreten Beweise einer schrittweisen Aktivierung der dänischen NATO-Politik²⁶ und auf die besondere Loyalität der norwegischen Außenpolitik gegenüber der NATO unter Halvard Lange, einem der „Drei Weisen“²⁷, hingewiesen.²⁸

²⁴ Botschafter von Walther, Paris (NATO), berichtete am 17. Dezember 1960 von der NATO-Ministerratstagung in Paris, der italienische Außenminister Segni habe die Frage gestellt, „ob der Westen nicht auf die Beschimpfungen und Verleumdungen des Moskauer Parteienmanifestes, die bei Menschen und Völkern mit weniger scharfem politischem Urteil ihren Eindruck nicht verfehlten, mit einer sorgfältig abgewogenen Gegenerklärung ‚An die Bürger der ganzen Welt‘ antworten solle“. Der griechische Außenminister Averoff-Tossizza habe diesen Vorschlag unterstützt und ausgeführt, angesichts der Fortschritte, die die UdSSR „mit ihrer flexiblen und intelligenten Politik seit 1945 in der Welt gemacht habe, müsse man sehr beunruhigt sein. Ohne psychologische Aktion sei der Westen der Lage nicht mehr gewachsen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 715; VS-Bd. 8488 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1960.

²⁵ Zu den Ergebnissen der Sitzung der Ad-hoc-Arbeitsgruppe „Psychologische Aktion“ der NATO vom 22. bis 24. März 1961 in Paris teilte Legationsrat I. Klasse Wickert am 27. März 1961 mit, daß die Bündnispartner dem Argument der Bundesrepublik gefolgt seien, daß der bislang zuständige Informationsausschuß der NATO „zur Ausarbeitung umfassender Analysen und Abstimmung von Gegenmaßnahmen nicht in der Lage sei“. Entsprechend sei beschlossen worden, eine ständige Expertengruppe einzurichten: „Um die Ziele der Arbeitsgruppe zu verschleiern, erhält sie die Bezeichnung ‚Ad Hoc Study Group‘.“ Außerdem solle ein hoher Beamter im NATO-Generalsekretariat als Verantwortlicher benannt werden. Vgl. VS-Bd. 409 (II 7); B 150, Aktenkopien 1961.

²⁶ Am 9. Februar 1961 übermittelte Botschafter Berger, Kopenhagen, die Einschätzung: „Die dänische Politik zeichnet sich durch eine Behutsamkeit aus, die häufig den Eindruck des Retardierens erweckt. Man wird jedoch gut tun, diese ebenso dem dänischen Charakter wie auch der exponierten strategischen Lage entsprechende Politik nicht als mangelnden guten Willen oder Skepsis zu deuten.“ Angesichts der aktiver werdenden dänischen Politik gegenüber der NATO sei „eine ruhige Beurteilung durchaus gerechtfertigt“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 6; VS-Bd. 401 (301/II 7); B 150, Aktenkopien 1961.

²⁷ Zum Bericht der „Drei Weisen“ vom 13./14. Dezember 1956 vgl. Dok. 59, Anm. 4.

²⁸ Botschafter von Holten, Oslo, wies am 28. Januar 1961 darauf hin, daß die norwegische Haltung zu einer „Ausweitung der Kompetenz der NATO in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht auf den außerhalb der eigentlichen NATO-Aufgaben liegenden Bereich des gesamten Ost-West-Gegensatzes“ durch die geographische Lage bedingt sei, „die politische Rücksichten auf die Unabhängigkeit Finnlands, auf die neutrale Haltung des benachbarten Schweden und letztlich auf die benachbarte Sowjetunion“ auferlege. Dies gelte neben der „atomaren Aufrüstung, die die Regierung unter Vorbehalt freier Entscheidung für den Ernstfall für Norwegen ablehnt“, vor allem für die Frage der Abrüstung, bei der die norwegische Regierung „durch Verhandlungen [...] dem Ziel einer allgemeinen Abrüstung näherzukommen“ hoffe. Allerdings habe der norwegische Außenminister Lange klargestellt, „daß Voraussetzung für eine solche Verhandlungslinie die Aufrechterhaltung des militärischen Machtgleichgewichts gegenüber der Sowjetunion sein müsse“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 11; VS-Bd. 401 (301/II 7); B 150, Aktenkopien 1961.

IV. Der Anregung der Vertretung bei NATO, die Botschaften in den NATO-Staaten mehr als bisher mit den einzelnen Aspekten der NATO-Zusammenarbeit vertraut zu machen, wird Rechnung getragen werden. Es wird gebeten, daß die Auslandsvertretungen in den NATO-Staaten, insbesondere in dem Zeitraum bis zur vorgesehenen Ministerkonferenz in Oslo vom 8. bis 10. Mai, über die Auffassung ihres Gastlandes zu solchen Einzelaspekten mit besonderer Sorgfalt berichten.

gez. Dr. Werz

VS-Bd. 401 (301/II 7)

86

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Janz

507-82.03/3-26/61 geheim

17. März 1961¹

Betr.: Deutsch-österreichischer Ausgleichsvertrag

Bezug: Kabinettsitzung am 22. März 1961

Die seit 1958 geführten Verhandlungen der deutsch-österreichischen Gemischten Kommission über den Abschluß eines deutsch-österreichischen Ausgleichsvertrages² sind Ende Januar 1961 mit der Erstellung des Entwurfs eines deutsch-österreichischen Ausgleichsvertrages beendet worden. In den Punkten, in denen Übereinstimmung erzielt worden ist, wurde eine gemeinsame Fassung niedergelegt. Andere Punkte, in denen bisher kein Übereinkommen erzielt werden konnte, sind als deutsche bzw. als österreichische Fassung bezeichnet worden.³ Diese Punkte, wie auch die Höhe der deutschen finanziellen Leistungen, auf die im einzelnen noch zurückgekommen wird, sollen in einem Gespräch der beiderseitigen Außen- und Finanzminister, das am 10. April 1961 in Bad Kreuznach stattfinden wird, endgültig geklärt werden.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Förster konzipiert.

² Nachdem die österreichische Regierung in den Verhandlungen mit der Bundesrepublik zum Vertrag über die Regelung vermögensrechtlicher Fragen darauf gedrängt hatte, „gleichzeitig auch über Fragen des Lastenausgleichs, der Wiedergutmachung und der Ansprüche der in Österreich lebenden volksdeutschen Flüchtlinge und Umsiedler zu verhandeln und Vereinbarungen hierüber auch in den Vermögensvertrag aufzunehmen“, wurde beim Abschluß des Vertrags am 15. Juni 1957 ein „nicht zur Veröffentlichung bestimmter Briefwechsel“ unterzeichnet, in dem Verhandlungen über diese Themen vorgesehen wurden. Die ersten Gespräche fanden im Rahmen der deutsch-österreichischen Gemischten Kommission vom 1. bis 10. Juli 1958 in Bad Kissingen statt. Vgl. die Kabinettsvorlage des Auswärtigen Amtes und des Bundesministeriums der Finanzen vom 21. Oktober 1958; B 86 (Referat 507), Bd. 834.

³ Ministerialdirektor Janz legte am 8. Februar 1961 den in Verhandlungen vom 16. bis 24. Januar 1961 in Wien erarbeiteten Entwurf für einen Ausgleichsvertrag mit Österreich vor, „der folgende Teile umfaßt: I. Vertriebene und Umsiedler (Art. 1–8), II. Verfolgte (Art. 9–16), III. Fragen aus dem sozialen Bereich (Art. 17–20), IV. Steuer- und Abgabenfragen (Art. 21–25), V. Allgemeine Bestimmungen (Art. 26 und 27), VI. Schlußbestimmungen (Art. 28 und 29), Schlußprotokoll.“ Vgl. VS-Bd. 5705 (V 7); B 150, Aktenkopien 1961.